

## Die polnische Haltung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland

Von Jerzy Kowalewski, Warschau

## Vorbemerkung des Herausgebers

Es ist ein Jahrzehnt vergangen, seit wir an dieser Stelle einen Beitrag aus Polen veröffentlichten konnten (vgl. St. Grychowski, „Polens Stellung in der europäischen Kohlenwirtschaft“ in EA 1/1948, S. 1113 bis 1118). Der nachfolgende Beitrag, der uns in dankenswerter Weise durch das Polnische Institut für internationale Beziehungen in Warschau vermittelt wurde, läßt in bedrückender Weise erkennen, wie sehr die Kluft, die Europa teilt, sich seit 1948 vertieft hat. Damals konnte ein leitender polnischer Beamter in unserer in Frankfurt erscheinenden Zeitschrift eine sachliche Abhandlung über ein europäisches wirtschaftliches Thema schreiben und ohne jede ideologische Verbrämung für das internationale Interesse an der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Polens werben. Zwar hatte sich Polen auf Befehl Moskaus die Teilnahme am Marshallplan versagen müssen, aber es war doch möglich, die Sachprobleme zu erörtern, ohne polemische politische Akzente zu setzen. Dem Verfasser unseres neuen Beitrages ist dies nicht gelungen, obwohl er sich offenkundig Mühe gab, das ideologische Klischee zu vermeiden.

Das darf uns kein Anlaß zu überheblicher Kritik oder Interessellosigkeit sein. An einem solchen Einzelbeispiel zeigen sich erst die ungeheuren Schwierigkeiten einer noch so elementaren Verständigung. Dazu muß man wissen, daß in dem großzügig aufgebauten polnischen Institut und wohl auch an anderen Stellen in Warschau die wesentliche Buch- und Zeitschriftenliteratur des Westens und insbesondere auch alle Zeitungen Westdeutschlands zugänglich sind. Unsere Kollegen Fritz René Allemann, Kurt Pritzkolet und Erich Kuby mögen mit einer gewissen Beklemmung feststellen, was von ihren Berichten über Westdeutschland von dem polnischen Leser festgehalten

und was übergangen worden ist. Offensichtlich ist nicht die Zensur für die Bildung des politischen Urteils entscheidend, sondern die Zielrichtung des politischen Denkens, die von den Machthabern festgelegt wird und von der auch in einem liberalisierten kommunistischen System, wie dem des heutigen Polen, kein Autor abweichen kann.

Wir sehen unsere Aufgabe nicht darin, an dieser Stelle polemisch zu erwidern. In früheren Beiträgen (vgl. „Die vergessene Revolution, Gedanken zur europäischen Sicherheit in der gegenwärtigen Weltkrise“ in EA 22–23/1956, S. 9311–9316, und „George Kennan und die Probleme des Friedens in Europa“ in EA 3–4/1958, S. 10 503–10 516) ist versucht worden, einige Perspektiven des Geschehens der letzten zehn Jahre zu zeigen, in denen trotz aller Gegensätze Gemeinsamkeiten des tragischen europäischen Schicksals in einer „geschundenen Welt“ erkennbar sind. Der nachstehende Beitrag ist, wie der Verfasser am Schluß betont, unter dem Eindruck des westdeutschen „Widerstandes gegen die Entspannung“ geschrieben, „aber zugleich mit dem Gedanken an eine womöglich nicht ferne Zukunft, in der die Tendenz zur Entspannung sich endlich als stärker erweist als das Streben nach der Steigerung von Konflikten und Spannung“. In diesem Wunsch wenigstens sind wir uns mit dem Verfasser einig, und zwar gerade, weil wir bei aller Einsicht in manche Fehler des Westens überzeugt sind, daß der entschlossene Widerstand gegen eine weitere Ausbreitung des Kommunismus in Europa die Voraussetzung für eine echte Entspannung ist. Die Opfer, die dieser Widerstand seit 1948 kostete und noch kosten mag, sind freilich nur gerechtfertigt, wenn darüber das höhere Ziel des Friedens in Europa nicht aus den Augen verloren wird.

Co.

## Die Bedeutung des Potsdamer Abkommens für das polnisch-deutsche Verhältnis

Die vorliegende Skizze soll weder die Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen behandeln, noch habe ich vor, die völkerrechtlichen Aspekte der polnisch-deutschen Probleme zu analysieren. Vielmehr will ich meinen Gesichtspunkt in bezug auf einige Fragen, die nach dem Zweiten Weltkrieg infolge der Umge-

staltungen in der Struktur und Politik der Deutschen Bundesrepublik an den Tag getreten sind, darstellen. Ich will versuchen, zu den neuen oder als neu in der Politik der Deutschen Bundesrepublik lancierten Erscheinungen Stellung zu nehmen. Von diesem Gesichtspunkt aus will ich ferner die Möglichkeiten einer



weiteren Entfaltung der Beziehungen zwischen Polen und der Deutschen Bundesrepublik einer Analyse unterziehen.

Zunächst eine Frage mehr allgemeiner Natur. Wir haben in Polen allgemein erwartet, daß nach der Niederlage des Hitlerismus und zufolge der Viermächteokkupation Deutschland sich zu einem Staate, anders als er früher war, entwickeln werde. Wir haben erwartet, daß in der sozialökonomischen Struktur und dem Funktionieren der Institutionen des öffentlichen Lebens in Deutschland wesentliche Aenderungen eintreten werden. Wir hegten die Hoffnung, diese Aenderungen würden für uns und andere Staaten das Ende der Drohung des deutschen Imperialismus und Militarismus bedeuten.

Aehnlich wie in den anderen Ländern der Anti-Hitler-Koalition entwickelte man seinerzeit in dieser Hinsicht auch in Polen verschiedene Auffassungen und Pläne.

Schließlich erhielten diese verschiedenen Auffassungen im Potsdamer Abkommen ihre konkrete Form. Rückhaltlos nahmen wir den durch die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Großbritannien auf der Konferenz in Potsdam gefaßten und später durch Frankreich akzeptierten Aktionsplan an. Das Potsdamer Programm wurde zum wichtigsten Anhaltspunkt unserer öffentlichen Meinung und unserer Politik in der deutschen Frage. Die Anerkennung des Potsdamer Programms als unser eigenes Programm gab uns die Richtlinie für die diesbezügliche polnische Politik und das Kriterium für die Beurteilung der einzelnen Erscheinungen und Handlungen.

### Das Bündnis der Bundesrepublik mit dem Westen

In vielen Abhandlungen westdeutscher und ausländischer Beobachter wird der Gedanke geäußert, die wichtigste Aenderung in der Politik Westdeutschlands im Vergleich zu der Politik des ehemaligen Deutschland beruhe darauf, daß sie aufgehört habe, eine antiwestliche Politik zu sein.

Früher war die deutsche Politik gegen den Osten, das heißt vor allem gegen Polen, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion, sowie gegen die Weststaaten, England, Frankreich und schließlich auch die Vereinigten Staaten, gerichtet. Die gegenwärtige Politik der deutschen Bundesregierung richtet ihre Schärfe nicht mehr gegen den Westen. Sie ist vielmehr zu einer Politik des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten, England und Frankreich geworden und sucht ihre Ziele im Einvernehmen mit den Westmächten zu verwirklichen. Westdeutschland hat also in der Politik eine Wandlung durchgemacht, die man als Wechsel der Verbündeten ansprechen könnte.

Nach der Meinung der westdeutschen und westlichen Beobachter ist dies als eine positive Erscheinung zu betrachten, die davon zeugt, daß Deutsch-

Dem polnischen Volk, das nicht so sehr auf Rache als auf seine künftige Sicherheit bedacht war, bot das Potsdamer Programm die größtmögliche Chance.

Das weitere Schicksal des Potsdamer Programms ist bekannt. In Westdeutschland ist nur ein geringer Teil der Potsdamer Beschlüsse ausgeführt worden. Die wesentlichsten Beschlüsse sind auf dem Papier geblieben. Dies hat in Polen tiefe Enttäuschung und Besorgnis verursacht. Diese Enttäuschung und Besorgnis versteht man in Westdeutschland leider in einem allzu geringen Maße. Wir sind uns dessen wohl bewußt, wie wenig real heutzutage Erwägungen über das Ganze des Potsdamer Programms sind und wie viele der einzelnen Potsdamer Beschlüsse infolge der Entwicklung der Ereignisse an Aktualität eingebüßt haben. Wenn ich trotzdem über Potsdam spreche, so deswegen, weil wir in Polen bis auf den heutigen Tag auf die grundsätzlichen Elemente des Potsdamer Programms, die unserer Meinung nach an Wichtigkeit nicht verloren haben, nicht verzichten.

Dies findet vor allen Dingen darin seinen Ausdruck, daß wir die Ereignisse in Deutschland von dem Gesichtspunkt aus betrachten und beurteilen, ob sie unsere und die gesamteuropäische Sicherheit festigen oder nicht; ob sie die Wiedergeburt der Aggressionskräfte bedeuten oder nicht. Viele westdeutsche Politiker und Publizisten machen uns deshalb Einseitigkeit zum Vorwurf. Wir können ihnen darauf nur antworten, daß es die grundsätzlichen nationalen Interessen Polens vernachlässigen hieße, wenn wir in dieser Angelegenheit anders verfahren würden.

land aus dem Kriege und der Niederlage eine entsprechende Lehre gezogen habe.

Darin auch erblicken sie vor allem die Garantie dafür, daß der neue westdeutsche Staat zur alten Politik nicht zurückkehren werde.

Die DBR ist gegenwärtig ein integraler Teil der westlichen Welt. Sie ist mit den in dieser westlichen Welt obwaltenden politischen Normen verbunden, und dies bietet nach Meinung jener Beobachter eine Gewähr gegen das, was man seinerzeit die deutsche Gefahr zu nennen pflegte.

Man könnte Hunderte Stimmen von Politikern und Publizisten, die so denken, anführen. Ich will beispielsweise nur eine dieser Stimmen zitieren, nämlich das, was der bekannte Schweizer Journalist Fritz René Allemann in seinem Buche „Bonn ist nicht Weimar“ schreibt<sup>1</sup>:

„Der Vertrag von Versailles zielte von vornherein auf die militärische Niederhaltung und die politische Isolierung Deutschlands hin. Der Sinn der Pariser Verträge aber — die gewissermaßen als Ersatz-Friedensvertrag

<sup>1</sup>) Fritz René Allemann: „Bonn ist nicht Weimar“, Köln — Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1956; S. 379.



fungieren — ist umgekehrt die Erschließung des deutschen Verteidigungspotentials und die politische Bindung der Bundesrepublik an das westeuropäisch-atlantische System. Der völlige außenpolitische Stellungswandel, den der deutsche Staat von der Weimarer zur Bonner Ära durchgemacht hat, spiegelt sich im militärischen Funktionswandel der Armee wider, mit dem dieser Staat ausgestattet wird.“

Fritz René Allemann ist der Ansicht, daß auf dem militärischen Gebiet die Souveränität der einzelnen Staaten bereits aufgehoben ist und hält diese Erscheinung für eine positive Errungenschaft<sup>2)</sup>:

„Das gilt (obwohl diese Tatsache noch längst nicht überall auch nur ins Bewußtsein der Militärs selber, geschweige denn der Politiker eingesunken ist) im Grunde für alle europäischen Armeen. Es gilt aber für die deutsche in einem viel höheren Maße als für jede andere. Erstens, weil die Bundesrepublik als strategisches Vorfeld der westlichen Verteidigung — als das sie einfach kraft ihrer geographischen Lage fungiert — gezwungen ist, die ‚Integration‘ zur Grundlage ihrer Verteidigungsanstrengungen schlechthin zu machen... Zweitens, weil die Streitkräfte der Bundesrepublik von Anfang an ihrer Rolle, wenn auch nicht ihrem Aufbau nach als europäische Streitkräfte geplant werden: sie haben sich nicht mühsam in die neue Form hineinzufinden und auf sie umzustellen, weil sie diese internationale Form bereits geprägt vorfinden.“

Wir in Polen sind jedoch in dieser Angelegenheit anderer Meinung. Wir betrachten die Verbindung Westdeutschlands mit der westlichen Politik als eine viel kompliziertere Erscheinung, und dies sowohl, wenn es sich um die Beziehungen der DBR zu ihren westlichen Verbündeten als auch um die auswärtige und militärische Politik Westdeutschlands als Ganzes handelt. Mit der Frage der Beziehungen zwischen der DBR und den Westmächten und der auf diesem Gebiet bestehenden Eventualitäten will ich mich nicht beschäftigen, da dies den Rahmen dieser Skizze überschreiten würde. Dagegen werde ich sowohl die aus der gegenwärtigen atlantischen Politik der DBR uns gegenüber sich ergebenden Möglichkeiten als auch deren Gefahren abzuwägen suchen.

Ich will bei diesen Erwägungen nach Möglichkeit alles das übergehen, was als eine Wiederaufnahme der ideologischen oder allgemein-politischen Diskussion angesehen werden könnte, wie beispielsweise das Thema des Atlantischen Paktes, seiner Ziele und Aufgaben. Solcher Diskussionen gab es schon viele und wird es noch viele geben. Mir kommt es hier auf eine Auseinandersetzung über die politischen Fragen an, welche sich aus dem Bestehen des Atlantischen wie auch des Warschauer Paktes ergeben.

Die Hauptgefahr des oben besprochenen Bündniswechsels besteht darin, daß das westdeutsche Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Kriegspotential die Schlagkraft aller jener westlichen Gruppen, die sich zur Politik der Stärke bekennen, bedeutend vergrößert. Ja,

noch mehr. Von der Teilnahme Westdeutschlands am westlichen Bündnis war eine Reihe von Jahren hindurch die Realität der Politik des Kalten Krieges überhaupt abhängig. Ohne die Teilnahme Westdeutschlands würde die Politik der Stärke dem Osten gegenüber im Grunde genommen in der Luft schweben. Nach der Meinung einiger Politiker und Militärs hat sich jetzt die Lage geändert. Angesichts der neuen Kriegstechnik ist die Teilnahme Westdeutschlands nicht mehr in einem gleich hohen Grade entscheidend. Möglicherweise ist dies zum Teil auch der Grund für gewisse neue Nuancen im Tone der DBR gegenüber, denen man im Westen begegnen kann. Jedoch die Mehrzahl der ausschlaggebenden Politiker und Strategen des Westens betrachtet weiterhin das Territorium und das Potential Westdeutschlands als unerlässliche Faktoren der ganzen Politik und Strategie des Westens. Diese Ansicht vertritt auch das Oberkommando der NATO. Das ist die eine Tatsache.

Die andere Tatsache ist die, daß die Verbindung mit den westlichen Anhängern der Politik der Stärke für den wachsenden Einfluß der Sachwalter dieser Politik in Westdeutschland selbst verantwortlich war und ist. Die Einverleibung Westdeutschlands in den westlichen Block stellt einen zweiseitigen Prozeß dar, der eine Vergrößerung des Einflusses und der Autorität der Sachwalter der Politik der Stärke sowohl in Westdeutschland selbst als auch in anderen Staaten des atlantischen Systems zur Folge hat.

Es ist nicht schwer zu bemerken, daß diese Behauptung der These, die Teilnahme Westdeutschlands an dem westlichen Bündnis stelle einen Faktor der Mäßigung und Beruhigung dar, diametral entgegengesetzt ist. Diese These wird durch die Tatsache in Abrede gestellt, daß die Einreihung Westdeutschlands in das westliche System in der Zeit des Kalten Krieges im Zusammenhang mit ihm und zu seinen Zwecken erfolgt ist.

Es liegt mir fern zu bezweifeln, daß viele Politiker des Westens wirklich der Meinung waren, durch den Beitritt Westdeutschlands zum atlantischen System die politische Entwicklung in der DBR einer besseren Kontrolle unterziehen zu können. Sofern es sich um die einzelnen Interessen der Westmächte handelt, entbehrten übrigens diese Erwartungen, wenigstens in gewissem Grade und in bestimmten Zeitabschnitten, nicht der Grundlage. Das ändert jedoch keineswegs die Tatsache, daß der ganze Prozeß ein anderes Ziel verfolgte, nämlich die Elemente des Kalten Krieges und ihre Wirkungskraft in der ganzen westlichen Welt und in der DBR selbst zu steigern. Und weiter, daß man unter den führenden Persönlichkeiten der NATO sich darüber genau im klaren war, daß eben dies das Hauptziel sei und daß auch im Falle, daß dieses Hauptziel mit den Interessen und Plänen der einzelnen Länder unvereinbar wäre, es trotzdem die Oberhand gewinnen würde.

<sup>2)</sup> Ebenda, S. 380—381.



Ich spreche über diesen Gesichtspunkt mit voller Offenheit, wiewohl ich weiß, daß viele westdeutsche Leser alle Elemente der politischen Situation, die in meiner Skizze behandelt werden, gänzlich anders beurteilen. Es ist dies jedoch in meinem Lande die Grundlage für alle politischen Erwägungen. Und wenn der polnisch-deutsche Meinungsaustausch überhaupt einen Sinn haben soll, so muß unser Gesichtspunkt in der Deutschen Bundesrepublik wohl bekannt sein. Das zum ersten Male in der Geschichte zwischen der deutschen (westdeutschen) Politik und den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und anderen Ländern zuwege gebrachte Bündnis besitzt — wenn man sich nach geschichtlichen Analogien umsieht — mehr Merkmale der alten politischen Tradition Deutschlands als der politischen Tradition der Vereinigten Staaten oder anderer westlicher Länder.

Im Westen hört man darauf die Antwort, es sei dies das Ergebnis der sogenannten Bedrohung von

seiten der Sowjetunion. Gemäß meinem Vorsatz, die ideologischen Diskussionselemente auszuschneiden, nehme ich mit einem solchen Standpunkt keine Polemik auf. Ich will nur die unstrittige Tatsache feststellen, daß die ganze Atmosphäre der „sowjetischen Bedrohung“ zur Festigung Westdeutschlands im westlichen Bündnis sehr viel beigetragen hat. Die Plattform des Kalten Krieges hat der Deutschen Bundesrepublik viele Vorteile gebracht. Ohne diese hätte der neue westdeutsche Staat nicht in so kurzer Zeit eine so starke Position in der Welt einnehmen können. Dies ist der Faktor, der in den regierenden Kreisen der DBR Sympathie für die Anti-Entspannungspolitik weckt. Seinen prägnantesten Ausdruck findet dies in der Beschleunigung des Programms der westdeutschen Rüstungen, vornehmlich der nuklearen, wiewohl solche Rüstungen mehr als irgendein anderer Faktor die Spaltung Europas vertiefen und die politische Situation auf unserem Kontinent verschärfen.

## Die Bedeutung der Bundesrepublik in der europäischen und in der Weltpolitik

### *Die Rolle von Handel und Industrie*

Ich habe die Hauptgefahr, die aus der Einverleibung Westdeutschlands in das System der westlichen Bündnisse erstand, ausführlicher dargestellt, und zwar aus zwei Gründen.

Erstens deswegen, weil dies über die politische Situation in Europa als Ganzes entscheidet.

Zweitens aus dem Grunde, weil dies sehr wesentlich die Entwicklung und den Charakter der polnisch-deutschen Beziehungen beeinflusst. Es muß hier hervorgehoben werden, daß es, falls in der heutigen Welt nur diese eine Tendenz, von der wir bisher gesprochen haben, sich auswirken sollte, mit den Perspektiven sowohl der allgemeinen Entwicklung als auch der Entwicklung des polnisch-deutschen Verhältnisses nicht sehr gut bestellt wäre. Zum Glück ist dem nicht so. Die Entwicklung der Situation bringt nämlich gewisse Möglichkeiten einer anderen Politik mit sich.

Bevor ich jedoch zur Besprechung dieser Möglichkeiten übergehe, noch einige Worte über ihre Entstehung, insbesondere über ihre Entstehung in der westdeutschen Politik.

Die Ursache aller dieser neuen Momente ist nicht so sehr die Aenderung der Art und Weise des Denkens der in der Nachkriegspolitik Westdeutschlands führenden Persönlichkeiten, insbesondere nicht die Aenderung der Denkart der Kreise, welche zur Zeit Hitlers eine gewichtige Stimme besaßen und auch heute über eine nicht weniger gewichtige Autorität verfügen.

Die Ursachen des Entstehens dieser Möglichkeiten sind die Aenderung des Kräfteverhältnisses in Europa und in der Welt und im Zusammenhang damit die Aenderungen der Position und der Bedeutung der

Deutschen Bundesrepublik in der europäischen und in der Weltpolitik.

Ich will damit sagen, daß diese neuen Momente in verhältnismäßig geringem Grade die Folge von innenpolitischen Umgestaltungen in Westdeutschland sind. Es ist nämlich nicht wegzuleugnen, daß die Aenderungen im öffentlichen Leben der DBR die wichtigste Frage, nämlich das grundsätzliche Verhältnis der politischen Kräfte, welches sich vor allem aus der bestehenden ökonomischen Struktur ergibt, nicht berührt haben.

Ich hebe dies keineswegs aus doktrinären Rücksichten hervor. Sehr viele Beobachter des Lebens in Deutschland waren nämlich bereits vor dem Ersten Weltkrieg der Meinung, daß die Hauptantriebskraft der deutschen Aggressivität die mächtigen Konzerne waren, die die wichtigsten Zweige der deutschen Wirtschaft monopolistisch beherrschten. Diese Meinung war nicht nur unter den Marxisten vertreten. Die Namen der größten dieser Wirtschaftsorganisationen, wie Vereinigte Stahlwerke, Krupp, IG Farbenindustrie und andere, haben sich weder in Deutschland noch weit außerhalb seiner Grenzen einen guten Ruf erworben. Vielerseits wurden sie der Handlungen zugunsten des Krieges und der Aggression beschuldigt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden diese Thesen den Weg von den Abhandlungen und publizistischen Artikeln zu staatlichen und internationalen Akten. Von der Notwendigkeit der Liquidierung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftsmacht in Deutschland sprechen die Potsdamer Beschlüsse. Gegen die Konzentration hat man in den westlichen Okkupationszonen spezielle Gesetze herausgegeben. Unabhängig davon, in welcher Weise diese Gesetze später zur Ausführung kamen, bleibt die Tatsache, daß die Westmächte sich zu ihrer Herausgabe bereit



erklärt und damit ihre abfällige Meinung über die Rolle der deutschen Konzerne und Monopole kundgegeben haben.

Gegen einige dieser Monopole sind gerichtliche Verfahren angestrengt worden, und ungeachtet dessen, was man gegenwärtig im Westen über diese Prozesse und über die Institutionen, welche auf der Anklagebank saßen, denkt, ist es nicht abzuleugnen, daß solche Verfahren stattfanden und aburteilende Beschlüsse gefaßt wurden. Die Verurteilung der monopolistischen Organisationen in der deutschen Wirtschaft und ihrer politischen Rolle hat somit aufgehört, die Meinungen einzelner Personen oder einzelner sozialökonomischer Schulen wiederzugeben, und ist zum offiziellen Ausdruck der Politik der Großmächte gegenüber Deutschland geworden.

Einige Regierungen, die im Kampf mit den Monopolen engagiert waren, änderten später ihre Ansicht, gaben den Kampf auf und sahen ruhig mit an, wie ihre eigenen Anordnungen eine geringschätzige Behandlung erfuhren. Ich will hier wiederum meine Meinung über den politischen und moralpolitischen Aspekt dieser Angelegenheit nicht zum Ausdruck bringen. Ich stelle nur fest, daß dem so gewesen ist. Ich stelle weiter fest, daß man jedoch in Polen die Auffassung in obiger Materie nicht geändert hat. Wir betrachten weiterhin die Kartelle und Trusts als eine gefährliche Kraft und sehen mit Besorgnis ihrer erneuten Entwicklung und dem Aufschwung ihrer Macht zu. Wir können beispielsweise angesichts der Meinung eines solchen Beobachters des Lebens in Deutschland wie Kurt Pritzkoleit nicht zur Tagesordnung übergehen. In seinem Buche: „Wem gehört Deutschland?“ charakterisiert er auf folgende Weise den jetzigen Stand der westdeutschen Monopole<sup>3</sup>:

„Der Mechanismus der Kräfte, die im Zeichen des Wirtschaftswunders und mit der Zielsetzung entfesselt wurden, die wirtschaftliche Produktivität und den Wohlstand Deutschlands zu heben, hat unversehens dahin geführt, in den Händen Weniger mehr Wirtschaftsmacht zu konzentrieren, als wir jemals bei einem so kleinen Kreis von Persönlichkeiten vereinigt sahen. Die Farce der Entflechtung ist fast schon vergessen, die Macht der Konzerne größer als zuvor. Ihnen, den Großen der Wirtschaft, den alten reichen Familien und der kleinen Zahl der newcomers... ihnen und der Hierarchie ihrer Interessenvertretungen gehört Deutschland in einem Maß, das die Aufmerksamkeit, ja die Besorgnis aller Verantwortungsbewußten erregen muß.“

Der Vorwurf, die Besprechung der Rolle der Monopole sei unvereinbar mit dem Grundsatz der Nichteinführung der strittigen ideologischen Probleme in dieser Skizze, wäre ungerecht. Ich diskutiere nicht darüber, welche Wirtschaftsform die bessere und höhere ist. Ich spreche von etwas anderem, nämlich davon, daß die Monopole eine allgemein bekannte

politische Rolle gespielt haben. Zu dieser politischen Rolle haben, wie oben erwähnt, offizielle westliche Staatsakte und internationale Beschlüsse Stellung genommen. Und nur von dieser Rolle will ich hier sprechen. Wollte man die Tatsache der Wiedergeburt der Monopole bei der Analyse der westdeutschen Politik mit Stillschweigen übergehen, so wäre dies gänzlich unerklärlich. Nicht nur der Verfasser dieser Worte befürchtet, daß diese Konzerne in der westdeutschen Außenpolitik bereits gegenwärtig oder in nächster Zukunft eine wesentliche Rolle spielen werden. Um wiederum nur ein Beispiel anzuführen, will ich mich auf *Pritzkoleit* berufen, der bei der Frage der Expansion des Auslandskapitals in der westdeutschen Industrie der flüssigen Brennstoffe über die Möglichkeiten der Expansion der deutschen Monopole in dem besonders empfindlichen Gebiet des Nahen Ostens folgende Befürchtung ausspricht<sup>4</sup>:

„Weniger verständlich wäre es, wenn deutsches Kapital in den Iran und die Türkei exportiert würde, um die Erschließung dubioser Oelfelder, die Errichtung von Raffinerien, den Bau einer Pipeline von Südpersien bis zu einem türkischen Hafen und nicht zuletzt ein großes politisches Risiko zu finanzieren, anstatt die lukrativen Möglichkeiten auszuschöpfen, die der deutsche Markt bei sehr viel geringerem Risiko noch lange bieten wird.“

Ich habe gerade das Bestehen und die Macht der Monopole im Sinne, wenn ich sage, daß die neuen Möglichkeiten, die gegenwärtig in der allgemeinen und der polnisch-deutschen Politik schärfere Umrisse annehmen, nur in einem geringen Maße eine Folge der inneren Strukturänderungen in Westdeutschland darstellen. Die Monopole bilden wohl den wichtigsten Faktor der Fortsetzung, wenn schon nicht der alten Methoden, so jedenfalls doch des alten Strebens nach Macht und Hegemonie unter neuen Umständen, nämlich unter den Bedingungen der Einverleibung Westdeutschlands in das westliche System des Kalten Krieges und einer grandiosen wirtschaftlichen Expansion der DBR auf den Auslandsmärkten, an welcher die Monopole in großem Maße teilhaben.

#### *Die Rolle des Großgrundbesitzes*

Wenn wir uns schon so weitläufig mit den Monopolen befassen, so müssen wir gerechtigkeitshalber auch auf einen anderen wirtschaftlich-politischen Faktor hinweisen, der im ehemaligen alten Deutschland eine wichtige Rolle spielte und dessen Ansehen im neuen westdeutschen Staat beträchtlich gesunken ist. Ich denke an die Junker und ihren Großgrundbesitz. Es ist kein Geheimnis, daß das Junkertum eine sehr einflußreiche eroberungssüchtige Macht darstellte, besonders gegen den Osten gerichtet. Man muß zugeben, daß im heutigen Leben Westdeutschlands die Rolle des Junkertums, im Vergleich mit den Weimarer und Hitlerzeiten, eine viel bescheidenere geworden ist.

<sup>3</sup>) Kurt Pritzkoleit, „Wem gehört Deutschland? Eine Chronik von Besitz und Macht“, München — Wien — Basel: Kurt Desch-Verlag, 1957; S. 675—676.

<sup>4</sup>) Ebenda, S. 547.



Es ist dies nicht das Ergebnis irgendwelcher gewollten und geplanten Handlungen in Westdeutschland, die es auf die Eliminierung oder Verringerung der ökonomischen und politischen Macht des Junkertums abgesehen haben. Die Gesetze über die Bodenreform in den westlichen Okkupationszonen stellten sich überhaupt keine solchen Ziele wie die Aufhebung des Großgrundbesitzes. Außerdem sind sie nur in einem geringen Maße zur Ausführung gelangt. *Pritz-koleit* schreibt, daß in den Jahren 1945 bis 1954 nur 6899 neue Bauernwirtschaften mit einer Grundfläche von 106 800 Hektar ins Leben gerufen worden sind. Dies macht ein Drittel Prozent aller Landwirtschaften und ein halbes Prozent der bebauten und bewaldeten Grundfläche in der Bundesrepublik aus. Ueberdies sind 74 000 nichtlandwirtschaftliche Höfe mit einer Grundfläche von 52 900 Hektar entstanden.

Die Verringerung der Rolle des Junkertums ist die Folge anderer historischer Prozesse, insbesondere des Umstandes, daß die Hauptgebiete der Junkerherrschaft ostwärts der Elbe lagen. Diese Ländereien gehören gegenwärtig zu der Deutschen Demokratischen Republik und zu den polnischen Westgebieten. Diesem Umstand vornehmlich ist zu verdanken, daß jetzt die Rolle des Junkertums im wirtschaftlichen Leben und politischen Schaffen Westdeutschlands kleiner ist, als sie früher war. Aber ich beabsichtige nicht, die Gründe dieser Erscheinung zu analysieren. Ich stelle nur fest, daß dem so ist und daß in der allgemeinen, von unserem Standpunkt aus geprüften Bilanz dies gewiß einen positiven Posten ausmacht. Daß ostwärts der Elbe das traditionelle Junkertum nicht mehr existiert, ist eine positive Erscheinung nicht nur für den Fortschritt in Deutschland, sondern auch für viele Länder Europas, welche es in ihrer Geschichte mit den gerade durch das Junkertum repräsentierten Expansions Tendenzen zu tun hatten. Den Widerschein dieser Geschichtsentwicklung stellen wir auch in Westdeutschland fest.

#### *Verringerte Handlungsfreiheit der Bundesrepublik gegenüber Osteuropa*

Die Aenderung im Kräfteverhältnis auf der Welt, insbesondere auch die veränderte Rolle und die Bedeutung der Deutschen Bundesrepublik in der Welt-politik, pflegen die westdeutschen Publizisten mit folgenden Worten zu bezeichnen: Deutschland (d. h. die Deutsche Bundesrepublik) ist keine Großmacht mehr.

#### Die NATO und die deutsche Frage

Ich beginne mit der näheren und eingehenderen Analyse des zweiten Aspekts der Teilnahme der DBR an dem westlichen Block.

Die Deutsche Bundesrepublik ist heute im atlantischen System der einzige Staat, welcher offiziellen Anspruch auf eine territoriale Aenderung des *status quo* in Europa erhebt. Jedoch die politischen Stellen

Diese Worte bringen den Tatbestand zum Ausdruck, daß Westdeutschland nicht mehr eine Rolle anstreben kann, wie sie die wahrhaft großen Mächte unserer Zeit spielen, nämlich die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten. Wenn noch im Jahre 1939 Deutschland einen Kriegsbrand entfachen konnte, im Grunde genommen um die Weltherrschaft, so wären heute solche Handlungen von seiten Westdeutschlands nicht mehr möglich. Auch das Kräfteverhältnis in Europa, besonders aber zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland, ist heute derart, daß Westdeutschland nie mehr zu den Plänen aus der Zeit des Höhepunktes der deutschen Expansion zurückkehren kann. Diese Möglichkeit ist vor allen Dingen durch den Machtzuwachs der Sowjetunion aus der Welt geschafft worden. Dieser Umstand bestimmt den allgemeinen Rahmen für die westdeutsche politische Aktivität und setzt dieser Aktivität streng umrissene Grenzen.

Diese Sachlage wirkt sich allgemeingültig aus. Sie ist auch besonders wichtig für die Entwicklung der polnisch-deutschen Beziehungen. Wir Polen lesen die Worte, Deutschland (d. h. die DBR) sei nicht mehr eine Großmacht, folgendermaßen: Westdeutschland grenzt nicht mehr an Polen. Zwischen Polen und der Deutschen Bundesrepublik liegt die Deutsche Demokratische Republik. Der Druck Westdeutschlands auf Polen und andere Länder Mittel-Ost-Europas ist aus diesem Grunde gegenwärtig geringer als vor dem Jahre 1939. Auch hier sehen wir jetzt ein anderes Kräfteverhältnis als am Vortage des Zweiten Weltkrieges. Und das aus zwei Gründen: erstens wegen der Verkleinerung des Territoriums und der Bevölkerungsanzahl der DBR (im Verhältnis zu dem ganzen Vorkriegsdeutschland), der Zurückdrängung dieses Staates um einige hundert Kilometer nach Westen und der Verringerung der Möglichkeiten der Beeinflussung Osteuropas durch Westdeutschland; zweitens infolge der großen politischen Konsolidation in Osteuropa, im sozialistischen Lager, welchem auch die Deutsche Demokratische Republik angehört. Die Handlungsmöglichkeiten der Deutschen Bundesrepublik im Osten Europas sind gegenwärtig auf Grund all dieser Ursachen geringer, als sie ehemals waren. Dies ist also das Zusammenspiel der objektiven Bedingungen der Entstehung neuer politischer Möglichkeiten, zu deren Besprechung wir jetzt übergehen wollen.

in Westdeutschland, die mit dem bestehenden Status in Europa nicht einverstanden sind, haben heutzutage eine viel geringere Möglichkeit als früher, selbständig auf die Aenderung dieser Sachlage hinzu-arbeiten.

Man kann sich heute schwerlich eine Situation vorstellen, wo die westdeutsche Regierung auf eigene



Faust, ohne ihre westlichen Bundesgenossen oder gar wider ihren Willen, Handlungen einleiten könnte, wie sie die Weimarer Regierung unternahm und welche zu Hitlers Zeiten auf der Tagesordnung waren. Dies ist übrigens eine zweiseitige Angelegenheit. Es ist ebenso schwer, sich gegenwärtig solche Handlungen im Geiste der Aggression wie im Geiste der Verständigung vorzustellen. Wir brauchen uns beispielsweise nur daran zu erinnern, wie man in Westdeutschland auf die sowjetischen Suggestionen am 35. Jahrestag des Vertrags von Rapallo reagierte.

Jedoch die westdeutschen Anschauungen darüber, was in der westlichen Politik den springenden Punkt auszumachen hat, decken sich nicht immer mit den Meinungen der anderen atlantischen Staaten. Es gibt viele amerikanische, englische und französische Politiker, die nicht damit einverstanden sind, daß die westdeutschen Ansprüche gerade zu den wichtigsten Fragen gehören und die ganze Politik des Westens mit diesem Streben gleichen Schritt zu halten hat. Wir haben in den letzten Jahren bereits ein paarmal gesehen, wie die allgemeine westliche Politik wenigstens einige von den Ansprüchen Westdeutschlands, mit denen die anderen Staaten sich nicht solidarisch erklärten, zu disavouieren suchte. Nichts zeugt davon, daß solche Proben sich künftighin nicht wiederholen werden.

Die westdeutschen Ansprüche bilden einen der die westliche Politik bestimmenden Faktoren, aber keineswegs den einzigen. Diese Politik ist die Resultante verschiedener Tendenzen, und wiewohl die Vereinigten Staaten, die führende Macht im atlantischen System, deutlich die westdeutsche Politik unterstützen, deckt sich diese Resultante dennoch nicht immer mit den aktuellen Tendenzen und aktuellen Ansprüchen der Regierung der DBR.

Wir wollen übrigens von vornherein alle möglichen Vorbehalte gelten lassen. Es ist dies keine spezifische Erscheinung nur in der westdeutschen Politik und nur für die Rolle der DBR in dem westlichen Bündnis.

In der NATO existieren Meinungsverschiedenheiten und divergente Interessen in sehr vielen, nicht nur in den Deutschland betreffenden Angelegenheiten oder in Fragen, wo die westdeutsche Regierung die Hauptrolle spielt. Wir haben in den letzten Monaten gesehen, daß gerade andere Konflikte, nicht die deutschen, zum Ausbruch von besonders heftigen Auseinandersetzungen im Rahmen des atlantischen Paktes geführt haben (Waffen für Tunis und Raketenbasen). Aber nichtsdestoweniger besitzen die Meinungsverschiedenheiten im Rahmen des westlichen Systems, sofern sie die deutsche Frage betreffen, einen solchen Charakter, daß sie es verdienen, besonders besprochen zu werden.

Es handelt sich darum, daß alle anderen Meinungsverschiedenheiten unter den westlichen Staaten verschiedene europäische und außereuropäische Fragen betreffen, jedoch nicht auf dem Streben nach Aende-

rung des *status quo* in Europa auch in territorialer Hinsicht basieren. Für die Aenderung des europäischen *status quo* in solchen Ausmaßen setzt sich im Grunde genommen vor allen Dingen die westdeutsche Politik ein. Da aber das Bestreben, den *status quo* in Europa in dem Maße zu ändern, wie es für die westdeutsche Politik als wünschenswert erscheint, besonders große Gefahren in sich birgt, so wird es auf ganz besonders heftigen Widerstand stoßen.

Es besteht eine allgemeine, wir wollen sagen für alle atlantischen Staaten gemeinsame Auffassung von der NATO und der atlantischen Politik. Aber es existieren besondere, von den einzelnen Staaten repräsentierte Interpretationen dieser gemeinsamen Politik. Sogar die amerikanische, wohl doch am meisten maßgebende Interpretation setzt sich nicht immer ohne Widerstand von seiten der einzelnen westeuropäischen Länder durch. Wir haben auf der Dezembersitzung der NATO im Jahre 1957 mit ansehen können, eine wie große Kraft dieser Widerstand anzunehmen vermag. Was soll man wohl unter diesen Bedingungen von der westdeutschen Interpretation halten, die in ihrer Endrechnung darauf abzielt, die atlantische Macht zu Zwecken der Revision der europäischen Verhältnisse „pour le roi de Prusse“ auszunutzen?

In diesem Sinne kann man von einer gewissen hemmenden Störung der westdeutschen Politik durch das atlantische Bündnis sprechen. Diese Hemmung ist eine Folge von zwei Faktoren: Erstens davon, daß das Ganze der atlantischen Politik durch das in der Welt bestehende Kräfteverhältnis gehemmt wird. Zweitens davon, daß in dem Rahmen des atlantischen Systems verschiedene Interessen, die sich nicht immer decken, ja oft einander geradezu entgegengesetzt sind, gegeneinander ankämpfen und dies auch in Zukunft werden tun müssen. Die DBR besitzt noch nicht die Hegemonie in der NATO. Sie ist noch nicht imstande, den anderen Staaten alle ihre politischen Auffassungen aufzuzwingen. Der Kampf um diese Hegemonie wird nicht leicht und nicht von kurzer Dauer sein, er ist bisher noch nicht entschieden. Und wiewohl es in Westdeutschland politische Zentren gibt, die den Sinn der NATO-Politik und der Teilnahme Westdeutschlands an dem Atlantikpakt gerade darin erblicken, auf diesem Wege für die DBR, wenigstens in den europäischen Fragen, die Hegemonie zu erringen, so führt doch von dem Wunsch bis zu seiner Verwirklichung noch ein langer Weg.

Natürlich — zu 90 vH ist die NATO und die Teilnahme Westdeutschlands an der Westpolitik die Grundlage für die Zunahme der Macht der DBR und der Gefahren, von denen wir oben gesprochen haben. Es bleiben jedoch noch die restlichen 10 vH, in denen die atlantische Politik und die in ihr enthaltenen Widersprüche der Handlungsfreiheit der Deutschen Bundesrepublik Schranken setzen. Um sich von der ganzen Frage ein vollständiges Bild zu machen,



muß man auch die 10 Prozent in den Bereich unserer Erwägungen einbeziehen. Man muß die 10 Prozent namentlich dann in Erwägung ziehen, wenn man an die weitere Entwicklung der polnisch-deutschen Beziehungen denkt und sich den allgemein-politischen Rahmen gerade für diese polnisch-deutsche Politik vergegenwärtigen will. Schließlich ist es nicht ohne

Bedeutung, wenn in ernstlichen und einflußreichen Zeitschriften des Westens Artikel veröffentlicht werden, welche die Regierung der DBR zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auffordern.

Dieser Faktor wird um so mehr an Wichtigkeit zunehmen, je mehr in der westlichen Politik die Tendenz zur Entspannung wachsen wird.

### Das Problem der europäischen Sicherheit

In mehreren Fällen haben wir bereits gesehen, daß die Tendenz zur Entspannung, sobald sie sich zeigt, in Konflikt mit der unversöhnlichen politischen Linie der westdeutschen Regierung gerät.

Das war immer so, wenn Projekte begrenzter und kontrollierter Rüstungszonen in Mitteleuropa, zu denen auch Westdeutschland gehören sollte, zur Sprache kamen.

Die offizielle Politik der DBR widersetzte sich kategorisch solchen Projekten, wiewohl sie im Westen viele und einflußreiche Anhänger zu verzeichnen hatten.

Dieselbe Erscheinung haben wir beobachten können, als Projekte zutage traten, die auf eine Lockerung des Junktim zwischen den offiziellen westdeutschen Forderungen in der Frage der Wiedervereinigung und den Projekten der Abrüstung oder der Entspannung überhaupt abzielten. Auch in diesen Fällen setzte sich die offizielle westdeutsche Politik jeglichen neuen Tendenzen in der Welt entgegen und hielt an den Grundsätzen fest, die praktisch selbst eine teilweise Verständigung unmöglich machten.

Eine solche Bewandnis hat es auch mit dem polnischen Projekt der atomwaffenfreien Zone in Europa, die Polen, die Tschechoslowakei, die Deutsche Demo-

kratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik umfassen würde. Das polnische Projekt hat in der Welt großes Interesse erweckt. Viele hervorragende Politiker des Westens haben erklärt, daß es einen Plan darstelle, der eine Verständigungsgrundlage bilden könnte. Der britische Außenminister hat zugegeben, daß diese Idee es verdient, genauer Prüfung unterzogen zu werden. Jedoch die Regierung der DBR hat auf der Stelle und ohne Zögern dem Plan der atomwaffenfreien Zone gegenüber einen negativen Standpunkt eingenommen. Kanzler Adenauer hat auf einer Pressekonferenz sofort nach Beendigung der Dezember-Sitzung der NATO erklärt, diese von Minister *Rapacki* vorgeschlagene Zone sei „zu klein“, als daß sie zu einem Faktor der Entspannung werden könnte.

Dieser Verlauf der Begebenheiten, im Verein mit dem Hervortreten der Entspannungstendenzen auf der Welt, muß für die deutsche Politik eine Reihe neuer komplizierter Probleme schaffen. Die Regierung der DBR muß mit der Gefahr einer gewissen Isolation rechnen, wenn sie weiterhin im Verhältnis zu all dem, was eine Möglichkeit der Entspannung in sich birgt, eine unversöhnliche Stellung einnimmt. Wir werden wahrscheinlich nicht fehlgehen, wenn wir u. a. in dieser Tatsache die Quelle einiger westdeutscher Gesten gegenüber Polen suchen.

### Die polnisch-deutschen Beziehungen

Ich habe oben gesagt, der ursprüngliche Grund für die sich in der westdeutschen Politik bemerkbar machenden Möglichkeiten läge nicht in der Aenderung des Denkens der in der Nachkriegspolitik der DBR führenden Persönlichkeiten. Man soll dies jedoch nicht in der Weise verstehen, daß im politischen Denken der DBR überhaupt keine Aenderungen zu verzeichnen sind oder daß diese Aenderungen auf die politische Praxis dieses Landes ohne Einfluß geblieben sind. Dem ist nicht so.

Uns interessieren vornehmlich die Aenderungen, welche für die Entwicklung der polnisch-deutschen Beziehungen von Wichtigkeit sein könnten, und mit ihnen will ich mich hauptsächlich befassen. Man muß hier also eine gewisse Verringerung und ein Schwächerwerden der nationalistischen Ueberspanntheit, welche vor dem Kriege so charakteristisch für das politische Denken breiter Kreise des deutschen Vol-

kes war, sowie ein merkliches Abflauen des Enthusiasmus für den Militarismus hervorheben.

Der positiven Beurteilung dieser Erscheinungen, der wir in den westdeutschen und westlichen Veröffentlichungen begegnen, können wir zu einem gewissen Grade beipflichten. Ebenso können wir der positiven Beurteilung einiger anderen Prozesse beistimmen, in denen das Streben zum Ausdruck kommt, das öffentliche Leben in der DBR der Lebensweise solcher Länder wie England und Frankreich anzugleichen. Insofern, als es in diesem Streben auf den Willen ankommt, von den spezifisch preußischen und alldutschen Auffassungen und Lebensformen, den antidemokratischen und chauvinistischen, sich abzuwenden. Diese preußischen und alldutschen Auffassungen waren die Ursache vieler für den Frieden gefährlichen Erscheinungen. Die Abwendung von



ihnen muß positiv beurteilt werden und kann zur Verständigung zwischen den Völkern beitragen.

Es kann uns aber niemand übelnehmen, wenn wir bei der Beurteilung dieser Tatsachen große Vorsicht üben. Wir teilen nicht den grenzenlosen Optimismus einiger Beobachter, die zu allzu schnellen Verallgemeinerungen neigen, vornehmlich in allen den Militarismus und die Rüstungen betreffenden Fragen. Der Verfasser dieser Worte teilt vielmehr die Ansicht der Beobachter, welche davor warnen, womöglich konjunkturelle Symptome als Anzeichen grundsätzlicher Aenderungen anzusehen. Ich gebe zu, daß das, was Erich Kuby in seinem Buch: „Das ist des Deutschen Vaterland“ schrieb, tiefen Eindruck auf mich machte. Einen nicht minderen Eindruck machten all die warnenden Akzente in der von mir hier bereits erwähnten Arbeit *Allemanns*, die doch die Entwicklung Westdeutschlands sehr günstig beurteilt. *Alleman*n mißt beispielsweise eine große Bedeutung dem Umstand bei, daß im Westdeutschland der Nachkriegszeit zu allererst der Staat erstanden ist und daß dieser Staat danach eine Armee ins Leben gerufen hat. Es ist dies nach *Allemanns* Meinung ein ganz anderer Prozeß als zu den Weimarer Zeiten, als gerade die Armee, welche die Niederlage überdauert hatte, zum Konsolidierungsfaktor der Republik wurde. Er erblickt darin eine große Chance der demokratischen Dauerhaftigkeit des gegenwärtigen westdeutschen Staates. Aber *Alleman*n erachtet es als notwendig, noch folgendes hervorzuheben<sup>5</sup>:

„Seien wir vorsichtiger: Es gibt ihm mindestens die Möglichkeit dazu. Er kann natürlich diese Chance verspielen. Aber wenn er das tut, dann ist das nicht das Ergebnis von Zwangsläufigkeiten, wie man sie vielleicht Weimar zubilligen mag, sondern ein Versagen vor einer Aufgabe, die keine übermenschlichen Ansprüche stellt und mit gesundem Menschenverstand auch ohne politisches Genie zu bewältigen sein sollte.“

Da ich mir der Relativität aller derart allgemeinen Erwägungen über die politische Atmosphäre eines Landes bewußt bin, will ich mich nicht eingehender mit diesen Problemen befassen. Wichtiger erscheint mir, das Augenmerk auf mehr konkrete politische Erscheinungen in dem heutigen westdeutschen Leben zu richten, die von einem Anwachsen der Entspannungstendenzen in der öffentlichen Meinung der DBR zeugen. Sie finden ihren Ausdruck in einigen Elementen des Programms der deutschen Sozialdemokratie, aber sie begrenzen sich nicht nur auf die Sozialdemokratie allein. Auch in anderen politischen Zentren geht das Bestreben dahin, Wege zur Ver-

ringerung der internationalen Spannungen ausfindig zu machen. Zwar haben diese Proben und Bestrebungen bisher in keiner Frage die Oberhand gewonnen, doch sie existieren, und ihr Einfluß ist gegenwärtig größer als in den vorigen Jahren.

Von unserem Standpunkt aus sind vor allem die Entspannungsversuche von Belang, welche sich in dem Verlangen nach Besserung der Beziehungen mit Polen ausdrücken. Man kann unter ihnen zweierlei Denkweisen unterscheiden. Die Vertreter der einen Denkweise sind der Meinung, daß die polnisch-deutsche Verständigung die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Polen und der Sowjetunion sowie der Deutschen Demokratischen Republik zur Voraussetzung haben oder als Resultat zeitigen müßte. Die Vertreter der anderen Denkart sind sich der Unmöglichkeit und Sinnlosigkeit solcher Kalkulationen bewußt. Es ist evident, daß nur Auffassungen, die nicht auf die Karte der Isolierung Polens von den sozialistischen Ländern setzen, als realistisch und mit dem Geist der Zeit vereinbar angesehen werden können. Wir erachten es als eine positive Erscheinung, daß in Westdeutschland heutzutage eine derartige Tendenz zur Verständigung mit Polen besteht und bereits eine gewisse Kraft repräsentiert.

Ich habe in dieser Skizze versucht, die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer anderen Entwicklung der polnisch-deutschen Beziehungen zu charakterisieren, als sie bisher notiert werden kann. Ich habe mich bemüht, zu diesem Zwecke sowohl die wichtigsten allgemeinpolitischen als auch einige spezifisch westdeutsche Erscheinungen zu analysieren.

Die Schlußfolgerung aus diesen Erwägungen gestaltet sich folgendermaßen: es bestehen gegenwärtig in der allgemeinen Weltpolitik mehr Entspannungsmöglichkeiten, als es früher der Fall war. Auch in der westdeutschen Politik existieren mehr Elemente, die von der Möglichkeit einer Besserung des Verhältnisses zu Polen zeugen, als früher. Der Widerstand der offiziellen westdeutschen Politik gegen die Entspannung bleibt jedoch unveränderlich groß. Als Abbild dieses Widerstandes müssen wir auch das Fehlen jeglicher Aktivität in der Frage der Beziehungen mit Polen, ja sogar eine ausdrückliche Reserviertheit auf diesem Gebiet im Vergleich mit den vergangenen Monaten ansehen. Die vor uns liegende Skizze ist unter dem Eindruck dieses Widerstandes geschrieben worden, aber zugleich mit dem Gedanken an eine womöglich nicht ferne Zukunft, in der die Tendenz zur Entspannung sich endlich als stärker erweist als das Streben nach der Steigerung von Konflikten und Spannung.

<sup>5</sup>) *Alleman*n, a. a. O., S. 383.



## Das Algerienproblem in wirtschaftlicher und sozialer Sicht

Von Dr. Günter Schütze, Paris

Seit dem Ausbruch des algerischen Aufstandes im Aurès-Gebirge im Herbst des Jahres 1954 ist Algerien der Schauplatz eines grausamen Guerillakrieges, der die Anwesenheit von über 380 000 französischer Soldaten erforderlich macht. In den dreieinhalb Jahren, die die blutige Auseinandersetzung jetzt andauert, sind von mehreren Seiten Versuche unternommen worden, eine friedliche Lösung des Konfliktes zu erreichen, die sowohl dem europäischen wie dem mohammedanischen Bevölkerungsteil gleichermaßen gerecht wird. Wenn es bislang nicht möglich war, eine friedliche Einigung zu erzielen, so dürfte der ausschlaggebende Grund darin zu suchen sein, daß die Verflechtungen zwischen Algerien und Frankreich sehr viel enger sind, als dies beispielsweise in Tunesien oder Marokko der Fall war. Seit der militärischen Eroberung des Landes im Jahre 1830 ist Algerien für Frankreich eine „Bevölkerungskolonie“ gewesen. Das Verhältnis Frankreichs zu den ehemaligen Protektoraten Marokko und Tunesien ließ sich nach langen Auseinandersetzungen schließlich auf einer neuen Grundlage regeln, da die europäische Bevölkerung in beiden Ländern nur eine Minderheit — wenn auch eine bedeutende Minderheit — darstellt und die wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen dieser Minderheit durch Garantien sichergestellt werden können. Hingegen zählte man in Algerien im Herbst 1954, als der Aufstand ausbrach, auf eine Gesamtbevölkerung von 9 670 000 über 1 Million Einwohner europäischer Abstammung gegenüber 8 630 000 Mohammedanern. Das Verhältnis zwischen beiden Gruppen betrug also 1:8. Allein diese rein zahlenmäßige Proportion zwischen Europäern und Mohammedanern stellt schwerwiegende Probleme. Der ehemalige französische Ministerpräsident René Mayer, der zehn Jahre lang das algerische Département Constantine in der Nationalversammlung vertrat, wies kürzlich darauf hin<sup>1</sup>, daß es Großbritannien wohl nicht so leicht gefallen wäre, Indien die Unabhängigkeit zuzugestehen, wenn das Verhältnis zwischen Indern und Europäern dem entsprochen hätte, das in Algerien zwischen Mohammedanern und Europäern besteht, wenn also 45 Millionen Briten in Indien gelebt hätten. Dennoch ist die relative Stärke des europäischen Bevölkerungselementes kein ausreichender Grund zur Erklärung der Schwierigkeiten, die einer Lösung der Algerien-Frage entgegenstehen.

Entscheidend für die Beurteilung der Lage in Algerien ist, daß eine räumliche Trennung der beiden Bevölkerungsgruppen und, im extremen Falle, die Evakuierung der Europäer kaum denkbar ist. In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht hat im Laufe der letzten hundert Jahre der Prozeß der gegenseitigen Durchdringung beider Gruppen derartige Ausmaße angenommen, daß ein künstliches Auseinanderreißen tödliche Folgen für das Ganze haben müßte. Wie siamesische Zwillinge sind beide Bevölkerungselemente untrennbar aufeinander angewiesen. So setzt sich beispielsweise in den 30 größeren und mittleren Städten die Bevölkerung aus 39,3 vH Europäern und 60,7 vH Mohammedanern zusammen<sup>2</sup>.

Eine rassische Diskriminierung, wie sie das Farbigenenproblem in den Vereinigten Staaten und in Südafrika so schwer belastet, ist den Franzosen traditionsgemäß fremd. Wenn es seit Jahrzehnten einen latenten Krisenherd in Algerien gibt, in dem die Spannungen vor dreieinhalb Jahren brutal zum Ausbruch kamen, so liegt die Ursache in den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ungleichheiten zwischen der europäischen und der mohammedanischen Gemeinschaft. Im Folgenden soll nun versucht werden, einen Eindruck von den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten zu vermitteln, welche die algerische Frage kennzeichnen.

### *Zusammensetzung und Bildungsstand der Bevölkerung*

Gegenwärtig stehen in Algerien einem Einwohner europäischen Ursprungs 8 Mohammedaner gegenüber. Dieses Verhältnis verschiebt sich aber ständig zuungunsten des europäischen Elementes. Während die Wachstumsrate bei dem letzteren seit Jahren bei 1 vH liegt, beträgt sie für die mohammedanische Bevölkerung 2,6 vH. In jedem Jahre nimmt die mohammedanische Gemeinschaft um 260 000 Personen zu, und wenn nicht eine Geburtenbeschränkung der Tendenz zur Uebervölkerung Einhalt gebietet, wird es in 28 Jahren doppelt soviel Mohammedaner in Algerien geben wie heute. 17 Millionen Mohammedaner würden dann rund 1,5 Millionen Europäern gegenüberstehen. Hinzu kommt noch, daß der Anteil der Generation unter 19 Jahren an der mohammedanischen Gesamtbevölkerung äußerst hoch ist. Während in Frankreich 301 Personen von 1000 dieser Alters-



klasse angehören — und bei der europäischen Bevölkerung Algeriens besteht etwa das gleiche Verhältnis —, sind es bei der mohammedanischen Bevölkerung 546 auf 1000<sup>3</sup>.

Wenn man allgemein die Einteilung der Bevölkerung in zwei große Gruppen, die mohammedanische und die europäische, vornimmt, so darf doch nicht übersehen werden, daß beide Gruppen ethnologisch nicht einheitlich sind. Bei der zweiten Gruppe, der europäischen, handelt es sich vorwiegend um die Nachkömmlinge der französischen Kolonisatoren. Das korsische und südfranzösische Element ist besonders stark vertreten, zahlreiche Einwanderer sind auch aus den europäischen Randgebieten des Mittelmeeres gekommen (1948: 47 000 italienischer, 33 155 spanischer Abstammung), und schließlich findet man vor allem in den Städten eine große jüdische Kolonie (140 000). In Temperament und Äußerem unterscheiden diese sich oft nicht wesentlich von zahlreichen Algeriern mohammedanischen Glaubens. Die mohammedanische Bevölkerung ist freilich im Verhältnis zur europäischen Bevölkerung noch weit vielfältiger: In ethnologischer und sprachlicher Hinsicht ist das Nebeneinander und Durcheinander sehr ausgeprägt. Nach einer statistischen Erhebung des Jahres 1954, die 6,5 Millionen Mohammedaner umfaßte<sup>4</sup>, sprechen:

4 668 000	nur arabisch,
750 000	nur berberisch,
400 000	gleichzeitig arabisch und berberisch,
13 500	nur französisch,
530 000	gleichzeitig arabisch und französisch,
60 000	gleichzeitig berberisch und französisch,
96 000	arabisch, berberisch und französisch.

Tatsächlich dürfte die Anzahl der Mohammedaner, die Französisch sprechen und verstehen, die Million erreichen, wenn nicht überschreiten; die Schwierigkeiten, genaue statistische Erhebungen im Innern des Landes durchzuführen, lassen nur ungefähre Schätzungen zu. Bei der jungen Generation ist der Prozentsatz derjenigen, die Französisch sprechen können, ständig im Steigen, und dank des beachtlichen Ausbaus des Schulwesens innerhalb der letzten Jahre steigt auch die Anzahl derer, die französisch lesen und schreiben, schnell an<sup>5</sup>.

Die Schulpolitik des Mutterlandes in Algerien erstrebt die Einschulung aller Kinder im schulpflichtigen Alter. Da eine Politik der rassischen Diskriminierung in den französischen überseeischen Gebieten und in Algerien niemals verfolgt wurde — die Kinder der Europäer und der Mohammedaner sitzen in derselben Klasse und werden von denselben Lehrkräften unterrichtet —, stehen der Ausbreitung des Erziehungswesens keine psychologischen, sondern vor allem materielle Gründe entgegen.

Das wirtschaftliche und soziale Elend des Großteils der mohammedanischen Bevölkerung, das Fehlen ausreichender Budgetmittel für den Bau von Schulen für eine schnell im Wachsen begriffene Bevölkerung und die Schwierigkeiten, den Lehrernachwuchs sicherzustellen, setzten bisher allen Bemühungen um die Hebung des Bildungsniveaus der mohammedanischen Bevölkerung Grenzen<sup>6</sup>.

306 700 mohammedanische Kinder und 129 800 Kinder europäischer Abstammung besuchten 1954 die Volksschule<sup>7</sup>. Während der Bildungsstand der europäischen Minderheit im großen und ganzen dem des Mutterlandes entspricht, besuchen von den Mohammedanern nur einer von fünf Jungen und eines von 16 Mädchen die Schule. In den Städten ist das Verhältnis zwar wesentlich günstiger — 13 von 18 besuchen die Schule —, doch im Innern des Landes ist oft nur 1 Schulplatz für 50 Schulpflichtige verfügbar<sup>8</sup>.

Von den 34 500 Schülern der Oberschulen sind nur 18 vH Mohammedaner<sup>9</sup>. Während ein Drittel der Europäer die Oberschule besucht, stellt sich das Verhältnis für die Mohammedaner 1:125. Bei der Universität des Landes im Algier waren 1954 5150 Studenten eingeschrieben; davon waren 513 Mohammedaner<sup>10</sup>. Bei den Berufsschulen stellt sich das Verhältnis ähnlich wie für die Oberschulen. Diese vergleichenden Zahlen geben einen Eindruck davon, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt die Zahl der mohammedanischen Techniker, Verwaltungsfachleute und Spezialisten aller Art derart gering ist, daß auf allen Gebieten, die ausgebildete Fachkräfte verlangen, die Rolle der europäischen Bevölkerung noch für lange Zeit ausschlaggebend sein muß, wenn ein Zusammenbruch des Verwaltungs- und Wirtschaftsgefüges vermieden werden soll.

#### *Lebensstandard und Sozialstruktur*

10 vH der Bevölkerung sind im Besitz von 90 vH des Nationalproduktes, die anderen 90 vH verfügen nur über die verbleibenden 10 vH. Hat diese kleine Schicht von Privilegierten einen Anspruch darauf, daß dieser Zustand weiterhin aufrechterhalten wird, oder ist es nicht ein Gebot der Gerechtigkeit und der Vernunft, neun Zehntel der Algerier einen gebührenden Anteil am Nationaleinkommen zukommen zu lassen? Das ist die Frage, vor die sich Frankreich und vor allem die französischen Algerier gestellt sehen. Während die liberalen Elemente der europäischen Bevölkerung Algeriens die soziale, wirtschaftliche und auch politische Emanzipation der Moslembevölkerung als eine unausweichliche Notwendigkeit im Interesse aller Algerier ansehen, verweisen konservative Kreise auf die wohlverworbenen Rechte der europäischen Bevölkerung<sup>11</sup>.

Die Verteilung der Produktionsgüter und der Produktionsmittel auf die beiden Gruppen der Bevölke-



ung ergibt folgendes Bild: Der Wirtschaftscharakter des Landes wird überwiegend von der Landwirtschaft bestimmt. Die rückständigen Bebauungsmethoden der Moslembevölkerung und die Armut des Bodens können nur 2 bis 3 Millionen Menschen ernähren; 82 vH der Mohammedaner Algeriens sind aber bäuerlicher Abstammung. Von diesen rund 7 Millionen sind 2 150 000 im arbeitsfähigen Alter, doch finden nur 1 550 000 von ihnen in der Landwirtschaft ein Auskommen. Es muß hier noch berücksichtigt werden, daß nur 900 000 Mohammedaner eine bäuerliche Existenz führen, während es sich bei den übrigen 650 000 um Gelegenheitsarbeiter handelt, die zu einem großen Teil von ihren Familien mitversorgt werden müssen<sup>12</sup>.

Die Aufteilung nach Beschäftigungsgruppen ergibt folgendes Bild (Oktober 1954 — männliche Bevölkerung)<sup>13</sup>:

	Europäer	Mohammedaner
Landwirtschaft . . . . .	29 000	1 600 000
Fischfang und Forstwirtschaft .	4 000	6 000
Bergbau, Energieversorgung, verarbeitende Industrien . .	91 000	163 000
Transportwesen . . . . .	27 000	32 000
Handel . . . . .	46 000	101 000
Banken und Versicherungen .	10 000	1 000
Verwaltung und öffentliche Dienste sowie Bedienstete .	52 000	48 000
nicht-landwirtschaftliche Gelegenheitsarbeiter . . .	3 000	105 000
	262 000	2 056 000

Es kann im allgemeinen angenommen werden, daß 20 vH der arbeitsfähigen mohammedanischen Bevölkerung arbeitslos sind. Exakte statistische Erhebungen über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit können nur schwer durchgeführt werden<sup>14</sup>.

Angesichts der Tatsache, daß weder die Landwirtschaft noch Handel und Industrie die mohammedanische Bevölkerung voll ernähren können, verlassen Jahr für Jahr rund 100 000 Algerier ihre Heimat, um im französischen Mutterland Arbeit anzunehmen, die es ihnen erlaubt, sich und ihre Familien zu unterhalten. Da Algerien verwaltungsmäßig zu Frankreich gehört, genießen die Arbeitsuchenden Freizügigkeit in der Wahl des Arbeitsplatzes und sind in dieser Hinsicht den französischen Arbeitern gleichgestellt. Eine Beschränkung der Einwanderung der algerischen Arbeitskräfte ist weder rechtlich möglich noch wirtschaftlich gerechtfertigt. In Frankreich sind ständig etwa 300 000 Algerier beschäftigt<sup>15</sup>, die meistens nur 1 bis 3 Jahre bleiben und dann oftmals von jüngeren Mitgliedern ihrer Familie abgelöst werden. 35 Milliarden Francs haben sie im Jahre 1953 ihren Familien nach Algerien geschickt (augenblicklich schätzt man die Höhe der Ueberweisungen auf jährlich 40—45 Milliarden Francs); sie erlauben so 2 Millionen Mohammedanern eine Existenz in der über-

völkerten und zu armen Heimat. Wenn das französische Mutterland diesen 300 000 nicht die Arbeitsmöglichkeit geben könnte, ist es schwer vorstellbar, wie eine wirtschaftliche Katastrophe in weiten Gebieten Algeriens vermieden werden könnte<sup>16</sup>.

Mehr als die recht beschränkte Möglichkeit einer industriellen Entwicklung Algeriens wird es für die wirtschaftliche und soziale — und in weitem Maße auch politische — Zukunft des Landes entscheidend sein, ob und wie weit die Landwirtschaft modernisiert und die Anbaufläche vergrößert werden kann. Die ungleiche Verteilung der landwirtschaftlichen Produktionsgüter, die beherrschende Stellung der europäischen „colons“ (Kolonisten) wird oft als ein entscheidender Grund für den Ausbruch des algerischen Aufstandes angesehen. Mit dem Begriff „colon“ bezeichnet man oft kurz hin das europäische Element im Gegensatz zu der sozial und wirtschaftlich benachteiligten mohammedanischen Majorität der Bevölkerung. Man sollte sich hierbei vor Verallgemeinerungen und Vereinfachungen hüten. Tatsächlich gibt es unter der mehr als 1 Million zählenden europäischen Bevölkerung nur 19 400 „colons“, d. h. Grundbesitzer im weitesten Sinne. 7432 unter ihnen besitzen aber weniger als 10 ha; angesichts der landwirtschaftlichen Verhältnisse Algeriens handelt es sich hier um ausgesprochen arme Leute, die in zahlreichen Fällen von dem Ertrag des Bodens nicht leben können, sondern entweder als kleine Beamte, Händler oder Pensionäre andere Einnahmequellen besitzen. Die echten „colons“, die Grund- und Plantagenbesitzer, zählen 12 000. 300 von ihnen können als reich und 10 als sehr reich bezeichnet werden<sup>17</sup>. Der eigentliche wirtschaftliche und politische Einfluß dieser wohlhabenden Grundbesitzerschicht steht in keinem Verhältnis zu ihrer recht geringen Zahl, es darf aber auch nicht vergessen werden, daß sich ebenfalls große Latifundien in den Händen einiger großer mohammedanischer Grundbesitzer befinden.

Die Aufteilung des Landbesitzes auf die europäische und mohammedanische Bevölkerung ergibt sich aus den folgenden Zahlen<sup>18</sup>:

	Mohammedaner		Europäer	
	Anzahl der Bewirtschaftungen	Gesamtfläche (in 1000 ha)	Anzahl der Bewirtschaftungen	Gesamtfläche (in 1000 ha)
weniger als 10 ha	391 000	1850	8000	40
10—50 ha	118 000	3013	7000	209
50—100 ha	17 400	1226	4000	306
100—500 ha	5 000	1108	5100	1202
mehr als 500 ha	600	475	900	936

Vergleicht man nun das Lebenshaltungsniveau der Gesamtheit der europäischen und der mohammedanischen Bevölkerung auf allen Gebieten (Landwirtschaft, Handel, Industrie usw.), so ergibt sich für das Jahr 1954 folgendes Bild<sup>19</sup>:



soziale Kategorie	Europäer	Mohammedaner	durchschnittliches Jahreseinkommen pro Kopf
wohlhabende Schicht	über 14 000	weniger als 1 000	1 630 000 ffrs.
Mittelklasse	545 000	50 000	236 000 ffrs.
Kleine Angestellte und Beamte, Händler, Handwerker und qualifizierte Arbeiter	440 000	510 000	115 000 ffrs.
Mohammedaner der städtischen Bezirke	—	1 600 000	57 400 ffrs.
Mohammedaner der Landbezirke	—	5 840 000	19 300 ffrs.

An diesen Zahlen wird besonders deutlich, wie kraß die sozialen Unterschiede nicht nur zwischen den beiden Volksteilen, sondern auch innerhalb der mohammedanischen Bevölkerung sind.

### Die Struktur des algerischen Außenhandels und die Handelsbilanz

In Prozenten ausgedrückt, ergibt sich für den Außenhandel Algeriens im Jahre 1955 folgende Struktur<sup>20</sup>:

	Einfuhren	Ausfuhren
Energieversorgung	6	1
Rohstoffe u. Halbfertigwaren	20	26
Ausrüstungsgüter	16	1
Verbrauchsgüter	58	72
(davon Nahrungsmittel)	(23)	(66)
	100	100

Zwei Drittel aller Ausfuhren bestehen aus Nahrungsmitteln, zum großen Teil aus Wein<sup>21</sup>. Obwohl der Koran den Mohammedanern den Weingenuß verbietet, ernährt der Weinbau Hunderttausende unter ihnen. Die Absatzschwierigkeiten des algerischen Weines, der meistens reiner Konsumwein ist, lassen es wünschenswert erscheinen, die landwirt-

schaftliche Anbaustruktur zugunsten von Hülsenfrüchten umzustellen. Weder die Ausfuhr der heimischen Erze noch die industrielle Eigenproduktion spielen bisher eine wesentliche Rolle. Nach neueren Angaben des Ministers für Algerien kann auch die Ausbeutung der in den algerischen Südregeionen (Sahara) entdeckten Erdölfelder nicht eine fühlbare Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung — zumindest nicht innerhalb der nächsten Jahre — bringen; die einheimische Industrie wird zunächst ebenfalls nur in beschränktem Maße Nutzen daraus ziehen können<sup>22</sup>. Die Oelfelder von Edjele sollen ab 1960 jährlich 3—4 Millionen Tonnen Rohöl fördern. Bei Hassi-Messaoud ist die tägliche Förderung von 1200—2000 Tonnen pro Tag angelaufen, das erste Rohöl ist zu Beginn des Januar an der algerischen Küste in Philippeville eingetroffen. Es ist vorgesehen, daß die Felder von Hassi-Messaoud ab 1960 eine jährliche Produktion von 5—10 Millionen Tonnen erreichen. Geographische, technische und vor allem finanzielle Erwägungen lassen es aber noch zweifelhaft erscheinen, ob die Oelleitungen, welche die beiden Hauptfelder mit einem Mittelmeerhafen verbinden sollen, überhaupt zu einem algerischen Hafen gelegt werden oder aber zu einem tunesischen oder libyschen Hafen<sup>23</sup>.

Die Entdeckung großer Erdgasvorkommen — das größte liegt bei Hassi-R'Mel, nur 450 km von Algier entfernt — sichert dagegen die gesamte Energieversorgung des Landes und könnte auch dann noch den Ansprüchen gerecht werden, wenn der Energieverbrauch um ein Vielfaches gesteigert würde.

Die Wirtschaft Algeriens ist zu rund vier Fünfteln nach dem französischen Mutterland orientiert. Der Austausch mit den französischen überseeischen Gebieten Afrikas (T. O. M.) folgt nach dem übrigen Ausland erst an dritter Stelle<sup>24</sup>:

	Einfuhren (in Milliarden ffrs.)			Ausfuhren (in Milliarden ffrs.)			Defizit der Handelsbilanz (in Mrd. ffrs.)
	1954	1955	1956	1954	1955	1956	1956
Frankreich	172	199,7	215,6	102,1	119,5	114,3	101,3
franz. Ueberseegebiete (T.O.M.)	20,5	16,3	18,4	12,1	11,4	10,5	7,9
Ausland	25,2	27,9	38,6	26,1	31,1	25,2	13,4
Total	217,7	243,9	272,6	140,3	162,0	150,0	123,6

Das starke Steigen der Einfuhren aus dem Mutterland und dem Ausland von 172 Milliarden Francs im Jahre 1954 auf 215,6 Milliarden Francs im Jahre 1956 erklärt sich zum wesentlichen Teil durch die infolge der militärischen Operationen und die ständige Anwesenheit einer Armee von mehr als 400 000 Mann entstandenen größeren Anforderungen des Verbrauchs- und Verteilungssektors. Das Sinken der Ausfuhren ist gleichfalls eine indirekte Folge des Krieges.

Um einen Vergleichsmaßstab für das relativ geringe Volumen des algerischen Handelsaustausches mit Frankreich zu erhalten, ist es nicht ohne Interesse, den Austausch des französischen Mutterlandes mit einem anderen Gebiet der Frankenzone zu untersuchen: mit dem Saargebiet, dessen Bevölkerung zehnmal geringer ist als die Bevölkerung Algeriens; die eigentliche Konsumentenschicht ist in beiden Gebieten aber nahezu gleich stark, wenn man davon ausgeht, daß in Algerien nicht weniger als neun



Zehntel der Einwohner für den Verbrauch praktisch ausfallen.

**Handelsaustausch Frankreichs mit der Saar  
im Vergleich zu Algerien<sup>25</sup>**  
(für 1954 in Milliarden ffrs.)

Einfuhren der Saar aus Frankreich	164.014
Einfuhren Algeriens aus Frankreich	172.000
Ausfuhren der Saar nach Frankreich	129.598
Ausfuhren Algeriens nach Frankreich	102.100

Der Anteil Algeriens am französischen Außenhandel (einschließlich der Gebiete der Frankenzonen) macht nur etwas über 3 vH aus (1955). Das Land ist als Absatzmarkt wie auch als Lieferant für die französische Volkswirtschaft von untergeordneter Bedeutung. Lediglich die französische Handelsschifffahrt und die Luftfahrt haben infolge ihres Transportmonopols ein ins Gewicht fallendes Interesse am Algerienhandel.

*Das Investitionsproblem*

Die verantwortlichen Stellen des französischen Mutterlandes haben seit Jahren darauf hingewiesen, daß bedeutende Summen in wirtschaftlichen und sozialen Investitionen angelegt werden müssen, um Algerien wirtschaftlich lebensfähig und politisch krisenfest zu machen. Ohne Zweifel hat Frankreich in den letzten Jahren bedeutende Investitionssummen für die von ihm abhängigen unterentwickelten Länder aufgebracht. Pierre Moussa, der Leiter der Wirtschaftsabteilung des französischen Ueberseeministeriums und einer der hervorragendsten Fachleute auf diesem Gebiete, stellt in einer kürzlich erschienenen Studie<sup>26</sup> beispielsweise fest, daß im Verhältnis zur Höhe des Nationaleinkommens Frankreich bei weitem am meisten von allen Industrieländern für die Entwicklung der unterentwickelten Länder ausgibt. An zweiter Stelle folgt Großbritannien, während die Vereinigten Staaten erst den dritten Platz einnehmen, allerdings noch weit vor sämtlichen anderen europäischen Ländern.

Für wirtschaftliche und soziale Investitionen hat das französische Mutterland allein aus öffentlichen Mitteln im Jahre 1955 54,8 Milliarden Francs in Algerien angelegt. Alle Fachleute sind sich dennoch darüber einig, daß eine wesentliche Erhöhung der öffentlichen und privaten Investitionstätigkeit unbedingt erforderlich ist<sup>27</sup>.

Die „groupe d'études des relations financières entre la métropole et l'Algérie“<sup>28</sup> kam in einem ausführlichen Bericht im Juni 1955 zu dem Schluß, daß im Zeitraum von 1957 bis 1966 insgesamt 3611 Milliarden Francs in Algerien investiert werden müssen, um das Nationaleinkommen der algerischen Bevölkerung um 6,3 vH zu heben. Von dieser Summe müßten der Staat 1020 Milliarden und die private Wirtschaft 2591 Milliarden aufbringen<sup>29</sup>. Der Bericht geht dabei von folgenden Voraussetzungen aus: Der finanzielle Beitrag des französischen Staates erhöht sich jedes Jahr um 15 Milliarden Francs während einer Periode

von 6 Jahren, erreicht 125 Milliarden im Jahre 1960 und wird bei 150 Milliarden im Jahre 1962 stabilisiert. Die sozialen Investitionen aus öffentlichen Mitteln sollen 1960 um 30 vH über den im Jahre 1954 aufgewandten Mitteln liegen, nach 8 Jahren sogar diese Mittel um 60 vH übersteigen. In den ersten Jahren der Anwendung des Plans sollen 50 000 mohammedanische Kinder, am Ende der Periode 60 000 jährlich neu eingeschult werden.

Die wirtschaftlichen Investitionen der öffentlichen Hand sollen sich im Jahre 1960 um 90 vH erhöhen und müssen nach 10 Jahren zweieinhalbmal mehr betragen als im Jahre 1954<sup>30</sup>.

Selbst wenn der Investitionsbedarf auf dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiet geringer sein sollte, als dies in dem sogenannten „Maspétiol-Plan“ (siehe Anmerkung 28) veranschlagt wird, so ist doch offensichtlich, daß es der größten Anstrengungen bedarf, um die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen für ein dauerhaftes Verhältnis zwischen der europäischen und der mohammedanischen Bevölkerung zum Nutzen beider zu schaffen. Hinsichtlich der Finanzierung des Entwicklungsprogramms sind vor allem zwei Voraussetzungen erforderlich:

1. Das private Kapital muß einen echten Anreiz erhalten, große Summen auf lange Sicht in Algerien zu investieren. Ohne eine politische Lösung des Algerienkonfliktes und ohne ausreichende Garantien wird dagegen die Tendenz des Abflusses des Privatkapitals nicht aufzuhalten sein<sup>31</sup>.
2. Der französische Staatshaushalt muß in die Lage versetzt werden, die notwendigen öffentlichen Mittel für die Investitionen in Algerien zur Verfügung zu stellen. Es kann dies nur dann geschehen, wenn eine politische Lösung des Konfliktes eine Umstellung der augenblicklichen unproduktiven Kriegslasten auf produktive Investitionen gestattet. Selbst wenn nur ein Drittel der Summen, die der Konflikt jährlich verschlingt, in wirtschaftlichen und sozialen Investitionen angelegt wird, könnte das im Maspétiol-Plan aufgezeigte Ziel erreicht werden, zumindest was die Aufgaben der öffentlichen Hand angeht.

*Die Kosten des militärischen Konfliktes in Algerien*

Ueber die tatsächliche Höhe der Kosten des Krieges in Algerien ist seit Monaten in Frankreich und im Ausland eine anhaltende Kontroverse im Gange. Nach offiziellen französischen Angaben, die Ende vorigen Jahres gemacht wurden (Budgetgesetzentwurf für das Jahr 1958), belaufen sich die kumulierten militärischen Gesamtkosten für Algerien im Jahre 1957 auf 378,9 Milliarden Francs<sup>32</sup>.

Am 21. Februar 1958 veröffentlichten die Dienststellen des Algerienministers Lacoste eine Aufstellung über die militärischen Kosten, nach der die außerordentlichen Ausgaben im Jahr 305 bis 330 Milliarden Francs betragen. Der Produktionsausfall wird mit 126 Milliarden Francs eingesetzt, und die



Belastung der französischen Außenhandelsbilanz beträgt mit 149 Milliarden Francs rund ein Drittel des französischen Außenhandelsdefizits. Nach diesen Angaben würde die wirtschaftliche und militärische Belastung des Staatshaushaltes 456 Milliarden Francs betragen, freilich sind von anderer Seite, beispielsweise vom französischen Finanzministerium, ernsthafte Vorbehalte gegen die Vollständigkeit dieser Aufstellung gemacht worden. So sind im besonderen nur die außerordentlichen Militärausgaben, nicht aber die ordentlichen Militärausgaben in dem Dokument aufgeführt. Die normalen Truppenkosten beliefen sich aber vor dem Jahre 1955 auf 170 Milliarden Francs jährlich<sup>33</sup>.

In der 12. Ausgabe (Februar 1958) der Zeitschrift *Cahiers de la République*, die von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Pierre Mendès-France geleitet wird, ist der Frage der Kosten des Krieges eine sehr ausführliche Studie gewidmet. Demnach betrug die Belastung des französischen Haushalts für das Jahr 1957 mindestens 600 Milliarden Francs, wenn nicht wesentlich mehr. Hinsichtlich der Rückwirkung des Konfliktes auf die Außenhandelsbilanz kommt die Studie zu folgender Schlußfolgerung: „Es ist schwierig, die Höhe der verschiedenen Belastungen genau zu ermitteln; dennoch erscheint uns die Schätzung der Kommission der Vereinten Nationen auf einer ausführlichen, soliden und exakten Untersuchung zu beruhen.“

Diese Studie der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, die im September vorigen Jahres erschien<sup>34</sup>, kam zu der Schlußfolgerung, daß der Algerienkrieg das französische Devisendefizit um 250 Milliarden Francs erhöhe. Der Bericht kommt auch hinsichtlich der Gesamtkosten des Konfliktes auf eine Schätzung, die derjenigen der *Cahiers de la République* weitgehend entspricht: 700 Milliarden Francs pro Jahr.

Die englische Finanzzeitschrift *The Banker* gelangte im Oktober 1957<sup>35</sup> zu ähnlichen Schlußfolgerungen und stellte fest, daß sich die zivilen und militärischen Kosten des Krieges im Jahre 1956 auf 700 Milliarden belaufen hätten, während für das Jahr 1957 mit nahezu 800 Milliarden gerechnet werden müsse. Nach den Angaben von *The Banker* gehen der französischen Wirtschaft durch die verstärkten Einberufungen zum Militärdienst und durch die Verlängerung der Dienstzeit von 18 auf 24 Monate 5 vH der produktiven Arbeitskräfte verloren. Die Kosten des Algerienkonfliktes betragen rund 20 vH des Staatshaushaltes und 5,5 vH des Nationaleinkommens.

In den letzten Wochen stellt sich die Frage der Kosten des Krieges mit zunehmender Dringlichkeit, da neue Budgetmittel nicht mehr freigemacht werden können. Einmal hat sich die französische Regierung gegenüber den amerikanischen Gläubigern bei der Gewährung der Dollaranleihe im Januar dieses Jah-

res verpflichtet, das augenblickliche Haushaltsdefizit von 600 Milliarden auf keinen Fall zu überschreiten, auf der anderen Seite mußte die Regierung Gaillard dem Parlament die bindende Zusicherung geben, daß neue Haushaltsausgaben nicht durch neue Steuern gedeckt würden. Nachdem nun in den letzten Monaten die nachlassende militärische Aktivität in Algerien ein baldiges Niederschlagen der Rebellion in Aussicht zu stellen schien, hat das plötzliche Wiederaufflammen der Kampftätigkeit in einem bisher ungekannten Ausmaße die Verstärkung der französischen Truppen um 50 000 bis 80 000 Mann notwendig gemacht. Das wirtschaftliche und soziale Investitionsprogramm hat bereits zahlreiche Abstriche erlitten, und die notwendig werdenden zusätzlichen militärischen Ausgaben dürften auch weiterhin zu Lasten der produktiven Kapitalanlagen auf weite Sicht gehen.

### Zusammenfassung

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die europäische und die mohammedanische Bevölkerung im gemeinsamen Interesse eine Form der Zusammenarbeit finden müssen, da sonst eine wirtschaftliche Katastrophe des Landes unvermeidlich wäre. Die von den Extremisten in beiden Lagern verfochtene Alternative „Unabhängigkeit Algeriens — Algerien ist Frankreich“ geht an dem eigentlichen Problem vorbei. Die Algerier mohammedanischen Glaubens sind auf die Hilfe und die Unterstützung Frankreichs, sei es durch Finanzhilfe, durch Lieferung von Ausrüstungsgütern oder durch die Entsendung und Ausbildung von Fachkräften auf allen Gebieten, angewiesen. Wirtschaftlich und sozial gesehen, ist Algerien ein unterentwickeltes Land, in dem zwar durch den Beitrag des französischen Elementes die Verwaltung modern ist und in dem die zentralen, von Europäern beherrschten Funktionen des Wirtschaftslebens (Handel, Banken, Verkehrswesen) denen eines industrialisierten Landes entsprechen, in dem aber der überwiegende Teil der Bevölkerung unter Bedingungen lebt, welche die Merkmale von „Entwicklungsländern“ in anderen Teilen der Welt aufweisen. Algerien stellt für Frankreich wirtschaftlich keinen Gewinn, sondern eine schwere finanzielle Belastung dar, die in absehbarer Zeit — und unabhängig davon, ob es gelingt, dem Krieg ein Ende zu setzen — nicht fühlbar nachlassen wird.

Die politische Entwicklung hat sich hier in den letzten Jahren so zugespitzt, daß eine Zusammenarbeit mit Frankreich von einem Großteil der algerischen Bevölkerung davon abhängig gemacht wird, daß ihr Recht auf politische Selbstbestimmung von Frankreich anerkannt wird. Frankreich kann jedoch die eine Million Franzosen in Algerien nicht einfach ihrem Schicksal überlassen und dieses Gebiet auch deshalb nicht aufgeben, weil es ein notwendiges Bindeglied zur Sahara und dem Schwarzen Afrika



darstellt und auch zum Schutz der mittelmeeischen Verbindungslinien Frankreichs unentbehrlich ist. Eine politische Lösung der Algerienfrage, welche die wirtschaftlichen Bindungen beibehält, ist auch deshalb erforderlich, weil eine dauerhafte Regelung des Ver-

hältnisses zu Tunesien und Marokko — und damit die Voraussetzung für die Schaffung eines größeren nordafrikanischen Wirtschaftsraumes — so lange nicht erreicht werden kann, wie die algerische Rebellion stets von neuem die Atmosphäre im „Maghreb“ vergiftet.

### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Auf der deutsch-französischen Konferenz von Bad Godesberg, 29. November bis 1. Dezember 1957. Vgl. den Bericht in Europa-Archiv 3—4/1957, S. 10 551 ff.

<sup>2)</sup> Die europäische Bevölkerung wohnt überwiegend in den Städten. 1954 waren in den algerischen Nordgebieten nur 20 vH der europäischen Bevölkerung auf dem Lande ansässig. In den Sahara-Südgebieten stellt sich das Verhältnis sogar auf ungefähr 5 : 1000.

Bevölkerung der vier größten Städte:

	Gesamt	Europäer	Mohammedaner
Algier	361 285	196 817	164 468
Oran	299 008	178 011	120 997
Constantine	148 725	42 814	105 911
Bône	114 068	47 248	66 820

Nach „Initiation à l'Algérie“, Gemeinschaftsarbeit, Paris 1957.

<sup>3)</sup> Nach *La Revue Socialiste*, Nr. 99, Juli 1956.

<sup>4)</sup> *Etudes et Conjoncture*, Nr. 2, Februar 1957, auf Grund von Angaben des Statistischen Amtes, Algier, Erhebung des Jahres 1954.

<sup>5)</sup> 94 vH der Männer und 88 vH der Frauen können weder französisch lesen noch schreiben. Nach „L'Algérie en 1957“ von Germaine Tillon, Seite 68.

<sup>6)</sup> Im Jahre 1956 hat Frankreich für das öffentliche Schulwesen Algeriens 30 Milliarden Francs ausgegeben. G. Tillon „L'Algérie en 1957“, a. a. O., gibt an, daß 50 Milliarden jährlich zur Erreichung eines ausreichenden Bildungsniveaus aufgebracht werden müßten.

<sup>7)</sup> Commission Général au Plan, Jahresbericht 1955, Seite 490.

<sup>8)</sup> G. Tillon, a. a. O., Seite 68.

<sup>9)</sup> Bericht von Le Gorge, Präsident der „Commission du plan et d'équipement social“.

<sup>10)</sup> Nach Angaben des Ministers für Algerien betrug der Schulbesuch am 1. Oktober 1957: Volksschulen: 135 204 Europäer, 316 954 Mohammedaner; Oberschulen: 28 066 Europäer, 6576 Mohammedaner. Nach *Le Monde*, 2. November 1957. Dieses Ergebnis konnte erreicht werden, obwohl seit dem Beginn des Krieges 276 Schulen von Rebellen zerstört worden sind und weitere 120 Schulen Beschädigungen erlitten.

<sup>11)</sup> Beide Standpunkte in der „Tribune Libre“ der *Le Monde*. Der erste Standpunkt von dem Direktor des liberalen Blattes „L'Espoir-Algérie“, Jean Connet, am 23. Juli 1957. Der zweite Standpunkt von dem Senator (Algerien) Laurent Schiaffino am 14./15. Juli 1957. Nach den Angaben Schiaffinos beträgt der Anteil des mohammedanischen Elementes am Gesamtumsatz von rund 900 Milliarden Francs rund 69 Milliarden, d. h. weniger als 8 vH. Hinsichtlich der 4500 Milliarden privater Investitionen ergibt sich das gleiche Verhältnis zwischen dem europäischen und dem mohammedanischen Anteil.

<sup>12)</sup> Nach *La Revue Socialiste*, a. a. O. Nach *Etudes et Conjoncture*, Nr. 2, Februar 1957, waren am 31. Oktober 1954 1 600 000 Mohammedaner in der Landwirtschaft beschäftigt.

<sup>13)</sup> *Etudes et Conjoncture*, Nr. 2, Februar 1957. Für den Bergbau betrugen die Förderungsleistungen der hauptsächlichsten Bodenschätze im Jahre 1955: Eisenerze: 3 596 000 t,

Phosphate: 763 501 t, Zink: 56 000 t. Nach: „Initiation à l'Algérie“, Gemeinschaftsarbeit, Paris 1957.

<sup>14)</sup> Angaben nach *La Revue Socialiste*, a. a. O.: im Jahre 1956 wahrscheinlich 30 vH. Nach Jean Connet (siehe Anmerkung <sup>11)</sup>: 820 000 Arbeitslose oder Unterbeschäftigte in der Landwirtschaft, 100 000 in den übrigen Erwerbszweigen.

<sup>15)</sup> *Etudes et Conjoncture*, Nr. 3, März 1957.

<sup>16)</sup> Die im Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vorgesehene Freizügigkeit hinsichtlich der Wahl des Arbeitsplatzes innerhalb der Mitgliedsländer (Algerien ausgenommen) kann deshalb praktisch nur in geringem Maße dazu führen, daß z. B. italienische Arbeitskräfte die algerischen Arbeiter in Frankreich ersetzen.

<sup>17)</sup> Germaine Tillon, a. a. O., Seite 16.

<sup>18)</sup> Studie von Louis Chevalier, „Le problème démographique nordafricain“, 1940, Seite 80.

<sup>19)</sup> Bericht des Senators Marcel Pellenc, Berichterstatter der Finanzkommission des Conseil de la République, 10. Februar 1956, Seite 7.

<sup>20)</sup> *Etudes et Conjoncture*, Nr. 11, November 1955.

<sup>21)</sup> Der Weinexport erreichte 1954 einen Wert von 53 Milliarden Francs und belief sich auf 14 Millionen Hektoliter. Der normale Bedarf Frankreichs an algerischem Wein beträgt dagegen nur rund 5 Millionen Hektoliter. *Politique Étrangère*, Nr. 3/1956, Seite 319 ff.

<sup>22)</sup> Nach *Le Monde*, 15. Oktober 1957. Ausführliche Angaben über Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung der Sahara in: *Politique Étrangère*, Nr. 4/1957, Seite 345 ff.

<sup>23)</sup> Angaben des Ministers für Algerien nach *Le Monde*, 15. Oktober 1957. Hinsichtlich des Baues der Erdölleitungen ergibt sich nach neuesten Meldungen (*Le Monde*, 23. Januar 1957), daß ein algerischer Hafen (Bougie) doch wohl als Endpunkt vorgesehen ist.

<sup>24)</sup> Quellen für die Jahre 1955 und 1956: *Les Marchés Tropicaux*, Nr. 609, 13. Juli 1957; für das Jahr 1954: *Politique Étrangère*, Nr. 3/1956.

<sup>25)</sup> Zahlenangaben für den Saar-Außenhandel: *Perspectives*, 23. März 1957.

<sup>26)</sup> P. Moussa, „Les chances économiques de la Communauté franco-africaine“, Paris: A. Colin 1957; Seite 211.

<sup>27)</sup> P. Moussa, a. a. O.

<sup>28)</sup> Kommission unter dem Vorsitz von M. Maspétiol, Conseiller d'État.

<sup>29)</sup> Nach *La Revue Socialiste*, Juli 1956.

<sup>30)</sup> P. Moussa, a. a. O., Seite 147/48.

<sup>31)</sup> Angaben darüber in: „La balance des comptes de l'Algérie“, *Politique Étrangère*, Nr. 3/1956, Seite 319 ff.

<sup>32)</sup> *Perspectives*, Nr. 593, 14. Dezember 1957.

<sup>33)</sup> *Le Monde*, 22. Februar 1958.

<sup>34)</sup> *Bulletin économique*, UN - Wirtschafts - Kommission für Europa (ECE), Genf, 8. September 1957.

<sup>35)</sup> Nach *L'Express*, 24. Oktober 1957.



# Der Gemeinsame Markt im Kreuzfeuer der GATT-Kritik

Von Dr. Hannedore Kahmann

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist für die Mitgliedstaaten selbst ebenso wie für alle übrigen Länder, die mit den EWG-Vertragspartnern Handelsbeziehungen unterhalten, von weitreichender Bedeutung. Im Bewußtsein dieser Auswirkungen haben die Signatarstaaten in der Präambel des EWG-Vertrages zum Ausdruck gebracht, daß die Wirtschaftsgemeinschaft nicht nur die Beschränkungen im zwischenstaatlichen Verkehr beseitigen, sondern auch den Wohlstand der überseeischen Länder fördern soll. In dem nachfolgenden Beitrag kommt Dr. Hannedore Kahmann zu dem Ergebnis, daß die Gründung der Wirtschaftsgemeinschaft nicht notwendigerweise zu einem Interessengegensatz zwischen EWG und Drittländern führen müsse und daß infolgedessen die Kritik dieser Länder an dem Vertragswerk unbegründet sei.

Wi.

## Einleitung

Im Mittelpunkt der XII. Jahresversammlung aller Mitglieder des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (des GATT), die vom 17. Oktober bis zum 30. November 1957 in Genf tagte<sup>1</sup>, stand die Diskussion über die Frage, ob und inwieweit regionale Wirtschaftsintegrationen, wie beispielsweise die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die von den Mitgliedstaaten der OEEC angestrebte Frei-

handelszone, mit den Grundsätzen der allgemeinen Meistbegünstigung und der Nichtdiskriminierung des GATT zu vereinbaren seien.

Anlaß zu der Debatte war der dem GATT vorgelegte Antrag Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande, ihren Vertrag zur Bildung der EWG gemäß Artikel XXIV des GATT<sup>2</sup> anzuerkennen.

## I. Die Vorgeschichte und das Ergebnis der Konferenz

Die Ueberprüfung des Wortlautes des EWG-Vertrages nach den Richtlinien der Handelskonvention wurde bereits auf der vorangegangenen Jahrestagung, insbesondere von den außereuropäischen Mitgliedern — das sind zumeist Entwicklungsländer —, mit Nachdruck verlangt. Daraufhin hat das GATT-Sekretariat unter Mithilfe der Regierungen der sogenannten „outsiders“ einen 132 Fragen umfassenden Fragebogen ausgearbeitet, der dem Interimsausschuß der sechs EWG-Länder zur Beantwortung vorgelegt wurde. Die Antworten gaben näheren Aufschluß über die Formen und die Methoden der beabsichtigten Integration sowie über die voraussichtliche Wirksamkeit des Gemeinsamen Marktes. Doch mußten die Informationen lückenhaft bleiben, weil der lange Zeitraum der vorgesehenen Uebergangszeit, in der sich die wirtschaftliche Integration der europäischen Vertragspartner vollziehen soll, es erschwerte, schon heute ein exaktes Bild von der Struktur und der Lage der europäischen Volkswirtschaften nach dem Vollzug der Integration zu entwerfen.

Aus eben diesen Gründen konnten auch auf dem Handelsministertreffen, das im Laufe der Session wegen der Bedeutung der zur Diskussion stehenden Probleme eingeschoben wurde, nicht alle Bedenken

der Drittländer gegen die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entkräftet werden. Gewisse Vorbehalte blieben bestehen trotz der Beteuerung, der Vertrag von Rom halte sich strikt an die Zielsetzungen und an die speziellen Bestimmungen des GATT über Zollunionen; und trotz des versuchten Nachweises, daß durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes auch eine Ausweitung des Handels der sechs Länder mit der übrigen Welt zu erwarten und auf keinen Fall eine auf Autarkie gerichtete Außenhandelspolitik beabsichtigt sei; und trotz der Versicherung, die genaue Einhaltung der GATT-Bestimmungen seitens der Unionspartner sei gesichert.

Da also auch auf dieser seit dem Inkrafttreten des GATT bedeutungsvollsten Session kein abschließendes, von allen anerkanntes Urteil über die Auswirkungen der europäischen Integrationsabsichten zu erreichen war, wurde beschlossen, ein „committee of the whole“ zu bilden, d. h. einen aus allen Vertragsländern bestehenden Ausschuß, der die juristischen und ökonomischen Ungewißheiten klären soll, die sich aus dem Verhältnis zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den übrigen GATT-Mitgliedern bereits ergeben haben beziehungsweise noch ergeben werden.

<sup>1</sup>) Vgl. den Bericht auf S. 10 607 dieser Folge.

<sup>2</sup>) Vgl. den Wortlaut des GATT in *Bundesgesetzblatt*, Teil II, 1951, Anlagenband I; sowie den Wortlaut des „Proto-

kolls zur Aenderung der Präambel und der Teile II und III des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens“ vom 10. März 1955 in *Bundesgesetzblatt*, Teil II, 1957, S. 621 ff.



Damit dürfte zugleich eine sich Jahre hinziehende periodische Ueberprüfung des Vertrages eingeleitet sein, die für die Stellungnahme der Drittländer zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in dem Grade an Bedeutung zunimmt, in dem sich die Integration der europäischen Volkswirtschaften vollzieht und ihre Auswirkungen erkennbar werden.

Von vielen GATT-Mitgliedern wird in dem „committee of the whole“ zugleich ein Kontrollorgan, wenn nicht sogar eine Zensurinstanz für den Gemeinsamen Markt gesehen, deren es nach ihrer Ansicht bedarf, um die Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ständig im Lichte der GATT-Verpflichtungen kritisch betrachten zu können. Um auch den EWG-Mitgliedern den Ueberwachungsanspruch durch die Drittländer der GATT-Runde akzeptabel erscheinen zu lassen, wurde hervorgehoben, daß eine permanente Kontrollinstanz gerade von den Anhängern einer liberalen Wirtschaftsentwicklung im Gemeinsamen Markt begrüßt werden müsse. Denn nur eine solche Kontrolle durch die nicht beteiligten Volkswirtschaften stelle sicher, daß die universalen Gesichtspunkte in der zukünftigen gemeinsamen Wirtschaftspolitik der sechs Länder nicht ganz vergessen werden und der Gemeinsame Markt nicht in ein dirigistisches Fahrwasser gerät. Das Ziel auch der EWG-Politik müsse vielmehr in einer Stärkung aller marktwirtschaftlich orientierten Kräfte gesehen werden.

Eine solche Argumentation kann nur aus der Besorgnis und der Skepsis heraus verstanden werden, welche die auf eine regionale Vorzugsbehandlung hinauslaufende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bei den Drittländern hervorgerufen hat. Dieses in der Außenwelt weitverbreitete Mißtrauen gegenüber der Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft läßt sich jedoch nicht allein durch einen wortgetreuen Vergleich des GATT-Statutes und des Vertrags von Rom zerstreuen. Dies zeigte sich aus der Fragebogen-

aktion des GATT-Sekretariats, aus dem damit zusammenhängenden Notenwechsel zwischen dem Interimsausschuß der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem GATT und aus der Diskussion auf dem Handelsministertreffen anläßlich der letzten GATT-Konferenz.

Dem politisch und ökonomisch gleichermaßen mutigen Versuch der sechs EWG-Länder, sich zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzuschließen, wird man nur gerecht werden können

- a) aus dem Verständnis für die weltwirtschaftliche Entwicklung in den letzten 50 Jahren und insbesondere für ihre teils politischen, teils ökonomischen, teils sozialen Motive und die wirtschaftspolitischen Kräfte, die sie auslösten,
- b) aus der Kenntnis der früheren und der gegenwärtigen Welthandelsstruktur und
- c) aus der Einsicht in die bisherige Handelsverflechtung der EWG-Länder miteinander und mit der übrigen Welt.

Nur auf diesem Fundament kann eine dem Ziel des Europäischen Zusammenschlusses angemessene Überprüfung des EWG-Vertrags an Hand der GATT-Regeln erfolgen, kann eine den ökonomischen Problemen der freien Welt gerecht werdende Stellungnahme der GATT-Mitglieder zum Gemeinsamen Europäischen Markt aufbauen.

Doch bevor im Rahmen dieser kurzen Abhandlung ein erster Versuch zu jenen ökonomischen Analysen unternommen werden soll, die erforderlich sind, um einerseits den nichtbeteiligten Ländern ein Urteil über die sie betreffenden Auswirkungen der europäischen Integration zu erlauben und um andererseits den sich zusammenschließenden Ländern zu ermöglichen, eine etwaige GATT-Kritik abzuwehren, sei überprüft, inwieweit sich der europäische Zusammenschluß mit den GATT-Bedingungen für eine Zollunion juristisch vereinbaren läßt.

## II. Die GATT-Bedingungen für eine Zollunion und der Vertrag von Rom

Nach dem GATT-Statut, Art. XXIV, Abs. 4, erkennen die Vertragspartner ausdrücklich an, daß es auch erwünscht ist, den internationalen Handel mit Hilfe solcher freiwillig zustande gekommenen Vereinbarungen zu erleichtern, die einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß zwischen allen oder einigen zur GATT-Gemeinschaft gehörigen Ländern herbeiführen. Das GATT stellt für eine Zollunion<sup>3</sup> folgende Bedingungen:

1. Die sonstigen Handelsregulierungen dürfen nicht schärfer sein als die Handelsbeschränkungen, die vor der Bildung der Zollunion in den einzelnen Mitgliedsländern bestanden haben<sup>4</sup>;

2. die gemeinsamen neuen Zollsätze dürfen nicht höher liegen als die bisherige Gesamtbelastung der Importe durch Zölle, Steuern und Ausgleichsabgaben.

Als annehmbar wird ein neues Zollniveau angesehen, das dem einfachen, dem arithmetischen Mittel der ursprünglichen finanziellen Einfuhrbelastungen entspricht.

Entsprechendes gilt für die Schaffung einer Freihandelszone<sup>5</sup>. Sie ist nach den GATT-Regeln erlaubt, wenn die einzelnen Partner ihre Zölle Dritten gegen-

<sup>4</sup>) Vgl. GATT, Art. XXIV, Abs. 5a, in: GATT; Kommentar von L. P. Imhoff, München und Berlin 1952, S. 170, englischer Text.

<sup>5</sup>) Bei einer Freihandelszone behält jedes Land einen eigenen Zolltarif gegenüber nichtbeteiligten Volkswirtschaften bei. Zwischen den Mitgliedern der Freihandelszone bestehen keine Zollmauern mehr. (Vgl. GATT, Art. XXIV, 8b.)

<sup>3</sup>) Eine Zollunion besitzt einen gemeinsamen Außenzolltarif gegenüber Drittländern. Zwischen den Unions-Mitgliedern bestehen keine Zollmauern mehr. (Vgl. GATT, Art. XXIV, 8a.)



über nicht erhöhen oder wenn etwa erforderlich werdende Erhöhungen bei einzelnen Positionen durch Senkungen bei anderen, gleich wichtigen Gütern ausgeglichen werden.

Für die Bildung sowohl einer Zollunion als auch einer Freihandelszone ist weitere Voraussetzung, daß der gesamte Handel zwischen den Mitgliedstaaten dem Unionsreglement beziehungsweise den Prinzipien der Freihandelszone unterworfen wird, zumindest der gesamte Handel mit Produkten, die aus den Partnerländern stammen. Schließlich stellt das GATT als Bedingung für den Zusammenschluß zu einer Zollunion beziehungsweise zu einer Freihandelszone eine „angemessene“ Frist von maximal 15 Jahren<sup>6</sup>.

Vergleicht man diese GATT-Bestimmungen mit den entsprechenden Regelungen im Vertrag zur Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß beide durchaus miteinander in Einklang stehen. Zieht man

außerdem die Erklärung der EWG-Partner in Betracht<sup>7</sup>, zum allgemeinen Nutzen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ihre Zollsätze — durch den Abschluß entsprechender Abkommen — unter die Höhe zu senken, auf die sie sich auf Grund der Errichtung einer Zollunion berufen könnten, so nimmt es wunder, daß bei der GATT-Gemeinschaft selbst nach Vorlage der für eine Ueberprüfung der Unionspläne nötigen Unterlagen<sup>8</sup> und nach ihrer wenn auch erst oberflächlichen Durchsicht immer noch ein beträchtliches Unbehagen gegenüber dem Gemeinsamen Markt und der möglicherweise entstehenden Freihandelszone zurückbleibt.

Interessengegensätze bleiben nach wie vor, besonders hinsichtlich des Außenzolltarifs der Union, ihrer mengenmäßigen Restriktionen dritten Ländern gegenüber, ihrer Außenhandelspolitik auf dem Agrarsektor und der handelspolitischen Assoziierung der überseeischen Gebiete, bestehen.

### III. Die weltwirtschaftliche Bedeutung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird vielfach auch als Akt der „europäischen Integration“ bezeichnet. Das geschieht nicht zu Unrecht, wenn man darunter den Zusammenschluß zu einer Markt- und Preisgemeinschaft versteht, die auf einer Zahlungsgemeinschaft basiert und die tendenziell eine räumliche Verteilung der Produktion nach dem Prinzip rationeller Arbeitsteilung vornimmt<sup>9</sup>. Bis zu einem gewissen Grade treffen diese Merkmale ökonomischer Integration auf die westeuropäischen Volkswirtschaften bereits gegenwärtig zu. Der inner-europäische Warenaustausch ist im Rahmen der OEEC weitgehend liberalisiert, der zwischenstaatliche Zahlungsverkehr unter den europäischen Ländern wickelt sich über den Mechanismus der EZU ab, die europäischen Währungen sind untereinander nahezu unbeschränkt konvertibel.

Der Erfolg dieser so weitgehenden Annäherung an den *Idealfall einer vollkommenen Integration*, die sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts in einem allmählichen Entwicklungsprozeß vollzog, ist eine Ausweitung des innereuropäischen Handels, wie sie in keinem anderen Wirtschaftsraum und mit keinem anderen Wirtschaftsgebiet der Welt trotz allgemeiner Prosperität erzielt wurde. So mußte den EWG-Ländern zunächst aus innereuropäischen handelspolitischen Gründen der Gedanke naheliegen, die letzten Handelsbarrieren, nämlich die innereuropäischen Zollschränken und die restlichen mengenmäßigen Handelsrestriktionen, zu beseitigen und sich zu einer Wirtschaftsgemeinschaft mit koordinierter Wirt-

schaftspolitik und gemeinsamem Außenzolltarif zusammenzuschließen.

Die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dient jedoch *nicht nur europäischen Zielen*, wie nach den bisherigen Erfolgen europäischer Zusammenarbeit denkbar und auch verständlich wäre. Sie ist vielmehr auch, *ja gerade darauf angelegt*, die derzeitige *weltwirtschaftliche* Desintegration zu überwinden, die nach der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre an die Stelle der bis dahin bestehenden internationalen Wirtschaftsordnung getreten war.

Jene frühe „weltwirtschaftliche Integration“<sup>10</sup> ist die Phase liberaler Industrialisierung in Europa und in den Vereinigten Staaten, in der sich der internationale Handel zwischen Marktwirtschaften mit gleichen Währungsprinzipien, d. h. unter Einhaltung der Spielregeln des Goldmechanismus, und bei freier Konvertierbarkeit vollzog. Die damals gleichfalls einheitliche, preiserhöhende und deshalb protektionistische Importzollpolitik wurde zwar bewußt zur Förderung der Industrialisierung eingesetzt, behielt aber einen defensiven Charakter und war grundsätzlich nur als vorübergehender, mittelbarer Schutz für aufstrebende Industriezweige gedacht. Diese Epoche währte von 1880 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

In der nachfolgenden Zwischenkriegszeit setzte eine weltwirtschaftliche Desintegration ein, als neben der privatwirtschaftlichen Industrialisierung die staatlich „organisierte“ Industrialisierung — auch in Entwicklungsländern — vordrang, die Währungspolitik — nach den anfänglich erfolglosen Versuchen, den Goldstandard wiederherzustellen — nationalisiert wurde und neue preis- und mengenbeeinflussende

<sup>6</sup>) Vgl. GATT, Art. XXIV, 5c.

<sup>7</sup>) Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Art. 18.

<sup>8</sup>) Erforderlich gem. Art. XXIV Abs. 7a und b, des GATT.

<sup>9</sup>) Vgl. Wilhelm Röpke, „International Economic Disintegration“, 3rd Impression, London 1950; Introduction.

<sup>10</sup>) Vgl. Wilhelm Röpke, „Integration und Desintegration der internationalen Wirtschaft“ in: „Wirtschaftsfragen der freien Welt“, Frankfurt a. M. 1957, S. 493 ff.



währungs- und konjunkturpolitische Methoden der Wirtschafts- und Außenhandelslenkung entwickelt wurden. Darunter handelspolitische Maßnahmen, die nicht nur auf den Import beschränkt und defensiver Natur blieben, sondern durchaus auch auf den Exportsektor übergriffen, offensiven Charakter annahmen und direkt und unmittelbar der Förderung wirtschaftlicher Expansion und Aktivität dienstbar gemacht wurden.

In der Epoche zwischen den beiden Weltkriegen waren es vornehmlich währungs- und konjunkturpolitische Gründe, die veranlaßten, im Außenhandelsbereich zu lenkungswirtschaftlichen Methoden zu greifen, im letzten Jahrzehnt dagegen primär wachstumspolitische Motive. Sie finden sich besonders stark in den Entwicklungsländern des GATT ausgebildet, weil zu Beginn der industriellen Entwicklung die Produktivität der neuen Gewerbebezüge im allgemeinen noch niedrig ist<sup>11</sup>. Die Arbeitskräfte sind noch ungeschult. Zudem besitzen die alten Industriezentren eine technische Ueberlegenheit, welche die Konkurrenzaussichten der industriell aufstrebenden Länder in Frage stellt. Nur selten sind private Unternehmer bereit oder überhaupt in der Lage, das Risiko solcher Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, zumal nicht gewiß ist, ob sie typische, vorübergehende Wachstumsfraktionen oder ob sie Schwierigkeiten dauerhafter Natur sind. Deshalb leiten häufig die Regierungen an Hand von Wirtschaftsplänen die gewerbliche Entwicklung ein und helfen der jungen Industrie über die Anfangsstadien mit Import- und Exportregulierungen hinweg. Die Exportförderung konzentriert sich häufig auf Industriegüter, für deren Produktion ein Teil der eigenen Rohstoffherzeugung verbraucht wird.

Der erhöhte Eigenbedarf der Entwicklungsgebiete an früher exportierten Rohstoffen und Nahrungsmitteln hat nun dazu geführt, daß gerade die Lieferungen dieser in den ersten industriellen Entwicklungsstadien befindlichen Länder an die altindustriellen Volkswirtschaften im Zeitraum von 1938 bis 1956 nicht mit der Zunahme des Welthandels Schritt zu halten vermochten. Die Ausfuhren der reinen Rohstoff- und Agrarländer konnten dagegen ihren Anteil am wachsenden Welthandel halten. Das aber heißt, daß die Vergrößerung der Rohstoffherzeugung der sogenannten „halbindustrialisierten“ Länder nicht im gleichen Umfang mit der Ausweitung des eigenen und des ausländischen Rohstoffbedarfs einhergehen konnte. Ihre Industrialisierung mußte vielmehr mit der Stagnation beziehungsweise der Verlangsamung des Wachstums ihrer Rohstoffbasis erkaufte werden.

Der Anteil ihrer Bezüge aus den alten Industrieländern blieb dagegen nach wie vor gleich. Ihr früher beachtlicher Exportüberschuß im Warenverkehr mit

den hochindustrialisierten Ländern mußte sich infolge dieser Entwicklung allmählich in ein Defizit verwandeln, das ohne eine entsprechende Kreditfähigkeit der Lieferanten schwere Zahlungsbilanzkrisen bei den Empfängerländern nach sich ziehen mußte.

Angesichts dieser Zusammenhänge ist es offenkundig, daß die Ueberwindung der weltwirtschaftlichen Desintegration ein hohes Maß internationaler Verständigungsbereitschaft und Abstimmung voraussetzt, um die zwischenstaatlichen Handelshemmnisse und Währungskontrollen aufzuweichen. Dieser Aufgabe dient eine Reihe von internationalen Institutionen, darunter eine mit ausschließlich handelspolitischem Charakter, nämlich das GATT. Als Handelsgemeinschaft von Ländern unterschiedlicher Wirtschaftsstrukturen und Entwicklungsstadien mußten seine ursprünglich streng liberalen Handelsregeln jedoch im Jahre 1955 zugunsten der Entwicklungsländer „protektionistisch“ reformiert werden.

Diese „protektionistische“ GATT-Reform darf jedoch nicht als die Korrektur einer von vornherein gegebenen Unzulänglichkeit der liberalen Abkommensregeln gewertet werden. Sie wurde vielmehr erst erforderlich, nachdem sich die Zusammensetzung des Mitgliederkreises nach und nach verändert hatte und Länder unterschiedlicher Entwicklungsstufen umfaßte. Während im Gründungsjahr die Partner mit industrieller Wirtschaftsstruktur das Uebergewicht hatten, gehörten zu den 35 Mitgliedern im Zeitpunkt der Reform 14 Entwicklungsländer, in denen 56 vH der damals im GATT zusammengeschlossenen Bevölkerung wohnten.

Eine stärkere Berücksichtigung ihrer wirtschaftspolitischen Zielsetzungen in den handelspolitischen Postulaten des GATT war deshalb unausbleiblich. Insbesondere, nachdem sich gezeigt hatte, daß die wirtschaftlich weniger fortgeschrittenen Länder, die sich in den ersten Industrialisierungsstadien befinden und ihren ökonomischen Fortschritt auch mit Hilfe ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen zu finanzieren gezwungen sind, wenigstens in der gegenwärtigen Phase des gleichzeitigen starken industriellen Wachstums in den alten Wirtschaftszentren der Welt und in den Entwicklungsländern, nicht auf einen gewissen, von ihren binnenwirtschaftlichen Zielsetzungen gesteuerten außenhandelspolitischen Interventionismus glauben verzichten zu können.

Die wenige Jahre nach der Konstituierung des GATT erforderlich werdende „interventionistische“ Revision bestätigt im Grunde nur erneut eine Erfahrung, die bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gemacht wurde, nämlich, daß wirtschaftlich schwächere, in den ersten Phasen industrieller Entwicklung befindliche Länder sich einem uneingeschränkten Freihandel entziehen.

Auch das im 19. Jahrhundert entwickelte wirtschaftspolitische Ideal, das bisher einzige von internationalem Rang, nämlich der Liberalismus, der sich

<sup>11</sup>) Vgl. hierzu die Ausführungen der Verfasserin in dem Beitrag „Das GATT und die europäische Handelspolitik“ in Europa-Archiv 15/1957, S. 10 051—10 057.



im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr in das Freihandelsprinzip umsetzte, blieb wegen der Unterschiede im Entwicklungsstadium der sich damals industrialisierenden Länder nicht unangefochten. Während das in der Durchsetzung des technischen Fortschritts am schnellsten vorangekommene Großbritannien am Freihandel festhielt, griffen die erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts in die industrielle Revolution eingetretenen kontinental-europäischen Länder zu preisbeeinflussenden Schutzzollmaßnahmen, um die aufstrebenden Gewerbe vor dem Wettbewerb des wirtschaftlich vorausgeeilten Inselreichs zu bewahren.

Damals beschränkten sich die Interventionen auf Schutzzollmaßnahmen, die den eigentlichen Handels- und Zahlungsautomatismus nicht beeinträchtigten. Heute aber sind den Entwicklungsländern durch die GATT-Reform viel weitere Möglichkeiten zur einseitigen Suspendierung liberaler Außenhandelsmethoden zugestanden worden. Dadurch haben die alten Industrieländer einen um so größeren Beitrag zur Durchsetzung und Erhaltung liberaler Elemente in der internationalen Handels- und Währungspolitik und damit für die Förderung der Entwicklungsländer zu leisten. Allein auf Grund dieser verständnisvollen Haltung der alten Industrieländer gelang es, das GATT zu einer Konvention von Ländern unterschiedlicher Entwicklungsstufen auszubauen.

Handelspolitische Maßnahmen im Dienste irgendeiner Form organisierter Industrialisierung — wie wir sie in den Entwicklungsländern gehandhabt finden — können aber grundsätzlich nur im Handelsverkehr mit denjenigen Ländern a u t o n o m erfolgen und somit entwicklungspolitisch besondere Stoßkraft gewinnen, die selbst auf Grund ihrer vorwiegend marktwirtschaftlichen Ordnung eine aktive Außenhandelspolitik grundsätzlich nur mit dem Ziel einer Annäherung an liberale Außenhandelsbeziehungen

betreiben. D. h. die zentrale Bedeutung, welche die Handelspolitik in den letzten Jahren für die Industrialisierungsbestrebungen gerade der Entwicklungsländer gewann, ist demnach vor allem an die außenwirtschaftspolitische Solidarität ihrer Investitions- und Produktionsgüter exportierenden Handelspartner und Kapitallieferanten gebunden.

Deshalb ist es für die alten europäischen Industrieländer mit ähnlicher industriewirtschaftlicher Struktur in etwa gleichen Entwicklungsphasen naheliegend, sich wirtschaftlich zusammenzuschließen, um die Produktivität ihrer industriellen Erzeugung zu verbessern. Denn nur auf diese Weise können sie die Voraussetzung dafür schaffen, trotz der protektionistischen Außenhandelsmethoden der Entwicklungsländer den Handelsverkehr mit diesen Ländern selbst liberal zu handhaben, ihre Stellung im Weltkapitalverkehr zu festigen und durch eine kapital- und kreditmäßige Unterstützung der überseeischen Gebiete deren Entwicklungsvorhaben zu fördern.

Unter diesen Gesichtspunkten muß die wirtschaftliche Vereinigung europäischer Länder in der gegenwärtigen Phase gleichzeitigen starken industriellen Wachstums in den alten Industriegebieten und in den Entwicklungsländern als die weltwirtschaftlich optimale Möglichkeit zwischenstaatlicher wirtschaftlicher Integration gelten.

Doch nicht allein diese handelspolitischen Zusammenhänge rechtfertigen, ja verlangen die europäischen Integrationsabsichten — mögen sie nun in der Form einer Zollunion oder in der einer weiträumiger entworfenen Freihandelszone erfolgen —, auch die Nachkriegs-Entwicklung des Welthandels und die bisherige Handelsverflechtung der europäischen Länder mit der übrigen Welt scheinen auf die stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Nationen unabdingbar hinzudrängen.

#### IV. Die Wandlungen im Welthandel und die Struktur des Außenhandels der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

##### *Die Handelsverflechtung der Partnerländer untereinander*

Die handelspolitische Lage, die sich durch die Koexistenz von Wirtschaftssystemen mit starken lenkungswirtschaftlichen Elementen und solchen mit vornehmlich marktwirtschaftlichen Zügen ergab, hat nachhaltige Rückwirkungen auf die jüngste Entwicklung des Welthandels gewonnen. Die Besonderheiten dieser Entwicklung sind in der nur langsamen Ausweitung des Handels zwischen den Industriekernen Europas und Nordamerikas einerseits und den sich industrialisierenden Agrar- und Rohstoffländern andererseits und in der — früher in dem erfolgten Grad nie für möglich erachteten — Verbesserung des echten arbeitsteiligen Austausches von Investitions- und Produktionsgütern, Patenten und Fachkräften zwischen den

industriellen Kraftfeldern, sowie zwischen den Ländern mit gleich wachsender beziehungsweise gleich hoher Kaufkraft innerhalb der Industrieballungen zu sehen.

Während die Exporte von Industrieländern nach Industrieländern zwischen 1950 und 1956 von 34 vH auf 41 vH des Weltexportvolumens stiegen und die nach nicht- oder halbindustrialisierten Ländern mit etwa 25 vH annähernd gleichblieben, sanken die Lieferungen der sogenannten „non and semiindustrial areas“ an „industrial areas“ von 29 vH auf 23 vH ab.

Die langsame absolute Zunahme der Exporte „nicht- und halbindustrialisierter“ Volkswirtschaften an hochindustrialisierte Länder, die sich hinter dem Rückgang ihres Anteils am Welthandel verbirgt, ist jedoch nicht auf Wandlungen im innereuropäischen Warenaus-



tausch und ebensowenig auf die Liberalisierung des Handels zwischen den OEEC-Partnern zurückzuführen. Die Intensivierung des innereuropäischen Handels ist vor allem bei den Fertigwaren festzustellen, die von jeher zwischen den europäischen Ländern getauscht werden; sie ging nicht zu Lasten der traditionellen überseeischen Rohstoffangebote. Die Lockerung der Handelsbeziehungen zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern hat vielmehr ihre Ursache in den Strukturveränderungen dieser Volkswirtschaften, durch die deren Eigenbedarf an früher exportierten Rohstoffen stärker gestiegen ist als die Produktion.

So müßte gerade die jüngste Welthandelsentwicklung die Bedenken der überseeischen Gebiete gegen den wirtschaftlichen Zusammenschluß europäischer Länder zerstreuen. Sie müßte vielmehr die Ueberzeugung stärken, daß die Entwicklungsvorhaben der überseeischen Gebiete allein durch die Rationalisierung der europäischen Wirtschaft die kapital- und kreditmäßige Unterstützung empfangen können, die erforderlich ist, um ihre Exportkraft wieder zu stärken. Nur auf diese Weise wären die beiden seit fünf Jahren erkennbaren Tendenzen der Entflechtung und der gleichzeitigen Regionalisierung des Welthandels zu überwinden.

Ein Blick auf die gegenseitige Handelsverflechtung der europäischen Nationen zeigt jedoch darüber hinaus in aller Deutlichkeit<sup>12</sup>, daß es nicht allein mit der Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft getan ist, sondern daß der Zusammenschluß der OEEC-Länder zu der großräumigen Freihandelszone sich als notwendige Folge des Vertrages über den Gemeinsamen Markt ergeben muß.

Die Gesamtheit der sechs sich zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammenschließenden Länder hat im Jahre 1955, also in einem Jahr weltwirtschaftlich guter Konjunktur ohne wesentliche exogene Störungen, für ungefähr 18,250 Milliarden Dollar exportiert und für annähernd 19,300 Milliarden Dollar importiert. Die entsprechenden Werte für das Jahr 1956 liegen mit etwa 20,200 Milliarden Dollar bzw. etwa 22,450 Milliarden Dollar wesentlich darüber. Die Zunahme spiegelt jedoch nicht nur eine mengenmäßige Ausweitung des Außenhandels wider, sondern eher die insbesondere im letzten Drittel des Jahres durch die Suezkrise erfolgten Preissteigerungen.

Von diesem Gesamthandelsvolumen der Gemeinschaft wurden im Jahre 1955 nur etwa 30 vH unter den Mitgliedern getauscht; im Jahre 1956 blieben 32 vH der Gesamtexporte im zukünftigen gemeinsamen Wirtschaftsraum und kamen 28 vH der Gesamtimporte dorthier. Vernachlässigt man Schwankungsgrade von 2—3 vH, so darf man festhalten, daß während der vergangenen fünf Jahre durchweg knapp ein Drittel des gesamten Außenhandels der Gemein-

schaft auf den Handelsaustausch der Partnerländer untereinander entfiel<sup>13</sup>.

Diesen Durchschnittsziffern kommt die ländermäßige Außenhandelsstruktur der Bundesrepublik am nächsten, d. h. sie nimmt hinsichtlich der bisherigen Handelsverflechtung mit den Ländern der EWG eine Mittelstellung ein. Sie lieferte in den letzten Jahren stets nahezu 30 vH ihrer Gesamtausfuhren an die künftigen Gemeinschaftsländer, hat jedoch immer nur etwa ein Viertel ihrer Einfuhren dorthier bezogen. Die etwas stärkere Export- als Importverflechtung mit dem europäischen Kernraum, d. h. der Exportsaldo gegenüber der Gemeinschaft, beruht vor allem auf den Lieferungen industrieller Rohstoffe nach Italien und Belgien und auf den Verkäufen industrieller Fertigwaren nach den Niederlanden und gleichfalls Italien, die nicht durch entsprechende Gegenimporte gewerblicher oder agrarischer Erzeugnisse kompensiert werden (vgl. die drei Schaubilder).

Die beiden kleineren Wirtschaftsräume Belgien-Luxemburg und die Niederlande mit der höchsten Außenhandelsintensität unter den Vertragspartnern — wenn man als Maßstab dafür das Verhältnis zwischen der Höhe des Bruttosozialproduktes und des Außenhandelsvolumens oder die Einfuhr- und Ausfuhrwerte je Kopf der Bevölkerung anerkennt — haben auch die stärkste Handelsverflechtung mit den übrigen Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In den Jahren 1955 und 1956 blieben 45 vH der belgisch-luxemburgischen Gesamtexporte und 38 vH bzw. 40 vH der niederländischen Ausfuhren im Unionsraum, und von beiden Wirtschaftsräumen wurden 41—42 vH ihres Einfuhrbedarfs dort gedeckt. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß in diesen Ziffern der intensive Warenaustausch innerhalb des Benelux-Raums enthalten ist, in dem bereits seit Jahren keine Zollschranken mehr bestehen (vgl. Tab. 1 und 2).

#### *Die Handelsverflechtung der Länder des Gemeinsamen Marktes mit der Außenwelt*

Trotz der bisher unterschiedlich starken Handelsbindung der einzelnen Vertragsländer an den zukünftigen gemeinsamen Wirtschaftsraum darf man die gegenseitigen Handelsverflechtungen insgesamt doch als intensiv bezeichnen.

Wie aus den Tabellen zur Länderstruktur des Außenhandels der Vertragspartner hervorgeht, bestehen bei allen Ländern jedoch auch starke Handelsbindungen an die nicht zum Gemeinsamen Markt zählenden Länder der geplanten *Freihandelszone* (Einfuhr: 24 vH, Ausfuhr: 37 vH) und an ein als „übrige Welt“ bezeichnetes Gebiet (Einfuhr: 36 vH, Ausfuhr: 40 vH), zu dem im wesentlichen die Vereinigten Staaten und Kanada, Latein-Amerika und die nicht zum Commonwealth beziehungsweise zur Freihandelszone gehörenden Länder des Sterlingblocks zu rechnen sind.

Sie sind bei den drei größeren Vertragspartnern, Westdeutschland, Frankreich und Italien, intensiver als bei den kleineren Ländern, ja bei Westdeutschland und Italien sogar stärker als zum Unionsraum.

<sup>12)</sup> Vgl. Tabellen 1 und 2.

<sup>13)</sup> Die Marshallplan-Lieferungen in den ersten Nachkriegsjahren sind nicht eingerechnet.



Tabelle 1: Die Struktur des Außenhandels insgesamt im Gemeinsamen Markt und in der Freihandelszone im Jahre 1955

(in Millionen Dollar)

Import \ Export	Bundes-republ.	Belgien-Luxemb.	Frank-reich	Nieder-lande	Italien	Gem. Markt	Territ. d. Länder des GM	übrige Länder d. Freihandelszone	Common-wealth	übrige Welt	Ins-gesamt
Bundes-republik	●	413	434	578	342	1 767	95	1 956	432	1 885	6 135
Belgien-Luxemburg	327	●	278	575	61	1 241	165	559	157	657	2 779
Frankreich	505	337	●	144	185	1 171	1 422	886	155	1 164	4 798
Niederlande	459	371	133	●	66	1 029	99	698	147	705	2 678
Italien	234	50	108	45	●	437	52	559	109	700	1 857
Gem. Markt	1 525	1 171	953	1 342	654	5 646	1 833	4 658	1 000	5 111	18 247
Territ. d. Länder d. GM	184	266	1 208	97	73	1 838					
übrige Länder d. Freihandelszone	1 236	456	520	520	520	3 252					
Common-wealth	512	210	493	102	269	1 586					
übrige Welt	2 336	741	1 514	1 147	1 189	6 917					
Insgesamt	5 793	2 844	4 688	3 208	2 705	19 238					

Tabelle 2: Die Struktur des Außenhandels insgesamt im Gemeinsamen Markt und in der Freihandelszone im Jahre 1955

(in vH Basis-Werte)

Import \ Export	Bundes-republ.	Belgien-Luxemb.	Frank-reich	Nieder-lande	Italien	Gem. Markt insg.	Territ. d. Länder des GM	übrige Länder d. Freihandelszone	Common-wealth	übrige Welt	Ins-gesamt
Bundes-republik	●	7 15	7 9	9 18	6 12	29	1	32	7	31	100
Belgien-Luxemburg	12 5	●	10 6	21 18	2 2	45	6	20	5	24	100
Frankreich	10 9	7 12	●	3 5	4 7	24	30	18	4	24	100
Niederlande	17 8	14 13	4 3	●	3 3	38	4	26	5	27	100
Italien	13 4	3 1	6 2	2 1	●	24	2	30	6	38	100
Gem. Markt insgesamt	26	41	20	42	24						
Territ. d. Länder d. GM	4	9	26	3	3						
übrige Länder d. Freihandelszone	21	16	11	16	19						
Common-wealth	9	8	11	4	10						
übrige Welt	40	26	32	35	44						
Insgesamt	100	100	100	100	100						



Abgesehen von der unterschiedlichen Dichte der Handelsverflechtungen der einzelnen Unionsländer mit den übrigen geographischen oder handels- bzw. währungspolitisch zusammengehaltenen Wirtschaftsgebieten der Welt, ist die *Entwicklung ihres Handels mit diesen Räumen in den letzten Jahren tendenziell die gleiche gewesen*. Alle Vertragspartner konnten im Güteraustausch mit dem Gebiet der in Aussicht genommenen Freihandelszone, das nicht zur Wirtschaftsunion gehört, einen Exportüberschuß erzielen. Eine Beseitigung der Zollschränken und die volle Liberalisierung des Warenaustausches auch zwischen diesen beiden Gebieten vermöchte dieses Zahlungsbilanzungleichgewicht bei den gegenwärtigen Strukturen der beteiligten Volkswirtschaften zwar nicht in ein Gleichgewicht zu verwandeln, aber doch wohl — durch die zumindest handelstechnische Erleichterung des multilateralen Ausgleichs — zu vermindern. Hinzu kommt, daß die Ausweitung des zollfreien, voll liberalisierten Wirtschaftsgebietes die internationale Arbeitsteilung und die Verlegung der Industrie zum günstigsten Standort mehr erleichtert, als es durch die Gründung der engräumigeren Wirtschaftsgemeinschaft möglich ist.

Der Warenverkehr mit der „übrigen Welt“ wies dagegen bei allen Gemeinschaftsländern ein beträchtliches Defizit aus. Ursache dieses Defizits sind u. a. die Schwierigkeiten, auf den mit protektionistischen Zöllen umgebenen Dollarmärkten Fuß zu fassen; Schwierigkeiten, die im berühmten Schlagwort „Dollarlücke“ ihren treffenden Ausdruck finden. Eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft, die mit den Integrationsvorhaben beabsichtigt ist, könnte also möglicherweise dazu beitragen, ihr Dollardefizit zu überwinden. Dadurch aber würde der internationale Wert und die internationale Kaufkraft ihrer Währungen so weit gestärkt und gefestigt werden, daß sich der Uebergang zur freien Konvertierbarkeit ohne Kursverlust gegenüber dem Dollar ermöglicht.

Was aber würde die freie oder zumindest beschränkte Konvertierbarkeit europäischer Währungen für den Handelsverkehr der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit den überseeischen Verrechnungsländern der GATT-Runde bedeuten? Sie würde zahlungstechnisch bedeuten, daß die europäischen Länder den überseeischen Verrechnungsländern zugestehen, deren Zahlungen nicht mehr nur nach den Vereinbarungen der bilateralen Verrechnungsabkommen, sondern auch in konvertierbarer Währung entgegenzunehmen. Damit würden diese Verrechnungs-

länder einseitig mit in den multilateralen Zahlungsausgleich einbezogen, während sie selbst weiterhin an der bilateralen Verrechnung festhalten und ergänzend ihre Einfuhren und Ausfuhren durch vornehmlich binnenwirtschaftlich und nicht außenhandelspolitisch ausgerichtete Genehmigungen zum Ankauf und Verkauf von Devisen lenken können. Dadurch würden sie in die Lage versetzt, zugleich die ökonomischen Vorteile der bilateralen Verrechnung und der multilateralen Verwendung europäischer Währungen für sich in Anspruch zu nehmen. D. h., die einseitig gewährte Konvertierbarkeit seitens der europäischen Länder würde den übrigen GATT-Partnern nicht nur erlauben, ihre Importe ländermäßig weit besser als bisher nach den eigenen Belangen zu streuen, sondern sie auch, liberaler Wirtschaftsauffassung entsprechend, völlig autonom zu bestimmen, d. h. ganz ohne Berücksichtigung europäischer Exportwünsche. Je mehr der internationale Handel wieder durch das devisenwirtschaftliche Instrument gelenkt wird, um so mehr werden die echten Kaufneigungen ihren Niederschlag in den Warenströmen finden, und um so mehr werden die traditionellen Exportindustrien der alten Industriegebiete die inzwischen erfolgte Industrialisierung in den ehemaligen Abnehmerländern als Exporthemmnis in Kauf nehmen müssen. Die jungen Industrieländer werden sich dann als wettbewerbsfähig erweisen, wenn ihre Industrialisierung ökonomisch ist und auf *natürlichen Kostenvorteilen gegenüber den alten Industriegebieten* beruht.

Die Vorteile, die mit der internationalen Festigung der europäischen Währungen gerade für die Entwicklungsländer verbunden sein würden, dürften etwaige Nachteile einer vorübergehenden Erhöhung der Zölle einiger Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft weit überwiegen. Sie dürften auch die Befürchtung Großbritanniens entkräften, durch die Einbeziehung derjenigen Territorien in den Gemeinsamen Markt, die mit den Kernländern der Gemeinschaft „besondere Beziehungen“ unterhalten<sup>14</sup>, würde der Warenverkehr des Commonwealth mit der Europäischen Union beeinträchtigt werden.

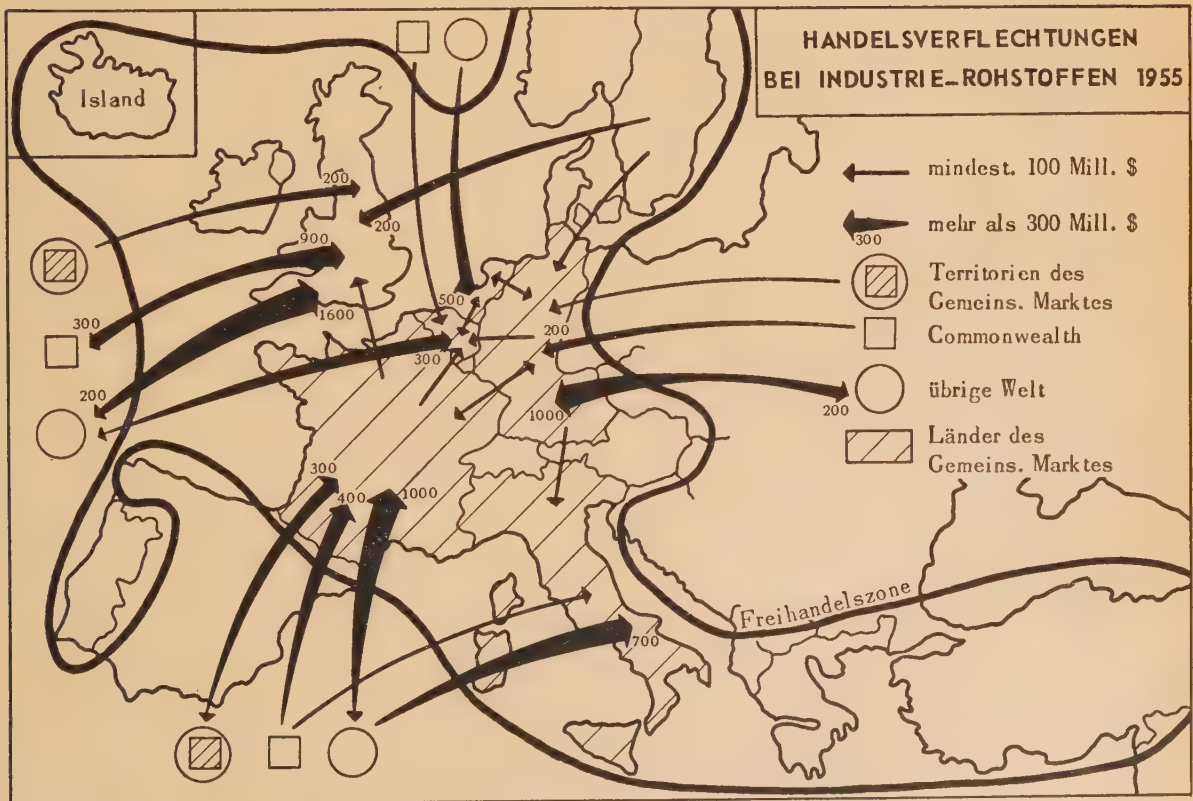
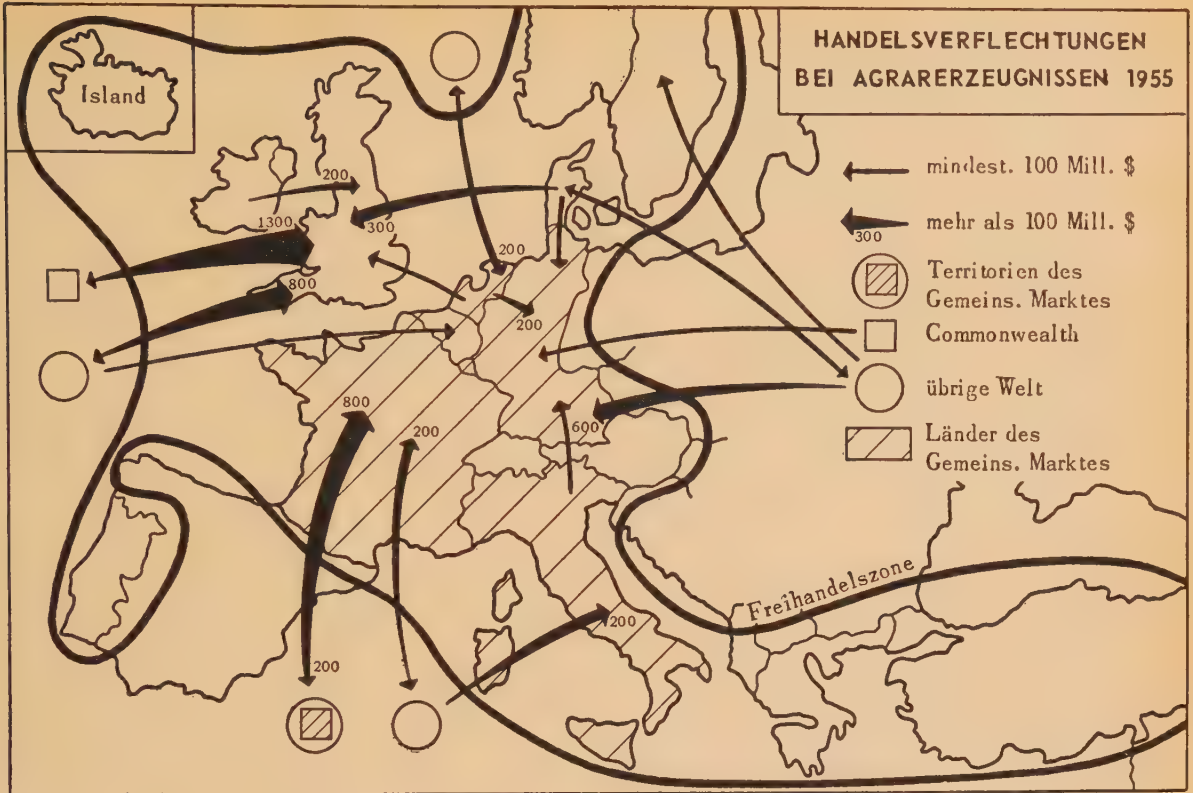
Währungspolitische Kräfte haben sich noch immer als wirtschaftlich stärker denn etwaige Präferenzabmachungen gezeigt. Um echte Präferenzen handelt es sich bei der Assoziierung der Ueberseeterritorien an den Gemeinsamen Markt. Die überseeischen Gebiete werden nämlich von den meisten Pflichten der integralen Zollunion befreit, gleichzeitig werden ihnen aber alle Rechte aus der Zollunion eingeräumt<sup>15</sup>.

<sup>14</sup>) Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Art. 131 ff.

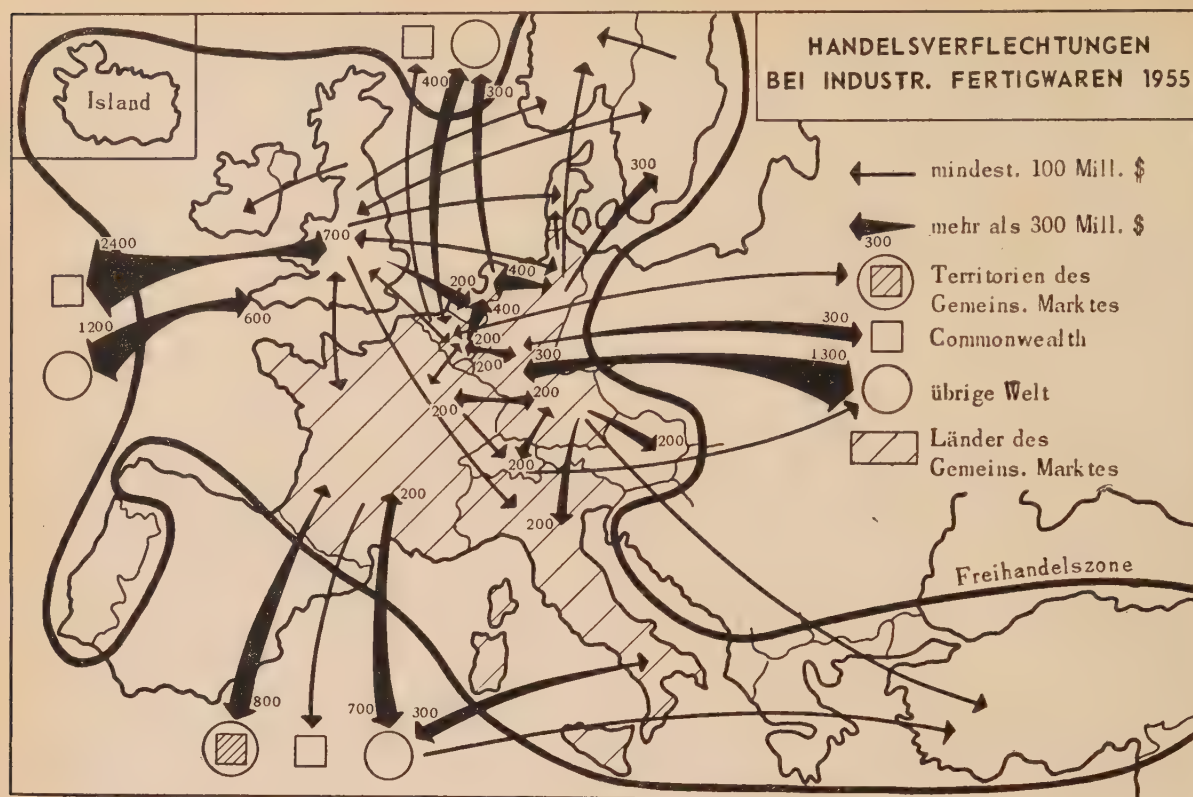
<sup>15</sup>) Die assoziierten Gebiete regeln ihren Handelsverkehr untereinander und mit den Mitgliedstaaten nach dem System, das für die Handelsbeziehungen mit dem europäischen Mitglied gilt, zu dem sie eine besondere politische und/oder wirtschaftliche, z. B. währungspolitische Bindung haben. D. h., grundsätzlich sollen auch Lieferungen an die überseeischen

Territorien, die aus anderen Unionsländern und anderen assoziierten Gebieten kommen, gemäß den Bestimmungen des EWG-Vertrages Zollfreiheit genießen. Ausgenommen sind — ebenso wie nach den GATT-Vorschriften — Schutzzölle, die den Erfordernissen der Entwicklung und den Bedürfnissen der Industrialisierung dieser Länder entsprechen, und Finanzzölle, die der Finanzierung ihres Haushalts dienen. (Art. 133, 3.)









Doch nicht nur die möglichen währungspolitischen Konsequenzen einer europäischen Integration, auch die bisherige Warenstruktur des Außenhandels der europäischen Länder muß den kritischen Aspekten des innereuropäischen Zollabbaus viel von ihrer Schärfe nehmen.

#### *Die Warenstruktur des Außenhandels der Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*

Der Binnenhandel in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft setzt sich überwiegend aus industriellen Fertigwaren zusammen (63 vH). Der Roh- und Brennstoffhandel kommt in Auswirkung der Montanunion an 23 vH heran; der Austausch von Agrarerzeugnissen bleibt gering (14 vH). Auch im Güteraustausch mit der restlichen Freihandelszone spielen Industrieprodukte die Hauptrolle.

Der Außenhandel der Gemeinschaft mit der „übrigen Welt“ ist dagegen im wesentlichen ein Austausch von gewerblichen Erzeugnissen gegen Rohstoffe und Agrarprodukte. Damit ist die Wirtschaftsstruktur der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eindeutig als industrielles Veredelungszentrum gekennzeichnet, das von Nahrungsmittel- und Rohstoffzufuhren aus Uebersee abhängig ist. Die Eigenart der Warenstruktur des Außenhandels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und jenen Gebieten läßt also einen Ausgleich der Handels- und Zahlungsbilanzen mit Hilfe

importrestriktiv wirkender Zölle nicht gerechtfertigt erscheinen. Er würde nur zu einer Verteuerung der Importe führen, welche die Tendenzen zum Ungleichgewicht verstärken könnte. Eher dürfte der im Vertrag vorgesehene Abbau des gemeinsamen Außenzolls sich binnen kurzem als erforderlich erweisen, um durch eine Verbilligung der Importe aus der Außenwelt die Rationalisierung der europäischen Wirtschaftsstruktur nach weltwirtschaftlichen Maßstäben zu erleichtern und zu sichern.

An dieser Aufgabe, die Europa aus weltwirtschaftlicher Verantwortung übernimmt, wird sich auch die Agrarpolitik der Sechs mit oder ohne Freihandelszone auszurichten haben. Sie wird zwangsläufig dazu führen, daß die Bestimmungen des Vertrages von Rom, die auch auf dem Agrarsektor die völlige Aufhebung der Zölle und anderer restriktiver Handelsbeschränkungen vorsehen, strikt eingehalten werden. Die Mitgliedstaaten können die gemeinsame Agrarpolitik nicht im Sinne einer Autarkie betreiben, sondern dürfen gerade um ihres Zieles willen die Ausweitung des Handels mit Drittstaaten nicht verhindern.

Die hier skizzierte handelspolitische Orientierung der EWG ist gleichsam die Voraussetzung dafür, das Ziel des Gemeinsamen Marktes erreichen zu können, nämlich die wirtschaftliche und soziale Stabilität zu erhöhen und die Verbesserung des Lebensstandards zu beschleunigen.



## Die Fortführung des Briefwechsels über die Einberufung einer neuen „Gipfel“-Konferenz

*Im Anschluß an die in Europa-Archiv 1/1958, S. 10 439 bis 10 447, und 3—4/1958, S. 10 529—10 549, wiedergegebenen Briefe und Noten hat der sowjetische Ministerpräsident, Nikolaj A. Bulganin, sich am 1. Februar 1958 mit einem dritten Schreiben zum Thema „Gipfel“-Konferenz an Präsident Eisenhower gewandt (vgl. den Wort-*

*laut unten). Präsident Eisenhower hat darauf am 17. Februar geantwortet (vgl. den Wortlaut auf S. 10 597). Am 8. Februar übersandte der britische Premierminister, Harold Macmillan, Ministerpräsident Bulganin seine Antwort auf dessen Schreiben vom 9. Januar (vgl. den Wortlaut der Antwort auf S. 10 600).*

### Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten N. A. Bulganin an Präsident Eisenhower vom 1. Februar 1958

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ihre Antwort auf meine Botschaft vom 10. Dezember vorigen Jahres sowie Ihre Mitteilung über den Erhalt meiner Botschaft vom 8. Januar d. J. habe ich erhalten. In Erwartung Ihrer Antwort zum Wesen meiner Botschaft vom 8. Januar und der Vorschläge der Sowjetregierung zu Fragen der Minderung der internationalen Spannungen gestatte ich mir, einige Gedanken darzulegen, die im Zusammenhang mit Ihrer Botschaft aufgekommen sind.

Ich möchte vor allem mitteilen, daß wir in Moskau die von Ihnen zum Ausdruck gebrachte Zustimmung zu unserer Meinung, daß persönliche Kontakte der Staatsmänner verschiedener Länder nützlich sind, sowie Ihre Bereitschaft, zu Verhandlungen mit sowjetischen Führern und Führern anderer interessierter Staaten zusammenzukommen, mit Befriedigung aufgenommen haben.

Wir konstatieren auch, daß Sie unseren Standpunkt teilen, wonach es wünschenswert ist, daß sich die vorgeschlagene Konferenz auf höchster Ebene als erfolgreich erweise. Gerade von diesen Erwägungen ließ sich die Sowjetregierung, wie ich Ihnen bereits mitgeteilt habe, leiten, als sie konkrete Vorschläge für die Durchführung der Konferenz vorbereitete.

Wir schlagen vor, die Aufmerksamkeit der Teilnehmer der Gipfelkonferenz auf die vordringlichsten Fragen zu konzentrieren, in denen die bekannten Standpunkte der Staaten in bestimmtem Maße Zuversicht geben, sie schon jetzt positiv zu lösen. Daher schlägt die Sowjetregierung auch vor, wie Sie wissen, auf der Konferenz solche Fragen zu erörtern wie:

Unverzügliche Einstellung der Atom- und Wasserstoffwaffenversuche;

Verzicht der UdSSR, der USA und Großbritanniens auf den Einsatz von Kernwaffen;

Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa;

Abschluß eines Nichtangriffsabkommens zwischen den Staaten, die der Nordatlantischen Union angehören, und den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags; Reduzierung der ausländischen Truppen, die sich auf dem Boden Deutschlands und in anderen europäischen Staaten befinden;

Ausarbeitung eines Abkommens über Fragen, die mit der Verhütung eines plötzlichen Ueberfalls verbunden sind;

Maßnahmen zur Erweiterung der internationalen Handelsverbindungen;

Einstellung der Kriegspropaganda;

Wege zur Minderung der Spannungen im Nah- und Mitteleuropa.

Außerdem ließen sich auf der Konferenz, wie in den Vorschlägen der Sowjetregierung vom 8. Januar hingewiesen wird, auch andere konstruktive Vorschläge zur Einstellung des „kalten Krieges“ erörtern, die von anderen Konferenzteilnehmern unterbreitet werden könnten.

Selbstverständlich muß über die Notwendigkeit der Prüfung solcher Vorschläge eine einmütige Meinung aller Teilnehmer bestehen.

Was Fragen betrifft, wobei mit gegenseitig annehmbaren Lösungen jetzt kaum zu rechnen ist, so könnte man auf der Konferenz den Modus zu ihrer Behandlung in der nächsten Phase der Verhandlungen zwischen den Staaten vereinbaren. Unserer tiefen Ueberzeugung nach erscheint eine solche Methode der allmählichen Lösung der internationalen Probleme unter den gegenwärtigen Umständen, da noch das nötige Vertrauen in den zwischenstaatlichen Beziehungen fehlt, am realistischsten und erfolgversprechendsten. Zweifellos würde die Erzielung von Uebereinkommen zunächst über einzelne Fragen günstige Voraussetzungen schaffen, damit auch die anderen schwebenden internationalen Probleme geregelt werden.

Nehmen wir zum Beispiel den Vorschlag, die Atom- und Wasserstoffwaffenexperimente unverzüglich auf mindestens zwei bis drei Jahre einzustellen. Die Vordringlichkeit der Lösung dieser Frage ist offensichtlich. Sie wurde erneut mit allem Nachdruck in der Eingabe von 9235 Wissenschaftlern aus 44 Ländern unterstrichen, die dieser Tage dem Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen, Herrn Hammarskjöld, übersandt wurde und zur unverzüglichen Einstellung der Kernwaffenversuche auffordert.

In dieser Eingabe, die neben anderen von 101 Mitgliedern der Landesakademie der Wissenschaften der USA und 216 sowjetischen Wissenschaftlern unterzeichnet worden ist, heißt es u. a., daß jeder Kernbomben-



versuch die Menge der für die Gesundheit der Menschen auf der ganzen Erde schädlichen radioaktiven Teilchen erhöht.

Zugleich ist bekannt, daß die Mehrheit der Staaten, darunter auch alle Mächte, die über Kernwaffen verfügen, die Notwendigkeit eines Abkommens in dieser Frage grundsätzlich anerkennen.

Berücksichtigt man, daß eine Kontrolle über die Einhaltung der Verpflichtungen zur Einstellung der Kernwaffenversuche durch die Staaten verhältnismäßig leicht ist und ein solcher Schritt keinem der Kernwaffen besitzenden Staaten Vorteile auf Kosten der Interessen anderer Staaten gibt, so wird klar, daß die Herbeiführung eines Abkommens in dieser Frage schon jetzt durchaus möglich ist und ausschließlich von den Kernwaffen besitzenden Mächten abhängt. Was die Sowjetunion betrifft, so ist sie, wie bereits wiederholt erklärt wurde, bereit, die Experimente mit solchen Waffen einzustellen, wenn die anderen Mächte einverstanden sind, das gleiche zu tun.

Sind die Zweifel an der Bedeutung eines solchen Abkommens gerechtfertigt? Unserer Meinung nach nicht. Und in dieser Beziehung teilen wir voll und ganz die Meinung der Gelehrten, die in der erwähnten Eingabe erklären, daß ein internationales Abkommen über Einstellung der Kernbombenversuche heute als erster Schritt zu einer umfassenderen Abrüstung und letzten Endes zum wirksamen Verbot der Kernwaffen dienen könnte.

Als nicht weniger wichtig und in demselben Maße zur Prüfung und zur erfolgreichen Lösung schon jetzt reif betrachten wir auch die anderen oben genannten Fragen.

In Ihrer Botschaft äußern Sie, Herr Präsident, das Einverständnis, auf einer Gipfelkonferenz Vorschläge der Sowjetregierung zu erörtern, und schlagen Ihrerseits vor, eine Reihe anderer Fragen zu behandeln.

Es versteht sich, daß bei beliebigen Verhandlungen und um so mehr in einer Konferenz auf höchster Ebene nur solche Fragen erörtert werden müssen, zu deren Prüfung alle Teilnehmer bereit sind. Dagegen wird wohl kaum jemand etwas einzuwenden haben.

Ich muß aber auf folgenden Umstand aufmerksam machen. Gleichzeitig mit Ihrem Einverständnis, auf einer Konferenz die von der Sowjetunion vorgeschlagenen Fragen zu erörtern, geben Sie von vornherein zu verstehen, daß es Ihres Erachtens nicht nützlich oder notwendig wäre, eine Einigung über solche Fragen zu erzielen wie den Vorschlag, daß die USA, Großbritannien und die UdSSR auf den Einsatz von Kernwaffen verzichten, den Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen den Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Union und den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags und den Vorschlag, bei der Lösung von Nah- und Mittelostfragen auf Gewaltanwendung zu verzichten. Hierbei wird darauf Bezug genommen, daß die Verpflichtungen, die in den erwähnten Vorschlägen vorgesehen sind, durch die Verpflichtungen gedeckt würden, die die Charta der UN den Mitgliedern dieser Organisation auferlegt.

Das gleiche Argument wird auch angeführt, um die in Ihrer Antwortbotschaft zum Ausdruck gebrachte negative Einstellung zu dem sowjetischen Vorschlag zu begründen, wonach unsere Staaten die feste Absicht bekunden sollen, Freundschaft und friedliche Zusammenarbeit miteinander zu entwickeln. Hält es die USA-Regierung nicht für möglich oder nicht für zweckmäßig,

einen solchen Vorschlag anzunehmen, so kann dieser Umstand nur unser tiefes Bedauern hervorrufen, da die Sowjetregierung, die konsequent die friedliche Koexistenz und freundschaftliche Zusammenarbeit mit allen Ländern anstrebt, in diesem Zusammenhang der Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA besonders große Bedeutung beimißt. Hierbei sind wir der Meinung, daß der gegenwärtige unbefriedigende Zustand dieser Beziehungen keineswegs von einer Notwendigkeit bestimmt wird und daß genügend praktische Möglichkeiten vorhanden sind, wovon schon allein das dieser Tage von unseren Vertretern unterzeichnete Abkommen über Austausch auf dem Gebiete der Kultur, der Technik und des Bildungswesens zeugt. Wir sind überzeugt, daß eine Besserung der Beziehungen zwischen unseren Staaten aktive Bemühungen beider Seiten erfordert, und es muß uns natürlich enttäuschen, daß unser Vorschlag, einen neuen wichtigen Schritt auf diesem Wege zu unternehmen, gerade mit einem Hinweis auf die Charta der UN abgelehnt wird, einem Hinweis, dessen erkünsteltes Wesen offensichtlich ist.

Ich brauche, Herr Präsident, nicht besonders hervorzuheben, daß die den Staaten unterbreiteten Vorschläge der Sowjetregierung der Festigung des Weltfriedens dienen und voll und ganz den Prinzipien und Zielen der UN-Charta entsprechen. Die Durchführung der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen wird zur Festigung der Organisation der Vereinten Nationen beitragen und wird helfen, daß sie eine wirklich effektive Körperschaft wird, die auf der Wacht des Friedens steht. Und das Unglück besteht bisher nicht darin, daß derartige Maßnahmen durchgeführt wurden, sondern darin, daß entgegen den Prinzipien und Zielsetzungen der UN-Charta Abkommen geschlossen und Organisationen wie die NATO, die SEATO und der Bagdadbloc geschaffen wurden, die das Ansehen der UN erschüttern und in keiner Weise zur Minderung der internationalen Spannung beitragen.

Will man konsequent sein und auf dem Boden der UN-Charta stehen, so muß man in erster Linie derartige militärische Gruppierungen auflösen. Da heute aber die Westmächte noch nicht zu einem solchen Schritt bereit sind, schlägt die Sowjetregierung denn auch vor, gemeinsame Beschlüsse zu fassen, in denen unsere feste Absicht bekräftigt würde, auf dem Boden der Charta der UN zu stehen und beharrlich Maßnahmen durchzuführen, die die Sicherheit der Völker gewährleisten.

Wir möchten hervorheben, daß die UN-Charta, wie Sie sehr wohl wissen, Abkommen zwischen den Staaten zur Verwirklichung ihrer Prinzipien nicht verbietet und nicht ausschließt. Im Gegenteil, die UN-Charta fordert von allen Staaten, daß sie durch verschiedene Akte die in der UN verkündeten Prinzipien der Erhaltung und der Festigung des Friedens bekräftigen und verwirklichen. Wie bekannt, faßt auch die Organisation der Vereinten Nationen, selbst bei Bestehen der Charta, nicht wenig Resolutionen, Deklarationen, Appelle und andere Beschlüsse, und das ist ganz natürlich, wie ja auch eine ganze Reihe zwischenstaatlicher Abkommen zur Gewährleistung der friedlichen Zusammenarbeit der UN-Mitglieder in verschiedenen Formen ganz natürlich ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf Ihren Vorschlag über Maßnahmen zur Stärkung der Vereinten Nationen eingehen. Wir haben mit Ihnen, Herr Präsident,



keine Meinungsverschiedenheiten darin, daß die UN gefestigt und in eine effektive Körperschaft der internationalen Zusammenarbeit verwandelt werden muß. Vieles ließe sich in dieser Hinsicht, wie uns scheint, durch gemeinsame Bemühungen aller Staaten tun, in erster Linie der Großmächte, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrats sind.

Aber was wird in Ihrer Botschaft vorgeschlagen? Vorgeschlagen wird im Grunde genommen eines: Von dem Prinzip der Einstimmigkeit der Großmächte im Sicherheitsrat abzugehen, das die Hauptstütze ist, auf der die Existenz der Organisation der Vereinten Nationen selbst beruht. Die Erfahrungen der zwölfjährigen Tätigkeit der UN zeigen mit aller Eindringlichkeit, daß gerade das Recht der Einstimmigkeit der Großmächte im Sicherheitsrat („Veto“) die Existenz der UN selbst als internationale Organisation zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens möglich macht und verhindert, daß wichtige politische Beschlüsse im Sicherheitsrat angenommen werden, die die Interessen der in der Minderheit befindlichen Staaten nicht berücksichtigen. Die UN ist keine Weltregierung, die für alle Staaten bindende Gesetze und Beschlüsse faßt. Bei der Gründung der UN hatte man im Auge, und das ist mit aller Deutlichkeit in der Charta gesagt, daß die Staaten ihr freiwillig beitreten und freiwillig die Verpflichtung übernehmen, die Forderungen der Charta zu erfüllen, wobei sie vollkommen ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit wahren. Die Charta der UN sieht vor, daß diese Organisation ein Zentrum der Koordinierung der Handlungen der Nationen und zur Ausarbeitung gegenseitig annehmbarer Beschlüsse sein soll.

Diesen Zielen dient auch die Regel der Einstimmigkeit der Großmächte. Eine Aufhebung dieser Regel würde Mißbräuche, die Verletzung der Interessen der Minderheit und Versuche nach sich ziehen, diese Organisation irgendeinem einzelnen Staat oder einer Staatengruppe zuliebe auszunutzen. Kann man etwa vergessen, daß die zur UN gehörenden Staaten souveräne und unabhängige Staaten sind und es nicht zulassen können, daß ihnen Beschlüsse aufgezwungen werden, die mit ihrer Souveränität unvereinbar sind?

Es ist ganz offensichtlich, Herr Präsident, daß ein Abgehen von der Regel der Einstimmigkeit der Großmächte die UN nicht etwa festigen würde, im Gegenteil, ein solcher Schritt würde diese Organisation untergraben und letzten Endes zu ihrem Zusammenbruch führen. Das darf nicht zugelassen werden, wenn man wirklich danach strebt, die UN in eine effektive Körperschaft der internationalen Zusammenarbeit und nicht in ein Instrument der Anhänger der „Politik der Stärke“ zu verwandeln. Die Interessen der UN den Interessen einer Staatengruppe und faktisch den Interessen eines einzelnen Staates gleichzusetzen, bedeutet, die UN-Charta auszulösen zu Zwecken, die mit den hohen Prinzipien und Aufgaben, um deren willen diese internationale Organisation geschaffen worden ist, nichts gemein haben.

In Ihrer Botschaft vom 12. Januar berühren Sie auch die Deutschlandfrage und die Lage in den Ländern Osteuropas. Unser Standpunkt in der Deutschlandfrage ist allgemein bekannt. Das Wesentliche dieses Standpunktes ist in meiner Botschaft an Sie vom 8. Januar dargelegt, in der hervorgehoben wird, daß wir sowohl auf der Genfer Konferenz der Regierungschefs als auch nach

ihr eindeutig und klar geäußert haben, daß die Wiedervereinigung Deutschlands angesichts der dort entstandenen realen Lage nicht ohne Annäherung und Uebereinkommen der beiden souveränen deutschen Staaten möglich ist. Gerade in dieser Richtung bewegt sich auch der Vorschlag der DDR-Regierung über eine deutsche Konföderation, und daher unterstützen wir ihn restlos. Man muß doch sehen, daß unter den entstandenen Verhältnissen jede Einstellung, die all das nicht berücksichtigt, nicht etwa zur Lösung der Deutschlandfrage verhilft, sondern zur Verschärfung der Spannungen zwischen den Staaten führt.

Was die Lage in den Ländern Osteuropas betrifft, so bedarf der Standpunkt der Sowjetunion keiner Erläuterung, und ich bin der Ansicht, daß eine Polemik über diese Frage keinen Nutzen bringen würde. Es sei jedoch die Frage gestattet, wie man anderen Staaten — wenn man zudem noch normale diplomatische Beziehungen zu den Volksdemokratien oder zu einigen von ihnen unterhält und folglich die Souveränität und Unabhängigkeit dieser Länder anerkennt — vorschlagen kann, die Frage der inneren Lage in diesen Ländern zu erörtern. Die Sowjetunion kann kein Partner in dieser Sache sein, die wir nur als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten bewerten können. Wir können auch eine andere Frage stellen: Besteht eine Berechtigung dazu, daß irgendein Land sich die Rolle eines Schiedsrichters anmaßt und es unternimmt, zu entscheiden, welche soziale und ökonomische Ordnung in diesem oder jenem Staat errichtet werden soll? Eben deshalb haben auf der Konferenz der Regierungschefs in Genf 1955 meine Kollegen und ich mit aller Bestimmtheit gesagt, daß Fragen dieser Art nicht Gegenstand internationaler Verhandlungen sein können.

Sie begründen Ihren Vorschlag auf Erörterung dieser Frage u. a. mit einem Hinweis auf die Ereignisse in Ungarn. Doch ist es etwa keine Tatsache, daß die Ereignisse in Ungarn vor allem gezeigt haben, daß das ungarische Volk den Elementen eine gebührende Abfuhr zu erteilen vermochte, die auf Weisung und mit Unterstützung bestimmter Kreise im Ausland handelten, als sie einen Anschlag auf die vom Volk Ungarns gewählte sozialistische Ordnung unternahmen?

Usererseits sind wir fest davon überzeugt, daß die Interessen der Festigung des Weltfriedens von uns allen fordern, unsere Energie auf die Fragen zu lenken, deren Lösung Voraussetzungen zur Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit der Völker schaffen würde, und es nicht zuzulassen, daß die Beziehungen zwischen den Staaten durch Vorbringung von Fragen vergiftet werden, die uns von den für die Erhaltung des Friedens wirklich wichtigen Problemen ablenken können. In diesem Zusammenhang denke ich, Sie werden mir beipflichten, daß es vom Standpunkt aufrichtiger Bestrebungen zu ersprießlichen Verhandlungen wenig Nutzen bringen wird, wenn man hartnäckig Fragen vorlegt und im Grunde genommen sogar aufzwingt, die bei anderen Verhandlungspartnern keine Zustimmung finden.

Ihre Botschaft, Herr Präsident, macht deutlich, daß Sie ebenso wie wir der Prüfung des Abrüstungsproblems auf der Gipfelkonferenz große Bedeutung beimessen. Wir hoffen, daß die Uebereinstimmung zwischen uns in dieser Hinsicht gestatten wird, ein solches Glied des Abrüstungsproblems ausfindig zu machen, über das wir zu



einer einheitlichen Meinung gelangen können, um dieses ganze Problem, dessen Lösung im Interesse der Erhaltung des Friedens dringend ist, endlich über den toten Punkt zu bringen.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die von uns unterbreiteten Vorschläge zu einzelnen Aspekten dieses Problems den entstandenen Sachverhalt hinsichtlich der Abrüstung berücksichtigen und den Forderungen des gegenwärtigen Moments entsprechen. Im Zusammenhang mit den in Ihrer Botschaft geäußerten Erwägungen zu diesem Problem möchte ich einige Bemerkungen machen. Wir bestreiten natürlich nicht die Wichtigkeit der Frage der ausschließlichen Benutzung des Weltraums für friedliche Zwecke, d. h. vor allem der Frage des Verbots interkontinentaler ballistischer Raketen mit Kernladungen. Aber Sie, Herr Präsident, werden, wie ich hoffe, dem zustimmen, daß man diese Frage nur als Teil des Gesamtproblems des Verbots der Kern- und Raketenwaffen betrachten kann. Eben deshalb ist die Sowjetunion im Interesse der Festigung des Friedens und der Erzielung eines Uebereinkommens über die Abrüstungsfragen bereit, auch die Frage der interkontinentalen Raketen zu erörtern, wenn die Westmächte einwilligen, eine Einigung über ein Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen, über die Einstellung der Erprobung dieser Waffen und über die Auflösung ausländischer Militärstützpunkte in fremden Gebieten herbeizuführen.

Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß dann ein Uebereinkommen über die ausschließliche Benutzung des Weltraums für friedliche Zwecke auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen würde.

Bedarf es überhaupt eines Beweises, daß eine reale Einstellung zum Abrüstungsproblem strenge Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Länder und keineswegs nur eines einzelnen Staates erfordert? Man kann es geradeheraus sagen: Wenn dieser oder jener Partner der Abrüstungsverhandlungen nur um die eigene Sicherheit besorgt sein und danach streben wird, sich bei den Verhandlungen militärstrategische und andere Vorteile zu sichern, können solche Verhandlungen natürlich zu keinen positiven Resultaten führen.

Ich möchte hier auch noch eine andere Seite dieser Frage berühren. Würden wir alle, Herr Präsident, richtig handeln, wenn wir solche „irdischen“ internationalen Probleme, die ihrer Lösung harren, wie zum Beispiel das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen, beiseite legen und nur an die Erörterung der Probleme des Kosmos gehen würden? Was würden die Völker dazu sagen, die begründete Unruhe angesichts des „kalten Krieges“, angesichts des sich verstärkenden Wetttrübens und der Gefahr eines neuen Krieges empfinden? Sie hätten das Recht zu sagen, daß wir uns nicht mit dem Nötigen befassen und daß unsere erste Aufgabe und Pflicht gegenüber der Menschheit die Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges und die Festigung des Friedens zwischen den Völkern der Erde sein muß.

So wollen wir denn gemeinsame Anstrengungen machen, um diese edlen Ziele zu erreichen.

Wenn ich von der Gefahr eines neuen Krieges spreche, so kann ich nicht umhin, Sie darauf aufmerksam zu machen, welchen großen Schaden die in einigen westlichen Ländern geführte zügellose Kriegspropaganda dem Frieden zufügt. Kommt es doch schon so weit, daß gewisse besessene Anhänger der „Politik der Stärke“ offen

gefährliche Appelle zum Präventivkrieg erlassen. Unserer tiefen Ueberzeugung nach muß dieser unzulässigen Lage ein Ende gesetzt werden, und je schneller, desto besser. In der Tat, wenn wir alle wirklich die Erhaltung des Friedens anstreben, warum sollte man dann die Propaganda für einen Krieg und die Versuche, die Kriegshetze durch scheinheilige Berufung auf die Rede- und Pressefreiheit zu tarnen, nicht unzweideutig und entschieden verurteilen? Ich bin davon überzeugt, daß, wenn alle Regierungen, die an unseren Verhandlungen teilnehmen werden, einen solchen Standpunkt beziehen, dies zur Gesundung der gesamten internationalen Atmosphäre beitragen und günstigere Voraussetzungen für die Regelung der internationalen Probleme schaffen würde, die heute mitunter unlösbar zu sein scheinen.

Zu Beginn Ihrer Botschaft sagen Sie, Herr Präsident, daß der Frieden und der gute Wille zwischen den Menschen seit undenklichen Zeiten ein aufrichtiger Wunsch der Völker waren. Darin muß man Ihnen zustimmen. Eben deshalb schlagen wir ja auch anderen Staaten vor, gemeinsam konkrete Schritte zu unternehmen, die in der Tat unsere gemeinsame Bereitschaft vor Augen führen würden, die Festigung des Friedens und die Besserung der Beziehungen zwischen den Völkern anzustreben.

Von den Staatsmännern aller Länder und vor allem der Großmächte hängt jetzt in hohem Maße die Antwort auf die Hauptfrage ab, die die ganze Menschheit zutiefst bewegt: ob es gelingt, der wahnsinnigen Bewegung zu einer Kriegskatastrophe Einhalt zu gebieten und den Gang der Ereignisse auf die Festigung des Friedens und der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern hinzulenken.

Unsere Verantwortung für die Geschicke der jetzigen und der kommenden Generationen ist wahrhaft groß, nicht minder groß sind aber auch unsere Möglichkeiten. Denn es ist offensichtlich, daß die Bereitschaft der Regierungen der UdSSR und der USA sowie auch der anderen Großmächte, ihre Bemühungen um die Sicherung des Weltfriedens zu vereinigen, die Gewähr und sichere Garantie dafür wäre, daß die über der Welt heraufgezogenen Gewitterwolken zerstreut würden und die Völker endlich aus voller Brust aufatmen und sich ruhig mit friedlicher Aufbauarbeit beschäftigen könnten.

Ich zweifle nicht daran, daß die von uns vorgeschlagene Konferenz führender Staatsmänner auf hoher Ebene mit Beteiligung der Regierungschefs sich als wichtiger Schritt gerade in dieser Richtung erweisen kann, wenn alle Teilnehmer den gegenseitigen Interessen die nötige Achtung entgegenbringen und das edle Ziel der Festigung des Weltfriedens zum A und O machen.

In der Botschaft vom 8. Januar habe ich Ihnen bereits die Motive genannt, von denen sich die Sowjetregierung leiten läßt, wenn sie den Standpunkt vertritt, daß die vorgeschlagenen Verhandlungen auf höchster Ebene mit Beteiligung der Regierungschefs durchgeführt werden müßten. Ihrer Antwort nach zu urteilen, vertreten Sie den Standpunkt, daß einer Gipfelkonferenz Verhandlungen der Außenminister vorausgehen müßten, denen empfohlen wird, das Wesen der Fragen zu behandeln, wobei die Einberufung einer Gipfelkonferenz faktisch von dem Ausgang der Verhandlungen der Minister abhängig gemacht wird.

Es braucht wohl kaum wiederholt zu werden, weshalb wir dies vermeiden möchten. Ich möchte nur erwähnen,



daß, wenn man die Voreingenommenheit gewisser eventueller Teilnehmer einer Ministerkonferenz berücksichtigt, nicht die Gewähr gegeben ist, daß Verhandlungen in dieser Zusammensetzung nicht zusätzliche Hindernisse für die Durchführung eines Treffens auf höchster Ebene schaffen und die so wichtige und vordringliche Angelegenheit nicht schon im Keime zunichte machen würden.

Mir scheint, daß die Erfahrungen früherer Außenministerverhandlungen genug besagen. Noch vor kurzem haben die Teilnehmerstaaten der Nordatlantischen Union eine Konferenz auf hoher Ebene mit Beteiligung der Regierungschefs durchgeführt, die fast ausschließlich der Erörterung des weiteren Programms der militärischen Vorbereitungen im Rahmen der NATO gewidmet war. Wie soll man da den Standpunkt jener verstehen, die dagegen sind, daß auf derselben Ebene eine Konferenz der Staaten durchgeführt wird, deren Aufgabe es ist, ein Friedensprogramm zu erörtern, ein Programm zur Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges und zur Minderung der internationalen Spannungen?

Was die Vorbereitung einer Konferenz auf höchster Ebene betrifft, so sind wir überzeugt, daß, wenn eine Vereinbarung über die Veranstaltung dieser Konferenz erzielt wird, die Verfahrens- und andere Fragen der praktischen Verwirklichung dieser Vereinbarung unserer

Meinung nach ohne besondere Mühe gelöst werden könnten. Ueber diese Fragen könnte man sich auf dem üblichen diplomatischen Wege einigen.

Gestatten Sie mir, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß Sie meine Bemerkungen mit der nötigen Aufmerksamkeit prüfen werden, Bemerkungen, die dem aufrichtigen Wunsch entspringen, zur baldigen Einberufung einer Gipfelkonferenz beizutragen, die ein wichtiger Schritt zur Beendigung des „kalten Krieges“ und zur Festigung des Weltfriedens wäre.

Der historische Zeitpunkt, den wir jetzt erleben, fordert dringend, daß wir alle uns der besonderen Verantwortung bewußt werden und alles Zweitrangige und alle Vorurteile beiseite lassen, die oft hinderlich sind, an der Festigung des Friedens erfolgreich zu arbeiten. Das erfordern die höchsten Interessen unserer Völker und der ganzen Menschheit. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß durch gemeinsame Bemühungen unserer Länder, vereint mit den Bemühungen anderer Staaten, ein neues Kapitel in der Entwicklung der Menschheit aufgeschlagen werden kann, ein Kapitel der friedlichen Zusammenarbeit und der Völkerfreundschaft.

Mit aufrichtiger Hochachtung

N. Bulganin

Quelle: Die Sowjetunion heute (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Heft 5 vom 10. Februar 1958.

## Schreiben von Präsident Eisenhower an Ministerpräsident Bulganin vom 17. Februar 1958

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich habe Ihre Mitteilung vom 1. Februar erhalten. Ich stelle fest, daß sie eine geringfügig gekürzte und gemäßigte Ausgabe der langen und ziemlich bitteren Rede ist, die Herr Chruschtschow am 22. Januar in Minsk gehalten hat.

Ich frage mich, Herr Vorsitzender, ob wir irgendein Ergebnis erreichen können, wenn wir fortfahren, einander Deklamationen zuzusenden. Wenn ich Ihre aufeinanderfolgenden langen Schreiben vom 10. Dezember, 8. Januar und 1. Februar lese, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß wir, wenn unsere beiden Länder der Anbahnung besserer Beziehungen näherkommen sollen, andere Wege finden müssen als die bloße Verlängerung sich wiederholender öffentlicher Diskussionen. In diesem Zusammenhang habe ich Ihnen einige Gedanken anzubieten.

Zunächst möchte ich jedoch kurz auf Ihren letzten Brief eingehen.

II. In meinem Schreiben an Sie vom 12. Januar versuchte ich, einige neue Gedanken vorzubringen. Zum Beispiel schlug ich vor, daß wir die Vereinten Nationen stärken sollten, indem sich unsere Nationen von neuem zu ihren Zielen und Grundsätzen bekennen, womit eine gewisse Zurückhaltung im Gebrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat einhergehen sollte.

Diesen Vorschlag weisen Sie zurück, indem Sie behaupten, daß er dem Sicherheitsrat die Macht geben würde, „Beschlüsse zu fassen, die für alle Staaten verbindlich wären“, und daß er ihn praktisch zu einer „Weltregierung“ machen würde. Dieses Argument zielt auf eine falsche Auslegung meines Vorschlags. Ich habe angeregt, daß unsere beiden Nationen es zu ihrer Politik machen sollten, den Gebrauch des Vetos gegen Empfehlungen des Sicherheitsrats hinsichtlich der Verfahren zur Schlichtung

von Streitigkeiten zwischen den Nationen zu vermeiden. Die Befugnis zu Empfehlungen — und auch diese nur in Verfahrensfragen — bedeutet gewiß nicht, daß irgend jemand verbindliche Entscheidungen auferlegt werden sollen. Die Vollversammlung kann bereits Verfahren für die friedliche Regelung von Streitfällen empfehlen, ohne dem Vetorecht zu unterliegen. Wäre es wirklich so katastrophal, wenn der Sicherheitsrat die gleiche Befugnis bekäme?

III. Ein weiterer neuer Vorschlag war, daß der Weltraum für dauernd nur zu friedlichen Zwecken benutzt werden sollte. Sie behaupten von diesem Vorschlag geringschätzig, er sei nur gemacht worden, um strategische Vorteile für die Vereinigten Staaten zu erreichen. Herr Chruschtschow sagte in seiner Rede in Minsk: „Sie wollen verbieten, was sie nicht besitzen.“

Da die Ereignisse inzwischen diese unpassende Feststellung Lügen gestraft haben, dürfen wir nun vielleicht erhoffen, daß wir miteinander Verfahren internationaler Zusammenarbeit beraten und entwickeln werden, um die Idee der ausschließlichen Benutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken zu verwirklichen?

Als die Vereinigten Staaten die Atomwaffen allein besaßen und die Sowjetunion sie noch nicht besaß, schlugen die Vereinigten Staaten vor, ihr Monopol im Interesse des Weltfriedens und der Sicherheit aufzugeben. Wir sind bereit, jetzt im Hinblick auf den Weltraum die gleiche Haltung einzunehmen. Wenn dieses friedfertige Bestreben nicht verwirklicht wird und wenn das mehr als unnütze Wettrüsten weitergeht, so wird die Welt dafür nur die Sowjetunion verantwortlich machen können; ebenso wie sie nur die Sowjetunion dafür verantwortlich zu machen hat, daß die Atom- und Kernenergie jetzt in wachsendem Maße für die Waffentechnik verwendet wird, statt ausschließlich friedlichen Zwecken dienstbar gemacht zu wer-



den, wie es die Vereinigten Staaten vor einem Jahrzehnt vorschlugen.

Die Sowjetunion verweigerte ihre Mitarbeit bei der Behandlung des Problems der internationalen Kontrolle der Atomenergie, als dieses Problem noch in seinen Kinderschuhen steckte. Als Folge davon ist es jetzt zu spät, eine völlig wirksame Kontrolle zu erreichen; aber noch immer wäre — wie wir vorschlugen — eine kontrollierte Einstellung weiterer Kernwaffenversuche und der Produktion von spaltbarem Material für Kriegszwecke möglich. Aber wie Ihre Regierung selbst am 10. Mai 1955 feststellte, könnte ein totales Verbot von Atom- und Wasserstoffwaffen jetzt nicht mehr durchgesetzt werden, weil „die Möglichkeit offenbliebe, daß ein potentieller Aggressor Vorräte von Atom- und Wasserstoffwaffen ansammelt für einen atomaren Ueberraschungsangriff auf friedliebende Staaten“.

Nun sehen wir eine schreckliche neue Gefahr heraufziehen. Diese Gefahr liegt in der Benutzung des Weltraums zu Kriegszwecken. Jetzt ist es Zeit, sich mit dieser Gefahr zu beschäftigen. Es wäre tragisch, wenn die sowjetischen Führer dieser Bedrohung gegenüber so blind oder indifferent wären, wie sie es offenbar der atomaren und nuklearen Bedrohung gegenüber waren, als diese vor einem Jahrzehnt sich abzeichnen begann.

Wenn bei den sowjetischen Führern der ehrliche Wunsch besteht, etwas mehr zu tun, als nur über die Bedrohung zu reden, die sich aus der — wie Sie es nennen — „Produktion von immer neuen Typen von Waffen“ ergibt, dann lassen Sie uns jetzt das tun, was selbst heute noch das Ausmaß der nuklearen Kriegführung wesentlich beschränken könnte: sowohl den Gebrauch spaltbaren Materials zu Kriegszwecken zu unterbinden, als auch die neuesten Waffentypen, die den Weltraum zur Vernichtung der Menschheit mißbrauchen, völlig auszuschalten.

IV. Bezüglich der Konferenz der Regierungschefs geben Ihre letzten drei Briefe, insgesamt gesehen, beträchtliche Rätsel darüber auf, was wohl Ihrer Meinung nach eine derartige neue Konferenz zu einer echten Lösung unserer Probleme beitragen könnte.

Sie haben ungefähr zehn Punkte vorgeschlagen, die Sie auf einer solchen Konferenz erörtert sehen möchten, und Sie bestehen auf diesen Punkten. Ich habe meinerseits ungefähr acht Punkte angeregt, die meiner Ansicht nach erörtert werden sollten — die Stärkung der Vereinten Nationen, die Benutzung des Weltraums für friedliche Zwecke, die Wiedervereinigung Deutschlands, das Recht der Völker Osteuropas, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben möchten, sowie eine Anzahl spezieller Vorschläge auf dem Gebiet der Abrüstung.

Ich schrieb, daß ich, falls eine Gipfelkonferenz stattfinden würde, bereit wäre, Ihre Vorschläge unvoreingenommen zu diskutieren, falls Sie die meinen ebenso diskutieren würden. Sie antworten darauf, daß ich bereit sein soll, Ihre Vorschläge zu diskutieren, daß aber hinsichtlich meiner Vorschläge, wie Sie sagen, „einstimmiges Einvernehmen aller Teilnehmer bezüglich der Notwendigkeit, solche Vorschläge zu erörtern, herrschen muß“. Mit anderen Worten: Sie verlangen das Recht, gegen die Erörterung der Angelegenheiten, die ich für entscheidend für den Frieden halte, Ihr Veto einzulegen.

Ich habe bemerkt, daß Herr Chruschtschow einen beträchtlichen Teil seiner Minsker Rede einer Behandlung der Lage in Ungarn, Polen und Ostdeutschland gewidmet

hat. Beansprucht die Sowjetunion ein solches Eigentumsrecht an diesen Ländern und Völkern, daß sie es allein für eine innersowjetische Angelegenheit hält, über sie zu sprechen? Wenn dies nicht der Fall ist und wenn die Angelegenheiten dieser Länder und Völker von sowjetischen Führern als internationale Probleme diskutiert werden können, warum können wir sie dann nicht beide diskutieren?

Wenn eine Gipfelkonferenz tatsächlich die Regel befolgen soll, daß keiner etwas sagen darf, was nicht alle übrigen Teilnehmer gerne hören möchten, dann würden wir, wie ich schon in meiner letzten Pressekonferenz sagte, schließlich das lächerliche Schauspiel bieten, einander schweigend über den Tisch hinweg anzustarren.

Vielleicht kann der tote Punkt, auf dem wir anscheinend angelangt sind, durch weniger formelle und weniger öffentliche Kontakte überwunden werden, durch die wir uns weiter bemühen könnten, zu ermitteln, ob eine Gipfelkonferenz stattfinden kann, die nach den Worten meines Briefes vom 12. Januar 1958 „gute Aussicht dafür bieten würde, die Sache des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt voranzubringen“. Ein Meinungsaustausch durch unsere Botschafter oder Außenminister könnte dem besser dienen als das, was Herr Chruschtschow in Minsk als „Polemiken“ zwischen den Regierungschefs bezeichnet hat. Die Vereinigten Staaten sind dementsprechend gerade dabei, sich mit anderen interessierten Nationen darüber zu beraten, ob es wünschenswert ist, auf normaleren Wegen die Aussichten für eine Gipfelkonferenz zu erkunden, die hinsichtlich der Konferenzthemen den Anforderungen genügen würde und welche vorbereitenden Gespräche gute Aussichten auf ein Uebereinkommen bieten könnten. Sie werden verstehen, daß diese vorbereitenden Kontakte, welcher Art sie auch immer sein mögen, seitens der Vereinigten Staaten natürlich die Teilnahme unseres Außenministers erfordern.

V. „Polemiken“ werden uns, so fürchte ich, auf dem Wege zu besseren Beziehungen, die das Ziel meiner Nation sind, nicht vorwärtsbringen. Ich bedaure wirklich die ständig zunehmenden Beschuldigungen in der Sowjetunion, daß die Vereinigten Staaten eine von aggressiven, kriegslüsternden Imperialisten beherrschte Nation seien. Herrn Chruschtschows Rede vom 22. Januar ist ein herausragendes Beispiel solcher Behauptungen, und sie sind tatsächlich auch in Ihrem Brief vom 1. Februar zu finden.

Wie erklären Sie solche Angriffe? Sie schlagen der geschichtlichen Wahrheit ins Gesicht.

Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges war der Krieg allgemein als rechtmäßiges Mittel der Außenpolitik anerkannt. Aber nachdem der Erste Weltkrieg die schrecklichen Konsequenzen solcher Duldung des Krieges gezeigt hatte, ergriffen die Vereinigten Staaten die Initiative zum Zustandekommen des Paktes von Paris (des Briand-Kellogg-Paktes), durch den die Nationen der Welt auf den Krieg als Mittel ihrer nationalen Politik verzichteten. Ein noch umfassenderer Verzicht auf Gewalt findet sich jetzt in der Charta der Vereinten Nationen. Die Vereinigten Staaten, die die Initiatoren des Grundsatzes des internationalen Gewaltverzichtes waren, sind bemüht gewesen, diesen Grundsatz sorgfältig zu beachten.

Ich bin wirklich überrascht, jetzt von sowjetischen Führern, die sich niemals auch nur in der Nähe unseres Landes aufhalten haben, gesagt zu bekommen, daß es in den Vereinigten Staaten Leute gebe, die — nach Ihren



Worten — „den gefährlichen Ruf nach dem Präventivkrieg erheben“ und „hemmungslose Kriegspropaganda entfalten“. Wenn es solche Leute in den Vereinigten Staaten überhaupt geben sollte, so weiß ich nichts davon; und ich weiß auch nichts von irgendwelchen „imperialistischen herrschenden Kreisen“, die angeblich darauf brennen, die Welt in einen Krieg zu stürzen, um finanzielle Vorteile zu erlangen.

Diese Behauptungen entsprechen nicht den tatsächlichen Gegebenheiten des amerikanischen Lebens. Diese Gegebenheiten sind: die tiefe Sehnsucht des amerikanischen Volkes nach Frieden; das Wirken der amerikanischen Verfassungsordnung, die garantiert, daß die Regierung dem friedlichen Willen des Volkes Ausdruck gibt; unsere „eingebauten“ Garantien gegen die Möglichkeit, daß irgendeine Regierung der Vereinigten Staaten plötzlich einen Krieg beginnen könnte; unsere nationale Hingabe an die Idee des internationalen Verzehrs auf Gewalt als Mittel der nationalen Politik; der entscheidende Einfluß zugunsten des Friedens, den unsere religiösen, gewerkschaftlichen, geistigen und politischen Führer und ihre Organisationen ausüben.

Es ist allerdings durchaus richtig, daß unser Volk solche Herrschaftssysteme rundheraus ablehnt, die Menschen gegen ihren Willen beherrschen und die das Prinzip leugnen, auf dem unsere Nation begründet wurde: daß Regierungen ihre rechtmäßige Macht aus der Zustimmung der Regierten ableiten und daß sie niemals das Recht haben, die Regierten ihres unabdingbaren Rechtes auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück zu berauben. Die Ablehnung vieler äußerer und innerer Aspekte sowjetischer Methoden und der sowjetischen Politik durch unser Volk ist jedoch nachgewiesenermaßen kein Beweggrund zum Kriege. Sonst hätten wir nämlich zugeschlagen, als wir die Atomwaffen hatten und die Sowjetunion sie noch nicht hatte oder als wir dann die thermonuklearen Bomben hatten und die Sowjetunion noch keine hatte.

VI. Wenn ich die wirklichen Gegebenheiten des amerikanischen Lebens mit solchen Zerrbildern kontrastiere, wie sie in Herrn Chruschtschows Rede in Minsk und tatsächlich auch in Ihrem letzten Brief an mich enthalten waren, so habe ich mehr denn je einen Eindruck von den enormen Schwierigkeiten, denen wir uns bei dem Versuch, zu besseren Beziehungen zu kommen, gegenübersehen, aber auch davon, daß es mehr denn je notwendig ist, diesen Versuch zu unternehmen.

Es mag sein, daß die sowjetische Führungsgruppe es für notwendig hält, bewußt den amerikanischen Standpunkt zu entstellen. Wenn das so wäre, dann wäre eine Folge davon die Verwirrung ihres eigenen Volkes und der Völker jener unter ihrer Herrschaft stehenden osteuropäischen Länder, denen nur so viel Zugang zu Informationen über die Lage in der Welt zugestanden wird, wie die sowjetischen Führer erlauben. Eine weitere Folge wäre, daß eine wirkliche Zusammenarbeit schwieriger würde. Vielleicht sind diese Entstellungen auch der Ausdruck des blinden Festhaltens an einer Theorie, die zu den alten Lehrsätzen des orthodoxen Kommunismus gehört: daß nämlich kapitalistische Gesellschaften aus ihrer Eigenesetzlichkeit zum Kriege treiben.

Ich möchte jedoch lieber annehmen, daß diese Entstellungen nicht mit Absicht geschehen, sondern das Ergebnis echter Fehleinschätzungen sind, die beseitigt werden können.

VII. Unsere beiden Nationen sind jetzt darangegangen, den Weltraum zu erforschen und die Wahrheit über ihn herauszufinden. Aber ist es nicht noch wichtiger, daß wir die Wahrheit übereinander herausfinden? Das Botschafter-Abkommen, das zwischen unseren beiden Regierungen am 27. Januar 1958 abgeschlossen wurde, weist in diese Richtung. Es sieht Austauschprogramme vor, die, wie es dort heißt, „bedeutend zur Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und so zu einer Minderung der internationalen Spannung beitragen werden“. Ich hoffe, daß wir dieses Abkommen in vollem Umfange anwenden werden. Aber es betrifft zum größten Teil den Austausch von Technikern und Spezialisten auf den verschiedensten Gebieten. Wäre es nicht gut, wenn darüber hinaus auch geistige Führer und einflußreiche Bürger aus der Sowjetunion die Vereinigten Staaten besuchen würden, nicht um sich dort technisches Wissen anzueignen, sondern um aus erster Hand das Denken und Fühlen unseres Volkes in bezug auf den Frieden und das Arbeiten unserer demokratischen Institutionen, soweit sie die Führung unserer Außenpolitik beeinflussen, kennenzulernen? Die meisten der Sowjetbürger, die einen Einfluß ausüben, kennen unser Land nicht und haben, so fürchte ich, vollkommen falsche Vorstellungen. Diese falschen Vorstellungen würde ich im Interesse besserer Beziehungen gerne korrigiert sehen. Ich kann Sie versichern, daß Gruppen hervorragender Bürger der UdSSR, die zu dem von mir beschriebenen Zwecke hierherkommen, jede Möglichkeit erhalten würden, unser Land, unser Volk und das Arbeiten unserer politischen Institutionen kennenzulernen.

Ich meine auch, daß wir insbesondere nicht nur an die Gegenwart denken sollten, sondern auch an die Zukunft und an jene jungen Menschen, die in einigen Jahren die schwere Verantwortung weitertragen müssen, die unsere Generation ihnen übergeben wird. Ich denke, unsere jungen Leute sollten mehr voneinander kennenlernen. Ich bin der Meinung, daß die kürzlich abgeschlossene Uebereinkunft für den Austausch von zwanzig bis dreißig Studenten im Jahr ein kleiner, aber schmerzlich unzureichender Schritt in der geeigneten Richtung ist. Ich darf vielleicht bei anderer Gelegenheit auf diese Frage zurückkommen.

VIII. Inzwischen möchte ich von neuem betonen, was Staatssekretär Dulles und ich schon so oft gesagt haben: Die amerikanische Nation wünscht nichts mehr, als auf richtig mit jeder sowjetischen Regierung zusammenzuarbeiten, die sich ehrlich der Aufgabe widmet, den Wohlstand des Volkes der Sowjetunion mit friedlichen Mitteln zu mehren. Solange jedoch zwischen unseren beiden Ländern die weite Kluft des Mißverständnisses und der Entstellung bestehen bleibt, die sich erneut sowohl in den Reden als auch in den Briefen der sowjetischen Führer offenbart, sollte man sich darüber klar sein, daß es schwer ist, bei uns jenen guten Willen hervorzurufen, den die sowjetischen Führer beanspruchen. Wenn die sowjetischen Führer aufrichtig bessere Beziehungen mit uns wünschen, können sie dann wirklich annehmen, es wäre der Sowjetunion nützlich, weiterhin die Ziele des internationalen Kommunismus zu verfechten, zu denen die gewaltsame Beseitigung anderer Regierungen gehört? Das von den Repräsentanten der kommunistischen Parteien von 64 Nationen in Moskau im November letzten Jahres erlassene Manifest und die offizielle Bekräftigung der Ergebnisse der vor kurzem in Kairo abgehaltenen



Afrikanisch-Asiatischen Konferenz durch die Sowjetregierung mußten unweigerlich in den Köpfen unseres Volkes die Frage nach den wahren Zielen der sowjetischen Führer aufkommen lassen.

Wir werden trotzdem fortfahren, nach solch besseren Beziehungen zu suchen. Und ich hoffe, daß wir, wenn ich eine positive Antwort auf die hier gemachten kon-

kreten Anregungen erhalte, vielleicht etwas dafür tun, ein neues und besseres Zeitalter einzuleiten.

Mit aufrichtiger Hochachtung  
Dwight D. Eisenhower

Quelle: *The New York Times*, International Edition, Nr. 36 550 vom 18. Februar 1958. Uebersetzung des Europa-Archivs.

## Schreiben von Premierminister Macmillan an Ministerpräsident Bulganin vom 8. Februar 1958

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

In meiner Antwort auf Ihr Schreiben vom 11. Dezember versprach ich, Ihr Schreiben vom 9. Januar getrennt zu beantworten. Nach eingehender Prüfung des Inhalts zusammen mit meinem Kollegen bin ich jetzt dazu in der Lage.

Ich wäre bereit, an einer Konferenz der Regierungschefs teilzunehmen, der meiner Ansicht nach angemessene Vorbereitungen vorausgehen müssen. Ich muß wiederholen, was ich bereits öffentlich gesagt habe, nämlich, daß solch ein Treffen nur dann erfolgreich sein wird, wenn der Boden zuvor sorgfältig vorbereitet ist und wenn sich bei dieser Vorbereitungsarbeit gezeigt hat, daß über die Tagesordnungspunkte und ihre Reihenfolge in etwa Uebereinstimmung besteht und alle Teilnehmer an dem Treffen den echten Wunsch nach praktischen Fortschritten in Richtung auf eine Regelung der zwischen uns bestehenden Differenzen haben. Es muß berechtigte Aussicht vorhanden sein, daß in Einzelfragen konkrete Ergebnisse erzielt werden. Andernfalls würden wir Gefahr laufen, daß das Treffen ergebnislos bleibt, und das könnte eher schaden als nützen.

Ich erinnere mich sehr wohl unserer Konferenzen in Genf vom Juli und Oktober 1955. Wenn ich an diese Gespräche zurückdenke, bin ich überzeugt, einer der Hauptgründe dafür, daß wir damals so wenig erreicht haben, war der, daß vor dem Treffen der Regierungschefs der Boden nicht genügend vorbereitet worden war.

Für die Aufstellung der Tagesordnung wäre es natürlich notwendig, nicht nur die in Ihrem Schreiben erwähnten Vorschläge zu berücksichtigen, sondern auch andere Vorschläge, die von den betreffenden Regierungen vielleicht vorgebracht werden. Als Beispiel möchte ich die Vorschläge erwähnen, die Präsident Eisenhower in seinem Schreiben vom 12. Januar an Sie gemacht hat und die ich voll unterstütze. Trotz Ihres Kommentars zu diesen Vorschlägen müßten sie doch bei der Vorbereitung der Tagesordnung für ein Treffen der Regierungschefs natürlich mit in Erwägung gezogen werden.

Die Mitgliedstaaten der NATO haben auf ihrer Tagung in Paris im Dezember eine Konferenz der Außenminister vorgeschlagen, um den toten Punkt in den Abrüstungsverhandlungen zu überwinden. Diese Konferenz der Außenminister könnte durchaus ihren Beratungsbereich erweitern und zur Vorbereitung der Konferenz der Regierungschefs dienen. Auf die Weise könnten wir hoffen, daß sich die Regierungschefs auf die Lösung bestimmter Probleme konzentrieren könnten. Damit wir möglichst schnell vorankommen, schlage ich deshalb vor, daß eine Außenministerkonferenz bereits in nächster Zukunft statt-

findet. Es wäre vielleicht am zweckmäßigsten, wenn an dieser Konferenz die Außenminister teilnähmen, deren Regierungen auf den Genfer Konferenzen von 1955 vertreten waren. Dieser Vorschlag soll der endgültigen Zusammensetzung der darauffolgenden Konferenz der Regierungschefs jedoch nicht vorgreifen. Ich habe diese Konferenz der Außenminister noch einmal vorgeschlagen, obwohl ich weiß, daß Sie sich bereits dagegen ausgesprochen haben. Ich glaube trotzdem, daß sie der beste Anfang wäre.

Eine zweite Möglichkeit wäre, diese Vorbereitungen auf dem Wege vertraulicher diplomatischer Gespräche zu treffen. Nach meiner Meinung würde aber der erste von mir vorgeschlagene Weg die Erfolgsaussichten einer Konferenz der Regierungschefs verbessern. Wir würden beiden Methoden zustimmen, aber natürlich können wir nicht für die anderen Regierungen sprechen.

Falls sich einer der Vorschläge für die betreffenden Regierungen als annehmbar erweist, könnten eingehende Vorbereitungen für ein Außenministertreffen oder einen diplomatischen Austausch am besten ohne weitere Verzögerung durch deren diplomatische Vertreter in Moskau getroffen werden.

Wenn wir so vorgehen, kann dies sicherlich zu einem besseren Verständnis zwischen uns führen; aber wir sollten uns von Beginn an bewußt sein, daß bei einigen der Kernprobleme eine große Kluft überbrückt werden muß. Diese Tatsache zu ignorieren oder zu bagatellisieren, wäre unrealistisch und deshalb auf die Dauer wertlos im Hinblick auf das Ziel, das wir erreichen wollen. Das ist der Grund, warum ich — wie oben ausgeführt — einer gründlichen Vorbereitung eine solche Bedeutung beimesse.

Bei all dem müssen wir uns den dringenden Wunsch unserer Völker vor Augen halten, daß wir auf dem Wege eines Uebereinkommens etwas Konkretes erreichen. Ich bin darauf bedacht, keine Hoffnungen zu erwecken, die dann doch nur enttäuscht werden müßten. Trotz unserer verschiedenen Einstellung zu einigen der zwischen uns schwebenden Probleme haben wir zweifellos eines gemeinsam, nämlich den großen Wunsch, den Frieden zu erhalten. Ich glaube, jede Seite weiß, daß auch die andere den gleichen Wunsch hegt, und auf dieser Grundlage sollte es uns möglich sein, uns zu einer fruchtbaren Konferenz zusammenzufinden und positive Ergebnisse zu erzielen.

Ihr sehr ergebener  
Harold Macmillan

Quelle: *Englische Rundschau*, Nr. 4 vom 14. Februar 1958.



## Weitere Dokumente zum Rapacki-Plan

### Redaktionelle Vorbemerkung

Das Europa-Archiv hat in Folge 2/1958, S. 10 482 bis 10 490, den vom polnischen Außenminister, Adam Rapacki, vorgeschlagenen Plan für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa und die von Rapacki am 13. Dezember 1957 vor dem Sejm dazu gegebenen Erläuterungen wiedergegeben.

Die in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Ländern an diesem Plan geübte Kritik hat die polnische Regierung veranlaßt, Präzisierungen und Erweiterungen des ursprünglichen Planes bekanntzugeben, die einem Teil der westlichen Kritik Rechnung tragen. Diese Vorschläge wurden in einem Memorandum niedergelegt, das die polnische Regierung am 14. Februar 1958 den diplomatischen Vertretern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Kanadas, Belgiens und Dänemarks sowie der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und der DDR überreichte. Gleichzeitig wurde dieses Memorandum durch Vermittlung Schwedens auch der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zugeleitet. (Vgl. den Wortlaut auf S. 10 602.) In einem Begleitschreiben an die Bundesregierung schlug die polnische Regierung die Aufnahme direkter deutsch-polnischer Gespräche über den Rapacki-Plan vor.

Vorher hatte Außenminister Rapacki sich in viertägigen Besprechungen mit dem sowjetischen Außenminister in Moskau der Unterstützung der Sowjetunion für seine erweiterten Vorschläge versichert. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués über diese Besprechungen unten.) Die Sowjetregierung ihrerseits gab dieser Unterstützung durch eine Erklärung Ausdruck, die sie am 19. Februar veröffentlichte. (Vgl. den Wortlaut auf S. 10 603.)

Die deutsche Bundesregierung hat das Schreiben der polnischen Regierung am 24. Februar durch ein Aide-mémoire beantwortet, das ebenfalls durch Vermittlung der schwedischen Regierung nach Warschau übermittelt wurde. Der Inhalt des Aide-mémoire wurde bisher nicht veröffentlicht.

Das polnische Memorandum wurde Ende Februar im Ständigen Rat der NATO erörtert. Eine offizielle Antwort der westlichen Regierungen, an die das Memorandum gerichtet war, ist noch nicht erfolgt.

Auf deutscher Seite hat sich Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß in einem Artikel in der „Politisch-

Sozialen Korrespondenz“ am 25. Februar mit den polnischen Vorschlägen auseinandergesetzt. Er kritisierte daran, daß sie von dem *status quo* der Spaltung Deutschlands ausgingen, diese Spaltung zementierten und *de facto* den ersten Schritt zur Neutralisierung Deutschlands und zur Anerkennung der DDR bedeuteten. Die in den Vorschlägen und auch in der Erklärung der Sowjetregierung enthaltene Garantie, daß Atomwaffen gegen die Länder der atomwaffenfreien Zone nicht angewendet werden, bezeichnete Strauß als ungenügend, da sie nur auf dem Papier stehe. Auch an der Wirksamkeit des vorgeschlagenen Kontrollverfahrens äußerte Strauß Zweifel, da man binnen einer Nacht atomare Kampfmittel in die Zone verbringen könne. Schließlich wies er darauf hin, daß die atomwaffenfreie Zone die Ueberlegenheit des Ostblocks an konventionellen Kampfmitteln in Mitteleuropa erst richtig zur Geltung bringen würde.

Anschließend daran entwickelte der Bundesverteidigungsminister Gedanken für eine mögliche Lösung des europäischen Sicherheitsproblems:

1. Die atomwaffenfreie Zone müßte auf den gesamten Bereich der osteuropäischen Bündnispartner der Sowjetunion ausgedehnt werden.
2. Das konventionelle Potential von Ost und West in der atomwaffenfreien Zone müßte auf die Stärke der in Westdeutschland stationierten Truppen ausbalanciert werden.
3. Eine intensive Kontrolle müßte sich nicht nur auf die „verdünnte“ Zone, sondern auch auf die angrenzenden Gebiete erstrecken, um das überraschende Verbringen von atomaren Kampfmitteln in die Zone zu unterbinden.
4. Es müßte ein System ausgearbeitet werden, das nach menschlichem Ermessen gewährleistet, daß ein Beschuß der Zone mit nuklearen Kampfmitteln unterbleibt; Deklarationen genügen hierfür nicht.
5. Eine Vereinbarung auf dieser Basis müßte konkrete Ansätze zur Wiedervereinigung Deutschlands enthalten.
6. Eine solche Vereinbarung könne nur als erste Etappe eines allgemeinen und umfassenden Abrüstungsabkommens für konventionelle und atomare Waffen in Kraft treten; sie könne nicht in Kraft bleiben, wenn sie nicht weitere Fortschritte in Richtung auf eine allgemeine, kontrollierte Abrüstung nach sich zieht.

W. B.

### Kommuniqué über die Besprechungen zwischen den Außenministern Adam Rapacki und Andrej Gromyko in Moskau vom 1. Februar 1958

Auf Initiative der Regierung der Volksrepublik Polen fanden in der Zeit vom 28. Januar bis zum 1. Februar 1958 in Moskau Besprechungen zwischen dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Polen, A. Rapacki, und dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. Gromyko, statt.

Die Besprechungen betrafen den mit den anderen Mitgliedsländern des Warschauer Vertrages abgestimmten Vorschlag Polens, in Mitteleuropa eine Zone zu schaffen, in der Kernwaffen weder hergestellt noch gelagert würden

und die Polen, die Tschechoslowakei, die DDR und die Deutsche Bundesrepublik umfassen würde.

Außerdem erfolgte ein Meinungsaustausch über einige andere aktuelle Probleme der internationalen Lage.

1. Beide Seiten stellten fest, daß sich, trotz des Widerstandes gewisser Kreise, in breiten Bevölkerungsschichten und in ernst zu nehmenden politischen Kreisen immer stärker die Tendenz durchsetzt, zu einer Verständigung über die ungelösten Probleme zu gelangen, namentlich auf dem Gebiet der Rüstungen.



Diesen Bestrebungen entsprechen die jüngsten Vorschläge der UdSSR für die Einberufung einer internationalen Konferenz mit Beteiligung der Regierungschefs einer Reihe von Staaten. Die polnische Regierung begrüßte diese Vorschläge und gewährt ihnen uneingeschränkte Unterstützung.

Die Seiten stellten ferner fest, daß der am 2. Oktober 1957 auf der XII. Vollversammlung der UN von Polen gemachte Vorschlag für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa von breiten Bevölkerungs- und politischen Kreisen sowie in Regierungskreisen etlicher Länder des Westens positiv aufgenommen wurde. Er wurde zu Recht als ein Versuch bewertet, einen realen Schritt in Richtung auf ein Uebereinkommen zwischen dem Osten und Westen, in Richtung auf Entspannung und Minderung der Kriegsgefahr zu tun.

2. Beide Seiten betonten übereinstimmend die Grundlosigkeit der von den Gegnern dieses Vorschlages vorgebrachten Argumente. Insbesondere ist das von gewissen Kreisen — hauptsächlich in der ersten Zeit der Diskussion über den polnischen Vorschlag — vorgebrachte Argument haltlos, dem Plan hafte angeblich der Mangel einer unklaren Haltung seiner Initiatoren in der Kontrollfrage an.

Die Regierung der Volksrepublik Polen ist bereit, nach Absprache mit den anderen interessierten Regierungen an der Prüfung und Realisierung eines wirksamen Kontrollsystems in der vorgeschlagenen Zone mitzuwirken.

### Memorandum der Regierung der Volksrepublik Polen zur Frage der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone vom 14. Februar 1958

Am 2. Oktober 1957 hat die Regierung der Volksrepublik Polen auf der Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen ihren Vorschlag zur Frage der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa unterbreitet. Die Regierungen der CSR und der DDR haben ihre Bereitschaft erklärt, dieser Zone beizutreten.

Die Regierung der Volksrepublik Polen ging dabei davon aus, daß die Schaffung der sogenannten atomwaffenfreien Zone eine Verbesserung der internationalen Atmosphäre mit sich bringen sowie umfassendere Abrüstungsgespräche und die Lösung anderer strittiger internationaler Probleme erleichtern könnte, während eine Fortsetzung und Ausdehnung der nuklearen Rüstungen nur zu einer weiteren Versteifung der Spaltung Europas in gegeneinandergerichtete Blocks und zur Komplizierung der Situation führen müsse, namentlich in Mitteleuropa. Im Dezember 1957 hatte die Regierung der Volksrepublik Polen ihren Vorschlag auf diplomatischem Wege erneuert.

In Anbetracht des breiten Echos, das die polnische Initiative gefunden hat, und unter Berücksichtigung der Schlußfolgerungen aus der Diskussion, die sich über diesen Vorschlag entwickelt hat, unterbreitet die Regierung der Volksrepublik Polen hiermit eine detailliertere Weiterentwicklung ihrer Vorschläge, die geeignet wären, die Aufnahme von Besprechungen sowie die Erzielung eines Uebereinkommens in dieser Frage zu erleichtern.

1. Die vorgeschlagene Zone sollte das Gebiet Polens, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik umfassen. Auf ihrem Territorium würden Kernwaffen weder hergestellt noch gelagert, weder Geräte noch Vorrichtungen,

Die Erfahrungen mit der Anwendung eines Kontrollsystems in dieser territorial begrenzten Zone könnten bei künftigen umfassenderen Abrüstungsvereinbarungen von Nutzen sein.

Die sowjetische Regierung erklärt sich ihrerseits bereit, an der Prüfung und Verwirklichung eines wirksamen Kontrollsystems in der erwähnten Zone mitzuarbeiten.

3. Als konsequente Anhänger einer allgemeinen Abrüstung und vor allen Dingen einer völligen Ausschaltung der Kernwaffen aus den Rüstungen der Staaten stellen beide Seiten fest, daß sich gegenwärtig eine reale Möglichkeit abzeichnet, im Zentrum Europas, im Berührungsraum der Hauptkräfte zweier militärischer Gruppierungen, eine atomwaffenfreie Zone zu errichten, die das Territorium von vier Staaten umschließen würde. Darum sind die Bemühungen zur Verwirklichung dieses konkreten Vorschlages fortzusetzen, was zur Lösung anderer strittiger Probleme beitragen würde, einschließlich der Fragen der Reduzierung der zahlenmäßigen Stärke der ausländischen Truppen und der konventionellen Waffen in dieser Zone — auf der Grundlage eines Abkommens der interessierten Staaten.

Die Besprechungen verliefen in freundschaftlicher und herzlicher Atmosphäre und erbrachten völlige Einmütigkeit der Ansichten über die erörterten Probleme.

Quelle: Pressedienst der Militär-Mission der Volksrepublik Polen beim Alliierten Kontrollrat in Deutschland, Berlin-Grünwald, Nr. 1560 vom 11. Februar 1958.

die zu ihrer Bedienung bestimmt sind, stationiert. Der Einsatz von Kernwaffen gegen das Gebiet der Zone wäre verboten.

II. Dem Inhalt der Verpflichtungen, die sich aus der Errichtung einer atomwaffenfreien Zone ergeben, würden folgende Prinzipien zugrunde liegen:

1. Die Staaten der Zone würden sich verpflichten, Kernwaffen aller Arten weder zu produzieren, zu unterhalten noch für eigene Zwecke anzuschaffen und ihre Stationierung in ihren Gebieten nicht zu erlauben, wie auch Vorrichtungen und Geräte, die für den Einsatz von Kernwaffen bestimmt sind, wie Raketenabschußrampen, auf ihren Territorien nicht aufzustellen und nicht zuzulassen.

2. Die vier Mächte (Frankreich, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die UdSSR) würden sich verpflichten:

- a) zur Ausrüstung ihrer auf dem Territorium der Staaten der Zone stationierten Truppen keine Kernwaffen zu unterhalten, auf den Territorien der Staaten der Zone keinerlei Vorrichtungen und Geräte, die zu ihrer Bedienung bestimmt sind, darunter Raketenabschußrampen, zu unterhalten und zu errichten;
- b) auf keinerlei Wegen und unter keinerlei Vorwand den Regierungen oder anderen Organen dieses Gebietes Kernwaffen oder Vorrichtungen und Geräte, die zu ihrer Bedienung bestimmt sind, zu überlassen.

3. Die Mächte, die über Kernwaffen verfügen, müßten sich verpflichten, daß diese Waffen nicht gegen das Gebiet der Zone oder gegen irgendwelche Objekte innerhalb dieser zum Einsatz gelangen.



Damit würden die Mächte die Verpflichtung übernehmen, den Status der Zone zu achten als ein Gebiet, in dem es keine Kernwaffen gäbe und gegen das keine Kernwaffen angewandt würden.

4. Die anderen Staaten, deren Truppen auf dem Gebiet irgendeines der der Zone zugehörenden Staaten stationiert sind, würden sich gleichfalls verpflichten, daß sie zur Ausrüstung ihrer Truppen keine Kernwaffen unterhalten werden und derartige Waffen auch nicht den Regierungen bzw. anderen Organen dieses Gebietes überlassen, sowie daß sie auf den Territorien der Staaten dieser Zone keinerlei Anlagen und Geräte, die zum Einsatz von Kernwaffen bestimmt sind, errichten, darunter auch Raketenabschußrampen, oder diese den Regierungen oder anderen Organen dieses Gebietes überlassen.

Die Art und das Verfahren der Realisierung dieser Verpflichtungen könnten Gegenstand detaillierter Vereinbarungen sein.

III. 1. Um die Wirksamkeit und die Erfüllung der in Absatz II, Punkt 1, 2 und 4 genannten Verpflichtungen zu gewährleisten, würden sich die in Frage kommenden Staaten verpflichten, auf dem Territorium der vorgeschlagenen Zone ein System einer umfassenden und wirkungsvollen Kontrolle zu errichten und sich seinem Funkzionieren zu unterwerfen.

Dieses System könnte sowohl eine Boden- als auch eine Luftkontrolle umschließen. Auch könnten geeignete Kontrollpunkte errichtet werden, die mit Befugnissen und Möglichkeiten zum Handeln ausgestattet sind, die die Wirksamkeit der Inspektion gewährleisten.

Einzelheiten und Formen der Kontrollausübung könnten in Anlehnung an die auf diesem Gebiet bereits gemachten Erfahrungen sowie an die von den verschiedenen Staaten bei den bisherigen Abrüstungsverhandlungen gemachten Vorschläge vereinbart werden — in einer Form und in einem Umfang, in welchem sie auf das Gebiet der Zone anwendbar sind.

Das für die atomwaffenfreie Zone geschaffene Kontrollsystem könnte nützliche Erfahrungen für die Einführung weitergehender Abrüstungsvereinbarungen liefern.

2. Zur Ueberwachung der Einhaltung der vorgeschlagenen Verpflichtungen müßte ein entsprechender Kontroll-

apparat berufen werden. In ihm könnten beispielsweise Vertreter mitwirken, die von Organen des Nordatlantikpaktes und des Warschauer Paktes berufen werden (eventuell ad personam). In ihm könnten auch Bürger bzw. Vertreter von Staaten mitwirken, die keiner Militärgruppierung in Europa angehören.

Die Art der Berufung, des Funktionierens und der Berichtstätigkeit des Kontrollapparates kann Gegenstand weiterer Vereinbarungen sein.

IV. Die einfachste Form, um die Verpflichtungen der der Zone angehörenden Staaten in einen Rahmen zu fassen, wäre der Abschluß eines entsprechenden internationalen Vertrages. Um jedoch Komplikationen aus dem Wege zu gehen, die einige Staaten bei einer solchen Lösung sehen könnten, wäre es möglich:

1. diese Verpflichtungen in die Form von vier einseitigen Deklarationen zu fassen, die den Charakter einer internationalen Verpflichtung hätten und bei einem vereinbarten Verwahrer hinterlegt werden;
2. die Verpflichtungen der Großmächte in die Form eines gemeinsamen Dokuments bzw. einseitiger Deklarationen zu fassen (wie oben unter Punkt 1);
3. die Verpflichtungen der anderen Staaten, deren Truppenabteilungen im Gebiet der Zone stationiert sind, in die Form einseitiger Deklarationen zu fassen (wie oben unter Punkt 1).

Gestützt auf obige Darlegungen, schlägt die Regierung der Volksrepublik Polen vor, mit Gesprächen zu beginnen, um den Plan für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, die Dokumente und die damit zusammenhängenden Garantien sowie die Wege zur Verwirklichung der übernommenen Verpflichtungen weiter zu präzisieren.

Die Regierung der Volksrepublik Polen hat Grund zu der Feststellung, daß die Annahme des Vorschlages für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa die Erreichung eines Abkommens über eine entsprechende Begrenzung der konventionellen Rüstungen und der auf den Gebieten der Staaten der Zone stationierten fremden Truppen erleichtern wird.

Quelle: Pressedienst der Militär-Mission der Volksrepublik Polen beim Alliierten Kontrollrat in Deutschland, Berlin-Grünwald, Nr. 1561 vom 21. Februar 1958.

## Erklärung der Sowjetregierung vom 19. Februar 1958 zum Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa

Nichts kann heute der Menschheit mehr Hoffnung auf eine friedliche und ruhige Zukunft geben als das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen und eine Sicherung der Voraussetzungen, unter denen die Atomenergie lediglich zu friedlichen Zwecken, lediglich zum Wohl der Menschheit verwendet werden kann. Darum eben kämpft die Sowjetunion schon länger als zehn Jahre aufs beharrlichste und konsequenteste für die Verwirklichung dieser Wünsche und Hoffnungen der Menschheit.

Leider zeigen die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien als Mächte, die unter ihren Rüstungen Kernwaffen haben, keine Bereitschaft, sich zu einem so radikalen Schritt, wie ein Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen und deren Ausschaltung aus den Rüstungen, zu verstehen. Sie bauen auf diese Massenvernichtungswaffen als auf ein „Schreckmittel“, das ihrer Ansicht nach zur Verwirklichung ihrer politischen Ziele verhelfen kann.

Infolge dieses gefährlichen Irrtums sind die Westmächte nicht einmal gewillt, sich zu solch einem Schritt, wie die Einstellung der Versuche mit diesen Waffen, zu verstehen.

Indes kann niemand bestreiten, daß die Völker die Politik des Atomwetterüstens, die Politik der Drohungen mit Gewaltanwendung unter Einsatz von Atom- und Wasserstoffwaffen nicht nur nicht unterstützen, daß sie im Gegenteil immer entschiedener verlangen, daß dem Wetterüsten — auch auf dem Gebiete der Kernwaffen-erzeugung — ein Ende gesetzt, mit der Gefahr eines Atomkrieges Schluß gemacht wird. Ein beredter Ausdruck der Ausbreitung dieser Stimmung ist die weitgehende Unterstützung, die der auf der XII. Tagung der Vollversammlung der UN von der Regierung der Polnischen Volksrepublik vorgetragene Vorschlag, eine atom-



und wasserstoffwaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu schaffen, in allen Ländern der Welt gefunden hat.

Dieser Vorschlag sieht vor, daß, falls beide deutschen Staaten ihre Einwilligung zum Inkrafttreten eines Verbots der Erzeugung und Lagerung von Atom- und Wasserstoffwaffen auf ihren Territorien geben werden, die Polnische Volksrepublik bereit sein wird, gleichzeitig dieselben Maßnahmen auf ihrem Territorium zu ergreifen.

Dann hat die Regierung der Tschechoslowakischen Republik erklärt, daß die Tschechoslowakei bereit ist, im Interesse einer Minderung der internationalen Spannung sich dem Vorschlag der Polnischen Volksrepublik anzuschließen und die Verpflichtung zu übernehmen, auf die Erzeugung und Lagerung von Atom- und Wasserstoffwaffen auf dem gesamten Territorium der Tschechoslowakischen Republik zu verzichten, falls die beiden deutschen Staaten die Verpflichtung zum Verbot der Erzeugung und Lagerung von Atomwaffen auf dem Territorium der beiden deutschen Staaten eingehen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat diese Vorschläge Polens und der Tschechoslowakei mit großer Genugtuung begrüßt. Sie teilte dem Vorsitzenden der XII. Tagung der Vollversammlung der UN mit, daß die von den Regierungen der Polnischen Volksrepublik und der Tschechoslowakischen Republik unternommenen Schritte zweifellos darauf gerichtet sind, die Gefahr eines Atomkrieges in Europa zu bannen und möglich zu machen, eine breite atom- und wasserstoffwaffenfreie Zone in Europa zu errichten.

Die Sowjetregierung unterstützt, wie sie schon wiederholt erklärt hat, den Vorschlag, in Mitteleuropa eine von der Erzeugung und Lagerung von Atom- und Wasserstoffwaffen freie Zone zu schaffen. Die Verwirklichung dieser Maßnahme würde helfen, auch andere Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr des Ausbruches eines Atomkrieges durchzuführen, und wäre ein wertvoller Beitrag zur Sicherung des Friedens im mittleren Teil des europäischen Kontinents, einem der gefährdetsten Räume, wo die Streitkräfte der Mitgliedstaaten des Nordatlantikblocks und der Teilnehmer des Warschauer Vertrags einander unmittelbar gegenüberstehen und wo eine für Friedenszeiten ungewöhnliche Konzentration von Truppen und von verschiedenen Arten militärtechnischer Mittel und Rüstungen zu verzeichnen ist.

Die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Europa würde den grundlegenden Interessen der Völker aller europäischen Staaten entsprechen, die durch die Gefahr eines Krieges mit dem Einsatz von Atom- und Wasserstoffwaffen zutiefst beunruhigt und sich darüber im klaren sind, welch katastrophale Folgen die Anwendung solcher Waffen besonders in den dichtbesiedelten Räumen Europas haben könnte.

Die Verwirklichung des Vorschlags auf Bildung der erwähnten Zone würde die ganze internationale Lage günstig beeinflussen und dazu beitragen, die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, um weitere, radi-

kalere Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung sowie zur Regelung der anderen wichtigen internationalen Probleme zu ergreifen.

Die Sowjetregierung begrüßt und unterstützt voll und ganz den Vorschlag, auf die Produktion und Stationierung von Atom- und Wasserstoffwaffen auf dem Boden der obenerwähnten Staaten zu verzichten, unter der Bedingung, daß die Bundesrepublik Deutschland ihrerseits die gleiche Verpflichtung übernimmt und dadurch die Schaffung einer kern- und raketenwaffenfreien Zone im Zentrum Europas möglich macht. Das würde auch dem Anliegen des deutschen Volkes entsprechen, das an jedem Schritt interessiert sein muß, der der Beseitigung der Gefahr eines vernichtenden Atomkrieges dient.

Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß die effektive Verwirklichung des Vorschlags, eine von der Produktion und von der Stationierung von Atom- und Wasserstoffwaffen sowie von Raketenwaffen freie Zone im Zentrum Europas zu schaffen, erheischt, daß zugleich mit den entsprechenden Verpflichtungen der in der erwähnten Zone gelegenen Staaten auch die Mächte, deren Armeen mit Kern- und Raketenwaffen ausgerüstet sind, ihrerseits die feierliche Verpflichtung übernehmen, den Status der genannten Zone zu achten und das Territorium der zu dieser Zone gehörenden Staaten als aus der Einsatzsphäre von Atom-, Wasserstoff- und Raketenwaffen ausgeschaltet zu betrachten.

Das würde die erwähnten Staaten verpflichten, ihre Truppen und die Truppen der anderen zur Zone gehörenden Staaten nicht mit Kern- und Raketenwaffen auszurüsten und diese Waffen nicht an Regierungen der Staaten dieser Zone oder an in dieser Zone gelegene Streitkräfte zu übergeben, die unter dem Kommando militärischer Gruppierungen stehen, sowie keine für Kernwaffen dienenden Anlagen und militärtechnischen Mittel, darunter auch keine Raketenstartrampen, einzuführen und zu errichten.

Die Sowjetregierung erklärt hiermit, daß die Sowjetunion bereit ist, bis zum Abschluß eines Abkommens über ein absolutes Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen und Ausschaltung dieser Waffen aus den Rüstungen aller Staaten die genannten Verpflichtungen zu übernehmen, wenn die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs ebenso handeln werden.

Die Regierung der Sowjetunion verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierungen aller Kern- und Raketenwaffen besitzenden Länder sowie die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Bedeutung dieses humanen Aktes zu würdigen wissen, sich ihm anschließen und so in der Tat dazu beitragen werden, daß den wahnwitzigen Versuchen, die Welt in die Katastrophe eines Atomkrieges zu stürzen, ein Ende gesetzt wird.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Heft 6 vom 20. Februar 1958.



## Kommuniqué der vierten Tagung des Rates des Bagdad-Paktes in Ankara vom 27. bis zum 30. Januar 1958

Die vierte Tagung des Ministerrates des Bagdad-Paktes wurde vom 27. bis zum 30. Januar 1958 im Gebäude der Großen Nationalversammlung in Ankara abgehalten.

Den Vorsitz führte der Ministerpräsident der Türkei, Seine Exzellenz Adnan Menderes.

Die Delegationen der Mitgliedstaaten wurden geführt von: dem Ministerpräsidenten des Iran, Seiner Exzellenz Dr. Manoucher Eghbal; Seiner Exzellenz Nuri al Said vom Irak; dem Premierminister von Pakistan, Malik Firoz Khan Noon; dem Ministerpräsidenten der Türkei, Seiner Exzellenz Adnan Menderes; dem Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten des Vereinigten Königreiches, Rt. Hon. Selwyn Lloyd.

Die Vereinigten Staaten waren durch eine Delegation unter der Leitung des Hon. John Foster Dulles, Staatssekretär, vertreten.

Der Rat vermerkte mit Genugtuung die Anwesenheit von Mr. Dulles bei der Tagung.

Der Rat überprüfte während seiner viertägigen Sitzungen die Arbeit der Bagdad-Pakt-Organisation und billigte nach Diskussionen die Berichte und Empfehlungen des Wirtschaftsausschusses, des Verbindungsausschusses, des Ausschusses gegen umstürzlerische Tätigkeit und des Militärausschusses.

Der Rat erinnerte daran, daß der Bagdad-Pakt aus dem Wunsch der Völker dieses Gebietes nach Sicherheit vor dem kommunistischen Imperialismus oder kommunistisch beeinflusster Beherrschung, gleich welcher Art, entstand, und nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß sich der Pakt trotz der Angriffe auf ihn und seine Mitgliedstaaten zu einer starken und haltbaren Organisation entwickelt hat, welche die besten Hoffnungen für die Erhaltung des Friedens, der Freiheit und der Unabhängigkeit in diesem Gebiet verkörpert.

Der Zweck des Paktes, eines freien Bündnisses von gleichberechtigten Partnern, ist die Verteidigung und Sicherheit des Gebietes. Dies ist für den Weltfrieden ebenso wichtig wie für die fruchtbare Zusammenarbeit zum Wohle der 120 Millionen Menschen des Pakt-Gebietes, die vorwiegend Mohammedaner sind.

Der Rat erkannte an, daß umstürzlerische Bestrebungen in diesem Gebiet unterdrückt und friedliche Verhältnisse erhalten werden müssen.

Der Rat bekräftigte seine Ueberzeugung, daß der wirtschaftliche Fortschritt des Pakt-Gebietes und die Förderung des Wohlstandes seiner Bevölkerung eine rasche Erfüllung seines wirtschaftlichen Entwicklungsprogrammes erfordern.

### *Politische Fragen*

Der Rat prüfte in einer Reihe von Sitzungen die internationale Lage. Einige dieser Sitzungen waren privater Natur; in ihnen hatten die Delegationschefs Gelegenheit, Ansichten und Informationen in jener Offenheit auszutauschen, die der gleichberechtigten und engen Verbindung der Mitgliedstaaten innerhalb des Paktes entspricht.

Der Rat erkannte die Nützlichkeit ausführlicher und offener Aussprache an, die ein unschätzbarer Vorzug der Bagdad-Pakt-Organisation ist. Der Rat erkannte die Notwendigkeit an, die übliche kommunistische Taktik subversiver Durchdringung, die heuchlerisch als friedliche Koexistenz und Hilfe für unterentwickelte Länder bezeichnet wird, immer wieder zu entlarven.

Während die freie Welt in den letzten Jahren entschlossene und wichtige Schritte unternommen hat, vielen Nationen Freiheit und Unabhängigkeit zu geben, und während sie nach einer Lösung der Probleme des Gebietes im Geiste der Gerechtigkeit und Gleichheit strebt, mußte der Rat mit Bedauern feststellen, daß der internationale Kommunismus in Verfolgung seiner Ziele versucht, Nationalismus, Kriegsfurcht, wirtschaftliche Not, die traurige Lage der arabischen Flüchtlinge und die afro-asiatischen Ressentiments gegenüber den „Kolonialisten“ mit Hilfe von Propaganda und kommunistisch kontrollierten und beeinflussten Organisationen auszunutzen.

Kommunistische Anstrengungen, das Gebiet mit Mitteln indirekter Aggression, wie Infiltration und Umsturzversuchen, zu durchdringen, bleiben eine Bedrohung und verlangen ständige Wachsamkeit und wachsende Solidarität.

Der Rat stellte ferner fest, daß seit seiner letzten Tagung in Karatschi, im Juni 1957, der kommunistische Imperialismus seine Anstrengungen zur Beherrschung des Mittleren Ostens vergrößert hat. Diese Anstrengungen in Form von Druck, Drohungen und falschen Beschuldigungen richteten sich besonders gegen die Türkei, deren besonnene und mutige Haltung die Bewunderung ihrer Bundesgenossen im Pakt hervorgerufen hat.

Der Rat stellte mit Besorgnis fest, daß nach wie vor in verschiedenen Teilen der Welt Spannungszonen bestehen, die zur Ausbeutung durch den kommunistischen Imperialismus reichlich Gelegenheit bieten und eine latente Bedrohung des internationalen Friedens darstellen.

Er widmete der Erörterung der Lage im Mittelmeerraum, im Mittleren Osten und in Südasien beträchtliche Zeit und betonte, daß Probleme, welche die Sicherheit des Pakt-Gebietes gefährden, nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Charta der Vereinten Nationen gelöst werden sollten.

Der Rat war der Meinung, daß der uneingeschränkte Gebrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat als Mittel des „Kalten Krieges“ aufgegeben werden sollte, damit die Vereinten Nationen als wirksames Instrument zur Beilegung von Streitigkeiten funktionieren können.

Der Rat glaubt, daß der Gedanke der Internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen als deren Machtinstrument und ihrer Verwendung in Gebieten der Unruhe den Mitgliedern der Vereinten Nationen zur Billigung empfohlen werden sollte.

In Anerkennung der fortdauernden Notwendigkeit, wachsam zu bleiben und deshalb Verteidigung und



Sicherheit des Pakt-Gebietes ständig zu verbessern, bekräftigte der Rat seinen ernsthaften Wunsch nach Frieden und seine Entschlossenheit, dafür keine Mühe zu scheuen.

#### *Wirtschaftliche Fragen*

Der Rat prüfte die Arbeit des Wirtschaftsausschusses und billigte Entschlüsse, die Empfehlungen auf den Gebieten des Gesundheitswesens, der Landwirtschaft, der Nachrichten- und Verkehrsverbindungen, der öffentlichen Arbeiten, des Handels sowie der Finanzierung von Gemeinschaftsprojekten enthalten.

Der Rat vermerkte mit Befriedigung, daß eine sichere Grundlage für wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen worden ist, auf der das Bündnis weiterbauen kann, und daß als Ergebnis der Arbeit der Unterausschüsse jetzt ein vielversprechendes Programm technischer Hilfe besteht, das auf gegenseitiger Zusammenarbeit beruht.

Das wird dem Lebensstandard in diesem Raum sehr zugute kommen. Bereits geleistete oder geplante technische Hilfe erstreckt sich auf folgende Gebiete: Gesundheitswesen, Landwirtschaft, Seuchenbekämpfung, Veterinärwesen und Viehzucht. Auf dem Gebiet der technischen Hilfe haben die iranische Regierung 10 Millionen Real, die türkische Regierung 750 000 türkische Pfund für einen Zeitraum von fünf Jahren bewilligt.

Diese Bewilligung erfolgte zusätzlich zu den Angeboten, die in Karatschi gemacht wurden, nämlich 1 Million Pfund Sterling für einen Zeitraum von fünf Jahren vom Vereinigten Königreich und 500 000 Rupien von Pakistan.

Der Rat stellte fest, daß die Ausführung von beschlossenen Gemeinschaftsprojekten Fortschritte gemacht hat. Er billigte die Entschlüsse des Wirtschaftsausschusses, diese Vorhaben weiterzutreiben. Diese Entschlüsse empfiehlt, daß die Hilfe gewährenden Regierungen, welche Mitglieder des Wirtschaftsausschusses des Bagdad-Paktes sind, die Leistung von Beiträgen zu solchen Projekten frühzeitig und wohlwollend in Erwägung ziehen und daß die Mitgliedstaaten des Gebietes ihre gegenwärtigen Bemühungen zu deren Verwirklichung fortsetzen.

Der Rat erkannte die Notwendigkeit einer Spezifizierung der beschlossenen Vorhaben an und nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der Plan für den Ausbau des Nachrichtennetzes zwischen den Hauptstädten der Mitgliedstaaten im Pakt-Gebiet bereits in Angriff genommen worden ist.

Er nahm mit Dankbarkeit von der Ankündigung der Vereinigten Staaten Kenntnis, wonach diese damit rechnen, zusätzlich 10 Millionen Dollar zur Verfügung stellen zu können, womit gesichert ist, daß der größte Teil der für den Ausbau dieses Netzes erforderlichen Summe vorhanden sein wird.

Die Vereinigten Staaten wiesen auch auf die Möglichkeit hin, von der Weltbank, der Export-Import-Bank und dem kürzlich geschaffenen Fonds für Entwicklungsländern zusätzliche Mittel für Gemeinschaftsvorhaben zu erhalten.

Der Rat stellte fest, daß die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses und seiner Unterausschüsse sowie im Kernforschungszentrum und dessen wissenschaftlichem Rat bereits einen Beitrag zur Verbesserung des Standes der technischen und wissenschaftlichen Kenntnisse in den Pakt-Ländern leistet. Er beschloß, daß der Rat der Stellvertreter die Möglichkeiten einer Ausdehnung des gegenwärtigen Programms auf weitere Gebiete prüfen soll.

#### *Militärische Fragen*

Der Rat nahm zur Kenntnis, daß im vergangenen Herbst in Bagdad eine gemeinsame Organisation für militärische Planung geschaffen worden ist. Das hat der militärischen Verteidigungsplanung beträchtlichen Auftrieb gegeben, die Wirksamkeit der Verteidigungsanstrengungen der Unterzeichnerstaaten des Paktes erhöht und stellt einen bedeutungsvollen Schritt vorwärts dar in der Entschlossenheit der Mitgliedstaaten, ihre Souveränität durch internationale Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Der Rat billigte den Namen „Vereinigter Militärischer Planungsstab“ für die ständige Planungsorganisation und genehmigte das Statut für den Leiter und seinen Stab.

Zu den Aufgaben des Vereinigten Militärischen Planungsstabs gehört die Planung und Koordination kombinierter Stabsübungen. Der Rat nahm auch eine Empfehlung des Militärausschusses an, in naher Zukunft kombinierte Stabsübungen abzuhalten.

Der Rat billigte ferner eine Empfehlung des Militärausschusses, Generalleutnant Ekrem Akalin von der türkischen Armee zum Leiter des Vereinigten Militärischen Planungsstabs für das Jahr 1958 zu ernennen.

Er wird unterstützt werden von Generalmajor Daniel S. Campbell von der Luftwaffe der Vereinigten Staaten, der seit September 1957 stellvertretender Leiter des Vereinigten Militärischen Planungsstabs gewesen ist.

Der Rat würdigte die während des Jahres 1957 vom ersten Leiter des Vereinigten Militärischen Planungsstabs, Generalmajor Habibullah Khan von der pakistanischen Armee, geleistete Arbeit.

#### *Die nächste Tagung des Rates*

Der Rat beschloß, die nächste Ministertagung im Juli 1958 in London abzuhalten. Unterdessen werden regelmäßige Tagungen des Rates der Stellvertreter stattfinden.

Quelle: *The New York Times*, International Edition, Nr. 36 532 vom 31. Januar 1958. Uebersetzung des Europa-Archivs.



## Informationen und Berichte

### Die XII. GATT-Tagung in Genf<sup>1</sup>

Die XII. Jahresversammlung aller Mitgliedstaaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) fand vom 17. Oktober bis zum 30. November 1957 in Genf statt. Vom 28. bis zum 30. Oktober nahm an der Session eine Anzahl von Ministern und Regierungsvertretern teil, um zum wichtigsten Problem der Tagung, nämlich zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Stellung zu nehmen.

#### Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

Regierungs-Delegierte aus 29 Nationen ergriffen das Wort<sup>2</sup>, teils um den wirtschaftlichen Zusammenschluß der sechs Signatarstaaten der EWG aus außereuropäischer Sicht kritisch zu analysieren, teils um ihn unter europäischen Aspekten als ökonomische Konsequenz der jüngsten Veränderungen der Weltwirtschaftsstruktur zu rechtfertigen. Da trotz der Bemühungen beider Diskussionsparteien, der europäischen Zollunions-Länder und der sogenannten „Außenseiter“, keine wesentliche Annäherung der Standpunkte erzielt werden konnte, wurde ein „Intersessionaler Ausschuß“ gebildet, zu dem wegen der Wichtigkeit der weltwirtschaftlichen Probleme, die sich aus der Bildung eines europäischen Wirtschaftsblocks ergeben — zumindest in der Zeitspanne zwischen der XII. und der XIII. GATT-Session — alle Mitgliedsländer einen Vertreter entsenden sollen. Normalerweise braucht jedoch nur die Hälfte der Vertragsparteien vertreten zu sein. Der Ausschuß wird sich zum ersten Male am 14. April 1958 treffen. Ueber die Diskussion und die besonderen Aufgaben des Ausschusses wird in dieser Folge in einem grundsätzlichen Artikel mit dem Titel „Der Gemeinsame Markt im Kreuzfeuer der GATT-Kritik“ berichtet.

#### Der Euratom-Vertrag

Außer diesen Problemen standen auf der XII. Plenarversammlung des GATT die handelspolitischen Auswirkungen des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft zur Debatte. Der Inter-sessionale Ausschuß wurde damit betraut, auch die internationalen Konsequenzen zu untersuchen, die von der Erschließung nuklearer Energien in Europa zu erwarten sind.

#### Die Freihandelszone

Der Ausschuß wurde darüber hinaus damit beauftragt, die Verhandlungen zur Bildung einer Europäischen Freihandelszone zu verfolgen und im Lichte der GATT-Regeln zu prüfen; ebenso die Pläne Nicaraguas und El Salvadors, sich zu einer Freihandelszone zu vereinigen.

<sup>1</sup> Vgl. den Bericht über die XI. GATT-Tagung in EA 6/1957, S. 9681—82.

<sup>2</sup> Es sprachen in der genannten Reihenfolge Regierungsvertreter von: Großbritannien, den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik Deutschland, Chana, Australien, Oesterreich, der Föderation von Malaya, Japan, Brasilien, der Union von Südafrika, Kanada, Pakistan, Frankreich, Dänemark, Indien, den Niederlanden, Uruguay, Belgien, Neuseeland, Luxemburg, Kuba, Peru, Indonesien, Italien, Ceylon, der Schweiz, der Tschechoslowakei, Norwegen, der Türkei, Burma, Rhodesien und Nyassaland, Schweden.

Die Diskussionen über die Projekte einer französisch-tunesischen Zollunion wurden vertagt.

Neben diesen Kardinalproblemen regionaler Integrationen, welche die Vollversammlung beschäftigten, spielten die zahlreichen weiteren Punkte der Tagesordnung eine untergeordnete Rolle, zumal es sich bei ihnen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — um alljährliche Routine-Angelegenheiten handelte, wie sie sich ständig aus der Durchführung der Abkommensbestimmungen ergeben.

#### Die Importrestriktionen aus Zahlungsbilanzgründen

Gegen Ende der Session schlossen die Vertragspartner die Beratungen mit 21 Mitgliedern über Importrestriktionen aus Zahlungsbilanzgründen ab. Diese „consultations“ brachten der Vollversammlung allerdings noch einmal einen neuen Höhepunkt mit der Aussprache über den „Deutschlandfall“, d. h. mit der scharfen Kritik, die von einer Vielzahl von GATT-Mitgliedern an der zurückhaltenden westdeutschen Liberalisierungspolitik geübt wurde, soweit diese für die extreme Gläubigerposition der Bundesrepublik verantwortlich gemacht werden konnte.

Nachdem der Internationale Währungsfonds auf Grund der westdeutschen Zahlungsbilanzverhältnisse die Deutsche Mark zu einer „harten Währung“ erklärt hatte und damit für die Bundesrepublik die Verpflichtung zur hundertprozentigen weltweiten Liberalisierung bestand, war bereits im Sommer des abgelaufenen Jahres eine Untersuchung der noch bestehenden mengenmäßigen Beschränkungen für westdeutsche Importe durch das GATT erfolgt. Auf der Herbst-Tagung 1957 sollte dann beschlossen werden, welche Konsequenzen die Bundesregierung aus dem Ergebnis dieser Ueberprüfung zu ziehen habe.

Mit nur einer Stimme Mehrheit konnte zwar der auf der Tagung erwartete Tadelantrag an die westdeutsche Adresse abgewehrt werden, doch nur um der Bundesrepublik bis zur nächsten Session im Frühjahr 1958 die Gelegenheit einzuräumen, die Handelspolitik importbewußter zu handhaben, d. h. praktisch, ihre Liberalisierungsvorschläge, die sie zu ihrer Entlastung auf der Herbst-Session vorgelegt hatte, so weit auszubauen, daß sie nicht erneut in das Feuer der GATT-Kritik gerät.

Das Kernstück des von der Bundesrepublik auf der XII. Plenar-Versammlung vorgelegten Vorschlages war als Zwischenlösung auf Zeit gedacht. D. h. die Liberalisierungslisten sollten am 1. Januar 1958 zunächst um 159 landwirtschaftliche und 568 industrielle Warenpositionen und spätestens am 1. Januar 1960 um weitere 88 landwirtschaftliche und 243 industrielle Positionen vervollständigt werden. Nach der ersten Liberalisierungsstufe wären nur noch 19,4 vH der westdeutschen Einfuhr (einschließlich des Staatshandels) und nach der zweiten nur noch 18 vH irgendwelchen Kontingenten unterworfen geblieben; davon wären 11 vH auf den Staatshandel, 5 vH auf landwirtschaftliche und 2 vH auf gewerbliche Erzeugnisse entfallen.



Trotz des westdeutschen Entgegenkommens, das in diesem Liberalisierungsprogramm zweifellos zu sehen ist, wurde von den GATT-Partnern nicht mit Kritik gespart, unter anderem, weil bei einer Annahme der Vorschläge das Liberalisierungsgefälle zwischen OEEC-Liberalisierung, Beko-Mark-Liberalisierung und Dollar-Liberalisierung nur vermindert und nicht restlos beseitigt worden wäre.

Schon diese Aussicht weckte vor allem auch den Widerstand der beiden nordamerikanischen Handelspartner, der Vereinigten Staaten und Kanadas, die beide voll liberalisiert haben. Ihre Kritik an der bisherigen Einfuhrpolitik und an den Verbesserungsvorschlägen war deshalb auf der letzten GATT-Tagung besonders scharf. Der westdeutsche Vorschlag wurde nicht als die Bewährungsprobe für die von der Bundesrepublik gerade vor den GATT-Partnern immer wieder als beispielhaft hervorgehobene liberale Haltung in Außenhandelsfragen anerkannt. Man erwartete an Stelle des westdeutschen Vorschlags eines stufenweisen Abbaus der Importrestriktionen und einer allmählichen Angleichung der Einfuhrlisten eine weltweite Liberalisierung *uno actu*.

An dieser Einstellung hat auch die inzwischen erfolgte Entspannung der westdeutschen Zahlungsbilanzverhältnisse kaum etwas geändert. Die Kritik ist auch nicht verstummt, obwohl gleichzeitig mit der nach dem westdeutschen Programm am 1. Januar 1958 tatsächlich erfolgten Erweiterung der Liberalisierung die fünf bisher gültigen Einfuhr-Freilisten, nämlich die OEEC-Liste, die NPC-Liste, die Dollar-Liste, die GATT-Liste für die Einfuhren aus Japan, Brasilien, Chile und Uruguay und die Spanien-Liste, zu einer einzigen Liste zusammengefaßt wurden<sup>3</sup>. Es wird von den neuen westdeutschen Liberalisierungsvorschlägen abhängen, die auf der Tagung im Frühjahr vorgelegt werden, ob es gelingt, die feindliche Haltung der GATT-Mitglieder gegenüber der Bundesrepublik zu überwinden.

Verhandlungen über den Abbau von Importbeschränkungen wurden auf der Herbst-Session auch mit einer Reihe anderer Länder geführt.

Von diesen Nationen sicherten Großbritannien, Australien, Neuseeland und Rhodesien die schnelle Beseitigung der noch bestehenden Einfuhrbeschränkungen zu. Japan will fortfahren, sein Importlizenz-System von diskriminierenden Elementen zu bereinigen. Indien dagegen erklärte, infolge des letztjährigen Verlustes an Devisenreserven und des hohen Zahlungsbilanzdefizits die Restriktionsmaßnahmen intensivieren zu müssen.

Die Beratungen waren die ersten „full scale“-Diskussionen über die Methoden und die Auswirkungen von Importbeschränkungen seit 1951. Deshalb wurden sie als Maßstab für die Bereitwilligkeit der GATT-Partner zu internationaler handelspolitischer Zusammenarbeit und für den zukünftigen Bestand des GATT gewertet.

#### *Tendenzen im internationalen Handel*

Während des Ministertreffens machten einige Redner auf gewisse Tendenzen im internationalen Handel aufmerksam. Es wurde besonders auf den relativen Rückgang des Anteils der Exporte nichtindustrialisierter Län-

<sup>3</sup>) Diese Freiliste enthält drei Spalten, eine für den OEEC-Raum, eine für den Beko-Mark-Raum und eine für den Dollar-Raum. In jeder Spalte ist für jede einzelne Ware angegeben, ob sie noch kontingentiert oder ob sie bereits liberalisiert ist.

der am gesamten Welthandel hingewiesen, als dessen Ursache der Verfall der Weltmarktpreise für Rohstoffe und der weitverbreitete Agrarprotektionismus genannt wurde.

Es wurde beschlossen, eine Kommission von drei oder vier Experten von internationalem Ruf zu ernennen, um die Tendenzen im Welthandel, ihre Ursachen und ihre Auswirkungen zu untersuchen. Die Studien-Ergebnisse sollen auf der nächsten Vollversammlung erörtert werden.

#### *Neue Mitglieder*

Als neue vollberechtigte Mitglieder wurden Ghana und Malaya aufgenommen, die im Jahre 1957 selbständig geworden waren. Für beide Länder trat Großbritannien als Bürge auf unter Berufung auf die Bestimmungen des Abkommens, nach denen vormals abhängige Gebiete bei Erwerb der Selbständigkeit automatisch Mitglieder werden, wenn das ehemalige Mutterland es befürwortet und dafür bürgt.

Obwohl Japan bereits im September 1955 als vollberechtigtes Mitglied in das GATT aufgenommen worden ist, berufen sich noch immer 15 Mitgliedsländer auf Art. XXXV des Abkommens, um Japan das Anrecht auf die allgemeine Meistbegünstigung zu bestreiten. Brasilien hat inzwischen seine Zusage, die es im vorigen Jahr gab, Japan zollrechtliche Zugeständnisse zu machen, zurückgezogen. Auf japanische Vorstellungen hin empfahl die Tagung erneut, die Gespräche auf der nächsten Versammlung wiederaufzunehmen.

Die Verhandlungen über den Zolltarif der Schweiz, der diesem Land vor der Assoziierung zum GATT eine dauernde Sonderstellung sichern soll, wurden fortgeführt.

#### *Zolltarifverhandlungen*

Von vier Ländern wurden Zolltarifveränderungen beantragt. Finnland erhielt die Erlaubnis, die spezifischen Zölle um den Betrag zu erhöhen, der erforderlich ist, die letztjährige Devaluation der Finnischen Mark auszugleichen.

Brasilien hatte auf der XI. GATT-Tagung die Genehmigung erhalten, das Wertzollsystem in Anlehnung an die Brüsseler Zollnomenklatur einzuführen, ohne zuvor mit den übrigen GATT-Mitgliedern über Zollzugeständnisse zu verhandeln. Der neue Tarif trat am 14. August 1957 in Kraft. Die Verhandlungen über gegenseitige Zollkonzessionen sollen nun im Frühjahr 1958 beginnen.

Kuba beabsichtigt gleichfalls, einen neuen Zolltarif einzuführen. Die Reform verfolgt zwei Ziele, einmal den Tarif auf eine moderne Nomenklatur umzustellen, zum anderen ihn den Entwicklungsvorhaben des Landes anzupassen. Die Mitgliedstaaten autorisierten Kuba, die Importe vorübergehend zu lizenzieren, um eine anomale Importflut abdämmen zu können, die das Land jetzt in Erwartung künftiger höherer Zölle bedroht.

Neuseeland kündigte ebenfalls eine Modernisierung seines Zolltarifs an.

Frankreich und die Bundesrepublik beantragten einen „waiver“, eine Ausnahmegenehmigung, mit Rücksicht auf einige Bestimmungen des deutsch-französischen Abkommens über die Saar, die nicht ganz mit Artikel I des GATT übereinstimmen. Die Mitglieder erlaubten beiden Ländern, für den Warenverkehr mit der Saar einen Sonderzolltarif einzuführen.

Dr. Hannedore Kahmann



## Zeittafel vom 1. bis zum 28. Februar 1958

## Die Ereignisse in Europa

## Dänemark

8. In Beantwortung der Briefe des sowjetischen Ministerpräsidenten, *Bulganin*, vom 12. Dezember 1957 (vgl. EA 1/1958, S. 10 439 ff.) und vom 10. Januar 1958 (vgl. EA 3—4/1958, S. 10 529 ff.) stellt Ministerpräsident Hans C. *Hansen* fest, daß der Vorschlag auf Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa Beachtung verdiene, da es für Dänemark von entscheidender Bedeutung sei, was in diesem Gebiet vor sich gehe. Dänemark sei an einer Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen und an allen anderen Schritten, die zu einer Verminderung der Spannung beitragen, zutiefst interessiert. Der Hinweis *Bulganins* auf einen Einschuß ganz Nordeuropas in die vorgeschlagene Zone werde von Dänemark so interpretiert, daß sie auch die zu diesem Gebiet gehörenden sowjetischen Territorien mit einschließen müßte.

## Deutschland

1. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei, *Erich Mende*, erklärt in einer Rundfunkansprache, Bundeskanzler *Adenauer* sei in seiner Rede vom 29. Januar 1958 (vgl. Zeittafel in EA 3—4/1958) auf den größten Teil der gegen ihn in der außenpolitischen Debatte des Bundestages von den Abgeordneten *Thomas Dehler* (FDP) und *Gustav Heinemann* (SPD) erhobenen Vorwürfe nicht eingegangen. *Mende* wirft dem Bundeskanzler vor, er wolle durch die Verlagerung der außenpolitischen Debatte auf den Rundfunk das Parlament ausschalten.
2. Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* weist in einer Rede in Stuttgart die in der außenpolitischen Bundestagsdebatte am 23. Januar von den Abgeordneten *Erich Ollenhauer*, *Thomas Dehler* und *Gustav Heinemann* gegen den Bundeskanzler erhobenen Vorwürfe (vgl. Zeittafel in EA 3—4/1958) zurück. Er warnt jedoch davor, den Sprechern der Opposition Unaufrichtigkeit vorzuwerfen.  
Die Bundesminister *Franz Etzel*, *Franz-Josef Strauß* und *Heinrich von Brentano* führen mit dem Generalsekretär der Nordatlantikpakt-Organisation, *Paul-Henri Spaak*, Besprechungen, in denen nach Mitteilung eines Sprechers der Bundesregierung dargelegt wird, daß wegen der Haushaltslage eine nochmalige finanzielle Hilfe zur Deckung der Stationierungskosten für die in Deutschland befindlichen britischen Truppen nicht mehr möglich sei. Die Bundesregierung sei jedoch bereit, Großbritannien im Wege einer Devisenunterstützung zu Hilfe zu kommen.
- 3.—6. Das 35. Plenum des Zentralkomitees der SED beschließt, *Karl Schirdewan* wegen Fraktionstätigkeit und *Ernst Wollweber* wegen Verstoßes gegen das Parteistatut aus dem Zentralkomitee auszuschließen. Wegen wiederholter Verletzung der Parteidisziplin

und der Weigerung, sich in das Kollektiv des Politbüros einzufügen, wird *Fred Oelßner* seiner Funktion als Mitglied des Politbüros enthoben. Das Plenum beschließt gleichzeitig, *Alfred Neumann* zum Mitglied des Politbüros, *Paul Fröhlich* zum Mitglied des Zentralkomitees, *Gerhard Grüneberg* zum Kandidaten des Zentralkomitees, *Erich Honecker*, *Paul Werner*, *Paul Fröhlich* und *Gerhard Grüneberg* zu Mitgliedern des Sekretariates des Zentralkomitees und *Erich Apel* zum Leiter der Wirtschaftskommission des Politbüros zu wählen. In einer Entschließung werden die Gewerkschaftler aufgefordert, Aussprachen mit westdeutschen Arbeitern auszunutzen, um eine Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse gegen „die Atomkriegspolitik der westdeutschen Monopolherren“ herbeizuführen. In einer Ansprache weist Ministerpräsident *Otto Grotewohl* Versuche zurück, etwaige persönliche Differenzen zwischen ihm und *Walter Ulbricht* zum Gegenstand eines Streites in politischen Fragen werden zu lassen.

5. Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* schlägt in einem Aufsatz in der *Stuttgarter Zeitung* vor, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland auf die Tagesordnung einer etwaigen Gipfelkonferenz setzen zu lassen. Dies sei vielleicht die einzige Möglichkeit, das Deutschlandthema mit sowjetischer Zustimmung wieder auf die internationale Tagesordnung zu bringen. Ein Friedensvertrag brauche nicht zwischen „Bonn und Pankow“ erörtert zu werden. Nach den Vorstellungen *Gerstenmaiers* müßten zuerst der politische Status Deutschlands, dann die Grenzfragen und schließlich der militärische Status Deutschlands erörtert werden. Ein solcher Friedensvertrag ließe sich in einen Sicherheitspakt einbauen, wie es auch die SPD gewünscht hätte.

Der Chef des Bundespresseamtes, *Felix von Eckardt*, gibt auf einer Pressekonferenz bekannt, daß die Bundesregierung beschlossen habe, Großbritannien als gegenseitige Hilfeleistung im Sinne des Nordatlantikpaktes die Errichtung eines deutschen Rüstungskontos in Höhe von 100 Millionen Pfund Sterling bei der Bank von England anzubieten. Ueber den Betrag würde dann in den kommenden Jahren zur Finanzierung von Waffenkäufen in Großbritannien verfügt werden.

10. Die Volkskammer der DDR stimmt der Berufung von *Max Seifritz* zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten als Nachfolger des am 27. Dezember 1957 verstorbenen *Otto Nuschke* zu.  
Professor *Hans Furler* wird zum Präsidenten des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung gewählt.
11. Die Volkskammer der DDR nimmt ein „Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates“ an, das eine Erhöhung der Verantwortung der unteren Organe im Rahmen der Wirtschaftsverwaltung und die Auflösung der In-



dustrieministerien mit Ausnahme der „operativen Gruppen“ vorsieht.

13. In einem der *Süddeutschen Zeitung* gewährten Interview erläutert der Erste Sekretär der SED, Walter Ulbricht, seine Gedanken über die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege über eine Konföderation. Er fordere nicht die Ausdehnung der „sozialistischen Errungenschaften“ der DDR auf die Bundesrepublik. Welche von diesen Errungenschaften übernommen würden, das würden die Arbeiter und ihre Gewerkschaften und die breiten Schichten der Werktätigen selbst bestimmen. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten werde kein einmaliger Akt, sondern ein längerer Prozeß sein.

Der Gemeinsame Rat dürfe als Organ der Konföderation nicht Mehrheitsbeschlüsse fassen. Um eine echte Verständigung zu erzielen, müsse jeder der beiden Staaten mit der gleichen Anzahl von Ratsmitgliedern vertreten sein. Ulbricht erklärt, er bestehe für etwaige gesamtdeutsche Wahlen nicht auf der Uebernahme des Wahlsystems der DDR, aber er wünsche, daß auch die Bundesrepublik nicht die Uebernahme ihres Wahlsystems fordere. Aber auch das Wahlsystem der Weimarer Zeit könne nur mit Modifikationen angewendet werden. In einer Erwiderung auf das Interview Ulbrichts erklärt Bundesminister Ernst Lemmer am 20. Februar in einem ebenfalls der *Süddeutschen Zeitung* gewährten Interview, am Anfang eines Wiedervereinigungsprozesses müsse eine Einigung zwischen den Großmächten stehen. Lemmer hält es für denkbar, daß man zunächst extrem föderalistisch, also konföderativ, an eine neue deutsche Staatsbildung herangehe. Aber die Elemente dieser Föderation müßten wenigstens in ihrem Kern eine gewisse Uebereinstimmung besitzen, weshalb zunächst der Bevölkerung der DDR die Gelegenheit gegeben werden müsse, in einer echten, freien und geheimen Wahl bei Zulassung aller demokratischen Parteien ihr Parlament zu wählen.

- 13.—15. Besprechungen zwischen dem türkischen Außenminister, Fatim Zorlu, Vizekanzler Ludwig Erhard und Bundesaußenminister Heinrich von Brentano über politische und wirtschaftliche Fragen. In einem Communiqué heißt es, das Gespräch habe Einigkeit darüber ergeben, daß die Bemühungen der Türkei, ihre wirtschaftlichen Quellen zu entwickeln, jede Unterstützung verdienen.
24. Die Bundesregierung bestätigt in einem Aide-mémoire durch Vermittlung der schwedischen Regierung den Empfang des polnischen Memorandums vom 14. Februar, das auf Seite 10 602 dieser Folge im Wortlaut wiedergegeben ist.
25. In der *Politisch-Sozialen Korrespondenz* erläutert Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß seine Ansicht zum Rapacki-Plan (Vgl. den Inhalt der Ausführungen auf S. 10 601 dieser Folge.)
28. In einem von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR veröffentlichten Bericht wird festgestellt, daß der Volkswirtschaftsplan 1957 mit 101,6 vH erfüllt worden sei. Die Industrieproduktion habe 108 vH und die der Bauwirtschaft 112 vH der Höhe des Vorjahres erreicht. Die Ausfuhren seien auf

129 vH und die Einfuhren auf 121 vH des Jahres 1956 gestiegen.

#### Frankreich

7. Verteidigungsminister Jacques Chaban-Delmas erklärt vor der Presse, Frankreich wünsche in der Lage zu sein, selbst Atomwaffen herzustellen, um ein gerechtes Gleichgewicht innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft zu wahren. Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß habe das Interesse der Bundesrepublik dafür deutlich gemacht, ob Frankreich eine Atommacht werde. Frankreich wolle die Initiative für die Benutzung von auf französischem Gebiet errichteten amerikanischen Raketenabschubbasen mit den Vereinigten Staaten teilen.
11. In einer Rede vor der Nationalversammlung übernimmt Ministerpräsident Felix Gaillard namens der Regierung die Verantwortung für den Angriff französischer Luftstreitkräfte auf den tunesischen Ort Sakhiet-Sidi-Youssef und wirft der tunesischen Regierung vor, sie habe durch ihr Verhalten gegenüber den algerischen Aufständischen im tunesischen Grenzgebiet den Zwischenfall herausgefordert. Als Sprecher der Gruppe um Pierre Mendès-France fordert der Abgeordnete Hovnanian die Bestrafung der Verantwortlichen und stellt an die Regierung die Frage, wie sie sich die Errichtung einer Gemeinschaft zwischen Frankreich und Nordafrika überhaupt noch vorstelle. In einer Entschließung spricht die Nationalversammlung mit 335 gegen 179 Stimmen bei 49 Enthaltungen der Regierung das Vertrauen aus und bedauert die Opfer der Zivilbevölkerung in Sakhiet-Sidi-Youssef.
13. In einer an die tunesische Regierung gerichteten Note protestiert die französische Regierung gegen das Bewegungsverbot für die französischen Truppen in Tunesien und die Ausweisung französischer Staatsbürger.
16. In einem an den sowjetischen Außenminister, Andrej Gromyko, gerichteten Schreiben erklärt Außenminister Christian Pineau, daß die französische Regierung vor einer Gipfelkonferenz die Abhaltung einer Konferenz der Außenminister wünsche, die über die Tagesordnung und die Zusammensetzung der Konferenz zu entscheiden hätte.

#### Griechenland

- 10.—12. Der britische Außenminister, Selwyn Lloyd, führt, begleitet von dem Gouverneur von Cypern, Sir Hugh Foot, Besprechungen mit Ministerpräsident Konstantin Karamanlis und Außenminister Evangelos Averoff. In einem Communiqué wird festgestellt, daß die Besprechungen von gegenseitigem Nutzen waren, obwohl die Meinungen über einige grundlegende Fragen nicht übereinstimmten.

#### Großbritannien

8. Premierminister Harold Macmillan beantwortet die Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten, Bulganin, vom 9. Januar 1958. (Vgl. den Wortlaut der Antwort auf S. 10 600 dieser Folge.)
13. Die Regierung veröffentlicht das Weißbuch über die Verteidigungspolitik und den Militärhaushalt für das Jahr 1958/1959. Darin wird festgestellt, daß die Regierung keinen Grund sehe, von der im vergangenen



Jahr beschlossenen Umrüstung der Streitkräfte abzugehen. Die sowjetischen Fortschritte in der Raketentechnik hätten sich nicht auf die grundsätzliche Verteidigungskonzeption ausgewirkt. Die Strategie der NATO basiere auf der freimütigen Anerkennung der Tatsache, daß ein großangelegter sowjetischer Angriff nicht ohne massiven Einsatz nuklearer Waffen gegen die sowjetischen Machtzentren abgewehrt werden könne. Großbritannien leiste einen wachsenden Beitrag zur Politik der nuklearen Abschreckung. Der Verteidigungshaushalt sieht Ausgaben in Höhe von 1665,45 Millionen Pfund Sterling (im Vorjahr 1483,03 Millionen) vor.

- 19.—20. Außenpolitische Debatte des Unterhauses. Premierminister *Macmillan* setzt sich für eine gründliche, auf diplomatischem Wege erzielte Vorbereitung einer Gipfelkonferenz ein. Im Rahmen dieser Vorbereitungen müßten eine Tagesordnung festgelegt, Differenzpunkte entwirrt und diejenigen Gebiete herausgefunden werden, die am meisten erfolversprechend für ein Abkommen seien. Als Sprecher der Opposition bekräftigt *Hugh Gaitskell*, daß seine Partei die Nordatlantikpakt-Organisation unterstütze und jeden Neutralismus ablehne. Er erhebe keinen Einwand gegen eine etwaige Teilnahme Polens, der Tschechoslowakei und Indiens an der Gipfelkonferenz. Die Abrüstung, ein Disengagement in Europa, die Sicherheit im Mittleren Osten und die kulturelle Zusammenarbeit sollten auf die Tagesordnung gesetzt werden. In Europa seien ein schrittweiser Rückzug der ausländischen Streitkräfte aus Deutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn und ein Abkommen über die Begrenzung und Kontrolle der konventionellen Streitkräfte bestimmter Länder wünschenswert. *Aneurin Bevan* schlägt vor, Großbritannien solle einseitig die Fortsetzung der Versuche mit Wasserstoffbomben suspendieren. Demgegenüber erwidert Premierminister *Harold Macmillan*, daß eine solche Maßnahme nicht die gewünschten Auswirkungen haben werde. Die von *Gaitskell* geäußerten Ansichten über ein Disengagement in Europa seien sehr kompliziert und würden die Gefahr eines Rückzugs der Vereinigten Staaten aus Europa heraufbeschwören.

26. Debatte des Unterhauses über das am 13. Februar veröffentlichte Weißbuch betr. die Verteidigungspolitik und den Militärhaushalt. Oppositionsführer *Hugh Gaitskell* kritisiert die Drohung, bei jedem Angriff nukleare Waffen einsetzen zu wollen, weil sie große Gefahren heraufbeschwören und daher unwirksam sein würde, wenn Ereignisse eintreten, die zwischen einem Großangriff und einem bloßen Grenzzwischenfall lägen. Die Verteidigungspolitik der Regierung wird mit 317 gegen 261 Stimmen gebilligt.

#### Island

8. In seiner Antwort auf die beiden Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, *Bulganin*, vom 10. Dezember 1957 (vgl. EA 1/1958, S. 10 439 ff.) und vom 8. Januar 1958 (vgl. EA 3—4/1958, S. 10 529 ff.) erklärt Ministerpräsident *Hermann Jonasson*, Island könne auf die von der Sowjetunion angebotene Gewährleistung der Neutralität nicht eingehen, da die moderne Technik eine Neutralität zwecklos mache.

Islands Sicherheit würde am besten durch die Nordatlantikpakt-Organisation garantiert.

#### Italien

15. Ministerpräsident *Adone Zoli* stellt in seiner Antwort auf die Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten, *Bulganin*, vom 9. Januar 1958 (vgl. EA 3—4/1958, S. 10 529 ff.) fest, daß Italien eine angemessene diplomatische Vorbereitung einer Gipfelkonferenz wünsche, zu der es einen aktiven Beitrag leisten wolle.

#### Niederlande

3. Ministerpräsident *Willem Drees* unterzeichnet gemeinsam mit dem belgischen Ministerpräsidenten, *Achille van Acker*, und dem luxemburgischen Ministerpräsidenten, *Joseph Bech*, einen Vertrag über die Errichtung einer Wirtschaftsunion zwischen den drei Ländern, der eine Vervollständigung der Wirtschaftseinheit bis zum Jahre 1962 vorsieht.
8. Ministerpräsident *Willem Drees* stellt in Beantwortung der beiden Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, *Bulganin*, vom 10. Dezember 1957 (vgl. EA 1/1958, S. 10 439 ff.) und vom 8. Januar 1958 (vgl. EA 3—4/1958, S. 10 529 ff.) fest, daß die Niederlande eine Gipfelkonferenz nur nach gründlicher diplomatischer Vorbereitung, gegebenenfalls auch durch eine Außenministerkonferenz, wünschen und im übrigen zu einem Ausbau des Handelsaustausches bereit wären, der aber keine strategischen Güter umfassen dürfe.

#### Polen

14. Die Regierung richtet an die Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, der DDR, der Tschechoslowakei, Kanadas, Belgiens, Dänemarks und der Bundesrepublik Deutschland ein Memorandum betr. den Vorschlag über die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. (Vgl. den Wortlaut auf S. 10 602 dieser Folge.)
18. In einem Interview mit der britischen Zeitung *The Times* erklärt der Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, *Wladyslaw Gomulka*, es sei unrealistisch, wenn man den Rapacki-Plan mit der Wiedervereinigung Deutschlands in Verbindung bringen wolle. Die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa würde jedoch günstige Bedingungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands schaffen. Es sei aber kein Unglück, wenn die Teilung Deutschlands noch für eine gewisse Periode andauern würde. Die Wiedervereinigungsfrage sei für Polen nicht das wichtigste.

#### Rumänien

- 20.—26. Der Erste Sekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, *Janos Kadar*, führt an der Spitze einer Partei- und Regierungsdelegation Besprechungen mit Ministerpräsident *Chivu Stoica* und dem Ersten Sekretär der Rumänischen Arbeiterpartei, *Gheorghe Gheorghiu-Dej*. In einer Gemeinsamen Erklärung wird mitgeteilt, daß die Bildung einer gemischten Regierungskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit beschlossen worden sei. Die Parteien hätten den Beschluß bekräftigt, konsequent gegen den Revisionismus zu kämpfen, der gegenwärtig die



größte Gefahr für die internationale Arbeiterbewegung darstelle.

#### Schweden

5. Ministerpräsident Tage Erlander erklärt in seiner Antwort auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Bulganin, vom 8. Januar 1958 (vgl. EA 3—4/1958, S. 10 529 ff.), daß auch Schweden an einer diplomatisch gut vorbereiteten Gipfelkonferenz teilnehmen würde, wenn es eine Einladung erhalte. Am besten würde eine solche Zusammenkunft im Rahmen der Vereinten Nationen stattfinden. Erlander lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer Garantie, daß der Weltraum nur für friedliche Zwecke in Anspruch genommen werde.

#### Sowjetunion

1. Außenminister Andrej Gromyko und der polnische Außenminister, Adam Rapacki, beenden die am 28. Januar begonnenen Besprechungen mit einem gemeinsamen Kommuniqué, dessen Wortlaut auf Seite 10 601 dieser Folge wiedergegeben wird. Ministerpräsident Bulganin richtet an Präsident Eisenhower eine weitere Botschaft. (Vgl. den Wortlaut auf Seite 10 593 dieser Folge.)
7. In einem der deutschen Zeitung *Die Welt* gewährten Interview erklärt Parteisekretär Chruschtschow, daß die deutsche Einheit nur das Ergebnis einer Annäherung und einer Übereinkunft zwischen der DDR und der Bundesrepublik sein könne. Ein Friedensvertrag könne sowohl mit den Organen einer etwaigen deutschen Konföderation als auch mit den beiden deutschen Staaten geschlossen werden.
19. Die Regierung veröffentlicht eine Erklärung zur Frage der Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. (Vgl. den Wortlaut auf Seite 10 603 dieser Folge.)
20. Die Regierung veröffentlicht eine Erklärung, in der sie den am 19. Februar in einer Gemeinsamen Erklärung mitgeteilten chinesisch-nordkoreanischen Beschluß, die chinesischen Freiwilligen aus Nordkorea

zurückzuziehen, begrüßt und die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten auffordert, gleichfalls ihre Truppen aus Südkorea abzuziehen.

- 25.—26. Auf einer Tagung billigt das Zentralkomitee der KPdSU die von Parteisekretär Chruschtschow entwickelten Pläne über die weitere Entwicklung der kollektivwirtschaftlichen Ordnung und die Reorganisation der Maschinen- und Traktorenstationen und beschließt, die Pläne der nächsten Tagung des Obersten Sowjets und den Betrieben und Organisationen sowie der Öffentlichkeit zur Diskussion vorzulegen.
28. Außenminister Andrej Gromyko richtet an die Regierungen der Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation und verschiedener anderer Staaten ein Aide-mémoire. (Der Wortlaut wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinen.)

#### Tschechoslowakei

- 27.—28. Eine bulgarische Delegation mit Ministerpräsident Anton Jugoff, Handelsminister Boris Taskoff und dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Bulgariens, Todor Schiwkoff, führt mit Präsident Antonin Novotny und Ministerpräsident Viliam Široky Verhandlungen über „einige Wirtschaftsfragen, die beide Länder interessieren“.

#### Türkei

24. Ministerpräsident Adnan Menderes beantwortet die Botschaften des sowjetischen Ministerpräsidenten, Bulganin, vom 10. Dezember 1957 (vgl. EA 1/1958, S. 10 439 ff.) und vom 8. Januar 1958 (vgl. EA 3—4/1958, S. 10 529 ff.) und weist die darin gegen die Bündnispolitik der Türkei gerichteten Anschuldigungen in scharfer Form zurück. Dem Frieden würde ein guter Dienst geleistet, wenn gewisse Nationen auf gegen das innere Gefüge anderer Staaten gerichtete Umtriebe verzichten würden.

#### Ungarn

3. Tod von Außenminister Imre Horvath. Am 15. Februar wird Endre Sik zum Nachfolger ernannt.

### Die Ereignisse in der übrigen Welt

#### AFRIKA

##### Sudan

16. Ägyptische Streitkräfte, begleitet von einer Kommission zur Durchführung der Volksabstimmung über die Vereinigte Arabische Republik, dringen in sudanesischen Gebiete nördlich des 22. Breitengrades ein. Darauf werden motorisierte sudanesischen Verbände in das Gebiet entsandt.
20. In einer Note an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, wird die Einberufung des Sicherheitsrates zur Erörterung der ägyptischen Grenzverletzungen beantragt, da die Gefahr bestehe, daß es zu einem bewaffneten Konflikt komme.
21. Die ägyptischen Streitkräfte und Beamten ziehen sich aus den Gebieten nördlich des 22. Breitengrades zurück.
28. Bei den Parlamentswahlen erhalten die Parteien folgende Sitze: Umma 68; Nationale Unionistische Partei 45; Demokratische Volkspartei 31; Sonstige 29.

##### Südrhodesien

17. Premierminister Garfield Todd erklärt seinen Rücktritt. Zum Nachfolger wird der Vorsitzende der United Federal Party, Sir Edgar Whitehead, ernannt.

##### Tunesien

8. Französische Luftstreitkräfte bombardieren den Grenzort Sakhiat-Sidi-Youssef; dabei werden 69 Personen getötet. Präsident Habib Bourguiba protestiert in einer Rundfunkansprache gegen diesen Angriff. Er gibt bekannt, der Botschafter in Paris sei abberufen worden, und fordert den Abzug aller französischen Truppen aus Tunesien. Den französischen Truppen sei jede Bewegung ohne vorherige Genehmigung untersagt.
10. Der tunesische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Mongi Slim, überreicht dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, eine Note, in welcher die Einberufung des Sicherheitsrates wegen



der Bombardierung von Sakhiet-Sidi-Youssef durch französische Luftstreitkräfte beantragt wird. In einem ergänzenden Memorandum wird am 15. Februar die Aufnahme des Algerienproblems in die Tagesordnung des Sicherheitsrates gefordert.

11. Die Regierung teilt mit, daß französischen Schiffen das Anlaufen des Hafens von Biserta untersagt worden sei und auf sie widrigenfalls das Feuer eröffnet werde. Die im Hafen befindlichen französischen Schiffe könnten den Hafen verlassen.
13. Staatspräsident Habib *Bourguiba* erklärt in einer Rundfunkansprache, Tunesien sei bereit, Biserta der Verteidigung der freien Welt zu erhalten und den Mächten der Nordatlantikpakt-Organisation mit Ausnahme Frankreichs zur Verfügung zu stellen.
18. In einem der französischen Zeitung *Le Monde* gewährten Interview erklärt Staatspräsident Habib *Bourguiba*, daß eine Bereinigung der französisch-tunesischen Beziehungen nur durch eine grundlegende Erörterung der Stellung Frankreichs zu Nordafrika und somit nur durch Einbeziehung der Algerienfrage in die Debatte gelöst werden könne. Abschließend erklärt Bourguiba, daß Tunesien nicht auf einen Neutralismus zustreben wolle. Die Außenpolitik der Zugehörigkeit zum freien Westen werde ihm immer schwieriger gemacht.

#### Vereinigte Arabische Republik

1. Der syrische Präsident, Schukri *el Kuwatly*, und der ägyptische Präsident, Gamal Abdel *Nasser*, beschließen den Zusammenschluß Ägyptens und Syriens und proklamieren die Gründung der Vereinigten Arabischen Republik. In einem Kommuniqué wird erklärt, daß die Vereinigung auf den Zusammenschluß aller arabischen Staaten hinziele und die Tür für die Teilnahme jedes arabischen Staates im Rahmen des Bundesstaates oder einer Konföderation offenstehe.
5. Die Parlamente Ägyptens und Syriens nehmen einstimmig die provisorische Verfassung der Vereinigten Arabischen Republik an. Die Verfassung legt die Exekutivgewalt in die Hand des Präsidenten, der auch die Mitglieder des gesetzgebenden Parlamentes bestimmt. Die beiden Regionen Ägypten und Syrien behalten unter einem Exekutivrat eine Autonomie, und die internationalen Verträge und die Gesetzgebung bleiben bis auf weiteres in den beiden Regionen in Kraft. Präsident Schukri *el Kuwatly* schlägt als einzigen Präsidentschaftskandidaten Gamal Abdel *Nasser* vor.
6. Der jemenitische Ministerpräsident Seif El Islam Mohammed *El Badr* führt Besprechungen mit Präsident *Nasser*. Nach ihrem Abschluß erklärt er, es sei eine grundsätzliche Einigung über eine Verbindung des Yemen mit der Vereinigten Arabischen Republik erzielt worden. Die Ausarbeitung der Einzelheiten sei einem gemeinsamen Komitee übertragen worden.
18. Der sudanesishe Außenminister, Mohammed Ahmad *Mahgoub*, führt mit Präsident *Nasser* Besprechungen über den sudanesisch-ägyptischen Grenzkonflikt (vgl. Sudan). In einem ägyptischen Kommuniqué wird mitgeteilt, daß Ägypten den Vorschlag gemacht habe, in dem umstrittenen Grenzgebiet weder die Volksabstimmung zur Errichtung der Vereinigten Arabischen Republik noch die sudanesischen Parla-

mentswahlen abzuhalten und die Regelung des Streits nach den Wahlen anzustreben. Diesen Vorschlag habe der sudanesishe Außenminister abgelehnt.

21. Die Regierung gibt bekannt, sie werde die Abhaltung der sudanesischen Parlamentswahlen in dem umstrittenen Grenzgebiet abwarten und anschließend mit der neuen sudanesischen Regierung die Verhandlungen wieder aufnehmen.  
Im Rahmen einer Volksabstimmung wird die provisorische Verfassung mit 99,99 vH der abgegebenen Stimmen angenommen und Gamal Abdel *Nasser* zum Präsidenten gewählt.
22. Als erste Amtshandlung nach der Wahl ernennt Präsident *Nasser* General Abdel Hakim *Amer* zum Marschall und Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

#### AMERIKA

##### Argentinien

24. Auf Grund der von Präsident Pedro Eugenio *Aramburu* ausgeschriebenen allgemeinen Wahlen wird Arturo *Frondizi* mit absoluter Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Seine Partei, die Unión Cívica Radical Intransigente, erhält im Senat sämtliche Sitze und in der Abgeordnetenkammer 133 von 187 Sitzen. Die Volksradikale Partei des von der Regierung begünstigten Kandidaten, Ricardo *Balbin*, ist mit 52 Abgeordneten vertreten.

##### Costa Rica

2. Der Vorsitzende der Konservativen Partei der Nationalen Union, Mario *Echandi*, der bisherigen Oppositionspartei, wird in allgemeinen Wahlen zum Präsidenten gewählt.

##### Guatemala

12. Der Kongreß proklamiert auf Grund des Wahlergebnisses vom 19. Januar Miguel Idigoras *Fuentes* zum Präsidenten.

#### Vereinigte Staaten

1. Die Regierung gibt den erfolgreichen Start eines künstlichen Erdsatelliten bekannt.
5. Auf einer Pressekonferenz erklärt Präsident *Eisenhower*, daß die Entscheidung über den Rapacki-Plan in erster Linie bei den europäischen Verbündeten und besonders bei der deutschen Regierung liege.
15. Harold *Stassen* tritt als Berater des Präsidenten für Fragen der Abrüstung zurück. Am 28. Februar erläutert Stassen vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats seinen Plan für ein Übereinkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über einen ersten Schritt in Richtung auf Rüstungsbeschränkungen. Es müßte die Regelung von vier Punkten bringen, und zwar die Schaffung einer Organisation der Vereinten Nationen für ein Inspektionssystem, die Errichtung von je 12 Kontrollstationen in den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zur Registrierung von Kernwaffenversuchen, die Suspendierung der Kernwaffenversuche für zwei Jahre und die Fortführung der Abrüstungsgespräche innerhalb dieses Zeitraums. Großbritannien und Frankreich brauchten sich diesem Abkommen nicht anzuschließen, wenn sie Kernwaffenversuche durchführen wollten. Damit könnte ein Anfang ge-



macht werden, dem später ein komplizierteres Inspektionssystem folgen könne.

17. Präsident *Eisenhower* beantwortet die Botschaft von Ministerpräsident *Bulganin* vom 1. Februar. (Vgl. den Wortlaut auf Seite 10 597 dieser Folge.)
19. In einer Kongreßbotschaft bittet Präsident *Eisenhower* um die Bewilligung von 3,924 Milliarden Dollar für die Auslandhilfe im Finanzjahr 1959. Eine wesentliche Reduktion dieser Hilfe würde ein Abbröckeln und allmähliches Zurückdrängen der strategischen Positionen bis auf die Küsten der Vereinigten Staaten, eine wesentliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben und die Notwendigkeit einer Zunahme der Einberufungen zum Wehrdienst zur Folge haben. Die Auslandhilfe habe drei Ziele: die Verhütung eines Kernwaffenkrieges durch Abschreckung, die Verhinderung lokaler sowjetisch-chinesischer Angriffe und die Abwehr der ideologischen und wirtschaftlichen Durchdringung zahlreicher Länder durch die Sowjetunion.
20. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt zum beabsichtigten Rückzug der chinesischen Freiwilligen aus Nordkorea (vgl. Korea [Nord]), daß dies ein lange erwarteter Schritt sei. Das Oberkommando der Vereinten Nationen denke seinerseits jedoch nicht an einen Rückzug der ohnehin schon um 80 Prozent reduzierten Streitkräfte. Ueber den weiteren Verbleib der beiden amerikanischen Divisionen und der türkischen Brigade in Korea würden Besprechungen mit den übrigen 15 Verbündeten notwendig sein.
22. Durch einen Notenwechsel zwischen dem britischen Botschafter Sir Harold *Caccia* und Unterstaatssekretär Christian A. *Herter* wird ein Abkommen über die Lieferung von Mittelstreckenraketen der Vereinigten Staaten an Großbritannien getroffen. Die Vereinigten Staaten verpflichten sich, wie es in einem anhängenden Memorandum heißt, zur Ausbildung des erforderlichen britischen Personals. Der Einsatz der Mittelstreckenraketen kann nur auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses der beiden Regierungen erfolgen. Die nuklearen Sprengköpfe bleiben im Besitz und in der Verfügungsgewalt der Vereinigten Staaten.

## ASIEN

### Arabische Föderation

14. König *Hussein* von Jordanien und König *Feisal* vom Irak unterzeichnen in Amman einen Vertrag über den Zusammenschluß beider Staaten zur Arabischen Föderation. In diesem Vertrag sind u. a. folgende Maßnahmen zur Verwirklichung der Vereinigung der beiden Staaten vorgesehen: Führung einer gemeinsamen Außenpolitik und Zusammenlegung der diplomatischen Vertretungen im Ausland; Zusammenschluß der beiden Armeen unter einem gemeinsamen Oberkommando; Aufhebung der Zollschränken zwischen den beiden Ländern und Koordinierung ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. König *Feisal* vom Irak wird Staatsoberhaupt. Sein Stellvertreter ist König *Hussein* von Jordanien. Jeder König behält nach dem Vertrag seine verfassungsmäßigen Rechte in seinem Land. Die Bundesregierung soll abwechselnd sechs Monate in Amman und in Bagdad ihren Sitz haben.

## Ceylon

1. Der tschechoslowakische Ministerpräsident, *Viliam Široky*, beendet seinen am 30. Januar begonnenen Staatsbesuch. In einer gemeinsamen Erklärung stellt er mit Ministerpräsident Salomon W. R. D. *Bandaranaike* fest, daß zu ihrem Bedauern noch immer Völker um ihre Unabhängigkeit ringen müßten. Die beiden Gesprächspartner setzen sich für eine Mitgliedschaft der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen ein und sprechen sich gegen eine Fortsetzung der Kernwaffenversuche aus.

## Volksrepublik China

- 1.—11. Tagung des Nationalen Volkskongresses. Wegen Rechtsabweichung werden 54 Mitglieder ausgeschlossen. Der Kongreß genehmigt eine Umorganisation der Regierung und die dadurch erforderliche Abberufung und Ernennung von Fachministern. Ministerpräsident *Tschu En-lai* tritt als Außenminister zurück. Der Stellvertretende Ministerpräsident *Tschen Ji* wird zum Außenminister ernannt. Finanzminister *Li Schien-nien* teilt mit, daß der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1958 Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 33,63 Milliarden Yuan vorsieht. 7 Milliarden sollen für Verteidigungszwecke ausgegeben werden, was eine Verminderung von 830 Millionen im Vergleich zum Vorjahr bedeute. Die Ausgaben für den Wiederaufbau, für soziale und für kulturelle Zwecke sollen sich auf 22,44 Milliarden belaufen. Der Vorsitzende des Staatlichen Wirtschaftsausschusses, *Po Yi-po*, berichtet, daß der Volkswirtschaftsplan im vergangenen Jahr in allen Zweigen der Wirtschaft übererfüllt worden sei. Insbesondere auf dem Gebiet der Industrialisierung seien große Fortschritte erzielt worden. Für das Jahr 1958 habe die Regierung eine Steigerung der Investitionen um 17,8 vH und u. a. die Fertigstellung von 188 Großbetrieben geplant. Der Bau von 1185 Großbetrieben solle begonnen oder fortgesetzt werden. China werde nunmehr in der Lage sein, schwere Industrieausrüstungen, Traktoren, Schiffe, Elektronenrechenmaschinen, Rundfunkgeräte und Kunststoffserzeugnisse im großen Umfang selbst herzustellen.

## Indien

5. In seiner Antwort auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, *Bulganin*, vom 8. Januar (vgl. EA 3—4/1958, S. 10 529 bis 10 535) erklärt sich Premierminister Jawaharlal *Nehru* grundsätzlich mit einer Gipfelkonferenz einverstanden.
- 5.—13. Staatsbesuch des Präsidenten von Nordvietnam, *Ho Chi Minh*, in dessen Verlauf Besprechungen mit Premierminister Jawaharlal *Nehru* stattfinden. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird festgestellt, daß sich die Gesprächspartner zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz bekennen und sich gegen eine Politik der Militärrallianzen aussprechen. Sie befürworten eine Wiedervereinigung Vietnams auf dem Wege über allgemeine, freie Wahlen.
13. Finanzminister Tiruvallur Thattai *Krisnamachari* tritt zurück. Das Ressort übernimmt Premierminister Jawaharlal *Nehru*.



## Indonesien

15. In Padang auf Sumatra bildet ein Revolutionsrat eine „neue unabhängige Regierung“, in welcher Skafruddin *Prawiranegara* Ministerpräsident und Oberst Malaudin *Simbolon* Außenminister wird.
21. Luftstreitkräfte der Zentralregierung beginnen mit der Bombardierung militärischer Ziele auf Sumatra.

## Iran

23. In einer Rede vor dem Parlament fordert Ministerpräsident Manoucher *Eghbal* die Anerkennung der Souveränität des Iran über die Insel Bahrein.

## Japan

8. Ministerpräsident Nobosuke *Kishi* gibt vor der Presse bekannt, daß seine Regierung die Vereinigten Staaten ersucht habe, die „Rückgabe der Insel Okinawa an Japan zu erwägen“. Außerdem sei die Bitte ausgesprochen worden, die Verwaltung der Riu-Kiu-Inseln in die Hände von Zivilisten zu legen.
25. Das Außenministerium veröffentlicht den Text der Antwort auf die sowjetische Zirkularnote vom 12. Dezember 1957 (vgl. den Wortlaut in EA 1/1958, S. 10 444 bis 10 447). Die Regierung erklärt sich darin grundsätzlich mit der Abhaltung einer Gipfelkonferenz einverstanden, wenn sie erfolgversprechend vorbereitet werde. Außerdem wird bedauert, daß es noch immer nicht zum Abschluß eines Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion und Japan gekommen sei. Die sowjetische Regierung wird gleichzeitig ersucht, bei der Repatriierung japanischer Staatsbürger und bei der Klärung von Vermißensschicksalen mitzuwirken.

## Korea (Nord)

5. In einer Erklärung schlägt die Regierung u. a. den Abzug aller ausländischen Truppen aus Nord- und Südkorea sowie die Abhaltung freier Wahlen in Gesamtkorea unter Kontrolle neutraler Staaten vor.
19. Ministerpräsident *Kim Ir Sung* und der chinesische Ministerpräsident, *Tschu En-lai*, unterzeichnen in Ph्यों Yang eine gemeinsame Erklärung, in welcher der Abzug der chinesischen Truppen aus Nordkorea bis Ende 1958 angekündigt wird. Die Vereinigten Staaten und die anderen Staaten, die ihre Streitkräfte den Vereinten Nationen zur Verfügung stellen, werden aufgefordert, ebenfalls ihre Truppen aus Südkorea abziehen. In der Erklärung geben die beiden Regierungschefs ihrer Entschlossenheit Ausdruck, auch künftig zur Festigung der Stärke und Solidarität des von der Sowjetunion geführten Lagers des Sozialismus beizutragen. Die sowjetischen Vorschläge zur Einberufung einer Gipfelkonferenz werden begrüßt.

## Korea (Süd)

20. Die Regierung gibt in einer Verlautbarung bekannt, sie wünsche, daß Wahlen nur in Nordkorea stattfinden und die nordkoreanischen Streitkräfte aufgelöst werden sollten. Die Wahlen sollten von den Vereinten Nationen überwacht werden. Ferner sollten die Streitkräfte der Westmächte bis zum Abschluß der nordkoreanischen Wahlen in Südkorea bleiben.

## Libanon

18. Ein Sprecher des Außenministeriums gibt bekannt, daß der Libanon seine Unabhängigkeit und Integrität bewahren und sich weder der Vereinigten Arabischen Republik noch der Arabischen Föderation anschließen werde. Die Regierung nehme eine brüderliche Haltung gegenüber den beiden Zusammenschlüssen an.

## Pakistan

- 1.—6. Staatsbesuch Königs *Zahir Schah* von Afghanistan. Auf einem Empfang in Karatschi am 2. Februar erklärt der König, daß Afghanistan eine unabhängige Außenpolitik betreibe, die die Erhaltung des Weltfriedens zum Ziel habe.

## Saudi-Arabien

7. Der marokkanische Kronprinz *Moulay Hassan* und König *Saud* unterzeichnen einen Freundschaftsvertrag, der eine Zusammenarbeit zwischen Marokko und Saudi-Arabien in der arabischen und internationalen Politik sowie auf wirtschaftlichem Gebiet vorsieht.
28. König *Saud* erklärt in einem Communiqué, daß sein Land alle Verpflichtungen gegenüber den anderen arabischen Staaten einhalten werde. Er unterstütze die arabischen Vereinigungsbestrebungen.

## Vietnam (Nord)

3. Staatspräsident *Ho Chi Minh* erklärt vor Mitgliedern der Internationalen Ueberwachungskommission für Vietnam in Hanoi, seine Regierung sei bereit, zusammen mit der südvietnamesischen Regierung alle Maßnahmen zu treffen, um die friedliche Wiedervereinigung der beiden Teile Vietnams auf der Grundlage des Genfer Abkommens vom Jahre 1955 herbeizuführen.

## AUSTRALIEN

### Australischer Bund

11. Der britische Premierminister, Harold *Macmillan*, beendet seinen am 28. Januar begonnenen Staatsbesuch. Vor seinem Abflug in Canberra erklärt er gegenüber der Presse, daß er mit der australischen Regierung volle Uebereinstimmung in Wirtschafts- und Verteidigungsfragen erzielt habe.

## Internationale Organisationen\*

### Die Organisation der Vereinten Nationen

5. In einem Vortrag in der Universität von Ohio spricht sich Generalsekretär Dag *Hammarhjöld* für vertrauliche Abrüstungsverhandlungen aus. Die Methode der

\*) Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats für Februar und März auf S. 10 619 bis S. 10 638 dieser Folge.

„stillen Diplomatie“ erscheine ihm auch für die Lösung anderer Probleme nützlich.

18. Der Sicherheitsrat tritt zur Erörterung der tunesischen Beschwerde vom 13. Februar über die Bombardierung des Grenzortes Shakiet-Sidi-Youssef (vgl. Tunesien) und der französischen Beschwerde vom 14. Februar (vgl. Frankreich) zusammen, vertagt sich aber



nach einer einstündigen Debatte, um es den von den Vereinigten Staaten und Großbritannien angebotenen und von Tunesien angenommenen „guten Diensten“ zu überlassen, die zwischen den beiden Staaten bestehenden Differenzen zu schlichten.

21. Der Sicherheitsrat vertagt die Debatte über die sudanesishe Beschwerde vom 20. Februar wegen der Konzentration ägyptischer Truppen an der ägyptisch-sudanesischen Grenze (vgl. Sudan) bis auf weiteres.

#### Europäische Atomgemeinschaft (Euratom)

25. In Brüssel findet eine Tagung des Ministerrats statt. Es wird beschlossen, daß der wissenschaftlichen und technischen Kommission 20 Mitglieder angehören sollen. Die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien werden je 5 Mitglieder, Belgien und die Niederlande je zwei Mitglieder und Luxemburg ein Mitglied stellen.

#### Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

2. In Luxemburg tagt die Kommission der EWG gemeinsam mit der Hohen Behörde der EGKS. Es wird die Frage erörtert, inwieweit Dienststellen der Hohen Behörde auch für die EWG eingesetzt werden können.
17. Der Präsident der Kommission der EWG, Walter Hallstein, erklärt in Paris in einer Sitzung des Maudling-Ausschusses für die Schaffung einer europäischen Freihandelszone, daß die EWG die Schaffung einer Freihandelszone begrüße, um eine Verbindung zwischen ihr und den übrigen OEEC-Staaten herzustellen. Die EWG werde künftig regelmäßig an den Sitzungen des Maudling-Ausschusses teilnehmen und alles unternehmen, um einen positiven Abschluß der eingeleiteten Verhandlungen über die Errichtung einer Freihandelszone zu ermöglichen.
25. Der Ministerrat der EWG beschließt unter Vorsitz des belgischen Außenministers, Victor Larock, auf einer Tagung im Château Val Duchesse bei Brüssel, eine Kommission von Städteplanungsfachleuten damit zu beauftragen, bis zum 30. April 1958 ihre Empfehlungen für die Wahl des Sitzes der europäischen Gemeinschaften bekanntzugeben. Ferner arbeitet der Ministerrat das Statut der Währungskommission aus, die gemäß Artikel 105 des Vertrags über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vorgesehen ist und die Aufgabe hat, die wirtschaftliche und finanzielle Situation in den Mitgliedstaaten zu beobachten. Larock vertritt die Ansicht, daß die EWG sich nicht protektionistisch abschließen und hemmend auf den Handel mit den Nichtmitgliedstaaten auswirken dürfe.

#### Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

4. Der Ministerrat nimmt auf seiner Sitzung in Luxemburg von dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Errichtung einer europäischen Freihandelszone Kenntnis. Er befaßt sich dabei besonders mit der Zusammenkunft der Vertreter der OEEC-Mitgliedstaaten und der Hohen Behörde der EGKS hinsichtlich der Einbeziehung von Kohle und Stahl in die Freihandelszone. Die Minister beschließen, diese Frage auf ihrer nächsten Zusammenkunft erneut zu prüfen.
- 25.—28. In Straßburg findet eine Tagung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS statt. (Ein Bericht

über diese Tagung wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinen.)

#### Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

1. Die Europäische Atomenergiebehörde nimmt ihre Tätigkeit auf. Zu ihrem Direktor wird vom Rat der OEEC Pierre Huet (Frankreich) ernannt.

#### Nordatlantikpaktorganisation (NATO)

5. Der amerikanische Atomphysiker Norman F. Ramsey wird zum Obersten Wissenschaftlichen Berater der NATO ernannt.
10. Generalsekretär Paul-Henri Spaak erklärt auf einer Pressekonferenz in Brüssel, je mehr atomare Stützpunkte in Europa errichtet würden, um so geringer werde die Wahrscheinlichkeit eines sowjetischen Angriffs.
19. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Lauris Norstad, weist in einem Vortrag in der Technischen Hochschule von Delft u. a. darauf hin, daß der Rapacki-Plan zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (vgl. EA 2/1958, S. 10 482 ff.) eine einseitige Abrüstung des Westens bezwecke. Die gegenwärtige Sicherheit der freien Welt dürfe man nicht vagen Hoffnungen opfern. Die NATO könne ihre grundsätzliche Aufgabe, einen Krieg zu verhindern, erfüllen und werde, falls notwendig, den Völkern des Westens eine wirksame Verteidigung zukommen lassen.
25. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Lauris Norstad, erklärt in einem Interview mit dem Deutschen Fernsehen, solange keine politischen und militärischen Grundlagen existieren, die einen Krieg praktisch ausschließen, würde ein Abkommen gegen die Stationierung von taktischen Atomwaffen in Mitteleuropa nicht nur das strategische Konzept des Westens gefährden, sondern ihn auch verteidigungslos machen. Westeuropa könnte auch unter Umständen bei einem Rückzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR und westlicher Streitkräfte aus der Bundesrepublik Deutschland verteidigt werden. In der gegenwärtigen militärpolitischen Situation seien die atomaren Waffen, welche die Abwehrmöglichkeiten der deutschen Streitkräfte verstärken, eine absolute Notwendigkeit für die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und der übrigen NATO-Staaten. Das deutsche Volk könne seine Streitkräfte nicht mit Waffen ausrüsten, die „schon einige Generationen überlebt haben“.

#### Sozialistische Internationale

14. Das Büro der Sozialistischen Internationale spricht sich auf seiner Sitzung in London für eine baldmögliche Gipfelkonferenz aus. Ein Ausschuß wird beauftragt, konkrete Vorschläge für die eventuelle Einstellung der Kernwaffenversuche und für eine Verminderung der Spannungen im Mittleren Osten auszuarbeiten.

#### Weltgewerkschaftsbund (WGB)

5. Generalsekretär Louis Saillant befürwortet in einem Interview mit der Zeitung *Prace*, dem Organ des tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, die dem Friedenswillen der arbeitenden Massen entspreche.



## Bücher und Broschüren

Ayache, Albert: *Le Maroc. Bilan d'une Colonisation*. Paris: Editions Sociales 1956. 367 S. (La Culture et les Hommes). Ffrs. 850.

Mit diesem Werk ist dem Verfasser, der viele Jahre Gymnasialprofessor für Geschichte und Geographie in Marokko war, eine ebenso vorurteilsfrei-sachliche wie wissenschaftlich bedeutsame Leistung gelungen. Unter Verwendung reichen dokumentarischen Materials beschreibt er die Geschichte des marokkanischen Volkes unter besonderer Betonung der Bedeutung, welche die nun abgeschlossene 44jährige Periode der Kolonisation für dieses Volk gehabt hat. Im ersten Teil werden die geographischen Bedingungen, die Bildung des marokkanischen Volkes vom 1.—11. Jahrhundert, die Blüte seines Staates vom 11.—18. Jahrhundert, sein Niedergang im 19. Jahrhundert und der schließliche Verlust seiner Unabhängigkeit bis zum Jahre 1912 beschrieben. Der 2. Teil analysiert die politischen und wirtschaftlichen Methoden der Kolonisation. Der 3. Teil gibt eine eindringliche Uebersicht über die Leistungen der europäischen Kolonie auf dem Gebiet der Landwirtschaft, der Industrie und des Transportes von 1913—1954; der 4. Teil das gleiche für die marokkanische Bevölkerung. Im 5. Teil werden die Ergebnisse der Kolonisationsperiode für das Land und seine Bevölkerung, für die städtische Konzentration und für die Erziehung zusammengefaßt. Dem 6. Teil gelingt eine vorbildliche und im guten Sinne leidenschaftslose Darstellung der nationalen Befreiungsbewegung von 1943—1955. Die Grundlagen zum Verständnis des neuen Staates sind gelegt. *Dr. W. Lipgens*

Corry, J. A., und Henry J. Abraham: *Elements of Democratic Government*. 3. Aufl. New York: Oxford University Press 1958. IX, 734 S. \$ 6,50.

Current Legal Problems 1957. Vol. 10. Edited by George W. Keeton und Georg Schwarzenberger. London: Stevens & Sons Ltd. 1957. VII, 313 S. £ 1/15/—.

Auch der Band 1957 enthält wieder Beiträge, die über das rein juristische Fachinteresse hinaus für die außenpolitische Forschung interessieren. R. C. FitzGerald behandelt den Strukturwandel des britischen Commonwealth, D. C. Holland verfassungsrechtliche Probleme von Cypern und Singapur. Georg Schwarzenberger handelt über die Formen der Souveränität und bestimmt ihren Platz im aktuellen internationalen Leben. Nach einer kritischen Auseinandersetzung mit zahlreichen Argumenten lehnt Schwarzenberger einen absoluten Begriff der Souveränität ab und schlägt eine Differenzierung in mehrere Formen vor, deren wechselnde Kombinationen die gegenwärtige internationale Ordnung darstellen können. Außer den Registern der angezogenen cases, Gesetze und Verträge enthält der Band 1957 auch das zusammengefaßte Personen- und Sachregister für die Bände 1—10, wodurch nicht nur der Wert des vorliegenden, sondern auch jener der vorhergehenden Bände außerordentlich gewinnt. *Dr. E. Kitzmüller*

Deutsch, Karl W., Sidney A. Burrell u. a.: *Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1957. XIII, 228 S. \$ 4,75.

Diese in Gemeinschaftsarbeit entstandene Studie hat sich zum Ziel gesetzt, an Hand historischer Beispiele zu untersuchen, unter welchen Bedingungen und in welcher Weise ein Zusammenschluß von Staaten zustande kommt, und das Ergebnis für die Integration innerhalb der nordatlantischen Gemeinschaft fruchtbar zu machen. Jeder der Autoren hat ein historisches Beispiel politischer Integration untersucht: *Loewenheim* die Einigung Deutschlands; *Kann* den Zusammenschluß der österreichisch-ungarischen Monarchie; *Lee* die Einigung Italiens; *Lindgren* die norwegisch-schwedische Union; *Burrell* den Zusammenschluß des englischen Königreichs und *Lichterman* den der USA. Sodann hat *Deutsch* diese historischen Untersuchungen in eine systematische Ord-

nung gebracht: Nach einer Einführung in die Methode erörtert das 2. Kapitel die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit ein Integrationsprozeß in Gang kommen kann. Das 3. Kapitel beschreibt den normalen Ablauf eines solchen Prozesses. Schließlich hat der Herausgeber *Van Wagenen* im 4. und 5. Kapitel die gewonnenen Ergebnisse angewandt auf den gegenwärtigen Stand der Integration der Mitgliedstaaten des Nordatlantikpaktes. Durch diese insgesamt gelungene Methode des Vergleichs mit historischen Beispielen sind der Studie wesentliche Aufschlüsse gelungen über das, was an Integration der atlantischen Gemeinschaft bereits gelungen ist, und das, was ihr noch zu leisten bleibt. *Dr. W. Lipgens*

Documents on International Affairs 1955. Selected, edited and introduced by Noble Frankland, assisted by Patricia Woodcock. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1958. XIX, 513 S. £ 3/—/—.

Egypt and the United Nations. Report of a Study Group set up by The Egyptian Society of International Law. Prepared for the Carnegie Endowment for International Peace. New York: Manhattan Publishing Company 1957. V, 197 S. (National Studies on International Organization). \$ 3,00.

Europa-Recht und andere internationale Verträge. Textausgabe mit Anmerkungen. Zweiter Band der Sammlung Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze. Stand 1. Januar 1958. Loseblattausgabe. München — Berlin: Verlag C. H. Beck 1958. 470 S. In Leinenordner DM 10,—.

Dieser neu erschienene zweite Band der bekannten „Sammlung Sartorius“, dessen I. Band („Das öffentliche Recht der Bundesrepublik Deutschland“) bereits in 21. Auflage vorliegt, umfaßt das internationale oder — wie es häufiger genannt wird — „supranationale“ europäische Recht. Er enthält bisher u. a. die „Pariser Verträge“, den Finanzvertrag, das Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat mit der Satzung des Europarats, den Vertrag über die Gründung der „Montan-Union“, den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) sowie die zugehörigen Protokolle. Diese Gesetze und Verträge sind sowohl von großer politischer als auch von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung. Die in Loseblattform erschienene Ausgabe wird laufend durch neues einschlägiges Material ergänzt werden.

Der Europäische Öffentliche Dienst. (Künftige Stellung, Ausbildung und Fortbildung des europäischen Beamten). Internationales Kolloquium Saarbrücken. November 1955. Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag (für den deutschen Teil); Bruxelles: Librairie Encyclopédique (für den französischen Teil) 1957. 426 S. (Schriftenreihe des Institutes für Vergleichung und Annäherung des europäischen Rechts an der Universität des Saarlandes, Band 2, Serie B: Dokumente). Kart. DM 28,—.

Der vorliegende Band enthält die Referate, Protokolle und Entschließungen des vom Institut für Vergleichung und Annäherung des europäischen Rechts an der Universität des Saarlandes im November 1955 veranstalteten internationalen Kolloquiums, das namhafte Vertreter der Wissenschaft mit Delegierten internationaler und nationaler Körperschaften unter der Schirmherrschaft des Europarats zusammengeführt hat. Für jeden, der sich mit administrativen und personellen Fragen der internationalen Zusammenarbeit befaßt, ist dieses Buch ein gutes Hilfsmittel. Durch seine Themenstellung und die Bedeutung der Autoren, die hier zu Wort kommen, wird es zu einem wertvollen Beitrag zur einschlägigen Literatur.



Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Wortlaut des Vertrages und der grundlegenden zusätzlichen Vereinbarungen nebst einer Einführung von Dr. Roland Kuhn. Berlin — Bielefeld — München: Erich Schmidt Verlag 1958. 130 S.

European-American Survey. A Publication devoted to better understanding between United Europe and the United States of America. Publication consacrée à une compréhension meilleure entre l'Europe-Unie et les Etats-Unis d'Amérique. Brüssel: The European Movement 1957. (Englisch/Französisch). 144 S.

The Eve of War, 1939. Edited by Arnold Toynbee and Veronica M. Toynbee. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1958. XVI, 744 S. (Survey of International Affairs 1939 to 1946). £ 4/10/—.

Goguel, François, und Gilbert Zieburg: Das französische Regierungssystem. Leitfaden 107 S.; Quellenbuch 185 S. Köln — Opladen: Westdeutscher Verlag 1956. (Die Wissenschaft von der Politik, 3. Band). DM 11,50.

Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. München: Institut für Zeitgeschichte 1958. 439 S.

Handbuch des Deutschen Bundestages. Herausgegeben von Fritz Sänger. Bearbeitet von Siegfried Sänger. 4. Auflage. Stuttgart: Ernst Klett Verlag 1957. 456 S. Lw. DM 19,80.

Das Handbuch des Deutschen Bundestages liegt nunmehr in der 4. Auflage vor. Es kann auf Grund seiner nahezu erschöpfenden Angaben über gesetzliche Grundlagen, Parteien und Abgeordnete des dritten Bundestages als ein Nachschlagewerk von besonderer Zuverlässigkeit und Ausführlichkeit bezeichnet werden.

Den ersten Teil bilden das Bonner Grundgesetz, die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages und des Vermittlungsausschusses, das Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages und das Bundeswahlgesetz, zum Teil mit Sachverzeichnissen. Der zweite Teil verzeichnet zunächst das Wahlergebnis zum Bundestag 1957, anschließend werden die Abgeordneten nach Wahlkreisen und nach Landeslisten aufgeführt. Die in alphabetischer Ordnung folgenden biographischen Angaben informieren knapp, aber genau über Lebensdaten und Beruf der einzelnen Bundestagsmitglieder, die außerdem am Schluß des Bandes abgebildet sind.

Wegen seiner sorgfältigen, auf das Wichtigste beschränkten Materialzusammenstellung und seiner übersichtlichen Gliederung wird dieses Handbuch sicherlich jedem Interessenten die über den Deutschen Bundestag gesuchten Informationen vermitteln.

I. Brunken

Kahmann, H., und L. Köllner: Europäische Wirtschaftspolitik. Beiträge zu den Aufgaben unserer Zeit. Mün-

ster 1957. 190 S. (Auslieferung: Josef Krüper, Münster, Frauenstraße 25).

Kardinal Mindszenty warnt. Reden, Hirtenbriefe, Presseerklärungen, Regierungsverhandlungen 1944—1946. Bearbeitet und übersetzt von Dr. Josef Vecsey und Johann Schwendemann. St. Pölten: Verlag der Preßvereins-Druckerei GmbH. 1956. 381 S. (Mindszenty-Dokumentation, Bd. I). DM 16,50.

Die Besonderheit und Tragik des Schicksals des ungarischen Volkes seit 1945 wird nur bei gebührender Berücksichtigung seiner Katholizität verstanden werden können. Dem Leben und Wirken Kardinal Mindszentys kommt darin eine besonders aufschlußreiche Bedeutung zu. Der vorliegende Band, der eine auf 3 Bände berechnete Sammlung aller erhaltenen Dokumente vom Wirken Mindszentys von 1944 bis zu seiner Verurteilung im Jahre 1948 einleitet, besitzt daher einen besonderen zeitgeschichtlichen Quellenwert. Der jetzt in Oesterreich lebende Sekretär des Kardinals hat alle noch auffindbaren Dokumente, Reden, Predigten, Hirtenbriefe, Presseerklärungen und Regierungsverhandlungen zusammengestellt und durch verbindende Texte erläutert. Der vorliegende 1. Band gibt nach einer kurzen biographischen Einführung über Mindszentys Leben die Dokumente der Jahre 1945 und 1946 wieder. Sie sind zum Verständnis der Persönlichkeit, ihrer historischen Rolle und der geschichtlichen Entwicklung in Ungarn von höchstem Wert.

Dr. W. Lipgens

Koehl, Robert L.: RKFDV: German Resettlement and Population Policy 1939—1945. A History of the Reich Commission for the Strengthening of Germanism. Cambridge: Harvard University Press 1957. XI, 263 S. (Harvard Historical Monographs, Band XXXI). \$ 6,50.

Leutwein, Alfred: Der Betriebskollektivvertrag in der sowjetischen Besatzungszone. 3., durchges. u. erw. Auflage. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1957. 112 S. (Auslieferung f. d. Buchhandel: Deutscher Bundes-Verlag, Bonn). (Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland). DM 1,80.

Pendle, George: Uruguay. 2. Aufl. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1957. VI, 107 S. 15s.

Social Security. A Workers' Education Manual. Geneva: International Labour Office 1958. VI, 132 S. \$ 0,75.

Soviet Education. Edited by George L. Kline. New York: Columbia University Press 1957. XI, 192 S. \$ 3,50.

Thilenius, Richard: Die Teilung Deutschlands. Eine zeitgeschichtliche Analyse. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1957. 195 S. (Rowohlt's deutsche Enzyklopädie [rde], Band 55). DM 1,90.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Berlin; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Joachim Willmann (Wl.), Frankfurt. Karten: Ilse Haucke, Frankfurt a. M.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1958 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43,50 zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.



# MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Februar 1958

8. Jahrgang — Nr. 2

## Die Tätigkeit des Europarats im Januar 1958

### I. TAGUNGEN DES RATES

Im Januar fanden folgende Tagungen statt:

*Ausschüsse der Versammlung:* Straßburg, 13. Januar.

*Sachverständigenausschuß über den Austausch von Fernsehprogrammen:* Straßburg, 13.—17. Januar.

*Untersuchung des Unterausschusses der Menschenrechtskommission:* Cypern, 13.—28. Januar.

*3. Teil der 9. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung:* Straßburg, 14.—17. Januar.

*Sachverständigenausschuß über die Behandlung von juristischen Personen:* Straßburg, 20.—29. Januar.

*Arbeitsgruppe des Politischen Ausschusses für die Koordinierung der Außenpolitik:* Rom, 30. u. 31. Januar.

### Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Unter dem Vorsitz von Präsident *Fernand Dehousse* wurde am Dienstag, dem 14. Januar, um 15 Uhr der dritte Teil der neunten ordentlichen Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung eröffnet.

### Beobachter aus Israel

Wie schon bei der letzten Sitzung der Beratenden Versammlung, hatte auch diesmal das Parlament von Israel Beobachter nach Straßburg entsandt: Die Herren *Maurice Fischer*, Gesandter; *David Livschitz*, soz. Abg. und Mitglied der außenpolitischen Kommission des Knesseth; *Perez Bernstein*, Präsident der Liberalen Partei und vorm. Minister, und *Moshé Bartur*, Leiter der wirtschaftlichen Abteilung im Außenpolitischen Ministerium Israels. Im Namen der Versammlung begrüßte Präsident *Dehousse* diese Delegation und teilte mit, daß diese vor dem Wirtschaftsausschuß eine Erklärung abgeben wird.

### Präsidium und Ständiger Ausschuß

Der Abgeordnete *Stürgkh* (Österr., ÖVP) legte den Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses vor. Dieser Bericht erwähnt insbesondere die Bemühungen des Präsidiums zur Ausarbeitung einer zweckmäßigen Methode für die Durchführung einer fruchtbaren Debatte der Versammlung über die institutionelle Reform des Rates.

### Zusatzbericht der Minister

Am Freitag, dem 17. Januar, legte Herr *Arne Skaug*, norwegischer Wirtschaftsminister, in Vertretung des norwegischen Außenministers, *Halvard Lange*, welcher derzeit den Vorsitz im Ministerausschuß führt, den Zusatzbericht des Ministerausschusses vor. Aus der Tätigkeit des Ministerausschusses hebt Herr *Skaug* zunächst

die Unterzeichnung der Auslieferungsordnung und des mehrseitigen Abkommens über den Personenverkehr innerhalb der Mitgliedsländer des Europarats hervor. Damit ist die Zahl der seit der Gründung des Europarats abgeschlossenen Abkommen auf vierzehn gestiegen.

Der Sonderausschuß von hohen Beamten zur Prüfung der Grenzübergangsprobleme hat ebenfalls eine erfolgreiche Tätigkeit entwickelt. Außer dem Abschluß des vorerwähnten mehrseitigen Abkommens, zu dessen schneller Fertigstellung Herr *Skaug* den Vorsitzenden des Sonderausschusses, Herrn *Pinton*, und seine Kollegen beglückwünschte, wurden zwei Empfehlungen dem Ministerausschuß vorgelegt und von diesem angenommen: einmal über die Festsetzung von Pauschalzollbeträgen für Touristen sowie über die Abschaffung von gewissen im Luftverkehr geforderten Dokumenten.

Bedeutende Fortschritte sind in der Vereinfachung der für Personenkraftwagen erforderlichen Grenzdokumente gemacht worden.

Herr *Skaug* erwähnte die Prüfung der Frage einer Subvention für die politischen Gruppen der Versammlung durch den Ministerausschuß, sowie die Maßnahmen, welche getroffen wurden, um im Jahr 1958 eine zweite Kommunalkonferenz abzuhalten.

Herr *Skaug* berichtete dann über die beiden wichtigsten Entschließungen, welche der Ministerausschuß im vergangenen Dezember angenommen hat. Die erste Entschließung (57) 26 betrifft die allgemeine Politik des Europarats und hat die Empfehlung 150 der Versammlung zur Grundlage. Einige Vorbehalte wurden gemacht, soweit es die Ausarbeitung einer gemeinsamen Außenpolitik betrifft, da der Ministerausschuß den Standpunkt aller Mitgliedsländer berücksichtigen muß. Jedoch haben die Minister beschlossen, sich in jedem Falle, welcher den Europarat betrifft, zu konsultieren. Die Minister sind der Auffassung, daß die Aussprache über einen Gesamtbericht über die europäische Zusammenarbeit, welcher zur Frühjahrssitzung vorgelegt werden wird, in zweckmäßiger Weise die Verbindung zwischen dem Ausschuß und der Versammlung zu festigen geeignet sein wird. Die Minister haben den Generalsekretär aufgefordert, einen derartigen Bericht vorzubereiten, und an der Aussprache über diesen Bericht werden eine möglichst große Zahl von Außenministern und gegebenenfalls auch anderen Ministern teilnehmen.

Eine andere wichtige Frage, die Rationalisierung der europäischen Institutionen, konnte noch nicht in abschließender Form von den Ministern behandelt wer-



den, da die „Sechs“ ihre Sitzungen vom 19. Dezember und 7. Januar noch nicht abgehalten hatten.

Immerhin haben eine Reihe von Vertretern der Neun ihr Interesse an einer schärferen Konzentration der europäischen Institutionen zum Ausdruck gebracht. Der Ministerausschuß begrüßt, daß die „Sechs“ sich für einen einzigen Sitz ausgesprochen haben.

Betreffend die Zusammenarbeit zwischen dem Rat und dem Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC), hat der Ministerausschuß in seiner Entschließung (57) 27 den Rat der OEEC aufgefordert, die Beziehungen beider Organisationen einer neuen Prüfung zu unterziehen, sobald das Abkommen über die Freihandelszone abgeschlossen sein wird und bevor eine Entscheidung über die Organe dieser neuen Institution getroffen wird. Diese Entschließung spricht sich auch für die Herstellung engerer Beziehungen zwischen dem Europarat und den Gemeinschaften der „Sechs“ aus. Die Versammlung wird zweifellos praktische Wege zur Herstellung solcher Beziehungen zu finden wissen.

Zum Abschluß erklärt Herr *Skaug* seine Genugtuung über das Inkrafttreten des Gemeinsamen Marktes und erklärt, daß es für die Einheit Europas erforderlich ist, eine Freihandelszone, bestehend aus den Ländern der OEEC, zu schaffen.

Anschließend nahmen die Berichterstatter der Ausschüsse der Beratenden Versammlung zu den Ausführungen des Ministers Stellung. Der Abgeordnete *de Félice* (Franz., Rad. Soz.) erklärte im Namen des Politischen Ausschusses, daß zwei Vorschläge von besonderer Wichtigkeit zu sein scheinen: in jedem Lande muß ein Minister für europäische Fragen bestehen, und das Abstimmungsergebnis im Ministerausschuß muß veröffentlicht werden.

Wenn es auch verständlich ist, daß die Verhandlungen geheim sind, so erscheint es doch unbedingt erforderlich, daß das Abstimmungsergebnis bekannt wird.

Der Berichterstatter erwähnt aber auch eine Reihe von Sorgen der Versammlung. Betreffend die Verbindung zwischen dem Rat und den Gemeinschaften der „Sechs“ hat der Ministerausschuß zustimmende Wünsche ausgesprochen. Die Versammlung würde es hingegen lieber sehen, wenn der Ministerausschuß hier aktiv werden würde. Die Versammlung würde gern wissen, wann und in welcher Weise die Minister ihre Bemühungen wiederaufnehmen werden, um die Gemeinschaft der Fünfzehn enger zusammenzuschweißen. Eine weitere Sorge der Versammlung ist die mangelnde Präzision der Minister, soweit es sich um die Koordinierung der Außenpolitik handelt. Der Abgeordnete *de Félice* hält es für nicht regulär, daß der Gesamtbericht des Ministerausschusses vom Generalsekretär ausgearbeitet wird. Er stellt die Forderung auf, daß dies nur in Ausnahmefällen sein dürfe, da sonst eine Verwischung der Zuständigkeiten einzutreten drohe.

Für den Kulturausschuß erklärt der Abgeordnete *Kraft* (Däne, Kons.) seine Genugtuung über die Zustimmung des Ministerausschusses zur Schaffung eines Kultur-Fonds. Herr *Kraft* gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Fonds nicht nur von Beamten verwaltet

wird, sondern auch von hervorragenden europäischen Persönlichkeiten, wie etwa Herr Robert Schuman.

Der Abgeordnete *Lannung* (Däne, Soz. Lib.) kritisiert den verschwommenen Charakter der Informationen über die Tätigkeit des Sonderausschusses für Grenzübergangsfragen und bedauert, daß eine zu geringe Zahl von Mitgliedsländern die verschiedenen Konventionen des Europarats ratifiziert haben.

Zum Problem der nationalen Minderheiten erklärt der Abg. *Lannung* seine Bedenken zu einer Übertragung der Frage an die Vereinten Nationen, wie es der Ministerausschuß vorschlägt. Der Ausschuß möchte wissen, ob dieser Vorschlag der Minister eine Ablehnung der entsprechenden Entschließung der Versammlung darstellt. Im Namen des Wirtschaftsausschusses erklärt der Abg. *Federspiel* (Däne, Lib.), daß der Ministerausschuß weise gehandelt habe, indem er alle Empfehlungen wirtschaftlichen Charakters der OEEC überwiesen habe. Immerhin darf der Ministerausschuß jedoch nicht darauf verzichten, zu diesen Problemen Stellung zu nehmen.

Der Berichterstatter ist insbesondere mit Herrn *Skaug* darin einig, daß die wirtschaftliche Solidarität der europäischen Länder von entscheidender Bedeutung ist und warnt die Versammlung vor einer vorzeitigen Reorganisation der europäischen Institutionen.

Im Namen des Sozialausschusses trägt der Abgeordnete *Schuijt* (Holl., Kath. Volksp.) seine Bemerkungen zum Zusatzbericht der Minister vor. Die Mitgliedsländer des Europarats müssen sich darüber im klaren sein, daß die Lösung des Flüchtlingsproblems in Europa und in China höhere finanzielle Beiträge an den Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge sowie an den zwischenstaatlichen Ausschuß für Europäische Wanderung erfordert. Die Tätigkeit der Minister auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheit und der medizinischen Stipendien wird als zufriedenstellend bezeichnet.

Der Ausschuß ist mit der Verfahrensordnung, welche die Beziehungen zwischen ihm und den Sachverständigen auf dem Arbeitsgebiet der europäischen Sozialversicherungsordnung regelt, nicht einverstanden und hat die Absicht, dieses Verfahren zu überprüfen.

Betreffend die Sozial-Charta erklärt der Berichterstatter seine Befürchtungen, daß der Europarat auf diesem Gebiet gegenüber modernen Organismen im Rückstand sei. Ein weiteres Problem beschäftigt den Ausschuß: die Organisation einer Konferenz aus Regierungsvertretern, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, welche den Entwurf der Sozial-Charta prüfen soll. Falls die Internationale Arbeitsorganisation mit der Organisation dieser Konferenz beauftragt wird, erhebt sich die Frage, wie der Ministerausschuß die folgenden Bedingungen sicherzustellen gedenkt:

- 1) Gleichberechtigte Mitarbeit des Generalsekretariats des Europarats an der Vorbereitung der Konferenz —
- 2) Einladung von Arbeitnehmervertretungen ausschließlich aus den Organisationen, welche einen Konsultativstatut beim Europarat besitzen —
- 3) Teilnahme von anderen Organismen, welche nicht im Internationalen Arbeitsamt vertreten sind —



4) Die Ergebnisse der Konferenz müssen unmittelbar und ohne Umweg vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts beiden Organen des Europarats zugeleitet werden.

Im weiteren Verlauf der Aussprache betonte der Abg. Kopf (Deutscher, CDU) die Notwendigkeit, daß der Rat sich mit den Problemen der nationalen Minderheiten befaßt. Der Präsident der Versammlung erteilt alsdann das Wort an die Abgeordneten, welche Fragen an den Ministerausschuß gerichtet hatten:

Abg. Charpentier (Franz., MRP): Auf 76 Forschungsstipendien soll nur ein einziges für das Studium landwirtschaftlicher Probleme vergeben worden sein. Sind diese Zahlen richtig? Es wäre wünschenswert, einen gewissen Prozentsatz der Stipendien für Studien auf landwirtschaftlichem Gebiet zur Verfügung zu stellen.

Antwort: Siebzehn Kandidaten haben Stipendien für das Studium von landwirtschaftlichen Problemen beantragt. Zwei dieser Anträge sind genehmigt worden. Die Stipendien werden von einer Jury verteilt, und der Ministerausschuß hat nicht die Absicht, sich an den Beratungen dieses Organs zu beteiligen. Andererseits ist die Versammlung in der Jury vertreten.

Abg. Lannung (Däne, Soz. Lib.): Die Versammlung hat vorgeschlagen, daß die OEEC die Europäische Konferenz der Verkehrsminister und der Ministerial-Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung aufgefordert werden sollen, die Versammlung über bestimmte Probleme zu konsultieren. Welche Antwort ist auf diesen Vorschlag erteilt worden?

Antwort: Der Versammlung wurde im Jahre 1957 ein erster Bericht vorgelegt, der Ministerausschuß hat die OEEC aufgefordert, diese Frage einer erneuten Prüfung zu unterziehen, es erscheint jedoch schwierig, vor der Schaffung der Freihandelszone eine Regelung zu finden.

Abg. Struye (Belg., Christ. Soz.): Die Versammlung hat wiederholt die Verfolgung einer gemeinsamen Politik oder zum mindesten eine vorherige Konsultation gefordert. Die Regierungen der Mitgliedsländer scheinen in dieser Richtung keine besonderen Bemühungen unternommen zu haben.

Antwort: Dieser Punkt scheint über den Rahmen einer Frage hinauszugehen. Der Ministerausschuß, wenn er auch nicht alle Wünsche der Versammlung erfüllt hat, hat doch einen Schritt in positiver Richtung unternommen. Im übrigen haben gewisse Regierungen erklärt, daß sie sich an der Ausarbeitung einer gemeinsamen Politik nicht beteiligen könnten. Das in der Empfehlung 150 der Versammlung vorgeschlagene Verfahren bringe die Gefahr mit sich, eher die Teilung als die Einigung Europas zu begünstigen.

Abg. Struye besteht darauf, daß mangels einer gemeinsamen Politik, durch vorherige Konsultationen widersprüchliche Haltungen zwischen den Mitgliedsregierungen zu vermeiden sein werden.

Abg. Willey (Engl., Lab.) fragt, welche Maßnahmen sieben Jahre nach der Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention getroffen worden seien, damit

1) das Recht auf die Individualbeschwerde von weiteren als den sieben Staaten anerkannt werde, die sich bisher hiermit einverstanden erklärt haben;

2) eine möglichst große Zahl von Mitgliedstaaten die obligatorische Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte anerkennen, damit dieser eingerichtet werden kann.

Antwort: Der Ministerausschuß fühlt sich nicht autorisiert, in dieser Angelegenheit bei den Mitgliedstaaten zu intervenieren. Angesichts der von der Menschenrechtskommission erzielten Ergebnisse hat eine Reihe von Staaten die Haltung in einem günstigen Sinne überprüft. Interventionen von Abgeordneten der Versammlung in ihren nationalen Parlamenten sind geeignet, die Lösung dieser Fragen zu beschleunigen.

Der Abg. Schuijt (Holl., Kath. Volksp.): Beabsichtigt der Ministerausschuß die Stellungnahme der Versammlung zur europäischen Sozial-Charta einzuholen? Wenn ja, wann?

Antwort: Diese Frage ist auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses, dieser hat die Absicht, den Entwurf baldmöglichst der Versammlung vorzulegen.

Abg. Radius (Franz., Soz. Rep.): Welche Schwierigkeiten stehen dem Abschluß eines Abkommens über die Erleichterung des Verkehrs für Kriegsversehrte entgegen?

Antwort: Die internationale Vereinigung der Eisenbahnen prüft diese Empfehlung, die auf jeden Fall nur in einer begrenzten Zahl von Ländern zur Anwendung gelangen kann.

Abg. Kraft (Däne, Kons.) Im Namen des Abg. van Remoortel (Belg., Soz.): Warum hat der Ausschuß die Empfehlung betreffend die Durchführung einer zweiten Runden-Tisch-Konferenz über die Menschenrechte abgelehnt?

Antwort: Aus finanziellen Gründen.

Abg. Metzger (Deutscher, SPD): Ist das Ratifikationsverfahren für die Europäische Niederlassung in allen Mitgliedsländern in die Wege geleitet?

Antwort: Österreich hat diese Konvention am 13. Dezember vergangenen Jahres unterzeichnet. Die norwegische Regierung hat am 20. November die Ratifikationsurkunde hinterlegt. Das Verfahren ist im Gange in Dänemark, Holland, der Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg und in der Türkei. In Belgien und in Schweden wurde der Text der Konvention von den zuständigen Stellen geprüft. Für die anderen Staaten kann Herr Skaug keine Mitteilung machen und schlägt vor, ergänzende Mitteilungen in schriftlicher Form zu geben.

Abg. Wilkins (Engl., Lab.): Warum hat der Ministerausschuß die Empfehlung 142 über kommunale Anleihen abgelehnt?

Antwort: Es konnte hier keine Einstimmigkeit erzielt werden, eine neue Prüfung wird veranlaßt und hierüber wird eine schriftliche Antwort ergehen.

Abg. Radius (Franz., Soz. Rep.): Wann wird der Ministerausschuß die Prüfung der Empfehlung 141



betreffend örtliche Folgeerscheinungen der Tätigkeit der EGKS beendet haben?

*Antwort:* Der Ausschuß erwartet noch Informationen von verschiedenen Organisationen, gewisse Regierungen haben bereits jetzt ihre ablehnende Stellungnahme bekanntgegeben.

*Abg. Lannung (Däne, Soz. Lib.):* Muß der Abschnitt des Zusatzberichtes des Ausschusses über die nationalen Minderheiten als eine Ablehnung aufgefaßt werden, der Versammlung die in der Entschließung 136 geforderten Auskünfte zu geben?

*Antwort:* Nein. — Um jede Doppelarbeit zu vermeiden, hat der Ministerausschuß es vorgezogen, die Vereinten Nationen die Arbeit an ihren Untersuchungen beenden zu lassen.

*Abg. Lannung:* Ist der Vorsitzende des Ministerausschusses bereit, die Aufmerksamkeit des Ausschusses darauf zu lenken, daß die in Österreich, Schweden und in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Abschaffung aller Grenzdokumente für Kraftfahrzeuge gemachten Erfahrungen auch von den anderen Ländern zweckmäßigerweise zu prüfen wären?

*Antwort:* Der Sonderausschuß für diese Fragen hat auf seiner Sitzung in San Remo die Notwendigkeit der Abschaffung der genannten Dokumente erkannt und wird in diesem Sinne handeln.

*Abg. Broughton (Engl., Lab.):* Hat der Ministerausschuß die Prüfung der Empfehlung 81 betreffend die Förderung von Reisen der Bürger der Mitgliedsländer des Europarats in anderen Mitgliedsländern abgeschlossen?

*Antwort:* In seinem 8. Bericht hat der Ausschuß eine teilweise Antwort auf die Empfehlung erteilt. Im übrigen haben eine Reihe von Mitgliedsländern ihr Programm für Reisestipendien ausgedehnt. Der Ausschuß wird weitere Informationen hierzu der Versammlung schriftlich mitteilen.

\* \* \*

Nach Abschluß der allgemeinen Aussprache nahm die Versammlung einstimmig die vom Rechtsausschuß vorgeschlagene Direktive an:

#### Direktive 116

*Die Versammlung hat von der Stellungnahme des Ministerausschusses zur Entschließung 136 betreffend die Lage der nationalen Minderheiten in Europa Kenntnis genommen. In dieser Entschließung ist die Frage offen gelassen, ob die geeigneten Maßnahmen zum Schutze der nationalen Minderheiten besser vom Europarat als von den Vereinten Nationen ergriffen werden sollten.*

*Die Versammlung ist der Auffassung, daß eine Entscheidung hierüber auf der Grundlage von Informationen seitens der Mitgliedsregierungen erfolgen sollte und bestätigt den Inhalt der Entschließung 136 vom 29. Oktober 1957.*

Der Präsident der Versammlung wird ersucht, die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung zu ergreifen.

#### Ansprache des Präsidenten

Zum Abschluß der Sitzungsperiode sprach Präsident Dehousse einige Dankesworte anläßlich des Ausschei-

dens mehrerer Abgeordneter aus der Versammlung: Karl Mommer, Herman Smitt-Ingebretsen, Karl Wisstrand, Hermann Pünder.

Anschließend gab der Präsident eine Übersicht über den letzten Teil der Sitzungsperiode, insbesondere über die Frage der Reform des Europarats.

Der Präsident erklärte, daß man nicht hoffen darf, Europa mit nationalen Ministern zu schaffen. Die Minister des Ausschusses der Sechs, der Sieben oder der Fünfzehn vertreten ihre nationalen Interessen. Wie kann man von ihnen verlangen, einen europäischen Standpunkt einzunehmen?

Eine Verbesserung in der Arbeitsweise der verschiedenen Ministerausschüsse muß hier Abhilfe schaffen.

Für die Reform des Rates scheinen dem Präsidenten die fünf folgenden Punkte wesentlich:

- 1) Die strikte Anwendung des Artikels 14 des Statuts. Die Vertreter der Außenminister müssen soweit wie möglich Mitglieder der Regierungen ihrer Länder sein. Die ständigen Stellvertreter der Minister dürfen nur eine vorbereitende Rolle haben.
- 2) Die Stellungnahme der einzelnen Mitglieder des Ministerausschusses muß bekanntgegeben werden.
- 3) Die Bestimmungen des Vertrages über die OEEC, welche dieser Organisation größere Vollmachten als dem Europarat geben, müssen auf diese anwendbar gemacht werden.
- 4) Die Versammlung muß die Möglichkeit haben, durch ein Mißtrauensvotum gegenüber den Entscheidungen der Minister ihre Ablehnung gegen Maßnahmen zum Ausdruck zu bringen, welche den europäischen Interessen entgegengesetzt erscheinen.
- 5) Die Versammlung muß über eine verwaltungsmäßige und haushaltsmäßige Autonomie verfügen.

#### Abschluß der Sitzungsperiode

Der dritte Teil der 9. ordentlichen Sitzungsperiode wurde am Freitag, 17. Januar, um 18 Uhr abgeschlossen.

#### Pressekonferenz

Nach Abschluß der Sitzungsperiode gab der Präsident der Versammlung seine übliche Pressekonferenz. Er hob hervor, daß trotz der kurzen Sitzung ausgezeichnete Ergebnisse erzielt worden seien.

Drei wesentliche Fragen wurden behandelt: die europäische Integration — die allgemeine Politik — die Reform des Rates.

Zum Thema der Integration erklärte Präsident Dehousse, daß es an der Zeit sei, den Gedanken der Europäischen politischen Gemeinschaft wieder aufzugreifen. Er weist darauf hin, daß die Frage des Sitzes der Institutionen praktisch nicht mehr gestellt worden ist. Sollte dies die Wirkung der Unentschiedenheit der „Sechs“ sein? Die Tatsache, daß die Debatte sich hauptsächlich um wirtschaftliche Probleme gedreht hat, oder das Durcheinander der verschiedenen Kandidaturen mögen hier nicht ohne Einfluß gewesen sein. Vermutlich sind alle drei dieser Gründe beteiligt, und das Schweigen über den Sitz erscheint als ein günstiges Zeichen.



Die Fünfzehn haben damit nicht den Eindruck erweckt, daß sie den „Sechs“ Ratschläge geben wollten, die man nicht verlangt hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß im April die Versammlung sich mit der Sitzfrage befassen wird. Zu diesem Zeitpunkt wird sie aber nicht mehr den Anschein erwecken, sich in die Arbeiten der „Sechs“ einzumischen.

Präsident *Dehousse* betonte das hohe Niveau der Aussprache über die Aussprachen der allgemeinen Politik und bewies, daß es falsch sei, aus dieser Aussprache ein Anwachsen neutralistischer Tendenzen herauszuhören. Eine Neigung zum Verhandeln mit dem Osten verstärkt sich auf der europäischen Seite, jedoch unter dem Vorbehalt einer sorgfältigen Vorbereitung. Trotz allem darf man sich keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben.

Betreffend die Reform des Statuts des Rates ist der Präsident vollkommen der Ansicht des Berichterstatters *Teitgen*. Er hält dessen Bericht für wohl abgewogen und durchführbar und als einen Beweis der Reife, die der Europarat erreicht hat.

## II. POLITISCHE FRAGEN

### Allgemeine Politik

Die Aussprache über die allgemeine Politik wurde am 15. Januar mit einem Bericht des Abgeordneten *Kiesinger* (Deutscher, CDU), Berichterstatter des Politischen Ausschusses, eröffnet (Dok. 774).

Der Abg. *Kiesinger* erinnert zunächst an die Empfehlung 150, welche von der Versammlung im Oktober vergangenen Jahres angenommen worden war. Der Ministerausschuß hat diese Empfehlung geprüft und eine Entschliebung angenommen, die trotz ihres unbestimmten Charakters einen Fortschritt gegenüber früheren Stellungnahmen der Minister darstellt: Die Minister erkennen nicht nur die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern an, sondern schlagen vor, daß bei jeder Frühjahrssitzung ein eingehender Bericht über die auf diesem Gebiet erreichten Fortschritte erstattet werden soll.

Die Minister haben die Absicht, wie es in ihrer Entschliebung zum Ausdruck kommt, sich in allen Fällen, in denen es sich um Fragen von lebenswichtiger Bedeutung für den Europarat handelt, zu konsultieren.

Der Berichterstatter ist der Auffassung, daß dieser Satz großzügig auszulegen ist und daß er nicht die Bedeutung hat, daß die Konsultationen sich ausschließlich auf den Europarat als Institution beschränken sollen.

Der Berichterstatter geht dann auf die Tätigkeit der Sondergruppe des Politischen Ausschusses ein, die beauftragt worden war, die Möglichkeiten für eine vorübergehende Konsultation auf europäischer Ebene zu prüfen. Diese Gruppe war im vergangenen Dezember in Paris und hat dort mit dem Außenminister und den führenden Parlamentariern des französischen Abgeordnetenhauses und Senats sowie mit Herrn *Spaak*, dem Generalsekretär der NATO, gesprochen.

Im Rahmen einer Darstellung der internationalen Lage geht der Berichterstatter auf die letzte NATO-

Konferenz ein, welche sich zu Verhandlungen mit der UdSSR geneigt gezeigt hat, falls diese Verhandlungen eine Aussicht auf Erfolg bieten. Die Konferenz hat auch jeden vernünftigen Abrüstungsvorschlag begrüßt.

Das Ende des Jahres 1957 zeichnete sich durch eine sowjetische Aktion von Briefen, Botschaften, Erklärungen und Interviews aus, besonders durch einen Brief des Marschalls *Bulganin*, in dem eine Gipfelkonferenz in Genf mit einer vorsichtig ausgelegten Tagesordnung, durch Vermeidung jedes Grundes zum Scheitern, vorgeschlagen wird. Diese Konferenz sollte folgende Punkte behandeln:

- Verzicht auf den Einsatz von Kernwaffen,
- Schaffung einer atomfreien Zone in Mitteleuropa,
- Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und den Ländern des Warschauer Paktes,
- Verringerung und teilweise Zurückziehung von fremden Truppen aus den Gebieten der Mitgliedsländer,
- Ende der Kriegspropaganda,
- Achtung vor der Unabhängigkeit der Länder im Nahen Osten,
- Entwicklung von Handelsbeziehungen.

In seiner Antwort hat Präsident *Eisenhower* sich im Grundsatz mit einer solchen Konferenz einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß diese sorgfältig auf diplomatischem Wege vorbereitet wird.

Als Diskussionsthemen schlägt er vor:

- Abänderung der Struktur der Vereinten Nationen und Aufgabe des Vetorechts,
- Regelung der deutschen Frage durch freie Wahlen,
- Beachtung der Abkommen von Jalta,
- Benutzung des außeratmosphärischen Raumes zu ausschließlich friedlichen Zwecken,
- Ende von Versuchen und der Herstellung von Kernwaffen.

Herr *MacMillan* näherte sich in seiner Antwort der Auffassung von Präsident *Eisenhower*, insbesondere was die sorgfältige Vorbereitung der Konferenz betrifft. Er schlägt jedoch den Abschluß eines feierlichen Nichtangriffspaktes mit der UdSSR vor.

Der Berichterstatter erwähnt dann die auf militärischem und wissenschaftlichem Gebiet gemachten Fortschritte, die Bemühungen der UdSSR in den unterentwickelten Ländern, die Ergebnisse der Moskauer Konferenz der Führer des Weltkommunismus und die Ereignisse in Indonesien, Tunis, Algerien und Cypern.

Zurückkommend auf die Sowjet-Union stellt der Berichterstatter die Frage, ob die Russen wirklich ehrlich sind in ihrem Willen für ein Abkommen. Ihre Vorschläge stärken die Erhaltung des status quo in Europa und stören das europäische Gleichgewicht zum ausschließlichen Vorteil der UdSSR. Was die Abrüstung betrifft, so könnte man sich denken, daß die UdSSR auf die Dauer die militärischen Lasten, die sie sich auferlegt hat, nicht tragen können.

Der Berichterstatter fürchtet, daß die Botschaften des Marschalls *Bulganin* eher zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung als für die Regierungen bestimmt sind



und das Ziel verfolgen, die Schwächen der freien Regierungen auszunutzen, um eine böswillige Propaganda zu machen. Aus diesem Grunde ist es dringend erforderlich, daß der Westen eine gemeinsame außenpolitische Linie verfolgt. Die freie Welt hat allen Grund zur Skepsis. Sie muß ihren Weg finden zwischen übertriebenem Mißtrauen und zu großem Vertrauen in die Aktionen des Kommunismus.

An der allgemeinen Aussprache, die sich bis in die Nachtstunden des 15. Januar ausdehnte, nahmen folgende Abgeordnete teil: die Herren *Wistrand* (Schwede, Kons.), *Santero* (Ital., Christ. Dem.), *Aktas* (Türke, Dem.), *Galletto* (Ital., Christ. Dem.), *Droulia* (Griechen, ERE), *Carlo Schmid* (Deutscher, SPD), *Struye* (Belg., Christ. Soz.), *Rolin* (Belg., Soz.), *Spallicci* (Ital., Rep.), *Czernetz* (Österr., SPO), *Bohy* (Belg., Soz.), *Edwards* (Brit., Lab.), *Goedhart* (Holl., Lab.), *Hutchison* (Brit., Kons.), *Motz* (Belg., Lib.), *Brooman White* (Brit., Kons.), *de Menthon* (Franz., MRP), *Finn Moe* (Norw., Lab.), *Vedovato* (Ital., Christ. Dem.), *Strasser* (Österr., SPO), *Esmonde* (Ire, Fine Gael), *Boland* (Ire, Fianna Fail), *Duynstee* (Holl., Kath. Volksp.), *Loulakakis* (Griechen, Lib.), *Harunoglu* (Türke, Dem.), *de la Vallée Poussin* (Belg., Christ. Soz.), von *Bismarck* (Deutscher, CDU), *Papathanassis* (Griechen, ERE).

Der Bericht, den der Abgeordnete *Kiesinger* vorgelesen hatte, wurde alsdann von der Versammlung an den Politischen Ausschuß zurücküberwiesen, ebenso wie zwei Entwürfe für Weisungen, welche von den Abgeordneten *Codacci-Pisanelli* und *de la Vallée Poussin* eingebracht worden waren.

Am Freitag, dem 17. Januar, erörterte die Versammlung die Entwürfe für eine Entschließung und Direktiven, welche im Bericht des Politischen Ausschusses enthalten waren (Dok. 783).

Der Berichterstatter, Abg. *Kiesinger*, erklärte, daß der Politische Ausschuß sorgfältig alle während der Aussprache zutage getretenen Auffassungen berücksichtigt habe. Einige Redner hätten den ursprünglichen Text zu schwach, die anderen hätten ihn für zu stark gehalten. Grundsätzlich habe der Ausschuß seinen Standpunkt nicht geändert und lege nunmehr einen Entschließungsentwurf mit sechs Punkten vor.

Drei Abänderungsanträge wurden vom Ausschuß zurückgewiesen. Der Antrag des Abg. *Droulia* (Griechen, ERE) ging dahin, der Ziffer 5 der Entschließung folgende Fassung zu geben: „Der Westen muß dem Grundsatz treu bleiben, daß alle Völker das Recht haben, ihr eigenes politisches System zu wählen.“ Der Ausschuß nennt ausdrücklich die osteuropäischen Staaten, da es sich um den Zusammenhang mit dem Ost-West-Problem handelt.

Der zweite Abänderungsantrag des Abg. *Finn Moe* (Norw., Lab.) geht dahin, dem Absatz über die unterentwickelten Länder folgende Worte hinzuzufügen: „ohne Bindungen militärischer oder politischer Art“. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß es nützlich sein kann, wenn derartige Bedingungen in den Abkommen erscheinen. Außerdem hat sich der Ausschuß für einen Abänderungsantrag mit der folgenden Formulierung entschieden: „ohne ihnen Bindungen aufzuerlegen, welche ihre Unabhängigkeit gefährden könnten“.

Der dritte Abänderungsantrag des Abg. *Edwards* (Brit., Lab.) und mehrerer seiner Kollegen zielte auf eine Abänderung des Abschnitts 3 der Entschließung. Es sollte darin heißen, daß die Versammlung „ohne sich die Einzelheiten des Rapacki-Planes zu eigen zu machen“, der Auffassung sei, daß seine „politischen und militärischen Seiten zu prüfen seien“. Der Ausschuß empfiehlt, den Rapacki-Plan nicht ausdrücklich zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen, sondern zieht vor, daß in allgemeiner Form von regionalen oder begrenzten Abrüstungsplänen gesprochen wird.

Die Abänderungsanträge der Abg. *Droulia* und *Edwards* wurden von der Versammlung abgelehnt, der Abg. *Moe*, in der Auffassung, daß die Formulierung des Ausschusses seine Gedanken treffe, zog seinen Antrag zurück. Nach einer Reihe von Erklärungen zur Stimmabgabe wurde die Entschließung mit 83 Stimmen gegen eine und 11 Enthaltungen angenommen. Die vom Ausschuß vorgelegten drei Weisungen wurden ebenfalls angenommen.

#### Entschließung 145

Die Versammlung hat eine Generaldebatte über die jüngste Entwicklung der internationalen Lage abgehalten und dabei besonders folgendes berücksichtigt:

- a) die Entschließung des Ministerausschusses des Europarats vom 13. Dezember 1957 über die Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit,
- b) die Erklärung und das Communiqué, welches anläßlich der Tagung der Regierungschefs der NATO am 19. Dezember 1957 veröffentlicht wurde,
- c) die in den verschiedenen Mitteilungen des sowjetischen Regierungschefs enthaltenen Angebote für Verhandlungen zwischen Ost und West,
- d) die Erwiderung Präsident Eisenhower auf den Brief von Marschall Bulganin vom 10. Dezember 1957.

Die Versammlung begrüßt das am 1. Januar 1958 erfolgte Inkrafttreten der Verträge über den Gemeinsamen Markt und Euratom. Diese Verträge beweisen, daß die Völker der Gemeinschaft der Sechs den Willen zur Schaffung einer mächtigen wirtschaftlichen Einheit haben und zeigen auch die praktischen Wege für eine Einigung Europas auf.

Darüber hinaus begrüßt die Versammlung die Entschließungen der OEEC betreffend die Schaffung einer Europäischen Atomenergie-Behörde und betreffend die Schaffung einer Freihandelszone.

Die Versammlung ist der Auffassung, daß die Politik der Mitgliedsländer des Europarats in der Frage der Beziehungen zwischen Ost und West von folgenden Grundsätzen geleitet sein sollte:

1. Die Mitgliedsländer des Europarats müssen sich an die Verpflichtung halten, sich innerhalb der westlichen Länder zu konsultieren, bevor sie wichtige Initiativen auf dem Gebiet der internationalen Politik ergreifen.
2. Die westlichen Mächte müssen bereit sein, mit der Sowjet-Union Verhandlungen aufzunehmen. Diese Verhandlungen sollen auf der höchsten Ebene stattfinden, es muß jedoch die Bezeichnung „kapitalistische“ und „sozialistische“ Staaten, wie sie von der Sowjet-Union benutzt wird, zurückgewiesen werden. Wenn man zu brauchbaren Ergebnissen gelangen will, ist es unerläßlich, daß jede Gipfelkonferenz vor ihrem Beginn in genauester Weise vorbereitet wird.



mit den am zweckmäßigsten erscheinenden Methoden. Die westlichen Mächte müssen sich bemühen, zu einer gemeinsamen Politik zu gelangen.

3. Die westlichen Mächte müssen sich um die Wiedereröffnung von Verhandlungen über eine kontrollierte Abrüstung bemühen. Zu diesem Zweck muß man die Absichten der Sowjet-Union erforschen. Die Versammlung ist der Auffassung, daß die politischen und militärischen Aspekte der regionalen oder begrenzten Abrüstungspläne von den westlichen Mächten geprüft werden müssen.
4. Das freie Europa kann keinen *status quo* in Europa anerkennen, welcher insbesondere die Teilung Deutschlands aufrecht erhält. Keine dauerhafte Regelung kann mit der Sowjet-Union getroffen werden, solange dieses Problem nicht gelöst ist.
5. Der Westen muß dem Grundsatz treu bleiben, wonach alle Völker, auch diejenigen Osteuropas, das Recht auf Selbstbestimmung ihres politischen Regimes haben.
6. Von entscheidender Bedeutung ist die Herstellung enger Verbindungen zwischen den westlichen Mächten und den unterentwickelten Ländern auf der Grundlage einer gegenseitigen Hilfe, von Vertrauen und gegenseitiger Achtung. Die westlichen Mächte müssen bereit sein, ihre Anstrengungen für die Hebung des Lebensstandards in diesen Gebieten zu vermehren, ohne ihnen jedoch Bedingungen aufzuerlegen, welche ihre Unabhängigkeit gefährden.

#### Direktive 117

Die Versammlung ersucht die Versammlung der Westeuropäischen Union um eine Stellungnahme zu den militärischen Folgen, vom Standpunkt der Sicherheit des Westens gesehen, der regionalen oder begrenzten Abrüstungspläne und einer Politik des Ausinanderrückens in Mitteleuropa.

#### Direktive 118

Die Versammlung ersucht ihren Präsidenten, die von ihr verabschiedete Entschließung 145 den Außenministern der fünfzehn Mitgliedsländer des Europarats zur Kenntnis zu bringen.

#### Direktive 119

Die Versammlung ersucht ihr Präsidium, die Möglichkeit eines neuen Treffens zwischen Abgeordneten der Beratenden Versammlung des Kongresses der USA und des kanadischen Parlaments zu prüfen.

Bei einem derartigen Treffen würden die politischen Probleme besprochen werden, welche die Entwicklung der engen Beziehungen zwischen Europa, den Vereinigten Staaten und Kanada mit sich bringen.

#### Reform des Europarats

Am 16. Januar begann die Versammlung ihre Aussprache über die institutionelle Reform des Europarats (Dok. 763 u. 764). Der Vizepräsident der Versammlung, Herr Pierre-Henri Teitgen (Franz., MRP) legte den Bericht des Präsidiums vor.

In diesem Bericht stellt der Berichterstatter fest, daß der Europarat sich in einer Krise befindet. Zahlreiche Konventionen wurden fertiggestellt, unterzeichnet und ratifiziert, aber der Rat hat die Geschichte nicht geändert. Die Versammlung widmet den größten Teil ihrer Zeit den großen Problemen; der europäischen Integration und der gemeinsamen Politik, aber sie erhält keine Antwort. Die öffentliche Meinung steht ihr wohl sympathisch gegenüber, aber diese Sympathie ist

mit Mitleid vermischt. Die wesentlichen Probleme sind einer Lösung nicht nähergerückt, weil unter den fünfzehn Regierungen kein fester Wille zu ihrer Lösung vorhanden ist.

Diese Feststellung ist vom Präsidium einstimmig getroffen worden, hinsichtlich der Möglichkeiten zur Abhilfe haben sich jedoch zwei Meinungen herausgeschält. Die einen glauben, daß es zur Zeit nicht möglich ist, von den Regierungen die Erklärung eines gemeinsamen Willens zu erlangen. Die anderen halten diese Auffassung für zu pessimistisch und glauben, daß man doch die Regierungen zu einer Aktion veranlassen kann.

Die Krise stammt daher, daß die Minister ihre Probleme wie laufende Angelegenheiten behandeln, ohne daran zu denken, daß sie in einem internationalen Gremium tagen, welches das Schicksal Europas neu zu ordnen in der Lage wäre.

In einem Gebiet haben die Regierungen jedoch bewiesen, daß sie eine gemeinsame Politik und ein gemeinsames Wollen haben: die wirtschaftliche Organisation Europas. Das Präsidium der Versammlung hat einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß zunächst auf diesem Gebiet ein weiteres Fortschreiten versucht werden muß. Hierbei stellt sich die grundsätzliche Frage einer Verschmelzung des Europäischen Wirtschaftsrates in Paris (OEEC) und des Europarats. Die Einwände sind von unwesentlicher Bedeutung und müssen im gemeinsamen Interesse hintanstellen. Die OEEC kann nur gewinnen, wenn sie sich auf die Versammlung als Forum der öffentlichen Meinung stützen kann. Die Regierungen müssen verstehen, daß eine wirtschaftliche Integration Europas ohne eine parlamentarische Kontrolle nicht möglich ist.

Das Präsidium fordert darum die Schaffung einer Arbeitsgruppe, welche die Grundlage eines Abkommens über diese Verschmelzung prüfen soll. Bei der Gelegenheit dieser Verschmelzung kann man dem Statut des Europarats eine Reihe von Abänderungen anfügen, welche nicht auf wesentliche Schwierigkeiten stoßen dürften.

Die erste dieser Reformen würde darin bestehen, daß der Generalsekretär des Europarats den Vorsitz im Ministerausschuß übernimmt. Das Verfahren des abwechselnden Vorsitzes schadet den Arbeiten des Rates, und der ständige Vorsitz würde das Gespräch zwischen Ausschuß und Versammlung wieder in normale Bahnen lenken.

Die zweite Reform würde auf den Rat die heutigen Vollmachten der OEEC ausdehnen und dem Ministerausschuß, analog den Ministern der OEEC, die Möglichkeit geben, zu einem Übereinkommen zu gelangen, welches nur für diejenigen bindend wäre, welche sich dafür interessieren und welche den übrigen Ländern kein Hindernis in den Weg legen würden.

Eine dritte Reformmaßnahme wäre die Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse im Ministerausschuß. Da die Abstimmungen in diesem Ausschuß geheim sind, trägt kein Minister vor seinem eigenen Parlament eine Verantwortung. Ein Vergleich mit den Kabinettsitzungen einer nationalen Regierung ist



nicht möglich, da in diesem Falle alle Minister gleichmäßig für die Entscheidungen ihrer Regierung verantwortlich sind.

Im Gegenteil hierzu enthebt die geheime Abstimmung im Ministerausschuß die Minister ihrer politischen Verantwortung. Wenn hier eine Änderung eintreten würde, würden vielleicht eine Anzahl von Ministern zögern, Empfehlungen, die mit großer Mehrheit angenommen werden, durch ihr Veto zu blockieren.

Schließlich schlägt das Präsidium vor, der Versammlung eine verwaltungsmäßige und haushaltsmäßige Selbständigkeit zu gewähren. Als die Versammlung der Westeuropäischen Union geschaffen wurde, waren die Regierungen in dieser Hinsicht weniger zögernd als zu dem Zeitpunkt der Schaffung des Europarats. Es ist nicht einzusehen, warum die gleiche Selbständigkeit, welche man jener Versammlung gewährt hat, nicht auch der Versammlung des Europarats zugesprochen werden kann.

Abschließend erklärt der Berichterstatter, daß, wenn diese Vorschläge einmal von den Regierungen angenommen worden sein sollten, sich die Versammlung mit Entschlossenheit den wirtschaftlichen und technischen Problemen der europäischen Einigung zuwenden sollte.

Im Namen des Politischen Ausschusses gab der Abg. *de la Vallée Poussin* (Belg., Christ. Soz.) eine Erklärung über die Rationalisierung der europäischen Institutionen ab (Dok. 776). Diese Erklärung bezieht sich hauptsächlich auf die Antwort des Ministerausschusses auf die von der Versammlung geforderte Verschmelzung von OEEC und Europarat. Diese Antwort ist insoweit negativ, als die Minister eine sofortige Verschmelzung abgelehnt haben, ein Fortschritt ist jedoch darin zu sehen, daß der Ministerausschuß der Auffassung ist, daß die diesbezüglichen Verhandlungen fortzusetzen seien. Darüber hinaus hat er beschlossen, daß die Frage der Beziehungen zwischen beiden Organisationen vor irgendeiner Entscheidung über die Freihandelszone geprüft und vermutlich gelöst werden müsse.

Hierin ist eine grundsätzliche Annahme des Standpunktes der Versammlung zu erblicken.

Der Ministerausschuß hat einen weiteren Beschluß gefaßt: solange OEEC und Europarat nicht verschmolzen sind, muß ihre Arbeit soweit wie möglich koordiniert werden. Dieser Entschluß entspricht den Auffassungen der Versammlung.

Schließlich soll jede Entschließung der Versammlung über wirtschaftliche Fragen vom Generalsekretär des Europarats unmittelbar an den Ministerrat der OEEC weitergeleitet werden. Bei dieser Sachlage hält es der Berichterstatter für nicht erforderlich, daß der Verbindungsausschuß zusammentritt, um seinerseits über die Überweisung von Empfehlungen wirtschaftlichen Charakters zu beraten.

Der Abg. *de la Vallée Poussin* wendet sich dann den Beziehungen zwischen der Beratenden Versammlung und der Versammlung der „Sechs“ zu und hebt hervor, daß der Präsident der Gemeinsamen Versammlung hierzu interessante Vorschläge gemacht hat: Schaffung

organischer Beziehungen zwischen beiden Versammlungen, Austausch von Berichten, gemeinsame Sitzungen und vor allem die Einrichtung eines ständigen Organs der drei Präsidien zur Vermeidung von jeder Doppelarbeit. Der Politische Ausschuß ist der Auffassung, daß ein solches Organ die gemeinsamen Sitzungen vorbereiten könne, die Tagesordnung aufstellen, die dringenden Fragen prüfen und die Folgen der Schaffung des Gemeinsamen Marktes für die ihm nicht angehörenden Länder untersuchen.

Betreffend den Sitz der Institutionen gibt der Berichterstatter dem Wunsch Ausdruck, daß die verantwortlichen Personen, im Rahmen geheimer Verhandlungen sich untereinander verständigen und dies im gemeinsamen Interesse ganz Europas tun mögen.

\*

Folgende Redner nahmen an der Aussprache teil: die Herren *Santero* (Ital., Christ. Dem.), *Brooman White* (Engl., Kons.), *Kirk* (Engl., Kons.), *Lannung* (Däne, Soz. Lib.), *Nicholson* (Engl., Kons.), *Flanagan* (Ire, Fianna Fail), *Jannuzzi* (Ital., Christ. Dem.), *Federpiel* (Däne, Lib.), *Cunningham* (Engl., Kons.), *Willey* (Engl., Lab.), *Furler* (Deutscher, CDU), *Strasser* (Österr., SPO), *Corniglion-Mollinier* (Franz., Soz. Rep.).

Zum Abschluß der Aussprache antwortete der Berichterstatter *Teitgen* den verschiedenen Rednern und erklärte, daß er die Schlußfolgerungen seines Berichtes aufrechterhalte und der Versammlung dessen Annahme empfehle.

Der Abg. *Lucifero* (Ital., Mon.) erklärte sodann zur Stimmabgabe, daß der Entwurf, welcher heute der Versammlung vorliege, nichts mehr mit seinem Antrag vom vergangenen Oktober gemeinsam habe. Da er der Auffassung sei, daß dieser Entwurf zu einer Auflösung des Europarats innerhalb der wirtschaftlichen Zuständigkeiten der OEEC führen würde und er damit einen großen Teil seiner politischen Substanz verliere, werde er gegen den Entwurf stimmen.

Der Entwurf einer Direktive wurde zur Abstimmung gebracht und angenommen.

#### Direktive 115

*Die Versammlung beauftragt das Präsidium mit der Bestellung einer kleinen Arbeitsgruppe aus Abgeordneten und Sachverständigen.*

*Der Auftrag dieser Arbeitsgruppe ist:*

- a) *Ausarbeitung der genauen Grundlage eines Abkommens über die Verschmelzung zwischen dem Europarat und der OEEC im Sinne der Stellungnahme Nr. 26 der während der Aussprache gemachten Vorschläge des Berichts des Generalsekretärs ad interim (Dok. 682) und der Arbeiten der Verbindungsausschüsse Europarat/OEEC;*
- b) *Ausarbeitung von Abänderungsanträgen zum Statut des Europarats auf der Grundlage des Berichts des Präsidiums (Dok. 763) und unter Berücksichtigung der in der Aussprache zum Ausdruck gekommenen Auffassungen.*

*Diese Arbeitsgruppe soll dem Präsidium Bericht erstatten, welches seinerseits die zuständigen Ausschüsse hinzuzieht und der Versammlung während des ersten Teiles der 10. Sitzungsperiode geeignete Vorschläge unterbreitet.*



Ein Antrag des Abgeordneten *Strasser* (Österr., SPO) betreffend eine Untersuchung über den Gebrauch und die Einführung von Amtssprachen wurde der oben genannten Arbeitsgruppe zur Prüfung überwiesen.

#### Zusammensetzung der Arbeitsgruppe

Die gemäß der Weisung 115 aufzustellende Arbeitsgruppe besteht aus folgenden 8 Abgeordneten: Herren *Dehousse* (Belg., Soz.), Präsident der Beratenden Versammlung, *Teitgen* (Franz., MRP), Vizepräsident, *Edwards* (Engl., Lab.), *de Menthon* (Franz., MRP), *Aktas* (Türke, Dem.), *Federspiel* (Däne, Lib.), *Badini-Conialonieri* (Ital., Lib.), *Kopf* (Deutscher, CDU), zu denen noch fünf Sachverständige treten werden.

#### Arbeitsprogramm des Politischen Ausschusses

Der Politische Ausschuss wird seine nächste Sitzung am 12. und 13. Februar in Paris abhalten. Bei dieser Gelegenheit wird der Ausschuss anlässlich der Sitzungen der Verbindungsausschüsse Europarat/OEEC ein Exposé von Vertretern der OEEC über die kürzlich geschaffene Atomenergiebehörde zur Kenntnis nehmen. Der britische Minister *Reginald Maudling* wird dem Ausschuss über die Verhandlungen betreffend die Schaffung einer Freihandelszone berichten.

Eine weitere Sitzung des Politischen Ausschusses wird voraussichtlich im März und unter Umständen in Berlin stattfinden. Auf dieser Sitzung wird der Ausschuss den Vorbericht seines neuen Berichterstatters über die allgemeine Politik, des Abg. *de Felice* (Franz., Rad. Soz.) prüfen.

Am 13. Februar tritt der Unterausschuss für die Hilfe an unterentwickelte Länder unter dem Vorsitz des Abg. *Devinat* (Franz., Rad. Soz.) zusammen.

#### Sondergruppe für die Koordinierung der Außenpolitik

Diese Gruppe, deren Auftrag es ist, die Möglichkeiten zur Herbeiführung einer besseren Koordinierung der Außenpolitik der Mitgliedsländer zu prüfen, hielt ihre zweite Sitzung am 30. und 31. Januar unter dem Vorsitz des Abgeordneten *de Menthon* (Franz., MRP) ab.

Der Generalsekretär des Europarats, Herr *Lodovico Benvenuti*, begleitete die Gruppe, welche von dem italienischen Außenminister *Pella*, dem Unterstaatssekretär im Außenamt *Folchi* sowie dem Generalsekretär dieses Ministeriums, *Rossi Longhi*, und dem politischen Direktor *Magistrati* empfangen wurde. Darüber hinaus hatte die Gruppe eine Reihe von Besprechungen mit italienischen Parlamentariern.

### III. WIRTSCHAFTSFRAGEN

#### Europäische Integration

Am 14. Januar legte der Abgeordnete *Heckscher* (Schwede, Kons.), Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses der Versammlung, den Bericht über die Koordinierung der Politik der Mitgliedstaaten beim GATT im Hinblick auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (Dok. 773) vor.

Der Berichterstatter erklärt, daß dieser Bericht auf Grund eines Empfehlungsentwurfes des Abgeordneten *Corniglion-Molinier* (Franz., Soz. Rep.) und mehrerer seiner Kollegen (Dok. 739 rev.) ausgearbeitet worden sei. Unter Bezugnahme auf die Entschliebung des Ministerausschusses vom 13. Dezember vergangenen Jahres betont der Berichterstatter, daß die Minister sich für die Entwicklung eines Konsultationsverfahrens zwischen den Mitgliedstaaten ausgesprochen haben, welches stets dann anzuwenden ist, wenn wichtige Fragen für den Europarat auftreten.

Eine Frage von entschiedener Wichtigkeit ist die Übereinstimmung der Auffassungen der Mitgliedsregierungen des Europarats bei den Verhandlungen des GATT.

Die Signatarmächte des römischen Vertrages, wie auch alle anderen Teilnehmer am GATT, müssen sich den durch dieses Abkommen vorgeschriebenen Bedingungen über die Schaffung von Zollunionen oder Freihandelszonen unterwerfen. Es erhebt sich die Frage, ob der Vertrag von Rom und GATT vereinbar sind? Die Signatäre des Vertrages halten die Vereinbarkeit für gegeben, auf jeden Fall muß diese Frage vom GATT mit der Mehrheit der Stimmen der 37 Teilnehmer, also 19 Stimmen gelöst werden. Aus diesem Grunde ist eine Koordinierung der Haltung der Mitglieder des Europarats in dieser Frage unerlässlich.

Vom politischen Standpunkt aus muß man scharfen Kritiken seitens außereuropäischer Länder entgegensehen mit Ausnahme der Vereinigten Staaten und Kanadas, welche eine wohlwollende Einstellung gezeigt haben. Gewisse Mitgliedsländer der OEEC, welche der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht angehören, haben bereits gewisse Bedenken angemeldet.

Der Wirtschaftsausschuss ist der Auffassung, daß man die Vorarbeiten für eine Konsultation und Koordinierung dem interministeriellen Ausschuss der OEEC zur Prüfung des Projektes einer Freihandelszone übertragen solle.

Der Vorschlag des Abg. *Corniglion-Molinier* wird vom Wirtschaftsausschuss grundsätzlich angenommen, jedoch erscheinen gewisse Abänderungen angebracht. So soll insbesondere ein neuer Abschnitt (Ziffer 3) betreffend die Entschliebung der Minister vom 13. Dezember eingefügt werden. Auch der nächste Abschnitt erfordert eine leichte redaktionelle Überarbeitung. Schließlich wird eine wesentliche Abänderung für wünschenswert gehalten: während Herr *Corniglion-Molinier* und seine Kollegen empfehlen, „daß die Mitgliedstaaten eine einheitliche Stellungnahme bei den Beratungen des GATT annehmen“, zieht der Wirtschaftsausschuss eine andere Formulierung vor: „daß die Mitgliedstaaten sich konsultieren, um ihre Haltung bei den Beratungen des GATT zu koordinieren.“

Diese Formulierung scheint erforderlich, um keine gemeinsame Reaktion seitens der nichteuropäischen Länder hervorzurufen, welche in diesem Falle eine ungünstige Wirkung auf die Tätigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft haben könnte.

In der allgemeinen Aussprache ergriffen folgende Redner das Wort: die Herren *Droulia* (Griechen, ERE), *van Remoortel* (Belg., Soz.), *Hay* (Engl., Kons.), *Willey*



(Engl., Lab.), *Hutchison* (Engl., Kons.), *van der Goes van Naters* (Holl., Lab.), *Le Hodey* (Belg., Christ. Soz.), *Temple* (Franz., MRP), *de Menthon* (Franz., MRP), *Federspiel* (Däne, Lib.), *Herr Heckscher*, Berichterstatter, antwortete auf die Debatte.

Am 17. Januar erörterte die Versammlung die Änderungsanträge der Abg. *de Menthon* und *Corniglion-Molinier* und mehrerer ihrer Kollegen. Der Antrag Nr. 1, welcher die Worte „koordinieren ihre Haltung“ durch die Worte „nehmen eine gemeinsame Haltung ein“ ersetzen sollte, wurde zurückgezogen.

Der zweite Antrag, welcher einen Absatz nach Ziffer 4 einfügt und die Formulierung von Ziffer 5 ändert, wurde angenommen.

Die Versammlung hat den Empfehlungsentwurf alsdann einstimmig angenommen.

#### Empfehlung 157

Die Versammlung hat wiederholt die Annahme einer gemeinsamen Politik der Mitgliedstaaten bei internationalen Organisationen empfohlen. In ihrer Empfehlung vom Mai 1957 hat die Versammlung wärmstens die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft begrüßt, in der sie einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zur europäischen Einheit und einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens erblickt.

Die Versammlung stellt fest, daß der Ministerausschuß am 13. Dezember 1957 in seiner Entschliebung (57) 26 erklärt hat, daß er davon überzeugt ist, daß die internationale Lage die Ausarbeitung und Anwendung einer gemeinsamen Politik der Mitgliedstaaten in allen wesentlichen Problemen Europas dringend erforderlich macht.

Während ihrer in den nächsten Monaten erfolgenden Beratungen werden die Mitgliedstaaten des GATT sich über die Vereinbarkeit des römischen Vertrages mit den Bestimmungen des GATT zu äußern haben.

Die „Sechs“ haben stets ihre Entschlossenheit versichert, die Solidarität zwischen der Gesamtheit der europäischen Länder zu stärken und sie haben vor allem ihren lebhaften Wunsch bekundet, daß andere europäische Institutionen sich in einem zweiseitigen oder mehrseitigen Rahmen am Gemeinsamen Markt beteiligen mögen.

In diesem Zusammenhang sind Verhandlungen geführt worden, um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durch die Assoziierung anderer Mitgliedsländer der OEEC im Rahmen einer Freihandelszone zu erweitern.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Erwägungen empfiehlt die Versammlung dem Ausschuß, daß die Mitgliedstaaten sich konsultieren, um ihre Haltung bei den zukünftigen Beratungen des GATT über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu koordinieren.

Dem Ministerausschuß wird ebenfalls empfohlen, den Rat der OEEC zu ersuchen, diese Fragen auf die Tagesordnung des interministeriellen Ausschusses zu setzen, welcher zur Zeit mit den Empfehlungen über die Freihandelszone befaßt ist, da dieses Organ am geeignetsten erscheint, um das gewünschte Ergebnis zu erreichen.

#### Arbeitsprogramm des Wirtschaftsausschusses

Der Ausschuß beansprucht, die Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Freihandelszone zu verfolgen. Die Berichterstatter für diese

Arbeitsgebiete sind die Abg. *Leverkühn* (Deutscher, CDU) u. *Hay* (Engl., Kons.). Für die Arbeitsgebiete OEEC, Euratom und ganz allgemein die Fragen der Kernenergie, wurde der Abg. *De Geer* (Schwede, Lib.) bestellt.

Die Unterausschüsse setzen ihre begonnenen Arbeiten fort:

Ost-West-Handel: Abg. *Kalbitzer* (Deutscher, SPD); Kanal-Tunnel: Abg. *Molter* (Belg., Soz.);

Entwicklung Afrikas: Abg. *Le Hodey* (Belg., Christ. Soz.);

Mineralöl-Versorgung Europas: Abg. *Costello* (Ire, Fine Gael).

Der vierte Bericht der Europäischen Verkehrsministerkonferenz an die Beratende Versammlung wird voraussichtlich von der Vollkommission im März geprüft werden und ein Entwurf für eine Antwort der Versammlung auf der Frühjahrstagung vorgelegt. Berichterstatter: Abg. *Vos* (Holl., Lab.).

#### Arbeitsprogramm des Landwirtschaftsausschusses

Dieser Ausschuß wird der Versammlung auf ihrer nächsten Sitzung einen Empfehlungsentwurf über Schlachtvieh und Fleisch vorlegen sowie einen weiteren Empfehlungsentwurf über den Kampf gegen die Maul- und Klauenseuche. Die Berichterstatter sind die Abg. *Willey* (Engl., Lab.) u. *Charpentier* (Franz., MRP).

Ein Empfehlungsentwurf über die gegenseitige Anerkennung von landwirtschaftlichen Diplomen wurde von der Versammlung zuständigkeitshalber an den Kulturausschuß überwiesen und gleichzeitig an den Landwirtschaftsausschuß zur Stellungnahme. Der Ausschuß wird diese Frage zu gegebener Zeit prüfen (Berichterstatter: Abg. *Charpentier*).

Der Ausschuß beabsichtigt, zwei weitere Berichte auszuarbeiten: über die Fischindustrie, Berichterstatter *de Kinder* (Belg., Soz.), und über Weinerzeugung und Weinhandel in Europa, Berichterstatter *Laborbe* (Franz., Bauernpartei).

## IV. RECHTSFRAGEN

### Europäisches Dienstrecht

Am 17. Januar befaßte sich die Versammlung mit einem Bericht des Rechtsausschusses und des Haushaltsausschusses über das europäische Dienstrecht. An Stelle des verhinderten Berichterstatters, Abgeordneter *Bichet* (Franzose, MRP), führte es Abgeordnete *Codacci-Pisanelli* (Italiener, Christ. Dem.) den Bericht ein und wies auf die Zweckmäßigkeit des Vorhandenseins eines wohlgedachten europäischen Dienstrechtes für alle europäischen Institutionen hin.

Der Berichterstatter war der Auffassung, daß hier die Schaffung eines besonderen Beamten- und Dienstrechtes erforderlich sei, welches es den Beamten ermöglicht, von einer zur anderen Organisation versetzt zu werden. Die Beamten müssen durch eine Sozialversicherung gedeckt werden und durch eine besondere Verwaltungsgerichtsbarkeit.



An der Aussprache nahmen teil die Abgeordneten Cunningham (Engl., Kons.) und Duynstee (Holl., Kath. Volksp.).

Die Versammlung nahm einstimmig die folgende Empfehlung an:

Empfehlung Nr. 155

Die Versammlung weist auf die Entschließung des Ministerausschusses (55) 19 vom 12. Oktober 1955 hin, durch welche eine Arbeitsgruppe zum Studium der Fragen eines europäischen Dienstrechtes eingesetzt wurde.

Diese Arbeitsgruppe sollte Vorschläge für eine Angleichung der verschiedenen bestehenden Dienstrechte und die Zusammenarbeit der Organisationen auf dem Gebiet der Verwaltung ausarbeiten.

Dieser Bericht vom 2. Juli 1957 (Dok. 717) wurde zur Kenntnis genommen.

Die Versammlung beauftragte mit ihrer Weisung Nr. 95 vom 21. April 1956 ihren Rechtsausschuß, die Arbeiten dieser Gruppe zu verfolgen und der Versammlung zu gegebener Zeit die ihr zweckmäßig erscheinenden Vorschläge zu unterbreiten.

Auf Grund der Empfehlung 136 vom 3. Mai 1957 wurde der Auftrag der Arbeitsgruppe erweitert. Die Versammlung hat wiederholt den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß ein echtes europäisches Beamtenkorps geschaffen werden möge, und ist überzeugt, daß ein europäisches Dienstrecht für die Gesamtheit der europäischen Organisationen und ihre wirksame Tätigkeit unerlässlich ist. Aus diesem Grunde ist die Versammlung der Ansicht, daß alle Versuche zur Verwirklichung eines solchen Dienstrechtes gefördert werden müssen. Angesichts des verschiedenartigen Charakters der europäischen Organisationen sollte die Einrichtung eines europäischen Dienstrechtes vor allem aus einer Reihe von Maßnahmen bestehen, welche die Schaffung eines europäischen Beamtenkorps ermöglichen.

Die Versammlung empfiehlt daher dem Ministerausschuß:

1. die besondere Aufmerksamkeit der Arbeitsgruppe für das europäische Dienstrecht auf das vordringliche Studium folgender Fragen zu lenken:
  - a) Erleichterung des Überganges eines Beamten von einer Organisation zur anderen;
  - b) Schaffung eines zentralen Einstellungsbüros, welches die Einstellungsgesuche den Sekretariaten der europäischen Organisationen übermittelt;
  - c) Einführung einer Sonderausbildung für zukünftige europäische Beamte;
  - d) Einrichtung eines gemeinsamen Verwaltungsgerichtes für alle europäischen Organisationen zur Regelung von Streitigkeiten über die Anwendung der Personalstatuten der europäischen Organisationen;
  - e) Schaffung eines vollständigen Versorgungssystems, welches nach Möglichkeit für alle Organisationen gilt;
2. die Umwandlung der bestehenden Arbeitsgruppe in ein ständiges Koordinationsorgan;
3. im Interesse der Angleichung und der Vereinheitlichung der bestehenden Dienstrechte sollen den parlamentarischen und Exekutivorganen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom die Schlußfolgerungen aus den Beratungen der erwähnten Arbeitsgruppe übermittelt werden; das gleiche gilt für die Stellungnahmen der Beratenden Versammlung.

Privatrechtliches Schiedsverfahren in internationalen Beziehungen

Am 17. Januar erörterte die Versammlung einen Bericht des Rechtsausschusses über dieses Thema. In Vertretung des Berichterstatters, des Abg. Wahl (Deutscher, CDU) erläuterte der Abg. Lannung (Däne, Soz. Lib.) die Unterschiede zwischen den zivilrechtlichen Schiedsverfahren der Mitgliedstaaten des Europarats und die Schwierigkeiten, welche sich aus diesen Verschiedenheiten ergeben. Da man nicht weiß, ob ein bestimmtes Gesetz in einem gegebenen Falle anwendbar ist, kann man nie sicher sein, ob abgeschlossene Verträge auch gültig sind. Am 14. September 1954 hatte die Versammlung dem Ministerausschuß mitgeteilt, daß dieser Fragenkomplex einer näheren Prüfung durch Sachverständige bedürfe und daß man hier eine Vereinheitlichung der Gesetzgebungen anstreben sollte.

Der Rechtsausschuß nahm zur Grundlage seiner Arbeiten den vom Internationalen Privatrechtswissenschaftler in Rom ausgearbeiteten Entwurf. Der Ausschuß bringt den Sachverständigen dieses Instituts, welche bei den Arbeiten behilflich waren, seinen Dank zum Ausdruck.

Nach einer Stellungnahme des Abg. Cunningham wurde die folgende Empfehlung einstimmig angenommen:

Empfehlung 156

Die Versammlung erinnert daran, daß der Ministerausschuß in seiner Sonderbotschaft vom 20. Mai 1954 die Absicht verkündet hat, daß der Versuch der Vereinigung und der Angleichung der Gesetzgebungen der Mitgliedstaaten unternommen werden soll. Die Versammlung sollte in diesem Zusammenhang Vorschläge unterbreiten (Dok. 239 § 87).

Die Versammlung hat in Beantwortung der genannten Sonderbotschaften in ihrer Stellungnahme Nr. 12 vom 24. September 1954 (§§ 32 u. 33) festgestellt, daß das internationale Schiedsverfahren auf dem Gebiete des Privatrechts dringend auf die Möglichkeiten einer Vereinheitlichung der Gesetzgebungen in den Mitgliedsländern geprüft werden sollte.

Auf der Grundlage des Gesetzentwurfes über das internationale Schiedsverfahren im Bereich des Privatrechts, welcher vom Internationalen Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts ausgearbeitet worden ist, wurde der gesamte Problemkreis eingehend geprüft, und es wurde festgestellt, daß die Vereinheitlichung der Gesetzgebungen auf diesem Gebiet möglich und außerordentlich wünschenswert ist.

Die Versammlung erinnert daran, daß es das Ziel des Europarats ist, eine größere Einigkeit herzustellen, und daß dieses Ziel, gemäß Artikel 1 des Statuts, durch gemeinsame Maßnahmen auf dem Gebiete der Gesetzgebung erreicht werden kann.

Nach einer Prüfung der auf diesem Gebiet von den Vereinten Nationen und ihrer Wirtschaftskommission für Europa durchgeführten Arbeiten, und eingedenk des Wunsches des Ministerausschusses, daß eine europäische Lösung dann erstrebenswert erscheint, wenn auf einer größeren Ebene sich unüberwindliche Schwierigkeiten bieten, sowie nach Prüfung des Berichtes ihres Rechtsausschusses (Dok. 769), empfiehlt die Versammlung dem Ministerausschuß:

1. die Bestellung eines Ausschusses von Regierungssachverständigen mit dem Auftrag, den Entwurf einer europäischen Konvention über das Schieds-



*verfahren in internationalen privatrechtlichen Beziehungen auszuarbeiten;*

*der Entwurf des Internationalen Instituts für die Vereinheitlichung des Privatrechts in Rom soll als Grundlage der Arbeiten dienen, einschließlich der Abänderungen, welche der Ausschuß in seinem Bericht hervorhebt;*

2. *der Entwurf einer Konvention soll der Versammlung vor einer endgültigen Verabschiedung durch den Ministerausschuß zur Stellungnahme vorgelegt werden.*

#### Arbeitsprogramm des Rechtsausschusses

Die nächste Sitzung des Rechtsausschusses wird am 21. und 22. März in Brüssel stattfinden. Die Tagesordnung dieser Sitzung enthält folgende Punkte:

Verringerung der Fälle von mehrfacher Staatsangehörigkeit (Berichterstatter Abg. Wahl, Deutscher, CDU); Verunreinigung des Meerwassers durch Atom Müll (Berichterstatter Abg. Lannung, Däne, Soz. Lib.);

Das internationale Recht im Raum oberhalb der Atmosphäre (Berichterstatter Abg. Toncic, Österr., ÖVP); Schaffung eines europäischen Obergerichtes (Berichterstatter Abg. Strasser, Österr., SPÖ);

Abkommen über das auf Unterhaltsverpflichtung für Kinder anwendbare Recht (Berichterstatter Abg. Flanagan, Ire, Fianna Fail).

Über diesen letzten Punkt wird der Versammlung ein Empfehlungsentwurf auf der nächsten Sitzung im April vorgelegt werden.

Der Unterausschuß für die Vereinfachung der Grenzformalitäten hält seine nächste Sitzung am 22. März in Brüssel ab. Der Abg. Pinton (Franz., RGR) wird über die Arbeiten des Sonderausschusses berichten.

Am 20. März tagt der Unterausschuß für Strafrechtsreform in Brüssel und wird mit der Strafrechtskommission von Benelux Besprechungen führen.

#### Fernsehen

Der Ausschuß der Regierungssachverständigen, welcher mit der Prüfung der Empfehlungen des Berner Büros für die Beseitigung von Hindernissen für den Austausch von Fernsehprogrammen beauftragt ist, tagte vom 13. bis 17. Januar unter dem Vorsitz von Professor Bodenhausen (Holland).

Diese Behinderungen sind von zweierlei Art: zunächst einmal müssen die Sender heute eine vorherige Genehmigung bei den Berufsorganisationen einholen, wenn sie Werke dramatischen oder musikalischen Inhaltes zu senden beabsichtigen und in jedem Einzelfalle die Frage des Honorars aushandeln. Dieses Verfahren gilt nicht für die Musikwerke, deren Verwaltung einer Inkassogesellschaft übertragen ist, welche allgemeine Genehmigungen für den gesamten Bereich ihres Repertoires vergibt.

Die Sachverständigen schlagen vor, daß dieses Verfahren der allgemeinen Genehmigung und der Pauschalhonorierung auf eine ganze Reihe von Werken, welche in einer Liste aufgeführt, ausgedehnt werden soll. Auf diese Weise werden die Rundfunk- und Fernsehgesellschaften nicht mehr wie bisher die oft schwierigen Vorverhandlungen zu führen haben.

Das zweite Hindernis liegt darin, daß der Rechtscharakter von Fernsehfilmen in den verschiedenen europäischen Ländern so außerordentlich verschieden ist, daß zum Beispiel die Autorenrechte an dem gleichen Film in den verschiedenen Ländern verschiedenen Personen zustehen können.

In einem Vorschlag an den Ministerausschuß stellen die Sachverständigen die Notwendigkeit der Schaffung eines europäischen Übereinkommens über Fernsehfilme fest.

Die nächste Sitzung dieser Sachverständigengruppe wird in einigen Monaten stattfinden.

#### Untersuchungen auf Cypern

Am 28. Januar wurde in Nicosia (Cypern) von dem Unterausschuß der Europäischen Menschenrechtskommission die folgende Pressemitteilung bekanntgegeben (bekanntlich hat sich der Unterausschuß am 13. Januar zur Durchführung seiner Untersuchungen nach Cypern begeben (vgl. Mitt. des Europarats, 8. Jahrg., Nr. 1—IV):

*Der Unterausschuß der Europäischen Menschenrechtskommission hat seine Untersuchungen auf Cypern beendet.*

*Die Aufgabe des Unterausschusses war es, sich über folgende Punkte Aufklärung zu verschaffen:*

- a) *Vorhandensein und augenblickliche Bedeutung einer öffentlichen Gefahr, welche das Leben der Nation bedroht — im Sinne des Art. 15 der Menschenrechtskonvention — und welche gewisse Einschränkungen dieser Konvention rechtfertigen.*
- b) *Umstände, unter welchen die Bestimmungen über die Ausgangssperren in gewissen Fällen angewandt worden sind.*

*Andere Fragen, welche im Zuge der Beschwerde der griechischen Regierung gegen die britische Regierung erwähnt wurden, haben den Gegenstand von schriftlichen und mündlichen Konsultationen vor dem Unterausschuß in Straßburg gebildet. Es war daher nicht erforderlich, diese Fragen während des Aufenthalts auf Cypern zu untersuchen. Der Unterausschuß hat Personen, welche die verschiedenen Elemente der cyprischen Gemeinschaft vertreten, als Zeugen vernommen und auch die Stellungnahme der Regierung von Cypern eingeholt. Der Unterausschuß hat ins einzelne gehende Erkundigungen über die in seinem Auftrag enthaltenen Fragen eingeholt.*

*Der Unterausschuß bedauert, daß er nicht alle Personen vernehmen konnte, die sich gemeldet hatten, und auch nicht auf alle erhaltenen Briefe antworten konnte. Der Grund hierfür liegt nicht in einem Mangel an Interesse für die von diesen Personen vorgebrachten Probleme, sondern darin, daß der Unterausschuß bereits ausreichende Informationen über die allgemeine Problematik erhalten hatte und auch darin, daß die Prüfung von individuellen Beschwerden nicht im Rahmen seines Auftrages lag.*

*Die Regierung von Cypern hat dem Unterausschuß volle Freiheit bei der Durchführung dieser Aufgabe gelassen und die Durchführung dieser Aufgabe in dankenswerter Weise unterstützt. Der Unterausschuß hebt den herzlichen Empfang besonders hervor, den er in den besuchten Städten und Dörfern gehabt hat. Das Vertrauen, welches alle vor dem Unterausschuß ausagenden Personen gezeigt haben, ist besonders hervorzuheben; ohne die Mitarbeit aller Zeugen hätte der Unterausschuß seine Aufgabe nicht mit Erfolg durchführen können.*



Der Bericht des Unterausschusses über seine Untersuchungen auf Cypern wird in Straßburg zugleich mit den übrigen Problemen, welche die griechische Beschwerde aufwirft, geprüft werden. Der Gesamtbericht wird der Vollkommission der Menschenrechte vorgelegt werden, diese wird schließlich einen Bericht an den Ministerausschuß des Europarats erstatten.

Im Augenblick seiner Abreise wünschte der Unterausschuß dem Volk auf Cypern eine Botschaft des guten Willens und der Mäßigung zu senden. Der volle Genuß der Menschenrechte und die Achtung der menschlichen Würde können nur unter der Bedingung des Friedens und der sozialen Ruhe gesichert werden. Im Geiste der Toleranz und der gegenseitigen Anerkennung wird es immer möglich sein, die Mittel und Wege zur Garantierung der Rechte und der Freiheiten des Individuums zu finden. Keine Anstrengung darf ausgelassen werden, um aus der schönen Insel Cypern ein Gebiet zu schaffen, auf dem es sich gut leben läßt.

#### Behandlung von juristischen Personen

Der Sachverständigenausschuß für die Frage der Behandlung von juristischen Personen tagte vom 20. bis 29. Januar unter dem Vorsitz von Herrn Sture Petren (Schweden) in Straßburg. Die Grundzüge für einen Vorentwurf über die Niederlassung und die Behandlung von fremden juristischen Personen innerhalb der Mitgliedsländer des Europarats wurden fertiggestellt. Dieser Text sieht vor, daß den ausländischen Gesellschaften auf der Basis der Gegenseitigkeit die gleiche Behandlung wie den inländischen Gesellschaften zugesichert wird.

Insbesondere bezieht sich diese Regelung auf Handels- und Industriegesellschaften und Niederlassungen sowie Filialen, welche ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der fünfzehn Mitgliedsländer ausüben wollen. Die mit der Schaffung des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone auftauchenden Probleme werden bei dieser neuen Regelung in Rechnung gestellt werden.

### V. SOZIALE FRAGEN

#### Wohnraumprobleme in Europa

Am Nachmittag des 16. Januar legte Herr Pierre Courant (Franzose, unabh. Bauernp.) im Namen des Sozialen Ausschusses den Bericht über gewisse soziale und finanzielle Probleme des Wohnraumes in Europa vor. (Dok. 709)

Der Berichtersteller erklärte, daß der Sozialausschuß vor der Ausarbeitung seines Berichtes die Erfahrungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens in verschiedenen Ländern Westeuropas zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht hat. Acht positive Vorschläge wurden zur Grundlage dieses der Versammlung vorliegenden Berichtes gemacht.

1. Es ist erforderlich, die Grundsätze des Volkswohnungsbaues festzulegen, den man auch „sozialen Wohnungsbau“ nennen kann. Der Ausschuß begnügt sich nicht mit der Beschaffung von Wohnraum für Personen, welche aus eigenen Mitteln hierzu in der Lage sind, sondern es handelt sich um die Wohnraumbeschaffung für Bedürftige. Der Sozialausschuß ist der Auffassung, daß die Aufmerksamkeit der Regierungen

darauf gelenkt werden muß, daß es zur Zeit erforderlich ist, den sozialen Wohnungsbau nicht im Hinblick auf die Zahlungsfähigkeit der Benützer zu betreiben, sondern im Hinblick auf die Notwendigkeit zur Erstellung von Wohnraum, welcher den Bedürfnissen der Menschen entspricht.

2. Der Ausschuß ist einstimmig der Auffassung, daß die Einführung von Typenhäusern und einer genormten Bauweise zu empfehlen ist. Auf diese Weise werden die Baukosten durch die Standardisierung einer großen Zahl von Bauelementen gesenkt werden können.

3. Es erscheint erforderlich, einen gemeinsamen Leistungsstandard für den Bauarbeiter festzulegen, insbesondere, um den Austausch von Arbeitskräften zwischen den Ländern zu erleichtern. Es wird den Regierungen vorgeschlagen, das Internationale Arbeitsamt aufzufordern, für jedes westeuropäische Land eine Qualifikationsliste der einzelnen Sparten des Bauhandwerkes aufzustellen.

4. Der Ausschuß betont, daß der Bau von Wohnvierteln oder großen Wohnblocks es erforderlich macht, daß auch gleichzeitig die kulturellen und sozialen Einrichtungen bereitgestellt werden.

5. Der Sonderfall derjenigen Personen, welche in der Arbeitsfähigkeit beschränkt sind, oder der alten und alleinstehenden Personen, welche eine Einzelwohnung nicht bewohnen können oder wollen, muß berücksichtigt werden. Der Ausschuß empfiehlt, daß die Mitgliedsländer sich bemühen, Gemeinschaftswohnungen zu geringem Preis für diese Personengruppen zur Verfügung zu stellen.

6. In der Frage der Mietpreise und Steuern betont der Ausschuß, daß die praktische Erfahrung zeigt, daß zu niedrige Mietpreise, welche beispielsweise den Unterhalt der Häuser nicht ermöglichen, stets zu dem Ergebnis führen, daß die Zahl der Mieter sich verringert oder daß diese wegen mangelnden Unterhalts der Häuser immer schlechter untergebracht sind.

7. Die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues erfordert, daß der Staat in der Lage ist, gegen jede Grundstücksspekulation anzugehen; die Öffentliche Hand muß das Recht zur Enteignung zu angemessenen Preisen haben. Der Ausschuß ist im übrigen der Ansicht, daß der beste Weg zum Bauen darin besteht, die Baugesellschaften durch Bereitstellung von Kapital zu unterstützen und die Verwendung privaten Kapitals.

8. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß die Frage, ob Einzelhäuser oder Wohnblocks vorzuziehen sind, nicht prinzipiell gelöst werden kann, er nimmt daher keine feste Stellung zu dieser Frage.

In der Aussprache ergriffen die Abgeordneten Radius (Franzose, Soz. Rep.), Bauer (Deutscher, SPD), Hay (Engl., Kons.) das Wort. Der Bericht wurde am Freitag, dem 17. Januar, zur Abstimmung gebracht und als Empfehlung Nr. 154 einstimmig angenommen. Auf Grund eines Abänderungsantrages des Abgeordneten Birkelbach (Deutscher, SPD) wurde der Abschnitt 6. betreffend Mietpreise und Steuern an den Sozialausschuß zur nochmaligen Prüfung zurücküberwiesen.



## VI. KULTURELLE FRAGEN

### Anerkennung der Auslandssemester

Der Ständige Vertreter Großbritanniens hat den Generalsekretär mit Schreiben vom 2. Januar davon unterrichtet, daß die Europäische Konvention über die Anerkennung von Auslandssemestern auf Rhodesien und Nyassaland ausgedehnt worden sind.

### Arbeitsprogramm des Kulturausschusses

Am 13. Januar tagte der Kulturausschuß in Straßburg, um sein Arbeitsprogramm festzulegen. Als Vertreter im Gemischten Kulturausschuß wurden die Abgeordneten Carl Czernetz (Österr., Soz.), Gregoire (Luxembg., Christ. Soz.), Kraft (Däne, Kons.), van Remoortel (Belg., Soz.), Russel (Engl., Kons.) bestellt.

Der Ausschuß billigte einen Arbeitsplan des Abgeordneten Gregoire betreffend die Frage der Entwicklung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung in den europäischen Ländern und beschloß eine große Aussprache über „Die Krise der wissenschaftlichen Forschung in Europa“ für die nächste Sitzungsperiode der Versammlung vorzubereiten.

Die nächste Sitzung des Ausschusses wird vom 1. bis 3. April in Athen stattfinden.

## VII. BEVÖLKERUNG UND FLÜCHTLINGE

### Besuch von Herrn Schneider in Deutschland

Am 22. und 23. Januar stattete der Sonderbeauftragte des Europarats für die Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse der Bundesrepublik Deutschland einen offiziellen Besuch ab. Herr Schneider besichtigte das Flüchtlingslager in Friedland, in dem sich zur Zeit Rücksiedler aus den unter polnischer Verwaltung stehenden Gebieten befinden. In Bonn hatte Herr Schneider Besprechungen mit den Staatssekretären im Arbeits- und im Wirtschaftsministerium sowie mit dem Finanzminister und dem Minister für gesamtdeutsche Fragen.

Herr Schneider wurde von Bundeskanzler Dr. Adenauer, Außenminister von Brentano und Staatssekretär Hallstein empfangen und wurde anlässlich seines Besuches im Bundestag während der Plenarsitzung vom 23. Januar von Vize-Präsident Carlo Schmid begrüßt.

### Schaffung eines Flüchtlingsausschusses

Die Versammlung hat eine Entschliebung betreffend die Schaffung eines Flüchtlingsausschusses angenommen (vgl. unter „Geschäftsordnung“).

## VIII. NICHT VERTRETENE NATIONEN

### Befreiung politischer Gefangener

Am 14. Januar befaßte sich die Versammlung mit dem Bericht des Ausschusses für die nicht vertretenen Nationen über die Befreiung politischer Gefangener in Mittel- und Osteuropa (Dok. 767). Der Bericht wurde vom Abgeordneten Strasser (Österr., Soz.) vorgetragen.

Der Berichterstatter erinnerte die Versammlung an ihre Entschliebung Nr. 107 vom Oktober 1956, in welcher die Befreiung der politischen Gefangenen in Ost-

Europa gefordert wurde. Die Tatsache, daß die Entschliebung unter dem Eindruck des Aufstandes in Ungarn gefaßt wurde und daß sie einem Ausschuß überwiesen wurde, dessen Zuständigkeit sich auf die im Europarat nicht vertretenen Nationen beschränkt, erklärt, warum dieser Bericht sich nur auf politische Gefangene in diesen Gebieten Europas bezieht.

Die Führer der Sowjet-Union sind der Weltmeinung gegenüber empfindlich. Dies wird bewiesen durch die Tatsache, daß nach einer Welle der Proteste, an denen sich die Ausschüsse des Europarats beteiligten, es möglich gewesen ist, eine Reihe von ungarischen Journalisten und Schriftstellern dem Tode zu entreißen. Man muß sich darüber Rechenschaft ablegen, daß auf der anderen Seite des Eisernen Vorhanges eine neue Situation entstanden ist. Wenn man heute von Opfern der kommunistischen Regime spricht, ist dieser Ausdruck vielleicht nicht angemessen: es handelt sich vielmehr um Märtyrer, da sehr oft diese Gefangenen die Wahl zwischen einem unwürdigen Dasein und dem Gefängnis haben. Es ist die Pflicht der Abgeordneten der Versammlung, diese Tatsache ins Gedächtnis zurückrufen und darauf hinzuweisen, daß diese Gefangenen Geiseln der freien Welt sind.

An der Aussprache beteiligten sich die Abgeordneten Altmaier (Deutscher, Christ. Dem.), Kirk (Engl., Kons.), Rolin (Belg., Soz.), Pezet (Franzose, MRP), Wistrand (Schwede, Kons.) und Codacci-Pisanelli (Ital., Christ. Dem.).

Der Abgeordnete Kirk stellte einige Fragen zu der der Entschliebung Nr. 107 beigefügten Liste mit den Namen von tausend politischen Gefangenen in den genannten Ländern. Die Versammlung beschloß, den Ausschuß um die Aufstellung einer neuen Liste mit präzisen Vorschlägen zu bitten. Der Präsident der Versammlung gab bekannt, daß er seine Demarchen bei den Empfängern der im Jahre 1956 abgesandten Briefe erneuern werde.

Der vom Abgeordneten Strasser vorgelegte Entschliebungs-Entwurf wurde einstimmig angenommen.

### Entschliebung 142

Die Versammlung erinnert an ihre Entschliebung 107 betreffend eine Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Mittel- und Ost-Europa und stellt fest, daß eine große Zahl von politischen Gefangenen noch nicht wieder in Freiheit gesetzt worden ist und daß eine neue Welle von Verhaftungen und Deportationen, vor allem in Ungarn und der Sowjet-Union, festgestellt worden ist.

Die Versammlung appelliert noch einmal an die öffentliche Meinung der Welt und fordert die sofortige Befreiung dieser Personen.

## IX. GESCHAFTSORDNUNG

### Neuer Flüchtlingsausschuß

Auf Grund des Berichtes des Abgeordneten Kraft (Däne, Kons.) hat die Versammlung am 14. Januar die folgende Entschliebung verabschiedet:

### Entschliebung 144

Mit Beginn der 10. Ordentlichen Sitzungsperiode wird ein Ausschuß für Bevölkerung und Flüchtlinge von fünfzehn Mitgliedern geschaffen. Der Ausschuß für soziale Fragen wird von diesem Zeitpunkt an dem



neuen Ausschuß alle Angelegenheiten übertragen, welche die Probleme der Bevölkerungsüberschüsse und der Flüchtlinge zum Gegenstand haben.

Abschnitt 1 des Artikels 40 der Geschäftsordnung wird dementsprechend wie folgt abgeändert:

- „10. Ausschuß für Bevölkerung und Flüchtlinge.  
11. Haushalts-Ausschuß“.

#### Ausschuß-Überweisungen

Auf Antrag des Abgeordneten *Kraff* nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung betreffend die mehrfache Ausschuß-Überweisung an.

#### Entschließung 143

Abschnitt 3 des Artikels 14 der Geschäftsordnung wird wie folgt abgeändert:

„Jedes Dokument der in Abschnitt 1 genannten Art wird vom Präsidium an den zuständigen Ausschuß zur Prüfung überwiesen. Das Präsidium holt bei der nächsten Sitzung die Zustimmung zu dieser Überweisung nach.

Ein Dokument kann zur Prüfung der Grundsatzfrage nur an einen Ausschuß überwiesen werden; jeder andere Ausschuß kann um Stellungnahme gebeten werden.“

#### X. VERSCHIEDENES

Die griechische Regierung hat an den Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn *Fernand Dehousse*,

eine offizielle Einladung zu einem Besuch in Griechenland in der Zeit vom 23. bis 27. März ergehen lassen.

Anläßlich des 75. Geburtstages von Herrn *Eduard Ludwig*, dem Ständigen Vertreter Österreichs beim Europarat, haben der Generalsekretär des Europarats, Herr *Lodovico Benvenuti*, der stellvertretende Generalsekretär, Herr *Dunstan Curtis*, sowie der Direktor der Presse- und Informationsabteilung, Herr *Paul M. G. Lévy*, dem Jubilar ihre Glückwünsche übermittelt.

Die Abgeordneten *Carlo Schmid*, Vizepräsident des Bundestages, und *Kurt-Georg Kiesinger*, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, beide seit langen Jahren Abgeordnete der Beratenden Versammlung des Europarats, wurden mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Republik Italien ausgezeichnet.

Senat und Abgeordnetenkommission der Republik Italien haben der Ratifikation des Teilabkommens des Europarats über den Wiederansiedlungs-Fonds zugestimmt.

Der ehemalige Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat, Dr. *Carstens*, wurde zum Leiter der Europa-Abteilung im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik bestellt.

Im türkischen Außenministerium wurde eine Abteilung für Europafragen geschaffen.

#### VORLAUFIGER TERMINKALENDER

- |                               |   |                          |  |
|-------------------------------|---|--------------------------|--|
| 4. Februar und folgende Tage: | 56. Sitzung der Stellvertreter der Minister (Straßburg).  | 17. bis 21. Februar:     | Regierungs-Sozialkomitee (Straßburg).  |
| 4. u. 5. Februar:             | Unterausschuß des Sozialausschusses: Wirtschaftliche Entwicklung der unterentwickelten Gebiete (Paris).   | 19. bis 26. Februar:     | Sachverständigenausschuß für die Zwangsversicherung von Kraftfahrzeugen (Straßburg). |
| 10. Februar:                  | Arbeitsgruppe für eine institutionelle Reform (Paris).  | 20. bis 22. Februar:     | Verwaltungsrat des Wiederansiedlungsfonds (Paris).                                   |
| 11. bis 15. Februar:          | Rechtssachverständigen - Ausschuß des Lenkungsausschusses des Wiederansiedlungsfonds des Europarats (Straßburg).  | 24. bis 28. Februar:     | Außerordentliche Sitzung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (Straßburg).           |
| 12. Februar:                  | Politischer Ausschuß  | 25. u. 26. Februar:      | Präsidium der Kultursachverständigen (Straßburg).                                    |
| 12. u. 13. Februar:           | Verbindungsausschuß Europarat/OEEC unter Mitwirkung von Mitgliedern des Politischen, des Wirtschafts- und des Ausschusses für die Landwirtschaft (Paris). | 25. u. 26. Februar:      | Lenkungsausschuß des Wiederansiedlungsfonds (Paris).                                 |
| 13. Februar:                  | Politischer Ausschuß: Unterausschuß für die unterentwickelten Gebiete (Paris).  | 28. Februar bis 1. März: | Unterausschuß für die Anerkennung von Schulabgangszeugnissen (Straßburg).            |
|                               |   | 3. u. 4. März:           | Auswahlkomitee für die Erteilung von Stipendien des Europarats (Straßburg).          |



- |  |  |
|--|--|
| <p>3. u. 4. März:</p> <p>Unterausschuß des Wirtschaftsausschusses für die wirtschaftliche Entwicklung von Afrika (Straßburg).</p> <p>Gemeinsame Sitzung des Unterausschusses Nr. 2 des Politischen Ausschusses (Hilfe für unterentwickelte Gebiete) und des Unterausschusses des Wirtschaftsausschusses für die wirtschaftliche Entwicklung von Afrika (Paris).</p> <p>3. bis 5. März:</p> <p>Sonderausschuß von hohen Beamten für die Vereinfachung der Grenzformalitäten (Athen).</p> <p>4. bis 7. März:</p> <p>12. Sitzungsperiode der Experten für Sozialversicherung (Straßburg).</p> <p>7. März:</p> <p>Verbindungsausschüsse Europarat/OEEC unter Mitwirkung des Kulturausschusses (Paris).</p> <p>8. bis 11. März:</p> <p>Ausschuß für kommunale Fragen (Turin).</p> | <p>10. u. 11. März:</p> <p>Präsidium der Konferenzen über die Revision von Lehrbüchern für den Geschichtsunterricht (Straßburg).</p> <p>10. bis 15. März:</p> <p>Unterausschuß der Menschenrechtskommission (Straßburg).</p> <p>17. März und folgende Tage:</p> <p>Menschenrechtskommission (Straßburg).</p> <p>18. u. 19. März:</p> <p>Sachverständigenausschuß des öffentlichen Gesundheitswesens — Arbeitsgruppe für Blutprodukte (Straßburg).</p> <p>20. März:</p> <p>Rechtsausschuß: Unterausschuß für Strafrechtsreform (Brüssel).</p> <p>21. März:</p> <p>Rechtsausschuß: Unterausschuß für die Vereinfachung der Grenzformalitäten (Brüssel).</p> <p>21. u. 22. März:</p> <p>Rechtsausschuß (Brüssel).</p> |
|--|--|



# MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

März 1958

8. Jahrgang — Nr. 3

## Die Tätigkeit des Europarats im Februar 1958

### I. TAGUNGEN DES RATES

Im Februar fanden folgende Sitzungen des Rates statt:

*Sachverständigengruppe für die unterentwickelten Länder:* Straßburg, 3. Februar.

*Stellvertreter der Minister:* Straßburg, 4. bis 8. Februar (siehe weiter unten).

*Gemeinsame Sitzung des Unterausschusses des Sozialen Ausschusses und der Arbeitsgruppe für unterentwickelte Länder:* Straßburg, 4. u. 5. Februar.

*Arbeitsgruppe für eine Verfassungsänderung:* Paris, 10. Februar (siehe unter „Politische Fragen“).

*Rechtssachverständigen-Ausschuß des Präsidiums des Wiederansiedlungs-Fonds des Europarats:* Straßburg, 11. bis 15. Februar.

*Politischer Ausschuß:* Paris, 12. u. 13. Februar (siehe unter „Politische Fragen“).

*Verbindungsausschuß Europarat/OEEC unter Teilnahme der Mitglieder des Politischen Ausschusses, des Wirtschafts- und des Landwirtschafts-Ausschusses:* Paris, 12. Februar (siehe unter „Wirtschaftsfragen“).

*Unterausschuß des Politischen Ausschusses für Hilfe für unterentwickelte Länder:* Paris, 13. Februar (siehe unter „Politische Fragen“).

*Sozialausschuß der Regierungen:* Straßburg, 17. bis 21. Februar (siehe unter „Soziale Fragen“).

*Haushaltsprüfer:* Straßburg, 17. bis 22. Februar.

*Sachverständigenausschuß für die Pflichtversicherung von Kraftfahrzeugen:* Straßburg, 19. bis 26. Februar (siehe unter „Rechtsfragen“).

*Verwaltungsrat des Wiederansiedlungs-Fonds:* Paris, 20. bis 22. Februar.

*Leitungsausschuß des Wiederansiedlungs-Fonds:* Paris, 25. u. 26. Februar.

*Präsidium der Kultursachverständigen:* Straßburg, 25. u. 26. Februar.

*Unterausschuß für die gegenseitige Anerkennung von Diplomen (Kultursachverständigenausschuß):* Straßburg, 28. Februar bis 1. März (siehe unter „Kulturelle Fragen“).

#### Stellvertreter der Minister

Unter dem Vorsitz von Herrn Einar Löchen tagten die Stellvertreter der Außenminister des Europarats vom 4. bis 8. Februar in Straßburg.

Herr Löchen ist der neue Ständige Vertreter Norwegens beim Europarat.

Die Delegierten prüften die während ihrer letzten Sitzungsperiode angenommenen Texte der Versammlung; die von den Stellvertretern getroffenen Entscheidungen werden nachstehend unter den entsprechenden Gebieten aufgeführt werden.

### II. POLITISCHE FRAGEN

#### Verfassungsänderung

Die mit der Frage einer Revision des Statuts des Europarats beauftragte Arbeitsgruppe hielt am 10. Februar in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Fernand Dehousse, dem Präsidenten der Beratenden Versammlung, ihre erste Sitzung ab. Der Generalsekretär des Europarats, Herr Lodovico Benvenuti, nahm an der Sitzung teil. Weitere Teilnehmer waren die unabhängigen Sachverständigen: Herr Argod (Frankreich), Professor Max Beloff (Großbritannien) und Prinz Colonna (Italien).

Zunächst wurde der Bericht des Abgeordneten Pierre-Henri Teitgen, welchen dieser im Januar der Beratenden Versammlung vorgelegt hatte, einer genauen Prüfung unterzogen. Die Aussprache drehte sich demnach auch in erster Linie um die Möglichkeit einer Verschmelzung von Europarat und Europäischem Wirtschaftsrat (OEEC). Es wurden jedoch auch andere Änderungen des Statutes in Erwägung gezogen. Die Ergebnisse der Arbeiten dieser Gruppe werden der Beratenden Versammlung anlässlich ihrer Frühjahrssitzung vorgelegt werden.

Am 3. März tritt die Arbeitsgruppe wiederum in Paris zusammen.

#### Politischer Ausschuß

Am 12. und 13. Februar tagte der Politische Ausschuß der Versammlung in Paris und beschäftigte sich mit den politischen Aspekten der Freihandelszone. Diese Aussprache folgte einem Gedankenaustausch, welcher zwischen Herrn Reginald Maudling und den Mitgliedern des Politischen, des Wirtschafts- und des Landwirtschaftsausschusses im Rahmen der OEEC stattgefunden hatte. Über diese Aussprache wird der Abgeordnete Herr van der Goes van Naters einen Bericht ausarbeiten.

Der Ausschuß hat einen Bericht des Abgeordneten Paul Devinat geprüft, welcher sich mit der Hilfe für unterentwickelte Länder befaßt.

Eine Beschlußfassung über diesen Bericht erfolgte nicht, da dessen Prüfung bei der nächsten Sitzung des Ausschusses fortgesetzt werden wird. Die Hilfe für



unterentwickelte Länder und das Problem der Freihandelszone stehen auf der Tagesordnung der Frühjahrssitzung der Beratenden Versammlung.

Der Ausschuß forderte den Abgeordneten Etienne de la Vallée Poussin auf, über den Antrag des Abgeordneten Hermod Lannung betreffend die Beschleunigung der Ratifikationen der Konventionen des Europarats durch die Mitgliedsländer zu berichten.

Der regierende Bürgermeister von Berlin, Herr Willy Brandt, hat den Ausschuß eingeladen, seine nächste Sitzung in Berlin abzuhalten. Diese Einladung wurde angenommen, und auf Vorschlag der deutschen Mitglieder wurde beschlossen, diese Sitzung am 31. März, 1. und 2. April in Berlin abzuhalten.

#### Hilfe für unterentwickelte Länder

Der Unterausschuß Nr. 2 (Hilfe für unterentwickelte Länder) tagte am 13. Februar, um sich mit dem Bericht des Abgeordneten Devinat zu befassen. Vor der Fertigstellung eines endgültigen Berichtes wird der Unterausschuß am 3. März eine gemeinsame Sitzung mit dem Unterausschuß des Wirtschaftsausschusses für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas abhalten.

### III. WIRTSCHAFTSFRAGEN

#### Freihandelszone

Die Verbindungsausschüsse Europarat/OEEC tagten am 12. Februar in Paris unter Teilnahme von Mitgliedern des Politischen Ausschusses, des Wirtschafts- und des Landwirtschaftsausschusses. Der Vorsitzende des zwischenstaatlichen Ausschusses der OEEC für die Schaffung einer europäischen Freihandelszone, Herr Reginald Maudling, hielt einen Vortrag über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen. Herr Maudling betonte, daß sein Ausschuß auf der Grundlage eines Dokumentes mit etwa zwanzig Fragen arbeite, die im Zuge der Verhandlungen zu beantworten seien. Über den zeitlichen Ablauf der Verhandlungen erklärte Herr Maudling, daß es erforderlich sei, ein grundsätzliches Übereinkommen vor Ablauf des Monats Juli zu erreichen.

Der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr Fernand Dehousse, dankte Herrn Maudling für seine Ausführungen und die Beantwortung einer Reihe von Fragen.

#### Atomenergie

Am Nachmittag des 12. Februar tagten die gleichen Ausschüsse, um sich von Herrn Pierre Huet, Direktor der Europäischen Atomenergie-Behörde, über die jüngsten Entwicklungen auf diesem Gebiete unterrichten zu lassen.

### IV. RECHTSFRAGEN

#### Menschenrechte: Herausgabe eines Jahrbuches

In der Tagung vom Februar 1958 haben die Stellvertreter der Minister beschlossen, die regelmäßige Herausgabe eines Jahrbuches der Menschenrechtskommission zu genehmigen. Dieses Werk soll Entschlüsse und Dokumente aus der Arbeit der Europäischen Menschenrechtskommission enthalten.

#### Pflichtversicherung der Kraftfahrzeuge

Der Sachverständigenausschuß über dieses Thema tagte vom 19. bis 26. Februar in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn Eijssen (Niederlande).

Der Auftrag der Sachverständigen bestand in der Fertigstellung eines Berichtes und eines Abkommensentwurfes über die Pflichtversicherung von Kraftfahrzeugen. Folgende Länder waren an den bisherigen Arbeiten des Ausschusses beteiligt: Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Island, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Schweden, Türkei.

Seit neuestem beteiligen sich auch die Vertreter Norwegens und Großbritanniens an den Arbeiten, ebenso wie Beobachter aus der Schweiz.

### V. SOZIALE FRAGEN

#### Europäische Sozial-Charta

Auf ihrer Februarsitzung haben die Stellvertreter der Minister beschlossen, die Internationale Arbeitsorganisation zur Einberufung einer dreiseitigen Konferenz aufzufordern. Dieser Schritt erfolgte in Übereinstimmung mit Artikel 3 des Abkommens zwischen dem Europarat und der Internationalen Arbeitsorganisation; der Auftrag der Konferenz soll sein, den Entwurf einer europäischen Sozial-Charta, wie er vom Sozial-Ausschuß der Regierungen fertiggestellt wurde, zu prüfen.

Der Sozialausschuß der Regierungen hielt seine 7. Sitzung vom 17. bis 21. Februar in Straßburg ab, unter dem Vorsitz von Herrn G. C. Veysey, Unterstaatssekretär im britischen Arbeitsministerium. Beobachter der Internationalen Arbeitsorganisation, der Westeuropäischen Union und der OEEC nahmen an der Sitzung teil. Der Ausschuß befaßte sich mit einer Revision des Vertragsentwurfes, welcher auf seiner letzten Sitzung angenommen worden war. (Vgl. Mitt. des Europarats, 7. Jahrg., Nr. 12 — IV.)

### VI. KULTURELLE FRAGEN

#### Kultursachverständige

Das Präsidium des Ausschusses der Kultursachverständigen tagte am 25. und 26. Februar in Straßburg unter dem Vorsitz von Fräulein Helene Andersen (Norwegen), um die Vollsitzung des Ausschusses Mitte Juni vorzubereiten.

Am 28. Februar tagte der Unterausschuß über die gegenseitige Anerkennung von Diplomen unter dem Vorsitz von Professor Bodelsen (Dänemark). Vertreter anderer europäischer Organisationen sowie des französischen Hochkommissars für die Atomenergie und des deutschen Atomenergie-Ministeriums nahmen an der Sitzung teil.

Der Unterausschuß beschloß, eine Reihe von Empfehlungen über die Möglichkeit der Schaffung einer gegenseitigen Anerkennung wissenschaftlicher Diplome und über die Förderung der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet der Kernenergie auszuarbeiten.



### Europapreis F.V.S.

Dieser Preis wurde für das Jahr 1958 dem Professor Georg Eckert, Direktor des Internationalen Schulbuchinstituts in Braunschweig, verliehen. Diese Entschliebung wurde von der in Hamburg unter dem Vorsitz von Professor Henri Brugmans, dem Rektor des Europakollegs in Brügge, tagenden Jury getroffen. Professor Eckert ist einer der Vorkämpfer der Bewegung für die Berichtigung der Geschichtslehrbücher hinsichtlich der Fehler, welche auf eine zu nationalistische Auffassung der geschichtlichen Ereignisse zurückzuführen sind.

Insbesondere hat er fünf Geschichtslehrbücher über verschiedene Perioden der Geschichte herausgegeben und durch seine Arbeit einen wesentlichen Beitrag für die Schaffung einer verständnisvollen Einstellung zwischen den europäischen Ländern beigetragen.

Der Preis wird Professor Eckert in feierlicher Form vom Präsidenten der Beratenden Versammlung während der Frühjahrssitzung in Straßburg überreicht werden.

Die bisherigen Preisträger waren Pater du Riveau, der Direktor des Verbindungs- und Dokumentationsbüros in Köln, der sich besonders um die deutsch-französische Verständigung bemüht hat, und Frau Anna Kethly, die Vorsitzende des ungarischen Revolutionsrates.

### Anerkennung von Auslandssemestern

Frankreich hat am 19. Februar beim Generalsekretär des Europarats die Ratifikationsurkunde über die Europäische Konvention über die Anerkennung von Auslandssemestern hinterlegt. Diese Konvention, welche am 18. Dezember 1957 in Kraft getreten ist, wurde bisher von Norwegen, Großbritannien, Österreich und Frankreich ratifiziert.

### Stipendien

Folgende europäische Institute haben für ihre Studenten Stipendien erhalten: Europakolleg in Brügge, Institut für Europäische Geschichte, Mainz, Europäisches Studienzentrum an der Universität Nancy, Institut für Europäische Studien an der Universität Turin, Österreichisches College Wien (Sommerkurse), Freies College Paris (Sommerkurse), Europäisches Studienzentrum an der Universität Straßburg, UNESCO-Institut für soziale Wissenschaften Köln, Institut für Internationale Studien der John-Hopkins-Universität Bologna.

## VII. KOMMUNALE FRAGEN

### Europäische Konferenz der Kommunalorgane

Die Stellvertreter der Minister haben auf ihrer Februarsitzung beschlossen, einen Betrag von 5 Millionen Francs für die Durchführung der 2. Europäischen Konferenz der Kommunalorgane zur Verfügung zu stellen. Diese Konferenz wird, wie schon die erste, im Rahmen des Europarats durchgeführt werden. Als Zeitpunkt ist ein Termin in der zweiten Hälfte des Jahres 1958 vorgesehen. Diese Entscheidung erfolgte auf Grund einer Entschliebung des Ministerausschusses vom Dezember 1957. Eine entsprechende Empfehlung war von der Beratenden Versammlung im Mai 1957 verabschiedet und dem Ministerausschuß zugeleitet

worden (vgl. Mitt. des Europarats, Sonderausgabe Mai 1957 — IX).

## VIII. VERSCHIEDENES

### Neue Ständige Vertreter

Die Regierung der Bundesrepublik Österreich hat den Gesandten Hans Reichmann als Ständigen Vertreter Österreichs beim Europarat bestellt. Herr Reichmann ersetzt Herrn Eduard Ludwig, der bisher diesen Posten innehatte.

Frl. Edith Rabl, Gehilfin des österreichischen Ständigen Vertreters, verläßt ebenfalls Straßburg.

Die norwegische Regierung hat Herrn Einar Löcher zu ihrem Ständigen Vertreter beim Europarat, als Nachfolger von Herrn Haakon Nord, ernannt.

### Europäischer Schultag

Der sechste Europäische Schultag, der unter der Schirmherrschaft des Europarats und der nationalen Erziehungsminister der Europäischen Jugendkampagne durchgeführt wurde, hat am 24. Februar stattgefunden. Die Schüler Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Schwedens und Englands haben an diesem Wettbewerb teilgenommen, der aus einem Aufsatz oder einer Zeichnung über ein Thema der europäischen Einigung besteht. Wie in den vergangenen Jahren erhalten die Preisträger Reisestipendien in das Ausland, und der Europarat stiftet dem ersten Preisträger eine goldene Medaille, sowie ebenfalls eine Reihe von Reisen nach Straßburg. Die Namen der Preisträger werden späterhin bekanntgegeben werden.

### Europäische Pressetagung in Wien

Vom 23. bis 28. Februar veranstaltete die Stadtverwaltung Wiens ein Treffen von etwa 50 Chefredakteuren und Journalisten europäischer Zeitungen. Unter den Referenten dieser Tagung waren Herr Sergent, Generalsekretär der OEEC, der Abgeordnete Czernetz und der österreichische Vizekanzler, Herr Pittermann.

Herr Soli, der Stellvertretende Direktor der Presseabteilung des Europarats, hielt einen Vortrag über die Probleme der europäischen Integration aus dem Gesichtswinkel des Europarats.

### Grenzformalitäten

Das französische Finanzministerium hat mitgeteilt, daß die bisher für ausländische Kraftfahrzeuge für den Grenzübertritt geforderten Triptyks in Bälde abgeschafft werden sollen. Als einzige Dokumente werden der Führerschein sowie eine nationale Zulassungskarte beim Grenzübergang vorgezeigt werden müssen. Diese Entscheidung entspricht den Empfehlungen des Sonderausschusses des Europarats für die Vereinfachung der Grenzformalitäten.

Die niederländische Regierung hat die Ausgabe von Personalausweisen eingeführt, welche als Ersatz für Reisepässe zu dienen bestimmt sind. Mit diesen Personalausweisen können holländische Staatsangehörige nach Frankreich, Belgien, Luxemburg, in die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und in die Schweiz einreisen. Bisher hatte es in den Niederlanden keine Personalausweise gegeben.

Der Ministerausschuß von BENELUX hat eine Entschliebung angenommen, wonach die Prüfung der Per-



sonen- und Kraftfahrzeugpapiere lediglich bei der Einreise in eines der drei BENELUX-Länder vorgenommen werden wird. Bei der Ausreise werden also keine derartigen Kontrollen mehr durchgeführt.

*Statistische Angaben für 1957*

Das Dokumentationszentrum des Europarats wird im März die zweite Ausgabe der „Statistischen Unterlagen“ herausgeben. Dieses Werk ist eine fortsetzende Ergänzung der „Statistischen Unterlagen 1956“ und erstreckt sich auf die Probleme demographischer, wirtschaftlicher und sozialer Art in Europa und den überseeischen Gebieten. Eine gewisse Anzahl von Exemplaren kann Bibliotheken von wissenschaftlichen Instituten kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Die Dokumentationszentrale gibt ebenfalls eine zweimonatliche bibliographische Übersicht unter dem Titel „Recherches“ heraus. Diese Publikation kann von den interessierten Organisationen kostenlos bezogen werden.

**Kurze Nachrichten**

Im Europahaus in Straßburg trafen sich Gärtner aus zwölf Ländern Westeuropas, um die Probleme der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gartenbaues zu behandeln.

Eine Vereinigung der europäischen Journalisten wurde von Journalisten aus den Ländern der Gemeinschaft der Sechs gebildet. Das Sekretariat dieser Vereinigung befindet sich im Europahaus in Paris, 7 rue de l'Echelle. Der vorläufige Präsident ist Herr Roger Massip („Le Figaro“ — Frankreich).

Der außenpolitische Ausschuß des Parlaments von Israel prüft die Frage der Beziehungen zwischen Israel und dem Europarat und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

S. H. Papst *Pius XII.* empfing den Sonderbeauftragten des Europarats für Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, Herrn Pierre *Schneider*, und ließ sich über seinen Auftrag unterrichten.

**VORLAUFIGER TERMINKALENDER**

3. März:	Arbeitsgruppe für eine Verfassungsänderung (Paris).	8. bis 11. März:	Ausschuß für kommunale Fragen (Turin).
3. März:	Unterausschuß Nr. 2 des Politischen Ausschusses (Hilfe für unterentwickelte Länder) (Paris).	10. bis 11. März:	Präsidium der Konferenzen über die Revision von Lehrbüchern für den Geschichtsunterricht (Straßburg).
3. März:	Gemeinsame Sitzung des Unterausschusses Nr. 2 des Politischen Ausschusses (Hilfe für unterentwickelte Länder) und des Unterausschusses des Wirtschaftsausschusses für die wirtschaftliche Entwicklung von Afrika (Paris).	10. bis 15. März:	Unterausschuß der Europäischen Menschenrechtskommission (Straßburg).
3. u. 4. März:	Sitzung des Unterausschusses des Wirtschaftsausschusses für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas (Paris).	15. März:	Präsidium der Versammlung (Paris).
3. u. 4. März:	Auswahlkomitee für medizinische Stipendien (Straßburg).	15. März:	Ständiger Ausschuß (Paris).
3. bis 5. März:	Sonderausschuß von hohen Beamten für die Vereinfachung der Grenzformalitäten (Athen).	17. März:	Europäische Menschenrechtskommission (Straßburg).
4. bis 7. März:	12. Tagung der Experten für Sozialversicherung (Straßburg).	18. u. 19. März:	Sachverständigenausschuß des öffentlichen Gesundheitswesens — Arbeitsgruppe für Blutprodukte (Straßburg).
7. März	Verbindungsausschüsse Europarat OEEC unter Teilnahme des Kulturausschusses (Paris).	20. März:	Rechtsausschuß: Unterausschuß Nr. 10 (Strafrechtsform) (Brüssel).
6. u. 7. März:	Sozialausschuß der Beratenden Versammlung (Paris).	21. März:	Rechtsausschuß: Unterausschuß Nr. 4 (Grenzformalitäten) (Brüssel).
		21. u. 22. März:	Rechtsausschuß (Brüssel).
		24. März:	57. Tagung der Stellvertreter der Minister (Straßburg).
		26. u. 27. März:	Wirtschaftsausschuß (Paris).
		31. März u. 2. April:	Politischer Ausschuß (Paris).